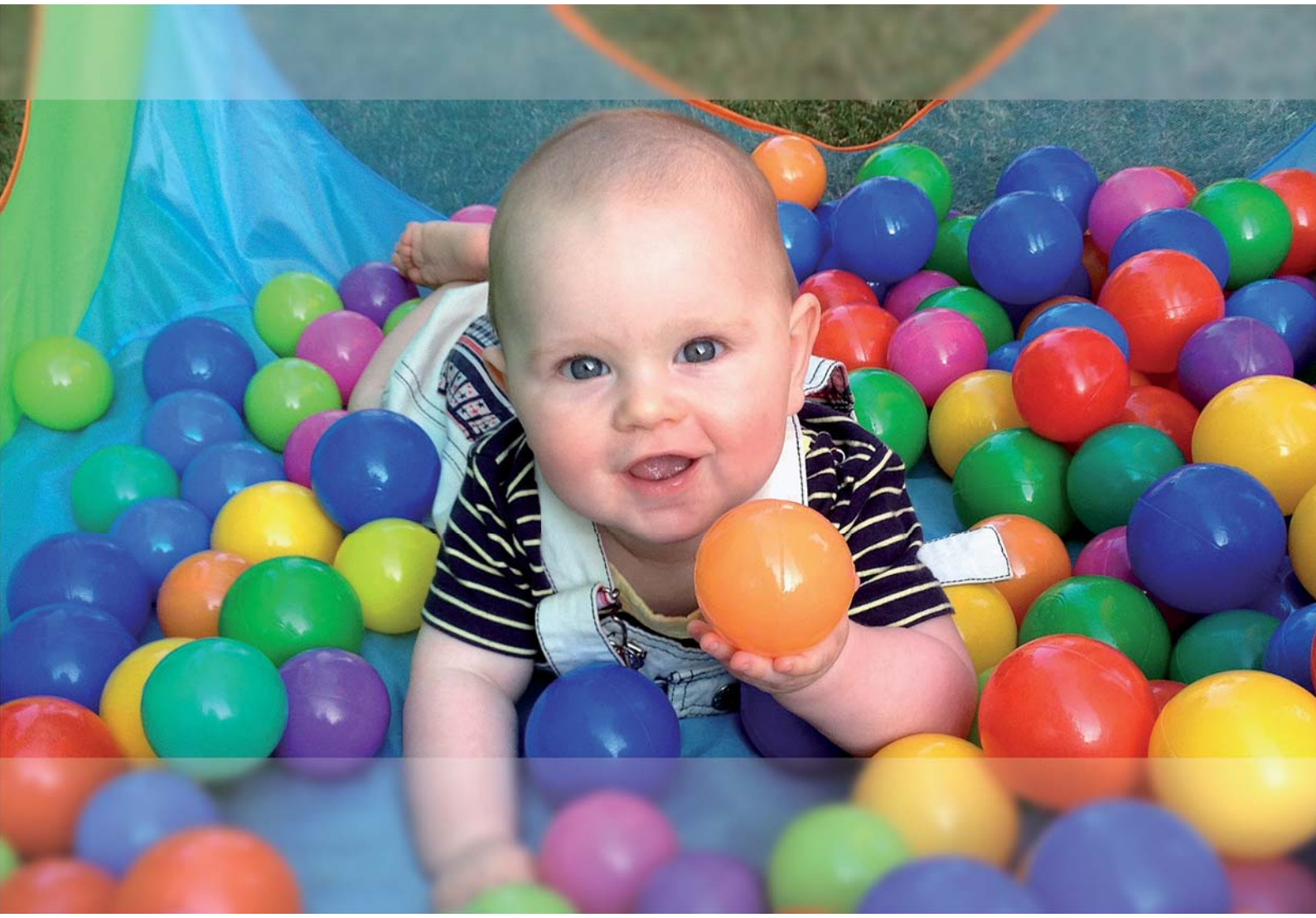
RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

04 2014

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Schulen 2013/14

Bruttoinlandsprodukt 2013

Zensus 2011

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Ingeburg Henninger

Die Altersstruktur der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hat sich zwischen der Volkszählung 1987 und dem Zensus 2011 deutlich verändert. Die Zahl der unter 20-Jährigen ist um 36 404 Personen geschrumpft (–4,6 Prozent), was u. a. durch die Geburtenrückgänge in den vergangenen Jahrzehnten begründet ist. Dagegen ist die Zahl der Menschen im Seniorenalter (65 Jahre und älter) um 247 955 angestiegen (+44 Prozent).

B e i l a g e : Faltblatt „Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz"

04 2014

STATISTISCHE MONATSHEFTE

67. Jahrgang

kurz + aktuell 291

Industrie ■ Baugewerbe ■ Wohnungsbau ■ Außenhandel
Gewerbeanzeigen ■ Insolvenzen ■ Handwerk ■ Weinbau
Verdienste ■ Soziales ■ Bildung ■ Umwelt ■ Verkehr
Finanzen

Verbraucherpreise 307

Rheinland-Pfalz in Karten: Gästeintensität 2013 nach Tourismusregionen und Verwaltungsbezirken 308

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2013/14 309

Bruttoinlandsprodukt 2013 um 0,2 Prozent gestiegen 326

Die Entwicklung der Bevölkerung von der Volkszählung 1987 bis zum Zensus 2011 334

Bevölkerungsfortschreibung und Zensus 2011 350

Daten zur Konjunktur 362

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 395

Neuerscheinungen 411

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50–100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Januar 2014 gestiegen

Im Vergleich zum Vormonat stieg die Produktion in der rheinland-pfälzischen Industrie preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,5 Prozent. Alle drei Industriehauptgruppen verzeichneten einen höheren Güterausstoß. Am stärksten zog die Produktion im Konsumgüterbereich an (+4 Prozent). Die Investitionsgüter- sowie die Vorleistungsgüterproduzenten weiteten ihren Output ebenfalls aus (jeweils +2,1 Prozent). Gleiches gilt für die drei großen Branchen des Landes. Im Maschinenbau wurde die Produktion am deutlichsten hochgefahren (+2 Prozent). Im Fahrzeugbau sowie in der Chemischen Industrie erhöhte sich der Güterausstoß um jeweils 1,7 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahresmonat hat sich der bereinigte Output des Verarbeitenden Gewerbes um 4,7 Prozent erhöht. Alle drei Industriehauptgruppen weiteten ihre Produktion aus. Die größte Steigerung wiesen die Vorleistungsgüterhersteller auf (+6,2 Prozent). Die Investitionsgüter- sowie die Konsumgüterproduzenten steigerten ihren Güterausstoß um 2,1 bzw. 3,4 Prozent. In den drei großen Branchen des Landes verlief die Entwicklung uneinheitlich. In der Chemischen Industrie sowie im Maschinenbau wurde mehr hergestellt als im Vorjahr (+10 bzw. +3,6 Prozent). Im Fahrzeugbau wurde die Produktion dagegen zurückgefahren (–1,2 Prozent).

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jan. 2014 Veränderung des Indexwertes[1] zu Dez. 2013		Jan. 2014 Veränderung des Indexwertes[1] zu Jan. 2013	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	2,5 %	↑	4,7 %	↑
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	2,1 %	↑	6,2 %	↑
Investitionsgüterproduzenten	2,1 %	↑	2,1 %	↑
Konsumgüterproduzenten	4,0 %	↑	3,4 %	↑
Chemie	1,7 %	↗	10,0 %	↑
Fahrzeugbau	1,7 %	↗	-1,2 %	↘
Maschinenbau	2,0 %	↑	3,6 %	↑
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	7,5 %	↑	7,6 %	↑
Inland	4,1 %	↑	3,0 %	↑
Ausland	10,0 %	↑	10,9 %	↑
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	7,3 %	↑	9,7 %	↑
Investitionsgüterproduzenten	6,6 %	↑	5,6 %	↑
Konsumgüterproduzenten	8,3 %	↑	6,7 %	↑
Chemie	7,5 %	↑	8,7 %	↑
Fahrzeugbau	0,9 %	↗	-10,5 %	↓
Maschinenbau	11,5 %	↑	26,0 %	↑

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Januar 2014 höher als zuletzt

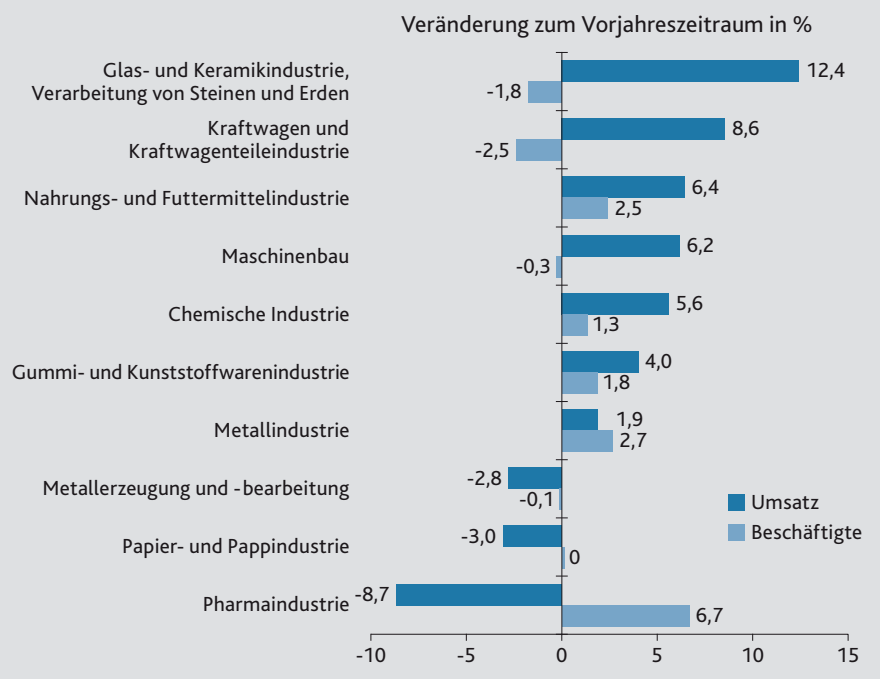
Im Vergleich zum Vormonat verbesserte sich der Auftragseingang in der rheinland-pfälzischen Industrie im Januar 2014 um 7,5 Prozent. Vor allem die Auslandsnachfrage zog kräftig an (+10 Prozent). Die Bestellungen aus dem Inland lagen ebenfalls höher als im Dezember 2013 (+4,1 Prozent). Alle drei Industriehauptgruppen verzeichneten steigende Auftragszahlen. Den größten Zuwachs meldeten die Konsumgüterproduzenten (+8,3 Prozent). Bei den Vorleistungsgüter- sowie den Investitionsgüterproduzenten ergab sich ein Auftragsplus von 7,3 bzw. 6,6 Prozent. In den drei großen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verlief die Entwicklung uneinheitlich. Der Maschinenbau konnte am kräftigsten zulegen (+11,5 Prozent). In der Chemischen Industrie zogen die Bestellungen ebenfalls deutlich an (+7,5 Prozent). Der Fahrzeugbau konnte dagegen nur geringfügig zulegen (+0,9 Prozent).

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die bereinigten Auftragseingänge um 7,6 Prozent. Im Auslandsgeschäft wurde ein kräftiger Anstieg registriert (+11 Prozent). Die Inlandsnachfrage stieg um drei Prozent. Alle Industriehauptgruppen meldeten mehr Aufträge als vor Jahresfrist. Die Bestellungen der Vorleistungsgüterproduzenten zogen am stärksten an (+9,7 Prozent). Bei den Konsumgüter- sowie den Investitionsgüterproduzenten verbesserte sich das Ordervolumen um 6,7 bzw. 5,6 Prozent. Von den drei großen Branchen des Landes errechnete sich für den Maschinenbau ein sprunghafter Anstieg der Bestellungen (+26 Prozent). Die Chemische Industrie konnte ebenfalls deutlich zulegen (+8,7 Prozent). Dagegen gingen die Auftragseingänge im Fahrzeugbau kräftig zurück (–10,5 Prozent).

Umsätze und Beschäftigte im Januar 2014 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Industrie zum Jahresauftakt mit deutlichem Umsatzplus

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte im Januar 2014 Umsätze in Höhe von 6,9 Milliarden Euro. Das waren 3,6 Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +3,6 Prozent). Die Inlandserlöse stiegen um 4,6 Prozent (Deutschland: +1,8 Prozent), die Auslandsumsätze zogen um 2,8 Prozent an (Deutschland: +5,6 Prozent). Die Exportquote – der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – belief sich auf 53,8 Prozent (Deutschland: 47,9 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten lag im Januar 2014 bei 248 506, das waren gut 1 300 bzw. 0,5 Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +0,7 Prozent). Im Januar 2014 lag die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Rheinland-Pfalz mit 32,7 Millionen auf dem Niveau des Vorjahresmonats (Deutschland: 699,7 Millionen; –0,3 Prozent).

Sieben der zehn umsatzstärksten Industriebranchen erzielten überdurchschnittliche Umsatzzuwächse, die bei den Herstellern von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (+12 Prozent) sowie den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+8,6 Prozent) am höchsten ausfielen. Der gute Jahresstart wurde zudem von den hohen Umsatzzuwächsen bei den Herstellern von Nahrungs- und Futtermitteln, im Maschinenbau sowie bei Herstellern von chemischen Erzeugnissen sowie Gummi- und Kunststoffwaren getragen. Auch die Hersteller von Metallerzeugnissen meldeten ein Umsatzwachstum. Weniger Umsatz als im Januar 2013 erzielten dagegen die Hersteller pharmazeutischer Erzeugnisse, die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung.

Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich im Januar 2014 in den wichtigsten Branchen uneinheitlich: Die höchste Zunahme gegenüber dem Vorjahresmonat registrierten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+6,7 Prozent), gefolgt von der Metallindustrie (+2,7 Prozent) und der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+2,5 Prozent). Einen Rückgang des Personalstandes meldeten die Hersteller von Kraftwa-

gen und Kraftwagenteilen (–2,5 Prozent) sowie von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (–1,8 Prozent).

Deutlich mehr Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Januar 2014

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Januar 2014 im Vergleich zum Vormonat kalender- und saisonbereinigt um 7,2 Prozent gestiegen. Für den Hochbau wurde ein kräftiger Anstieg von elf Prozent beobachtet. Im Tiefbau fiel der Zuwachs deutlich geringer aus (+3,7 Prozent). Vor allem im gewerblichen Hochbau (+22 Prozent) und im gewerblichen Tiefbau (+42 Prozent) erhielten die Unternehmen deutlich mehr Aufträge als im Dezember. Dagegen mussten im öffentlichen Tiefbau sowie im Straßenbau Auftragseinbußen hingenommen werden (–4,4 bzw. –2,1 Prozent).

Der kalender- und saisonbereinigte baugewerbliche Umsatz blieb gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert (+0,1 Prozent). Während sich der Hochbau um 4,1 Prozent verbesserte, registrierte der Tiefbau eine Verschlechterung um 3,4 Prozent. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber verzeichneten lediglich der gewerbliche Hochbau und der öffentliche Tiefbau Umsatzzuwächse (+13,5 bzw. +1,2 Prozent).

Gegenüber Januar 2013 sind die bereinigten Auftragseingänge im Baugewerbe kräftig gestiegen (+21 Prozent). Während der Auftragszuwachs im Hochbau bei +22 Prozent lag, erhöhten sich die Bestellungen im Tiefbau um 19 Prozent. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber kam es zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen. Einen kräftigen Rückgang der Bestellungen musste der Wohnungsbau hinnehmen (–11 Prozent). Starke Zuwächse gab es dagegen im gewerblichen Hochbau (+79 Prozent), im gewerblichen Tiefbau (+26 Prozent) sowie im öffentlichen Tiefbau (+32 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat legte der baugewerbliche Umsatz kalender- und saisonbereinigt um 13 Prozent zu. Während die Umsätze im Hochbau um 5,4 Prozent stiegen, verbesserten sie sich im Tiefbau um 17 Prozent. In allen Baubereichen nahmen die bereinigten Umsätze zu. Die stärkste Steigerung verzeichnete der gewerbliche Tiefbau (+24 Prozent).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

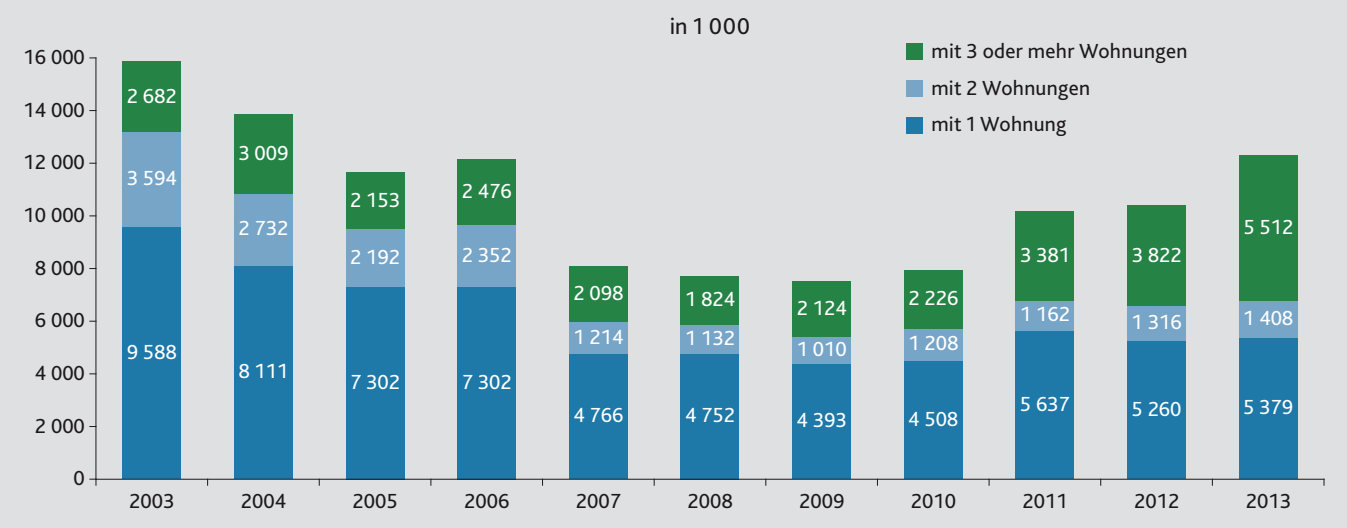
Indikator	Jan. 2014 Veränderung des Wertes[1] zu Dez. 2013		Jan. 2014 Veränderung des Wertes[1] zu Jan. 2013	
Auftragseingang	7,2 %	↑	20,8 %	↑
Hochbau insgesamt	11,0 %	↑	22,4 %	↑
Wohnungsbau	1,1 %	↗	-10,8 %	↓
gewerblicher Hochbau	21,6 %	↑	79,3 %	↑
öffentlicher Hochbau	9,1 %	↑	0,6 %	↗
Tiefbau insgesamt	3,7 %	↑	18,6 %	↑
gewerblicher Tiefbau	42,4 %	↑	26,2 %	↑
öffentlicher Tiefbau	-4,4 %	↓	31,7 %	↑
Straßenbau	-2,1 %	↓	11,2 %	↑
Baugewerblicher Umsatz	0,1 %	↗	12,6 %	↑
Hochbau insgesamt	4,1 %	↑	5,4 %	↑
Wohnungsbau	-3,0 %	↓	10,9 %	↑
gewerblicher Hochbau	13,5 %	↑	1,0 %	↗
öffentlicher Hochbau	0 %	→	13,1 %	↑
Tiefbau insgesamt	-3,4 %	↓	17,2 %	↑
gewerblicher Tiefbau	-3,6 %	↓	24,4 %	↑
öffentlicher Tiefbau	1,2 %	↗	17,4 %	↑
Straßenbau	-5,9 %	↓	14,9 %	↑

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Landesweit fast 31 neue Wohnungen auf 10 000 Einwohner

In Rheinland-Pfalz wurden 2013 deutlich mehr Baugenehmigungen für neue Wohnungen erteilt als im Vorjahr. Die Zahl stieg um 18 Prozent auf 12 299. Der Zuwachs beruht vor allem auf Wohnungen in Mehrfamilienhäusern; hier stieg die Zahl der Genehmigungen um 44 Prozent auf 5 512 an. In Zweifamilienhäusern sollen 1 408 Wohnungen entstehen, das sind sieben Prozent mehr als im

Genehmigte Wohnungen (Neubau) 2003–2013 nach Gebäudetyp



Jahr 2012. Die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser stieg um 2,3 Prozent auf 5 379 an. Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten von mehr als 2,1 Milliarden Euro veranschlagt, was einem Plus von elf Prozent gegenüber 2012 entspricht.

Landesweit kamen rechnerisch auf 10 000 Einwohner 30,8 genehmigte Wohnungen. Deutlich über dem Durchschnitt lag bei den Landkreisen Mainz-Bingen mit 58,8, gefolgt vom Eifelkreis Bitburg-Prüm mit 46,8 und dem Rhein-Pfalz-Kreis mit 46,7 Wohnungen je 10 000 Einwohner. Der geringste Wert ergab sich für den Landkreis Birkenfeld mit 7,9 genehmigten Wohnungen je 10 000 Einwohner. Unter den kreisfreien Städten wies Landau in der Pfalz mit 79,7 genehmigten neuen Wohnungen je 10 000 Einwohner den höchsten Wert auf. Am geringsten war die Nachfrage nach neuen Wohnungen in Pirmasens (8,5).

Außenhandel 2013 mit Ausfuhrrekord – Importe nahezu unverändert

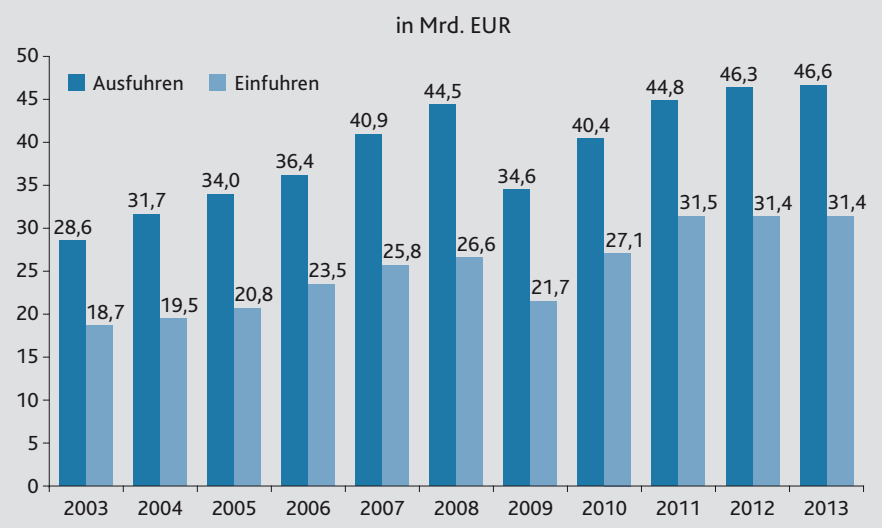
Der rheinland-pfälzische Export ist im Jahr 2013 im vierten Jahr in Folge gewachsen. Nach vorläufigen Zahlen wurden Güter im Wert von 46,6 Milliarden Euro exportiert, das waren 0,7 Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: –0,2 Prozent). Damit wurde der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2012 nochmals um 343 Millionen Euro überboten. Die wichtigsten Güterabteilungen entwickelten sich unterschiedlich. So erzielte der Export von chemischen Erzeugnissen sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen Zuwächse von 6,2 bzw. 4,3 Prozent. Dagegen waren die Ausfuhren von Maschinen (–3,5 Prozent) sowie von pharmazeutischen und ähnlichen Erzeugnissen (–8,1 Prozent) rückläufig.

Der Wert der importierten Güter veränderte sich kaum. Es wurden Waren im Wert von 31,4 Milliarden Euro eingeführt, das entsprach einem Zuwachs von 0,1 Prozent gegenüber dem Jahr 2012 (Deutschland: –1,1 Prozent). Damit wurde der bisherige Höchstwert des Jahres 2011 um 76,8 Millionen Euro unterschritten.

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) waren mit einem Anteil von 59 Prozent am Ausfuhrwert wichtigstes Absatzgebiet der Exporteure. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft lieferte im Jahr 2013 Produkte im Wert von über 27,4 Milliarden Euro in EU-Länder. Das waren 4,1 Prozent mehr als im Vorjahr. In die übrigen europäischen Staaten wurden Waren im Wert von fast 4,5 Milliarden Euro exportiert, das waren 9,6 Prozent der rheinland-pfälzischen Ausfuhren. Gegenüber 2012 bedeutete das einen Rückgang um 3,7 Prozent.

Knapp 6,8 Milliarden Euro bzw. 14,5 Prozent der Ausfuhren entfielen auf den asiatischen Markt, 1,2 Prozent

Ausfuhren und Einfuhren 2003–2013



weniger als 2012. Die Exporte nach Amerika sanken um 4,7 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro; das waren 14 Prozent der rheinland-pfälzischen Ausfuhren. Es folgten Afrika mit 2,5 Prozent sowie Australien und Ozeanien mit einem Anteil von 0,8 Prozent. Die wichtigsten Abnehmerländer waren Frankreich, die USA und das Vereinigte Königreich.

Im Jahr 2013 wurden Waren im Wert von 20,2 Milliarden Euro aus EU-Ländern importiert (+4,6 Prozent), das waren 64 Prozent der rheinland-pfälzischen Einfuhren. Aus dem übrigen Europa kamen Waren im Wert von über 2,7 Milliarden Euro (8,8 Prozent der Importe); gegenüber 2012 sank das Volumen um 21 Prozent. Aus Asien stammten Waren im Wert von fast 4,4 Milliarden Euro bzw. 14 Prozent der Einfuhren. Die Importe aus Amerika machten mit einem Warenwert von über 3,1 Milliarden Euro zehn Prozent der rheinland-pfälzischen Einfuhren aus. Aus Afrika kamen 2,6 Prozent der eingeführten Waren, aus Australien und Ozeanien 0,2 Prozent. Die wichtigsten Handelspartner bei den Einfuhren waren Belgien, die Niederlande und Frankreich.

Zahl der Betriebsgründungen geht zurück

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2013 insgesamt 36 206 Gewerbe angemeldet und damit knapp ein Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der so genannten Betriebsgründungen ging zurück. Nur die Zahl der sonstigen Neugründungen erhöhte sich. Auch die Zahl der Gewerbeabmeldungen war rückläufig.

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2013 weniger Betriebe gegründet, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden kann. Die Zahl dieser so genannten Betriebsgründungen lag mit 5 702 um acht Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Bei den Betriebsgründungen kann eine größere wirtschaftliche Relevanz als bei den sonstigen Neugründungen vermutet werden.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 26 Prozent der Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz“. Es folgte das Baugewerbe mit einem Anteil von 19 Prozent.

Unter den kreisfreien Städten erreichte die Landeshauptstadt Mainz mit 28,7 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohner die höchste Quote, Trier mit 11,6 die niedrigste. Bei den Landkreisen nahm Alzey-Worms mit einer Quote von 17,3 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohner die Spitzenposition ein, der geringste Wert errechnete sich für den Eifelkreis Bitburg-Prüm (7,4).

Die Anzahl der so genannten sonstigen Neugründungen erhöhte sich gegenüber 2012 um 400 auf 24 056. Diese Zunahme betraf besonders die Wirtschaftsabschnitte „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, „Verarbeitendes Gewerbe“ sowie das „Gesundheits- und Sozialwesen“. Unter den

Betriebsgründungen[1] 2012 und 2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

1 Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

sonstigen Neugründungen waren 13 652 Gründungen im Nebenerwerb, 4,9 Prozent mehr als im Jahr 2012. Zu den sonstigen Neugründungen gehören Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie Nebenerwerbsbetriebe.

Insgesamt wurden 35 825 Gewerbe abgemeldet, das waren 3,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Betriebsaufgaben – sie stellen das Pendant zu den Betriebsgründungen dar – ging um 3,8 Prozent auf 5 427 zurück. Die sonstigen Stilllegungen, bei denen es sich um die vollständige Aufgabe von Kleinunternehmen handelt, lagen mit 24 325 um drei Prozent unter dem Wert des Jahres 2012.

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen weiter rückläufig

Die Zahl der Insolvenzen ist im vergangenen Jahr weiter gesunken. Es stellten 1 085 Unternehmen einen Insolvenzantrag, das waren 0,8 Prozent weniger als im Vorjahr und damit der niedrigste Stand seit 2003. Deutlicher sank die Zahl der Verbraucherinsolvenzen. Sie ging 2013 gegenüber dem Vorjahr um 6,1 Prozent auf 4 243 Fälle zurück.

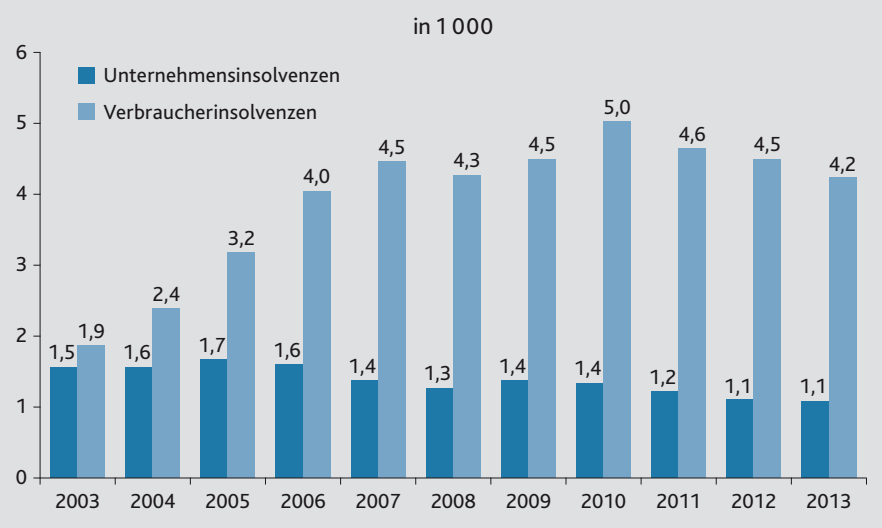
Die Zahl der von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten lag mit 5 205 nur um 0,1 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen war mit 596 Millionen Euro um 49 Prozent geringer als 2012. Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 549 580 Euro verschuldet (2012: 1 119 280 Euro).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (188) und aus dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (187), gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (132) und dem Gastgewerbe (118).

Die Insolvenzhäufigkeit war in der kreisfreien Stadt Worms mit 11,1 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen am höchsten. Unter den Kreisen meldete der Landkreis Birkenfeld den höchsten Wert (13,2). Am niedrigsten war die Insolvenzhäufigkeit in der kreisfreien Stadt Speyer (3,2). Der Donnersbergkreis wies unter den Landkreisen den günstigsten Wert auf (2,4).

Die Summe der voraussichtlichen Forderungen aus den 4 243 Verbraucherinsolvenzen belief sich im Jahr 2013 auf 247,4 Millionen Euro, das waren elf Prozent weniger als im

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2003–2013



Vorjahr. Die durchschnittliche Verschuldung insolventer Verbraucher betrug damit 58 310 Euro (2012: 61 790 Euro).

Mit 45,9 Fällen je 10 000 Einwohner kamen Verbraucherinsolvenzen in der kreisfreien Stadt Pirmasens im Jahr 2013 am häufigsten vor. Unter den Landkreisen wies der Kreis Kusel den höchsten Wert auf (19,5). Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten erreichte Landau in der Pfalz (7,2). Noch geringer war die Insolvenzhäufigkeit mit 5,8 Insolvenzen je 10 000 Einwohner im Kreis Cochem-Zell, der unter den Landkreisen das günstigste Ergebnis verzeichnete.

Tourismus

Aktuelle Daten zum Tourismus finden Sie in „Tourismus aktuell 1/2014". Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/tourismus/ zur Verfügung.

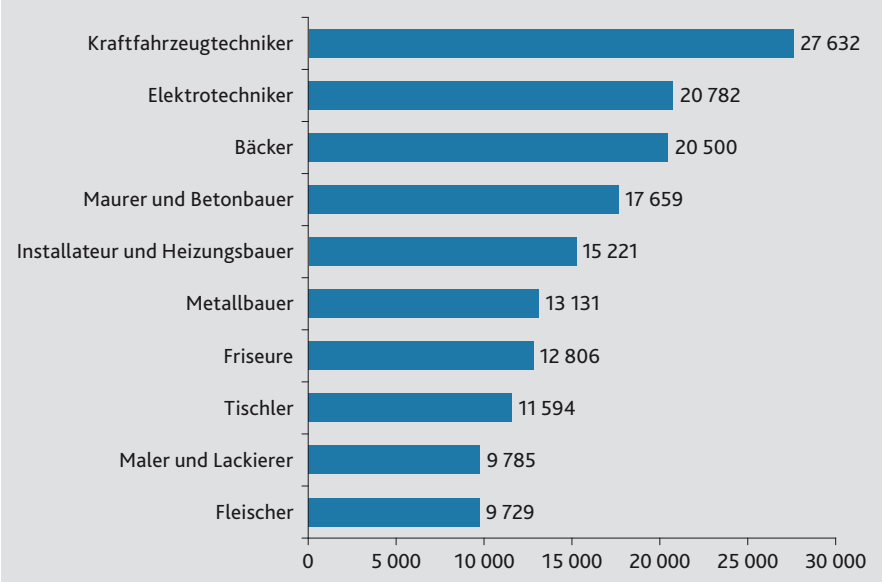
30 300 Unternehmen im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk

Im Jahr 2011 waren in Rheinland-Pfalz rund 30 300 Unternehmen im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk tätig. Auf Basis der registergestützten Handwerkszählung wurde ermittelt, dass diese Unternehmen rund 25,5 Milliarden Euro Umsatz erwirtschafteten und gut 247 400 Personen beschäftigten. Dazu gehörten – neben den Inhabern – mehr als 178 600 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und fast 37 000 geringfügig entlohnte Beschäftigte. Dem Handwerk waren 17 Prozent aller rheinland-pfälzischen Unternehmen zugeordnet. Von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land waren 15,5 Prozent im Handwerk tätig.

Das Gros der Unternehmen (84 Prozent) und der tätigen Personen (86 Prozent) entfiel auf das zulassungspflichtige Handwerk. Der Jahresumsatz dieser Unternehmen lag bei 23,8 Milliarden Euro, das waren 93 Prozent des gesamten Handwerksumsatzes.

In 60 Prozent der Unternehmen waren weniger als fünf Personen tätig; sie vereinten 15 Prozent des

Tätige Personen im zulassungspflichtigen Handwerk 2011 nach den zehn häufigsten Berufen



Handwerkspersonals und elf Prozent des Umsatzes auf sich. Fünf bis 49 Personen waren in 38 Prozent der Unternehmen tätig, sie stellten einen Anteil von 53 Prozent an allen Beschäftigten und generierten 49 Prozent des Umsatzes. Auf die 1,9 Prozent der Unternehmen mit 50 und mehr tätigen Personen entfielen 32 Prozent der Arbeitskräfte und 40 Prozent des Umsatzes im Handwerk.

Mit 61 672 tätigen Personen stellte das Ausbaugewerbe die stärkste Gewerbegruppe im zulassungspflichtigen Handwerk dar. Auf den nächsten Plätzen folgten das Bauhauptgewerbe mit 36 913 und das Lebensmittelgewerbe mit 31 661 Tätigen. Im Ranking der Handwerksberufe standen die Kraftfahrzeugtechnikerinnen und –techniker mit 27 632 Personen auf Platz eins, gefolgt von den Elektrotechnikerinnen und -technikern (20 782) sowie den Bäckerinnen und Bäckern (20 500).

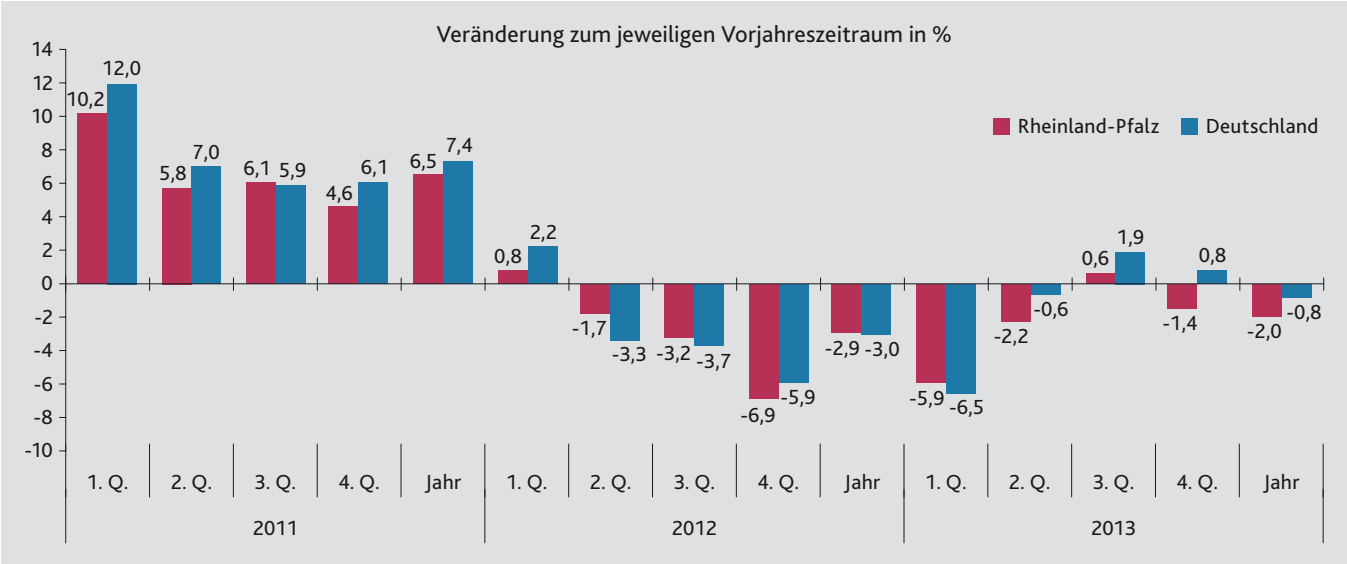
Bezogen auf die Einwohnerzahl wirtschafteten die meisten Handwerksunternehmen im Kammerbezirk Koblenz. Auf 10 000 Einwohner kamen dort rund 83 Handwerksunternehmen. Im Kammerbezirk Trier waren es 78, im Kammerbezirk Pfalz 72 und im Kammerbezirk Rheinhessen 65. Die meisten Beschäftigten hatte mit 735 je 10 000 Einwohner der Bezirk Trier, gefolgt vom Bezirk Koblenz mit 666. Im Kammerbezirk Pfalz kamen auf 10 000 Einwohner 581 in Handwerksunternehmen tätige Personen, im Bezirk Rheinhessen waren es 495.

Umsatz im zulassungspflichtigen Handwerk 2013 rückläufig

Das zulassungspflichtige Handwerk in Rheinland-Pfalz hat auch im Jahr 2013 einen Umsatzrückgang hinnehmen müssen. Nach vorläufigen Berechnungen sanken die Umsätze gegenüber dem Jahr 2012 insgesamt um zwei Prozent. Ein Umsatzplus von 3,8 Prozent konnte das Lebensmittelgewerbe verzeichnen. Das Bauhauptgewerbe und die Handwerke für den privaten Bedarf lagen mit +1,5 bzw. +1,1 Prozent leicht über dem Niveau des Vorjahres. In drei der sieben Gewerbegruppen sanken die Umsätze gegenüber 2012. Den stärksten Rückgang verzeichnete das Ausbaugewerbe mit einem Minus von 6,8 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten lag um 1,2 Prozent unter dem Vorjahresniveau. In allen sieben Gewerbegruppen gab es weniger Beschäftigte. Den größten Rückgang verzeichneten die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (–2,2 Prozent), gefolgt vom Bauhauptgewerbe (–1,9 Prozent) sowie dem Lebensmittelgewerbe und den Handwerken für den privaten Bedarf mit einem Minus von jeweils 1,1 Prozent.

Umsatz im zulassungspflichtigen Handwerk in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2011–2013 nach Quartalen



Deutschlandweit gingen die Umsätze im zulassungspflichtigen Handwerk 2013 um 0,8 Prozent und die Beschäftigtenzahlen um 0,7 Prozent zurück.

Weinerzeugung leicht rückläufig

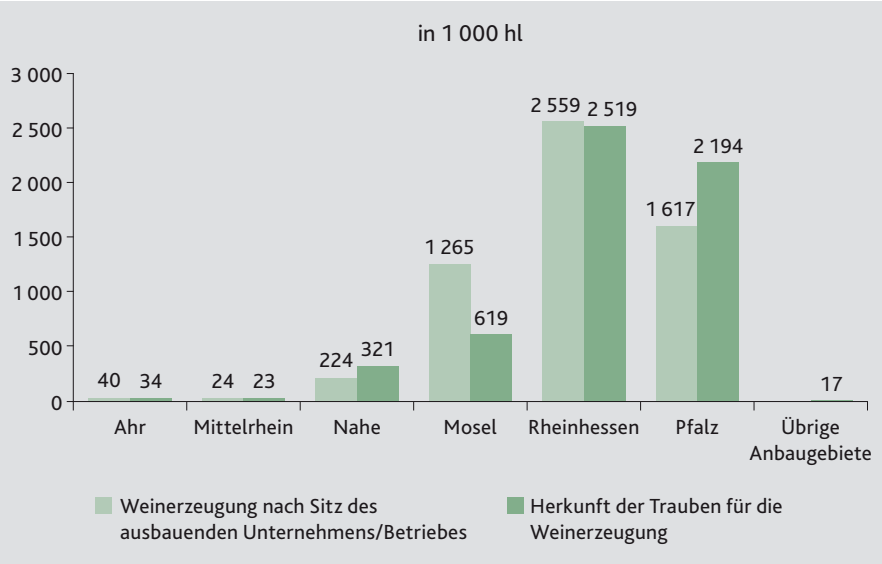
Die Wein ausbauenden Betriebe und Kellereien in Rheinland-Pfalz erzeugten aus der Traubenernte des Jahres 2013 gut 5,7 Millionen Hektoliter Wein. Das stellt gegenüber der Vorjahresmenge von 5,9 Millionen Hektoliter eine Abnahme von 3,5 Prozent dar. Die Weinerzeugung blieb damit erneut unter dem zehnjährigen Durchschnitt von rund sechs Millionen Hektoliter.

Im vergangenen Herbst erzeugten im rheinland-pfälzischen Teil des Anbaugebiets Mosel die Winzer und Kellereien nur 619 000 Hektoliter Wein aus der regionalen Ernte. Das waren über sechs Prozent weniger als im Jahr 2012. Ursache für diesen Rückgang war die kleine Erntemenge auf Grund der feuchten Witterung im Herbst 2013. Durch den Zukauf von Mosten aus anderen Anbaugebieten, vor allem der Pfalz, belief sich die Weinerzeugung im Anbaugebiet Mosel allerdings auf 1,3 Millionen Hektoliter. Diese Menge entsprach dem Vorjahreswert. Aus den im Anbaugebiet Pfalz geernteten Trauben wurden 2,2 Millionen Hektoliter Wein erzeugt. Die in der Pfalz ansässigen Betriebe verarbeiteten vor Ort nur rund 1,6 Millionen Hektoliter Most zu Wein.

Der größte Teil der Moste wurde zu Qualitätsweinen (4,5 Millionen Hektoliter) ausgebaut. Das waren über 700 000 Hektoliter mehr als im Jahr 2012. Für den Ausbau zu Prädikatsweinen – wie Spät- und Auslesen – wurden 900 000 Hektoliter (16 Prozent) der Moste vorgesehen. Das waren über 700 000 Hektoliter weniger als ein Jahr zuvor. Dementsprechend wurden fast 80 Prozent des Mostes zu Qualitätsweinen verarbeitet. Als Wein oder Landwein sollen nur 300 000 Hektoliter vermarktet werden.

Von der gesamten Weinerzeugung entfielen 65 Prozent auf Weißwein. Dieser Wert entspricht etwa dem des Vorjahres. Größere Unterschiede gibt es beim Ausbau der roten und weißen Weinmoste. Von den weißen Rebsorten werden 22 Prozent zu Prädikatsweinen ausgebaut, während es bei den roten Sorten nur 3,7 Prozent sind. Ursächlich hierfür sind die unterschiedlichen Vermarktungswege für Weiß- und für Rotwein.

Weinerzeugung 2013 nach Anbaugebieten

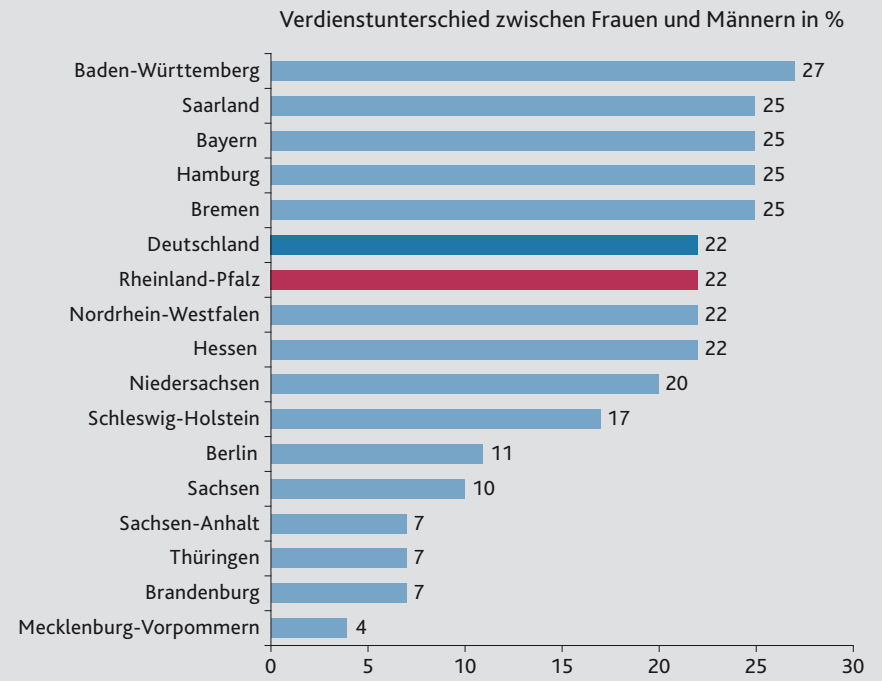


Gender Pay Gap 2013: Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern bei 22 Prozent

Der Gender Pay Gap, d. h. der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern, lag im Jahr 2013 in Rheinland-Pfalz bei rund 22 Prozent. Der Wert liegt damit geringfügig unter dem des Jahres 2012 (23 Prozent). Der Equal Pay Day am 21. März markiert den Tag des Jahres, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um das gleiche durchschnittliche Gehalt zu erzielen wie Männer.

Mit einem Gender Pay Gap von 22 Prozent liegt Rheinland-Pfalz exakt im Bundesdurchschnitt. Im Vergleich der westdeutschen Bundesländer hat Rheinland-Pfalz – gemeinsam mit Hessen und Nordrhein-Westfalen –

Gender Pay Gap[1] 2013 nach Ländern



1 Gerundeter prozentualer Unterschied im Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern.

den drittniedrigsten Wert. Geringere geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede weisen in den westdeutschen Ländern nur Niedersachsen mit 20 Prozent sowie Schleswig-Holstein mit 17 Prozent auf. Deutlich geringer ist der Gender Pay Gap in den neuen Bundesländern, wobei der niedrigste Wert mit vier Prozent in Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen ist.

Im Zeitverlauf erweist sich der Gender Pay Gap als stabil, da die ursächlichen Faktoren nur langsamen Veränderungsprozessen unterliegen. So bewegte sich der Wert zwischen 2006 und 2013 auf relativ konstantem Niveau. Für differenzierte Aussagen kann auf die Verdienststrukturerhebung 2010 als originäre Datenquelle zurückgegriffen werden. Es zeigen sich folgende Ergebnisse:

- Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte weisen einen deutlich niedrigeren Gender Pay Gap auf als Vollzeitbeschäftigte.
- Mit steigendem Lebensalter erhöht sich der Verdienstunterschied.
- Der Gender Pay Gap für Geringqualifizierte liegt deutlich unter dem Wert für Hochqualifizierte.
- Die Gruppe der Beschäftigten mit Leitungsaufgaben (Leistungsgruppe 1) weist einen erhöhten, die Gruppe der ungelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Leistungsgruppe 5) einen relativ geringen Gender Pay Gap auf.
- Im Durchschnitt lag der Verdienstunterschied in der Privatwirtschaft deutlich höher als in Unternehmen, die unter dem Einfluss der öffentlichen Hand standen.

Für den Verdienstabstand spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. So unterscheiden sich Männer und Frauen zum Beispiel in der Wahl ihrer Berufe, Branchen und in der Erwerbsbiografie. Frauen sind darüber hinaus nach wie vor häufiger als Teilzeitkraft oder geringfügig beschäftigt.

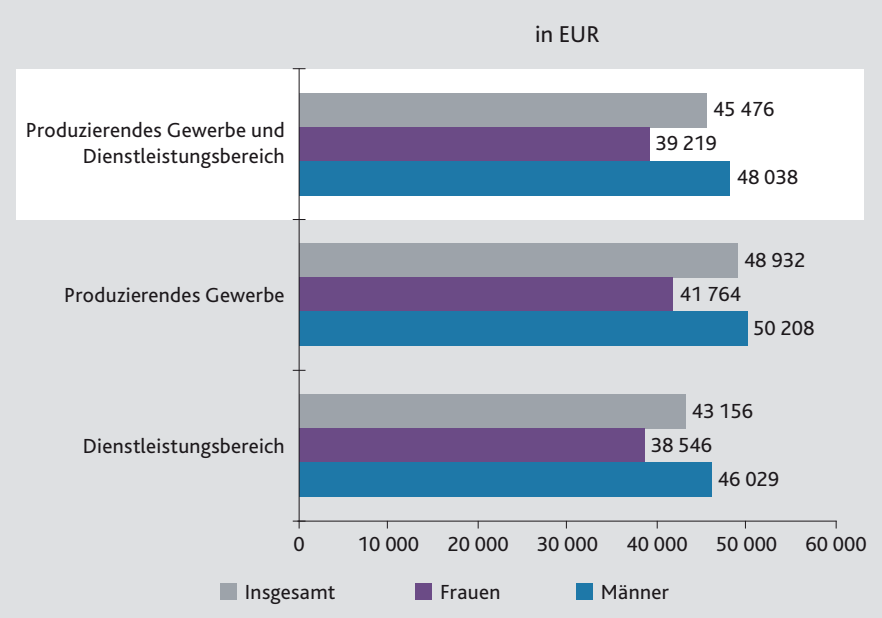
Vollzeitkräfte verdienen 2013 durchschnittlich rund 45 500 Euro

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich verdienten im Jahr 2013 durchschnittlich 45 476 Euro brutto (einschließlich Sonderzahlungen). Das waren 3,1 Prozent mehr als im Jahr 2012. Im Produzierenden Gewerbe erhielten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchschnittlich 48 932 Euro, im Dienstleistungsbereich lag der Bruttojahresverdienst bei 43 156 Euro.

Im Jahr 2013 stiegen die Reallöhne, d. h. die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in Rheinland-Pfalz um 1,1 Prozent. Der Reallohnindex wird errechnet, indem die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenüber gestellt wird.

Das individuelle Verdienstniveau wird in allen Branchen maßgeblich von der Art der ausgeübten Tätigkeit bestimmt. Am unteren Ende der Verdienstskala stehen bei den Vollzeitbeschäftigten – über alle erho-

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2013



benen Wirtschaftsbereiche hinweg – ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Leistungsgruppe 5) mit einem durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 24 568 Euro. Beschäftigte in leitender Position (Leistungsgruppe 1) erzielten dagegen mit 83 100 Euro eine mehr als dreimal so hohe Vergütung.

Die Bruttojahresverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Frauen betrugen 2013 durchschnittlich 39 219 Euro und erreichten somit knapp 82 Prozent des Verdienstniveaus der männlichen Kollegen, das bei 48 038 Euro lag.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen zeigen sich deutliche Verdienstunterschiede. Hohe durchschnittliche Verdienste erzielten beispielsweise die Beschäftigten in den Bereichen Energieversorgung (59 457 Euro), Versicherungsdienstleistungen (58 880 Euro) sowie Information und Kommunikation (58 437 Euro). Niedrige Bruttojahresverdienste waren unter anderem beim Gastgewerbe (24 317 Euro) zu verzeichnen.

Merkliche Unterschiede gab es auch bei den Bruttostundenverdiensten der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihren teilzeitbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Betrugen die Stundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 20,43 Euro,

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

1 Einschließlich Abwasser und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung. – 2 Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist. Davon wird bei der Verdiensterhebung ausgegangen, wenn der relative Standardfehler zwischen 5 und 10 Prozent liegt.

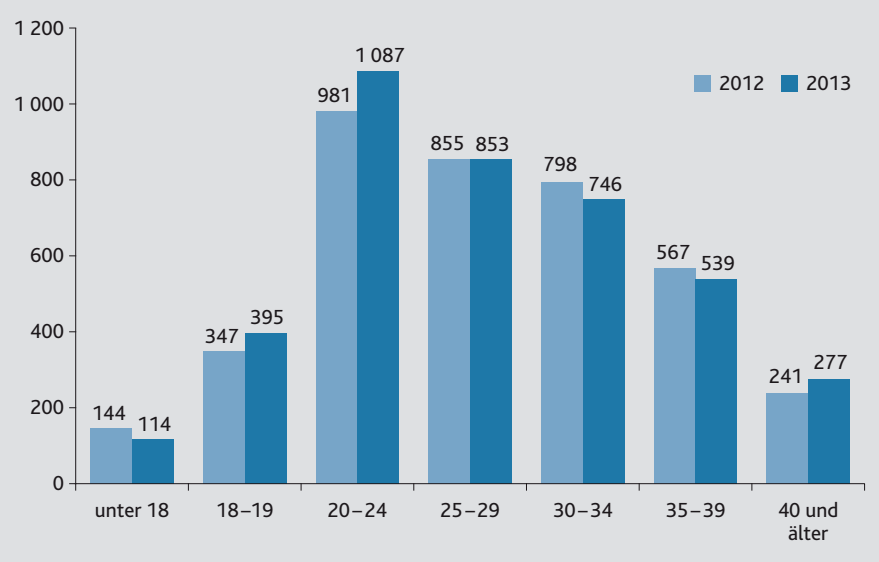
so lagen sie für die Gruppe der Teilzeitbeschäftigten lediglich bei 16,63 Euro. Dies kann insbesondere darauf zurückgeführt werden, dass Teilzeitbeschäftigte seltener für höher qualifizierte und damit höher bezahlte Arbeiten eingesetzt werden. Zudem sind Teilzeitbeschäftigte verstärkt in Branchen mit tendenziell niedrigeren Verdiensten tätig.

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2013 leicht gestiegen

Im Jahr 2013 entschieden sich 4 011 rheinland-pfälzische Frauen zu einem Schwangerschaftsabbruch. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Abbrüche um rund zwei Prozent angestiegen. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen haben sich rund elf Prozent mehr Frauen für einen Abbruch entschieden als im Jahr zuvor, bei den unter 18- Jährigen sind es rund 20 Prozent weniger. Deutschlandweit ging die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche um 3,8 Prozent zurück.

Rund 76 Prozent der Frauen ließen den Eingriff in einer Arztpraxis oder einem Krankenhaus in Rheinland-Pfalz durchführen. Etwa jede vierte Frau wandte sich an Ärztinnen oder Ärzte in anderen Bundesländern. Rheinland-Pfalz hat damit deutschlandweit den höchsten Anteil an Frauen, die den Abbruch in einem anderen Bundesland vornehmen lassen, gefolgt von Niedersachsen (17 Prozent) und Brandenburg (13 Prozent).

Schwangerschaftsabbrüche 2012 und 2013 nach Altersgruppen



Von den Frauen, die sich für einen Abbruch entschieden, betreuten 2 294 bereits mindestens ein Kind. Jede Zehnte lebt dabei mit drei und mehr Kindern in einer Familie zusammen. Rund 43 Prozent der Frauen hatten vor dem Schwangerschaftsabbruch noch keine Lebendgeburt.

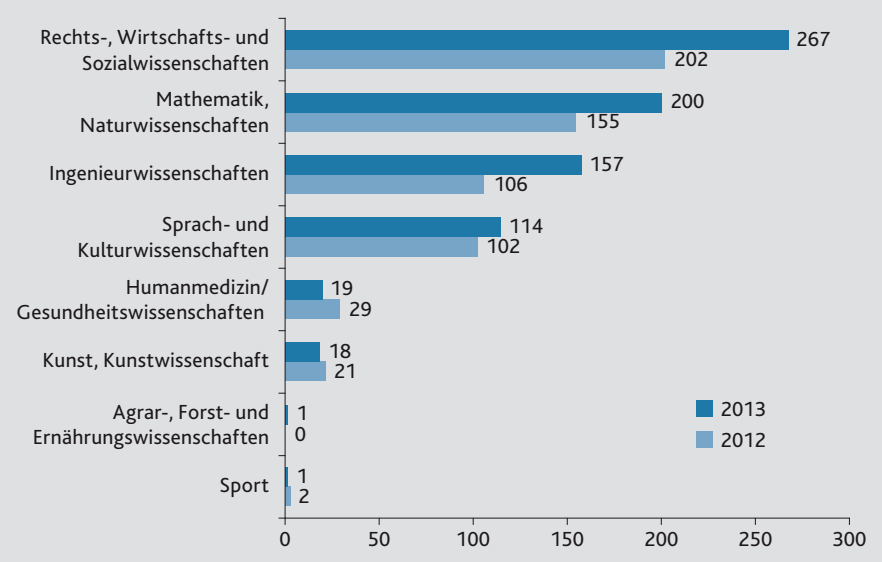
97 Prozent der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen. Diese besagt, dass die Schwangerschaft innerhalb von zwölf Wochen nach der Empfängnis durch einen Arzt abgebrochen wird, die schwangere Frau den Abbruch verlangt und sie dem Arzt durch die Bescheinigung einer anerkannten Beratungsstelle eine mindestens drei Tage zurückliegende Schwangerschaftskonfliktberatung nachgewiesen hat. Medizinische oder kriminologische Indikationen waren in drei Prozent der Fälle die Begründung für den Abbruch.

Mehr Studierende erhalten Deutschlandstipendium

Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz 410 Studentinnen und 367 Studenten mit dem sogenannten Deutschlandstipendium gefördert. Das waren insgesamt 160 Geförderte bzw. 26 Prozent mehr als im Jahr 2012. Die meisten Stipendiatinnen und Stipendiaten gab es an der Universität Mainz (191), gefolgt von der Technischen Universität Kaiserslautern (175) und der Universität Trier (124). Mit Ausnahme der Universität Mainz, stieg an allen Hochschulen die Zahl der Geförderten gegenüber dem Vorjahr.

Am häufigsten gefördert wurden Studierende der „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (267). Der Anteil entspricht damit in etwa dem Anteil der Studierenden in diesen Fächern. Ebenfalls viele Stipendiatinnen und Stipendiaten waren in den

Stipendiaten/-innen 2012 und 2013 nach Fächergruppen



Fachrichtungen „Mathematik und Naturwissenschaften" (200) sowie „Ingenieurwissenschaften" (157) eingeschrieben. In diesen Fächern ist der Anteil der Geförderten höher als der Anteil an den Studierenden insgesamt. Studierende des Bereiches „Sprach- und Kulturwissenschaften" profitierten verhältnismäßig selten vom Deutschlandstipendium. Obwohl ihr Anteil in der Studierendenschaft fast 24 Prozent betrug, stellten sie nur knapp 15 Prozent der Stipendiatinnen und Stipendiaten.

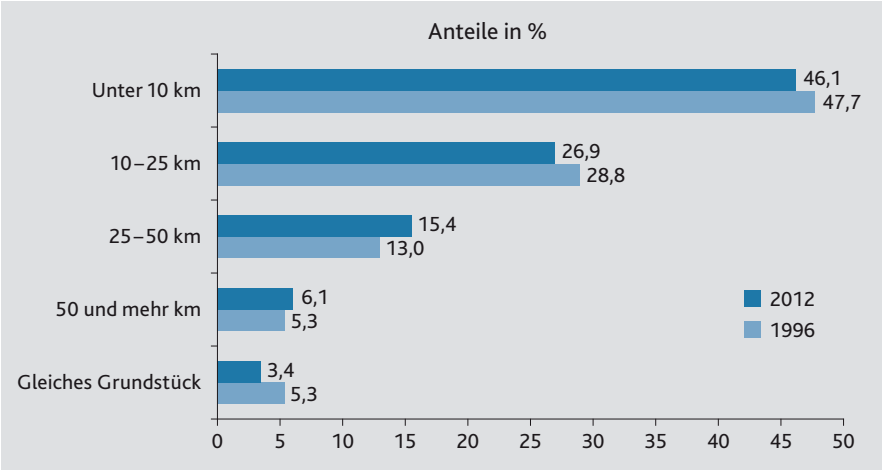
Für die Förderung im Jahr 2013 warben die Hochschulen insgesamt 812 550 Euro an privaten Geldern ein, die durch den Zuschuss des Bundes jeweils verdoppelt wurden. Das waren 38 Prozent mehr als im Jahr 2012. Ein wesentlicher Teil der Mittel wurde von den Gebern zweckgebunden bereitgestellt (43,5 Prozent), also speziell für bestimmte Fachrichtungen oder Studiengänge.

Berufspendlerinnen und -pendler benutzen überwiegend das Auto

Im Jahr 2012 fuhren fast 75 Prozent der Erwerbstätigen, die im Rahmen des Mikrozensus Angaben zum Pendlerverhalten machten, mit dem Auto zur Arbeit. Das Auto ist damit noch immer das mit Abstand wichtigste Verkehrsmittel der Berufspendlerinnen und -pendler im Land. Knapp neun Prozent der erwerbstätigen Pendlerinnen und -pendler benutzten öffentliche Verkehrsmittel und knapp sechs Prozent ein Fahrrad bzw. ein Motorrad oder ein anderes motorisiertes Zweirad. Gut elf Prozent gingen zu Fuß zur Arbeit. Insgesamt blieb das Verkehrsmittelwahlverhalten bei den Berufspendlerinnen und -pendler damit seit 1996 weitgehend unverändert.

Bei den Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsort haben sich in den zurückliegenden anderthalb Jahrzehnten leichte Verschiebung ergeben. Die Anteile der kürzeren Distanzen sind leicht gesunken, dafür muss ein höherer Anteil der Erwerbstätigen 25 Kilometer und mehr pendeln. Nach wie vor hat aber das Gros der Erwerbstätigen – 2012 waren es 46 Prozent – einen Arbeitsweg (einfache Strecke) von weniger als zehn Kilometern. Knapp 27 Prozent fuhren zwischen zehn und 25 Kilometer und rund 15 Prozent zwischen 25 und 50 Kilometer. Gut sechs Prozent der

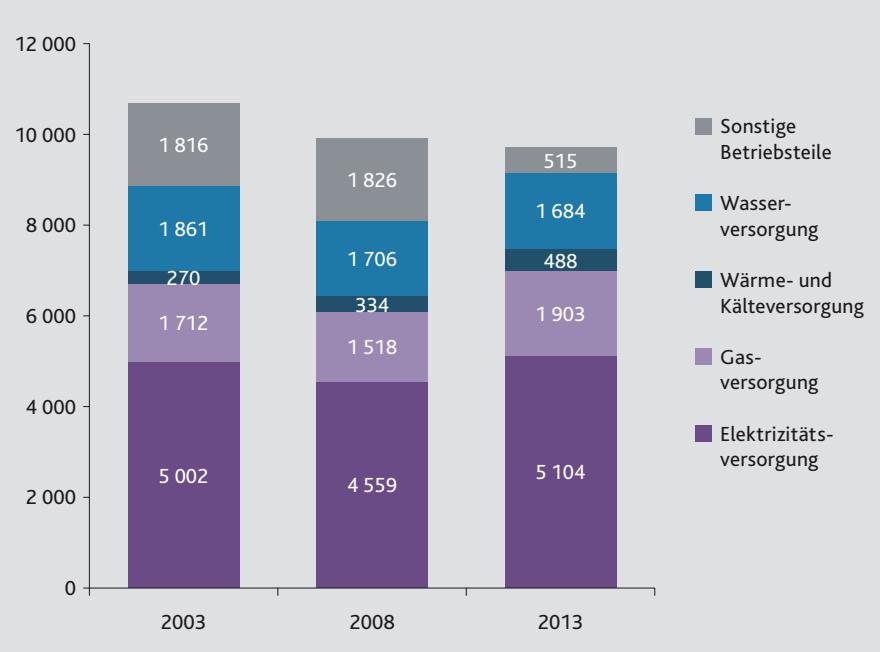
Erwerbstätige Pendler/-innen 1996 und 2012 nach Entfernung zum Arbeitsort



befragten Erwerbstätigen pendelte mehr als 50 Kilometer zur Arbeit. Bei rund drei Prozent lagen die Arbeitsräume auf dem gleichen Grundstück wie die Wohnräume und gut zwei Prozent hatten ständig wechselnde Arbeitsstätten.

Die Schülerinnen, Schüler und Studierenden im Land fuhren 2012 überwiegend mit dem Bus zur Schule oder Hochschule (knapp 41 Prozent). Rund 21 Prozent gingen zu Fuß, gut 20 Prozent fuhren mit dem Auto. Andere öffentliche Verkehrsmittel wie Eisenbahn, S-Bahn oder Straßenbahn nutzten gut elf Prozent, während gut sechs Prozent ihre Schule oder Hochschule mit dem Fahrrad oder einem motorisierten Zweirad erreichten.

Beschäftigte in den fachlichen Betriebsteilen der Energie- und Wasserversorgung 2003–2013 nach Wirtschaftszweigen



Zahl der Beschäftigten in der Energie- und Wasserversorgung langfristig rückläufig

Die Zahl der Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen Energie- und Wasserversorgung ist in den vergangenen Jahren gesunken. In den 172 Betrieben waren im Jahresmittel 2013 knapp 9 700 Personen beschäftigt; das waren neun Prozent weniger als im Jahr 2003. Gegenüber dem Jahr 2012 erhöhte sich die Zahl geringfügig um 25 Personen.

Im Monatsmittel leistete jeder Beschäftigte (Voll- und Teilzeit) 123 Arbeitsstunden und kam auf eine durchschnittliche Bruttolohn- und -gehaltssumme von 50 180 Euro. Das waren im Vergleich zum Jahr 2003 rund 31 Prozent mehr. Gegenüber dem Jahr 2012 betrug der Anstieg 2,8 Prozent.

Über die Hälfte der Beschäftigten (53 Prozent) war im Bereich Elektrizitätsversorgung tätig. Es folgte die Gasversorgung mit knapp 20 Prozent vor der Wasserversorgung mit 17 Prozent. Auf die Wärme- und Kälteversorgung entfielen fünf Prozent. Der Anteil in den sonstigen Betriebsteilen, zu denen beispielsweise Verkehr, Häfen und Bäder gehören, betrug 5,3 Prozent.

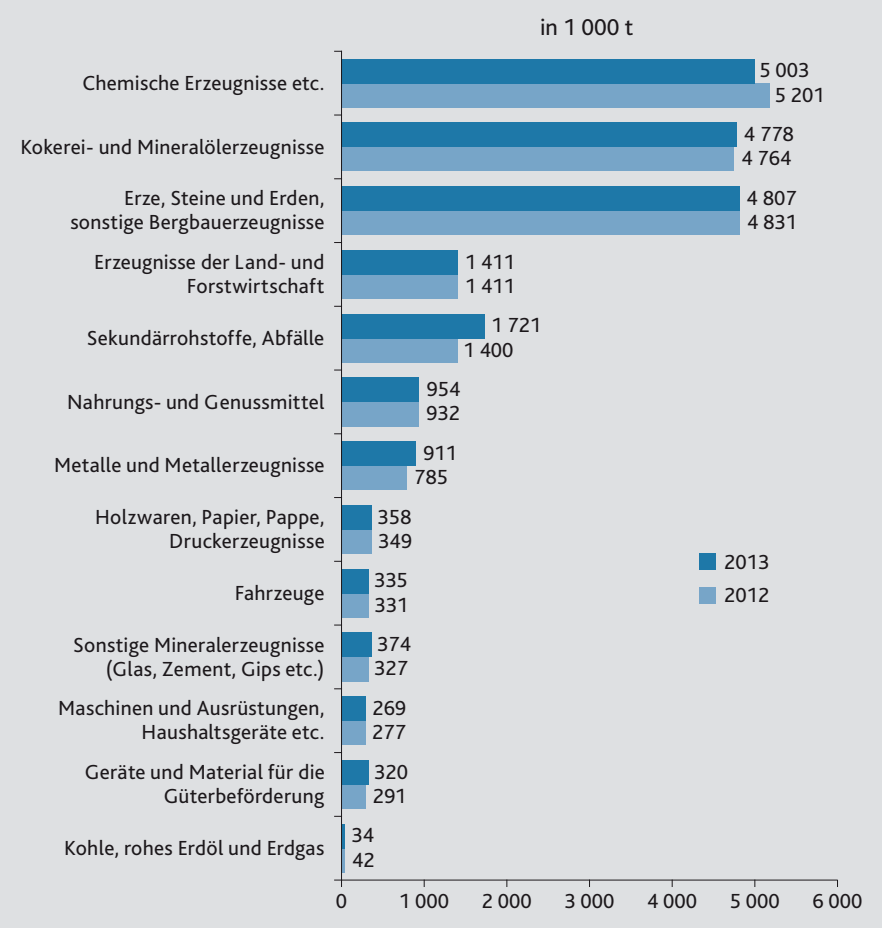
Mehr Frachtumschlag in Binnenhäfen

Im Jahr 2013 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen mehr Fracht umgeschlagen als im Vorjahr. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten einen Güterumschlag von 23 Millionen Tonnen; das waren 503 000 Tonnen bzw. 2,2 Prozent mehr als 2012. Der Empfang legte um 3,4 Prozent auf 13,1 Millionen Tonnen zu; das Versandvolumen erhöhte sich leicht um 0,7 Prozent auf 9,8 Millionen Tonnen.

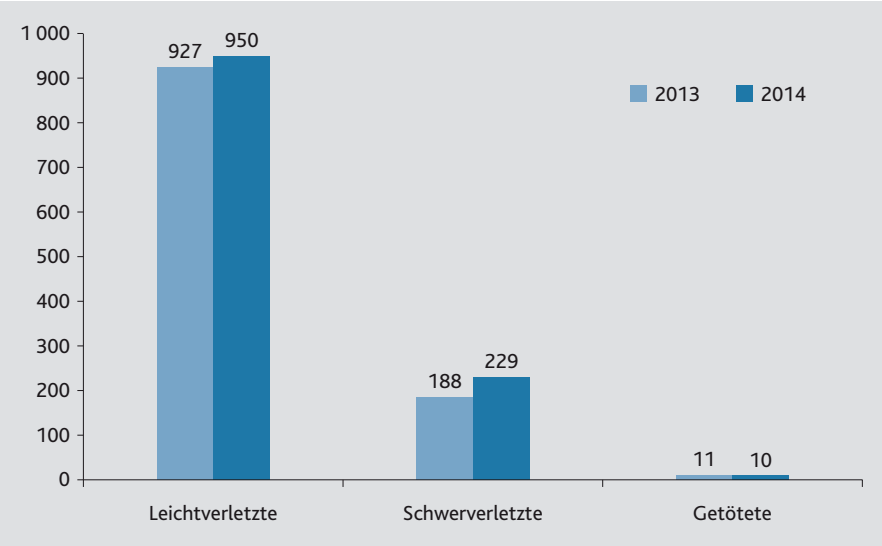
Die höchsten umgeschlagenen Tonnagen entfielen mit fünf Millionen Tonnen (–3,8 Prozent) auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse", gefolgt von den beiden Bereichen „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse" sowie „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse" mit jeweils 4,8 Millionen Tonnen (–0,5 bzw. +0,3 Prozent). Die größte Steigerungsrate (+23 Prozent) verzeichnete die Güterabteilung „Sekundärstoffe, Abfälle".

In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden 1,9 Prozent mehr Güter umgeschlagen.

Güterumschlag 2012 und 2013 nach Güterabteilungen



Verunglückte im Straßenverkehr Januar 2013 und 2014



Der Hafen in Andernach meldete ein Umschlagsplus von 5,5 Prozent, in Mainz gab es ein leichtes Plus von 0,2 Prozent.

Weniger Verkehrsunfälle im Januar

In Rheinland-Pfalz verloren im Januar 2014 zehn Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben war das ein Todesopfer weniger als im Januar 2013. Schwer verletzt wurden 229 Unfallbeteiligte, 41 mehr als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Leichtverletzten erhöhte sich um 23 auf 950.

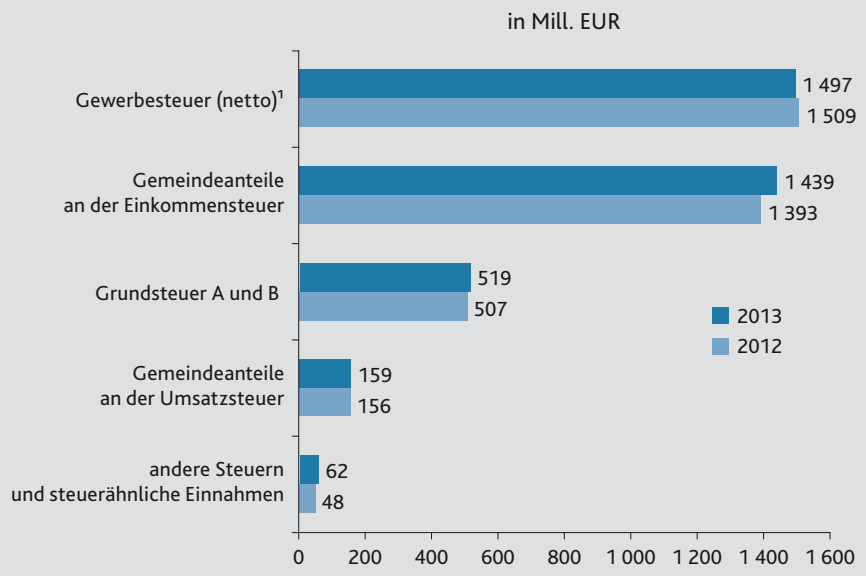
Insgesamt registrierte die Polizei zum Jahresbeginn 10 022 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen, das waren 674 oder 6,3 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Steuereinnahmen der Kommunen erreichen 2013 Höchststand

Im Jahr 2013 nahmen die Kommunen in Rheinland-Pfalz insgesamt 3,68 Milliarden Euro an Steuern ein. Das waren 1,7 Prozent mehr als im Vorjahr und der bisher höchste Stand seit Bestehen des Landes.

Die Realsteuern lagen mit 20,2 Milliarden Euro auf Vorjahresniveau. Der größte Posten der Realsteuern, die Gewerbesteuer, sank um 0,8 Prozent auf 1,5 Milliarden Euro. Dagegen legte die Grundsteuer B – sie wird auf bebaute und bebaubare Grundstücke erhoben – um 2,4 Prozent auf rund 500 Millionen Euro zu. Die Einnahmen aus den Gemeindeantei-

Steuereinnahmen der Kommunen 2012 und 2013 nach Steuerarten



1 Gewerbesteueraufkommen minus Gewerbesteuerumlage.

len der Gemeinschaftssteuern stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent auf 1,6 Milliarden Euro. Der größte Anteil entfiel mit 1,44 Milliarden Euro auf die Einnahmen aus der Einkommensteuer (+3,3 Prozent).

Die Einnahmen entwickelten sich regional unterschiedlich. Die kreisangehörigen Kommunen verbuchten im Vorjahresvergleich insgesamt einen Zuwachs von 2,9 Prozent. Der stärkste Anstieg war im Donnersbergkreis mit einem Plus von 19 Prozent zu beobachten. Dagegen musste Germersheim mit einem Minus von sieben Prozent den deutlichsten Rückgang innerhalb der Landkreise hinnehmen. In den kreisfreien Städten sanken die Einnahmen insgesamt leicht um 0,5 Prozent. Während die Stadt Koblenz einen Zuwachs von 21 Prozent verzeichnete, kam es in Zweibrücken zu einem Rückgang um 33 Prozent.

In den Landkreisen betrugen die Steuereinnahmen je Einwohner durchschnittlich 816 Euro, mit einer Spannweite von 545 Euro im Landkreis Kusel und 1 590 Euro im Landkreis Mainz-Bingen. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte erreichten die Steuereinnahmen 1 227 Euro je Einwohner. Den höchsten Wert aller kreisfreien Städte erzielte Koblenz mit 1 691 Euro je Einwohner, den niedrigsten Pirmasens mit 875 Euro. Der Landeswert lag bei 922 Euro.

Verbraucherpreise im März 2014

Im März 2013 lagen die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz 1,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Vor allem die rückläufigen Preise für Mineralölprodukte (–3,9 Prozent) wirkten dämpfend auf den Gesamtindex. So waren Kraftstoffe 2,5 Prozent und Heizöl sogar acht Prozent günstiger als im Vorjahresmonat. Ohne Berücksichtigung der Preise für Mineralölerzeugnisse hätte die Teuerungsrate bei 1,3 Prozent gelegen.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich gegenüber März 2013 um 1,1 Prozent. Deutliche Preissteigerungen gab es bei Molkereiprodukten und Eiern (+9,3 Prozent) sowie bei Speisefetten und Speiseölen (+5,4 Prozent).

Demgegenüber sanken die Preise für Gemüse (–4,4 Prozent) aber auch für Fleisch und Fleischwaren (–1,2 Prozent). Deutlich günstiger als im März 2013 wurden Gurken (–28,6 Prozent), Blumenkohl (–28 Prozent) und Paprika (–22 Prozent). Ebenfalls merklich billiger waren Hackfleisch (5,9 Prozent) und Schweineschnitzel bzw. Schweinekotelett (–5,4 Prozent).

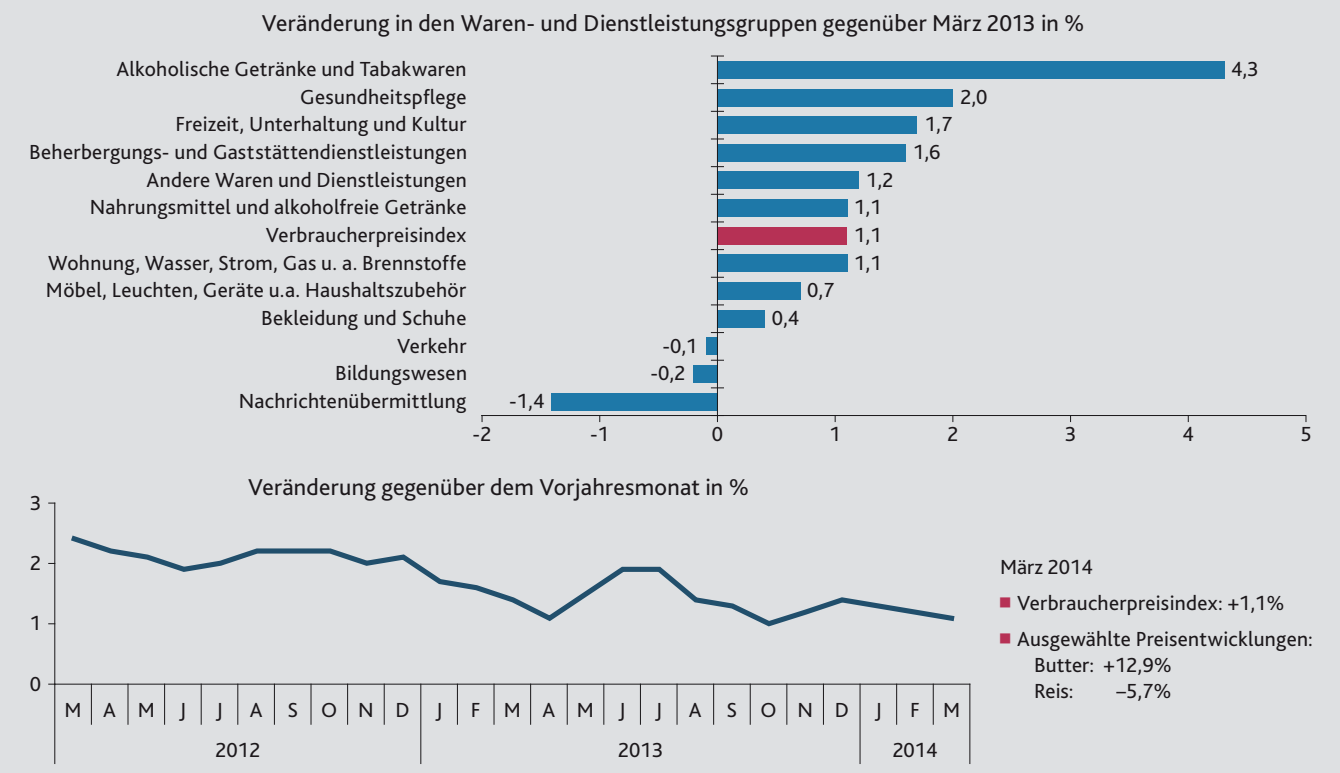
Im Vergleich zum Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex im März um 0,2 Prozent. Höhere Preise gab es insbesondere in der Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe“ (+2,6 Prozent). Rückläufig waren vor allem die Preise bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (–0,5 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

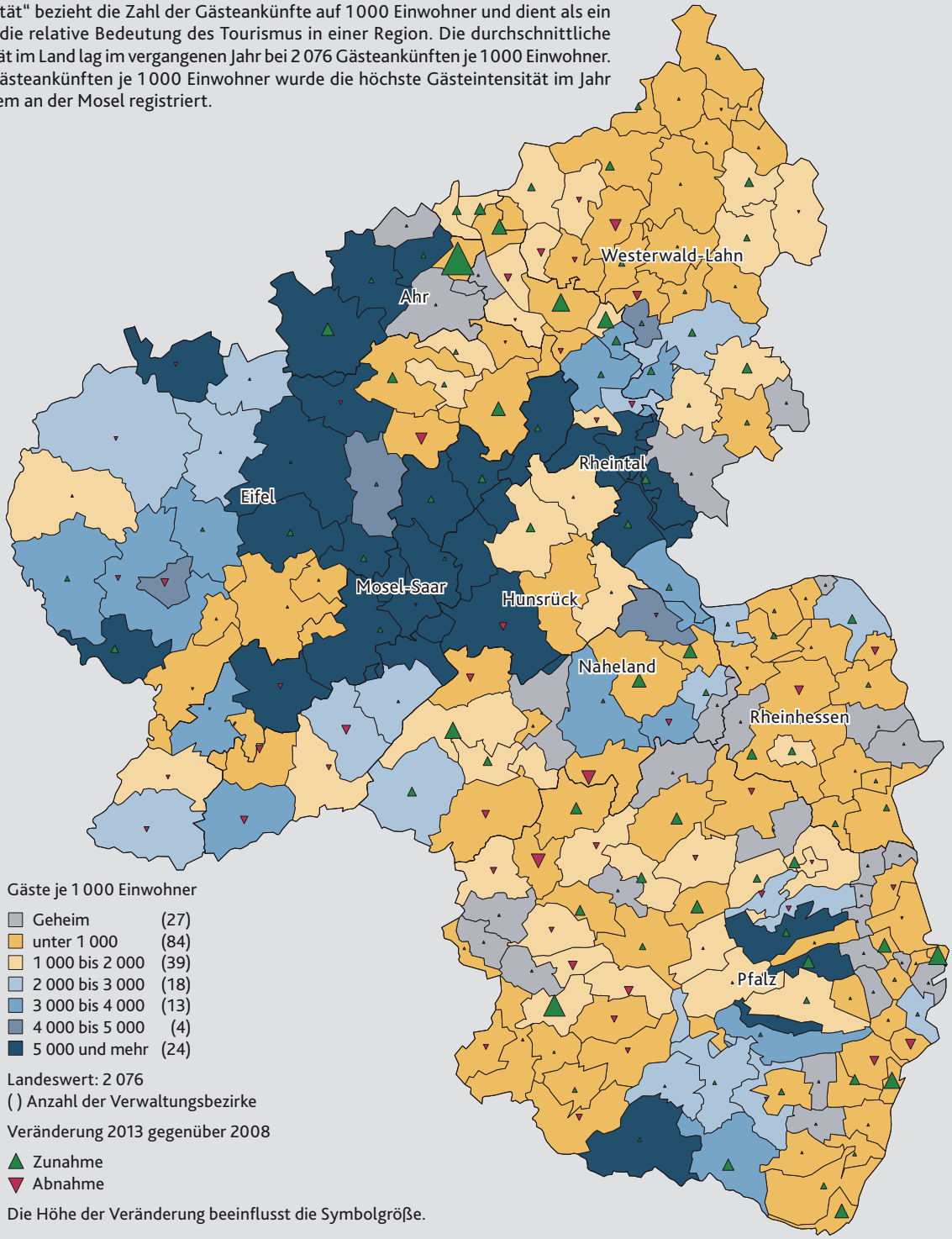
Verbraucherpreisindex im März 2014



Gästeintensität 2013 nach Tourismusregionen und Verwaltungsbezirken

Durchschnittlich 2 076 Gästeankünfte je 1 000 Einwohner

Im Jahr 2013 übernachteten 8,3 Millionen Gäste in den Beherbergungsbetrieben des Landes (ohne Campingplätze). Sie buchten insgesamt 22 Millionen Übernachtungen. Die Kennzahl „Gästeintensität" bezieht die Zahl der Gästeankünfte auf 1 000 Einwohner und dient als ein Indikator für die relative Bedeutung des Tourismus in einer Region. Die durchschnittliche Gästeintensität im Land lag im vergangenen Jahr bei 2 076 Gästeankünften je 1 000 Einwohner. Mit 26 880 Gästeankünften je 1 000 Einwohner wurde die höchste Gästeintensität im Jahr 2013 in Cochem an der Mosel registriert.



Gäste je 1 000 Einwohner

- Geheim (27)
- unter 1 000 (84)
- 1 000 bis 2 000 (39)
- 2 000 bis 3 000 (18)
- 3 000 bis 4 000 (13)
- 4 000 bis 5 000 (4)
- 5 000 und mehr (24)

Landeswert: 2 076

( ) Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung 2013 gegenüber 2008

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme

Die Höhe der Veränderung beeinflusst die Symbolgröße.

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2013/14

Zahl der Einschulungen erstmals seit Jahren wieder leicht steigend

Von Bettina Link

Umfassende Informationen zu Schulen, Schülerinnen und Schülern, Absolventinnen und Absolventen sowie pädagogischem Personal werden jährlich zu Beginn eines jeden Schuljahres an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erfragt. Das Erhebungsprogramm orientiert sich dabei zum einen an Vorgaben der Kultusministerkonferenz und zum anderen am landesspezifischen Informationsbedarf. Die aus der Schulstatistik ermittelten Daten sind eine wichtige Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen und Planungen. Sie werden zudem intensiv in der Bildungsforschung genutzt und nicht zuletzt auch für die interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.

Gesamtschülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen seit zehn Jahren rückläufig

Zahl der Schülerinnen und Schüler sinkt um mehr als zwei Prozent

Im aktuellen Schuljahr 2013/14 besuchen 423 788 Schülerinnen und Schüler die 1 519 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das sind 8 542 Kinder und Jugendliche weniger als ein Jahr zuvor (–2 Prozent).

Das Schuljahr 2013/14 ist damit bereits das zehnte in Folge, in dem sinkende Gesamtschülerzahlen zu verzeichnen sind. Die Ursache hierfür ist der demografische Wandel und der damit einhergehende Rückgang der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter. Dieser resultiert aus den seit Jahren niedrigen Geburtenzahlen, die nicht zuletzt auf die zunehmend schwächer besetzten Elternjahrgänge zurückgeführt werden können.

Mehr Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II

In den einzelnen Schulstufen entwickelten sich die Schülerzahlen in den vergangenen Jahren unterschiedlich. Während im Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) bereits seit Ende der 90er-Jahre ein Rückgang festzustellen ist, sinken die Schülerzahlen im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) erst seit dem Schuljahr 2004/05. In der Sekundarstufe II (Klassen- bzw. Jahrgangsstufen 11 bis 13)[1] traten sinkende Schülerzahlen erstmals zum Schuljahr 2011/12 auf. Zum Schuljahr 2013/14 verzeichnete diese Schulstufe allerdings wieder mehr Schülerinnen und Schüler. Hintergrund hierfür ist zum einen die noch relativ starke Besetzung der entsprechenden Altersjahrgänge in der Bevölkerung. Zum anderen werden die Schülerzahlen in der Sekundarstufe II auch durch politische und gesellschaftliche Rah-

1 Seit 2013/14 auch Jahrgangsstufe 10 an achtjährigen Gymnasien (G8-GTS).

T 1 Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen und in der vorschulischen Ausbildung im Schuljahr 2013/14 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Vorschulische Ausbildung/ Schulart	Insgesamt			Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		Anzahl	%						
Schukindergärten[1]	317	-56	-15,0	92	29,0	225	71,0	.	.
Grundschulen	133 020	-2 372	-1,8	64 231	48,3	68 789	51,7	28 025	21,1
Hauptschulen	561	-1 164	-67,5	218	38,9	343	61,1	41	7,3
Realschulen	4 558	-2 772	-37,8	3 514	77,1	1 044	22,9	121	2,7
Realschulen plus	93 583	-1 621	-1,7	42 260	45,2	51 323	54,8	15 414	16,5
Gymnasien	135 398	-1 627	-1,2	72 015	53,2	63 383	46,8	8 319	6,1
Integrierte Gesamtschulen	38 508	1 265	3,4	18 695	48,5	19 813	51,5	4 406	11,4
Freie Waldorfschulen	2 501	19	0,8	1 301	52,0	1 200	48,0	51	2,0
Kollegs und Abendgymnasien	716	-63	-8,1	332	46,4	384	53,6	56	7,8
Förderschulen	14 626	-151	-1,0	5 222	35,7	9 404	64,3	1 821	12,5
Insgesamt	423 788	-8 542	-2,0	207 880	49,1	215 908	50,9	58 254	13,7

1 Daten zum Migrationshintergrund werden an Schulkindergärten nicht erhoben.

menbedingungen sowie durch individuelle Bildungsentscheidungen bestimmt. Insbesondere der anhaltende Trend zu höheren allgemeinbildenden Abschlüssen wirkt dem Schülerrückgang in der Oberstufe entgegen. Wie im Folgenden erläutert wird, hat auch die Einführung des achtjährigen Gymnasiums Einfluss auf die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schulstufen.

Wieder mehr Einschulungen

Im August 2013 wurden 33 249 Kinder an den Grundschulen, Freien Waldorfschulen und Förderschulen in Rheinland-Pfalz eingeschult.[2] Die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger lag um 1,6 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Damit stieg die seit Jahren rückläufige Zahl der Einschulungen erstmals wieder an.

Gut vier Prozent aller Einschulungen vorzeitig

Der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen sank zum Schuljahr 2013/14 auf 4,1 Prozent. Demgegenüber wurden 92 Prozent der Kinder regulär eingeschult. Insgesamt 4,2 Prozent der Einschulungen an Grundschulen erfolgten vorzeitig.

Kinder mit Migrationshintergrund häufiger verspätet eingeschult

Schon bei der Einschulung zeigen sich Unterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. So lag, ähnlich wie in den Vorjahren, der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen bei Kindern mit Migrationshintergrund über dem Durchschnitt (6,3 Prozent). Auch fiel bei diesen Kindern der Anteil der vorzeitigen Einschulungen geringer aus (3,1 Prozent).

Migrationshintergrund

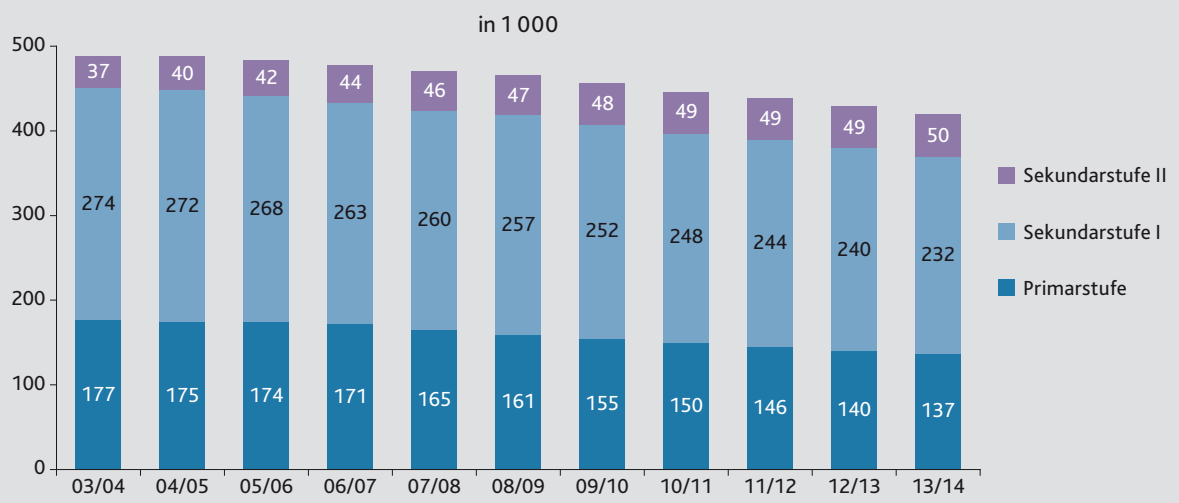
Ein Migrationshintergrund ist nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schülerinnen und Schülern anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

- keine deutsche Staatsangehörigkeit,
- nichtdeutsches Geburtsland,
- nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld.

Sozioökonomische Charakteristika der Familie, wie etwa das Bildungsniveau, der berufliche Status oder die finanzielle Situation der Eltern werden im Rahmen der amtlichen Schulstatistik nicht erhoben.

2 Einschließlich wiederholte Einschulungen.

G 1 Schüler/-innen[1] an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2003/04–2013/14 nach Schulstufen



1 Ohne Kinder im Elementarbereich und ohne Schüler/-innen mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung, die in entsprechenden Förderklassen unterrichtet werden.

Wie im Folgenden gezeigt wird, ziehen sich diese Unterschiede durch die gesamte weitere schulische Laufbahn. Insbesondere Kinder, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, werden häufiger nicht versetzt, wechseln seltener auf ein Gymnasium und erlangen seltener die Hochschulreife.

Ähnliches gilt, wenn auch in geringerem Maße, für Jungen. Auch sie werden häufiger verspätet und seltener vorzeitig eingeschult und durchlaufen das schulische Bildungssystem im Durchschnitt etwas weniger erfolgreich als ihre Mitschülerinnen.

Weniger Kinder besuchen einen Schulkindergarten

Ein anhaltender Rückgang ist bei den Schulkindergärten zu verzeichnen (–15 Prozent). Diese Einrichtungen dienen vorrangig dazu, schulpflichtige – jedoch mangels Schulreife zurückgestellte – Kinder auf den Schulbe-

T 2 Schulanfänger/-innen 2003–2013 nach Einschulungsart und Schulart

Einschulungsjahr	Insgesamt	Grundschulen							Freie Waldorfschulen	Förderschulen
		insgesamt	vorzeitig		regulär		verspätet[1]			
	Anzahl		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
2003	44 943	43 875	2 656	6,1	39 109	89,1	2 110	4,8	158	910
2004	43 573	42 408	3 374	8,0	36 760	86,7	2 274	5,4	149	1 016
2005	41 253	40 130	3 523	8,8	34 544	86,1	2 063	5,1	166	957
2006	40 275	39 189	3 571	9,1	33 746	86,1	1 872	4,8	163	923
2007	38 336	37 222	4 409	11,8	30 380	81,6	2 433	6,5	170	944
2008	39 524	38 350	1 746	4,6	34 825	90,8	1 779	4,6	165	1 009
2009	36 048	34 784	1 813	5,2	30 715	88,3	2 256	6,5	170	1 094
2010	34 541	33 391	1 758	5,3	30 001	89,8	1 632	4,9	166	984
2011	33 833	32 723	1 588	4,9	29 716	90,8	1 419	4,3	158	952
2012	32 722	31 536	1 497	4,7	28 651	90,9	1 388	4,4	180	1 006
2013	33 249	32 065	1 358	4,2	29 404	91,7	1 303	4,1	173	1 011

1 Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

T 3 Schulanfänger/-innen an Grundschulen 2013 nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Einschulungs-art	Insgesamt		Mädchen		Jungen		Mit Migrations-hintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regulär	29 404	91,7	14 241	91,6	15 163	91,8	5 947	90,6
Verspätet[1]	1 303	4,1	455	2,9	848	5,1	414	6,3
Vorzeitig	1 358	4,2	850	5,5	508	3,1	204	3,1
Insgesamt	32 065	100	15 546	100	16 519	100	6 565	100

1 Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

such vorzubereiten. Der starke Rückgang in Schulkindergärten basiert vor allem darauf, dass diese Kinder seit dem Schuljahr 2009/10 verstärkt in der Eingangsstufe der Grundschule gefördert werden.

Weniger Grundschülerinnen und -schüler

Die Primarstufe umfasst die Klassenstufen 1 bis 4. Hier werden die Kinder in das schulische Lernen eingeführt und damit die Grundlagen für die weitere schulische Bildung geschaffen. Derzeit besuchen 137 159 Kinder diesen Bildungsabschnitt. Das sind 1,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Knapp 97 Prozent der Primarstufenschülerinnen und -schüler lernen an einer Grundschule. Diese werden in Rheinland-Pfalz entweder eigenständig oder aber organisatorisch verbunden mit Hauptschulen bzw. mit Realschulen plus geführt.

Neue Schulstruktur im Bereich der Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I baut auf den Bildungsergebnissen der Primarstufe auf und umfasst die Klassenstufen 5 bis 10. In diesem Ausbildungsabschnitt soll allen Schülerinnen und Schülern eine gemeinsame Grundbildung vermittelt werden. In den verschiedenen Schularten der Sekundarstufe I kann nach erfolgreichem Abschluss der neunten Klasse die Berufsreife (früher: Hauptschulabschluss) und nach dem erfolgreichen Abschluss der zehnten Klasse der qualifizierte Sekundarabschluss I (früher: mittlere Reife) erlangt werden. Letzterer berechtigt bei entsprechenden Leistungen zum Besuch der gymnasialen Oberstufe.

Seit dem Jahr 2009 kam es im Sekundarbereich I zu umfassenden Änderungen der Schulstruktur. Mit Artikel 7 des „Landesgesetzes zur Änderung der Schulstruktur" wurde zum Schuljahr 2009/10 die Realschule plus eingeführt, die bereits im Einführungsjahr an die Stelle der bisherigen Regionalen Schulen und der Dualen Oberschulen trat und im Schuljahr 2013/14 auch die Haupt- und Realschulen nahezu vollständig ablöste.

Fachoberschulen an Realschulen plus führen nach zwei Jahren zur Fachhochschulreife

Die Neuordnung der Schullandschaft war zum einen eine Reaktion auf den Akzeptanzverlust der Hauptschulen. Sie soll zum anderem dazu beitragen, mehr Jugendliche zu (höheren) Abschlüssen zu führen. Zu diesem Zweck wurde zum Schuljahr 2011/12 die Möglichkeit geschaffen, der Realschule plus – bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen – eine Fachoberschule anzugliedern. Dieser berufsbildende Bildungsgang führt innerhalb von zwei Jahren zur Fachhoch-

T 4 **Zugänge[1] aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen des Schuljahres 2013/14 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund**

Vorschulische Ausbildung/ Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	13 840	40,0	7 104	41,9	6 736	38,2	871	23,6
Integrierte Gesamtschulen	5 965	17,2	2 857	16,9	3 108	17,6	685	18,5
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	2 852	8,2	1 446	8,5	1 406	8,0	165	4,5
Realschulen plus	11 207	32,4	5 065	29,9	6 142	34,8	1 927	52,2
Realschulen	488	1,4	390	2,3	98	0,6	18	0,5
Hauptschulen	28	0,1	6	0,0	22	0,1	4	0,1
Freie Waldorfschulen	5	0,0	4	0,0	1	0,0	0	0,0
Förderschulen	206	0,6	77	0,5	129	0,7	23	0,6
Insgesamt	34 591	100	16 949	100	17 642	100	3 693	100

1 Aus der Zugangsstatistik des Schuljahres 2013/14.

schulreife, der Studienberechtigung für die Fachhochschule. Die Ausbildung an der Fachoberschule umfasst neben dem schulischen Unterricht auch einen fachpraktischen Teil: So absolvieren die Schülerinnen und Schüler in ihrem ersten Schuljahr an jeweils drei Tagen der Woche ein berufliches Praktikum. Zurzeit ist an 25 Realschulen plus eine Fachoberschule angeschlossen.

Gymnasien weiterhin beliebteste Schulart

40 Prozent der Kinder wechseln von der Grundschule auf ein Gymnasium

Zum Schuljahr 2013/14 wechselten 34 591 Grundschulabsolventinnen und -absolventen in die fünfte Klassenstufe der weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Vier von zehn setzen ihre Schullaufbahn an einem Gymnasium fort (40 Prozent). Damit ist das Gymnasium auch im Schuljahr 2013/14 die beliebteste Schulart. Fast jedes dritte Kind wechselte in die fünfte Klassenstufe einer Realschule plus (32 Prozent). Der Anteil der Realschulen plus entspricht damit etwa dem Vorjahreswert. Leichte Zuwächse verzeichnen die 55 Integrierten Gesamtschulen. Sie nahmen 17 Prozent der Grundschulabsolventinnen und -absolventen auf (+0,7 Prozentpunkte). Ebenfalls nur geringe Veränderungen gab es bei den Anteilen der Grundschülerinnen und -schüler, die auf Freie Waldorfschulen und Förderschulen wechselten (zusammen 0,6 Prozent). Lediglich noch 1,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler begannen den neuen Bildungsabschnitt an den verbliebenen Haupt- und Realschulen (–0,6 Prozentpunkte).

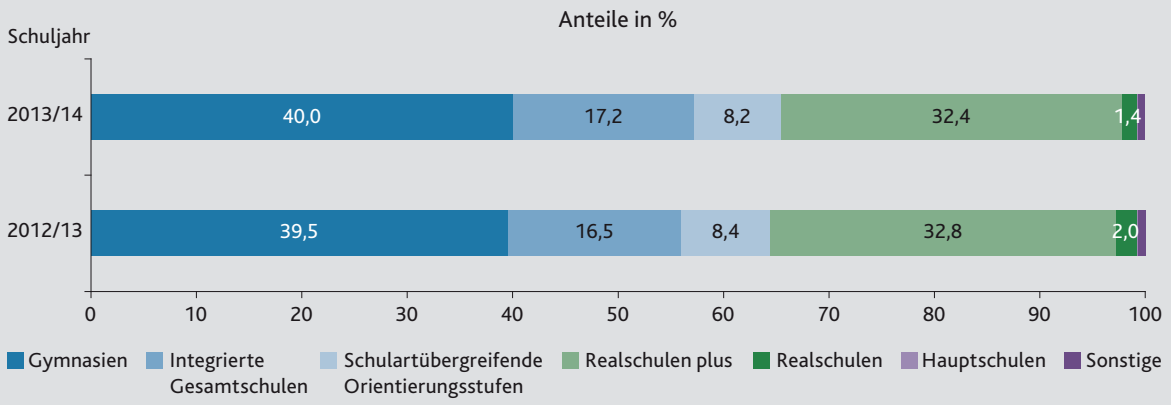
Kinder mit Migrationshintergrund wechseln seltener auf Gymnasien

Kinder mit Migrationshintergrund unterscheiden sich in ihrem Übergangsverhalten auch im Jahr 2013 von dem der Gesamtschülerschaft. So wechselten sie deutlich häufiger auf eine Realschule plus (52 Prozent) und sehr viel seltener auf ein Gymnasium (24 Prozent).

Schullaufbahnempfehlung

In Rheinland-Pfalz erhalten Kinder zum Ende des vierten Schuljahres eine Empfehlung zur weiteren Schullaufbahn. Ihnen werden, entsprechend der Beurteilung ihrer Leistungen, alle regional infrage kommenden Schulen empfohlen. Diese Empfehlung ist nicht bindend, sodass letztendlich der Elternwille entscheidend ist.

G 2 Zugänge[1] aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen der Schuljahre 2012/13 und 2013/14



1 Aus der Zugangsstatistik der Schuljahre 2012/13 und 2013/14.

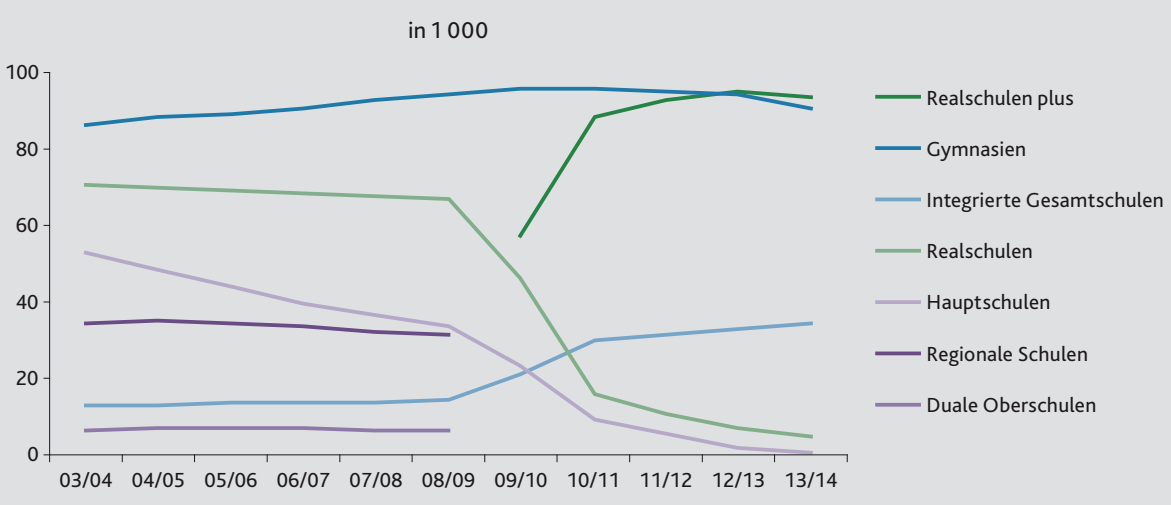
Weniger Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I

Derzeit besuchen 232 064 Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe I. Das sind 3,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Innerhalb der letzten zehn Jahre gab es deutliche Verschiebungen bei der Verteilung der Schülerschaft auf die einzelnen Schularten. Diese sind zum einen durch die Schulstrukturreform des Jahres 2009 bedingt. Sie sind zudem das Ergebnis einer steigenden Präferenz für jene Schulen, die zum Abitur führen. Von dieser Entwicklung profitierten insbesondere Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen.

42 Prozent aller Achtklässler besuchen eine Realschule plus

Die strukturellen Veränderungen im Sekundarbereich I werden deutlich anhand der Verteilung der Schülerschaft in der achten Klassenstufe. So besuchen im laufenden Schuljahr 42 Prozent aller Achtklässler eine Realschule plus. Lediglich noch 2,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler werden an einer Haupt- oder Realschule unterrichtet.

G 3 Schüler-/innen der Sekundarstufe I in den Schuljahren 2003/04–2013/14 nach ausgewählten Schularten



T 5 Schüler/-innen der Klassenstufe 8 im Schuljahr 2013/14 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund		Zum Vergleich Schuljahr 2012/13	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Anteil in %
Gymnasien	15 228	37,2	8 008	40,3	7 220	34,2	946	19,3	15 645	36,8
Integrierte Gesamtschulen	5 977	14,6	2 810	14,2	3 167	15,0	737	15,0	5 413	12,7
Realschulen plus	17 221	42,0	7 765	39,1	9 456	44,8	2 986	60,9	18 134	42,7
Realschulen	773	1,9	574	2,9	199	0,9	16	0,3	1 215	2,9
Hauptschulen	110	0,3	39	0,2	71	0,3	12	0,2	416	1,0
Förderschulen	1 438	3,5	546	2,8	892	4,2	204	4,2	1 436	3,4
Freie Waldorfschulen	211	0,5	105	0,5	106	0,5	3	0,1	231	0,5
Insgesamt	40 958	100	19 847	100	21 111	100	4 904	100	42 490	100

Mehr als die Hälfte der Achtklässler besucht ein Gymnasium oder eine Integrierte Gesamtschule.

Kinder mit Migrationshintergrund an Gymnasien unterrepräsentiert

Bei Kindern mit Migrationshintergrund lassen sich die bereits beim Übergangsverhalten zu beobachtenden Unterschiede bezüglich der Schulwahl auch in der achten Klassenstufe feststellen. Sie besuchen im Vergleich zur Gesamtschülerschaft überdurchschnittlich häufig eine Realschule plus (61 Prozent) und relativ selten ein Gymnasium (19 Prozent).

Integrierte Gesamtschulen gewinnen auch im Sekundarbereich II an Bedeutung

Mehr Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe

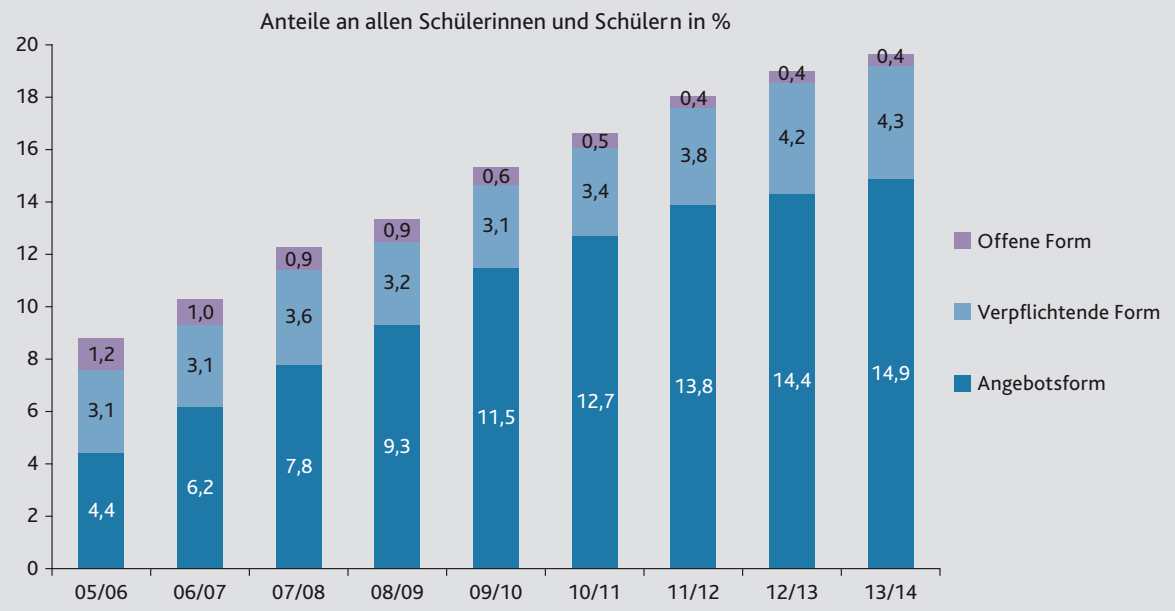
Im allgemeinbildenden Bereich erstreckt sich die Sekundarstufe II in der Regel auf die Jahrgangsstufen 11 bis 13, die sogenannte gymnasiale Oberstufe. Diese verfolgt das Ziel, die Jugendlichen auf ein Studium oder eine Berufsausbildung vorzubereiten und führt nach bestandener Abiturprüfung zur allgemeinen Hochschulreife.

Die Schülerzahlen in der Sekundarstufe II sind zum Schuljahr 2013/14 gestiegen. Derzeit lernen dort 50 230 Jugendliche und damit 1 698 mehr als ein Jahr zuvor (+3,5 Prozent). Ursächlich für den Anstieg in der Oberstufe sind sowohl die verhältnismäßig stark besetzten Bevölkerungsjahrgänge der zurzeit 16- bis 18-Jährigen, aber auch der wachsende Anteil von Schülerinnen und Schülern, die die Studienberechtigung anstreben. Zudem gibt es im Schuljahr 2013/14 erstmals Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe zehn an achtjährigen Gymnasien (G8-GTS). Diese 874 Zehntklässlerinnen und Zehntklässler werden – anders als bei den übrigen Schularten – nicht zum Sekundarbereich I gezählt, sondern der Sekundarstufe II zugeordnet.

Die meisten Oberschülerinnen und Oberschüler des Schuljahres 2013/14 besuchen die gymnasiale Oberstufe eines Gymnasiums (44 597) oder einer Integrierten Gesamtschule (4 455). Weitere 1 178 werden an einer Freien Waldorfschule, einem Kolleg oder Abendgymnasium unterrichtet.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die gymnasiale Oberstufe an einer Integrierten Gesamtschule besuchen, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Er liegt mittlerweile bei neun Prozent. Wie auch in den

G 4 Ganztagsschüler/-innen[1] in den Schuljahren 2005/06–2013/14 nach Angebotsart



1 Ohne Teilnehmer/-innen an Betreuungsangeboten der betreuenden Grundschulen.

Vorjahren ist die Mehrheit der Jugendlichen in der gymnasialen Oberstufe weiblich (55 Prozent). Deutlich unterrepräsentiert sind noch immer Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Ihr Anteil beträgt derzeit 6,3 Prozent.

Über 83 000 Schülerinnen und Schüler nutzen ein Ganztagsangebot

Ganztagsangebote sollen auch Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern

Im Jahr 2001 startete die rheinland-pfälzische Landesregierung ein Ganztagsschulprogramm mit dem Ziel, die Ganztagsbetreuung auszubauen. Hintergrund hierfür war das Bestreben, die Bildung von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft besser fördern zu können. Zudem sollte durch die Erweiterung der Ganztagsangebote auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Der Ausbau der Ganztagsangebote in Rheinland-Pfalz wurde zudem finanziell durch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung" unterstützt.

20 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nutzen schulische Ganztagsangebote

Die Teilnahme an den schulischen Ganztagsangeboten wuchs in den letzten acht Jahren deutlich. Im laufenden Schuljahr 2013/14 nutzen 83 051 Schülerinnen und Schüler ein solches Angebot. Das sind doppelt so viele wie im Schuljahr 2005/06, dem Zeitpunkt der erstmaligen Erhebung des Merkmals. Insgesamt beträgt der Ganztagsschüleranteil im laufenden Schuljahr rund 20 Prozent (2005/06: 8,8 Prozent).

Die zahlenmäßig größte Bedeutung hat die Ganztagsbetreuung in Angebotsform. Insgesamt gut 15 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nehmen derzeit daran teil. Das Ganztagsangebot in verpflichtender Form wird von 4,3 Prozent und das Ganztagsangebot in offener Form von 0,4 Prozent aller Schülerinnen und Schüler genutzt.

Die Inanspruchnahme ist in den einzelnen Schulstufen teilweise unterschiedlich. Zwischen dem Primarbereich (22 Prozent) und dem Sekundarbereich I (20 Prozent)

T 6 Schüler/-innen 2013/14 nach Teilnahme am Ganztagsangebot, Schulstufe und Angebotsart

Schulstufe	Insgesamt	Darunter: Teilnahme am Ganztagsangebot		Davon					
				Angebotsform		verpflichtende Form		offene Form	
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Primarstufe	137 159	30 131	22,0	27 150	19,8	2 357	1,7	624	0,5
Sekundarstufe I	232 064	46 807	20,2	35 754	15,4	10 459	4,5	594	0,3
Sekundarstufe II	50 230	2 118	4,2	305	0,6	1 529	3,0	284	0,6
Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung	4 018	3 995	99,4	18	0,4	3 977	99,0	0	0,0
Insgesamt	423 471	83 051	19,6	63 227	14,9	18 322	4,3	1 502	0,4

Ganztagsschule in Rheinland-Pfalz

Zurzeit gibt es in Rheinland-Pfalz drei verschiedene Formen der Ganztagsschule.

Die **Ganztagsschule in Angebotsform** bietet ein Ganztagsangebot von 8.00 bis 16.00 Uhr an mindestens vier Tagen pro Woche. Die Teilnahme ist frei wählbar, aber nach erfolgter Anmeldung bindend.

Bei **Ganztagsschulen in verpflichtender Form** erstreckt sich der Unterricht auf die Vormittage und in der Regel auf vier Nachmittage in der Woche. Die Teilnahme am Ganztagsschulangebot ist für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend.

Die **Ganztagsschule in offener Form** legt einzelne Unterrichtsveranstaltungen auf den Nachmittag und bietet darüber hinaus eine außerunterrichtliche Betreuung an, die vom Schulträger bereitgestellt wird.

Betreuende Grundschulen
Darüber hinaus existieren an vielen Grundschulen vor und nach dem Unterricht freiwillige Betreuungsgruppen. Diese werden – bei entsprechender Nachfrage – vor Ort von den Schulträgern, den Fördervereinen oder anderen Trägern organisiert und teilweise vom Land bezuschusst. Auf eine Darstellung wurde verzichtet, da zu diesem Aspekt in der amtlichen Schulstatistik keine vollständigen Informationen vorliegen.

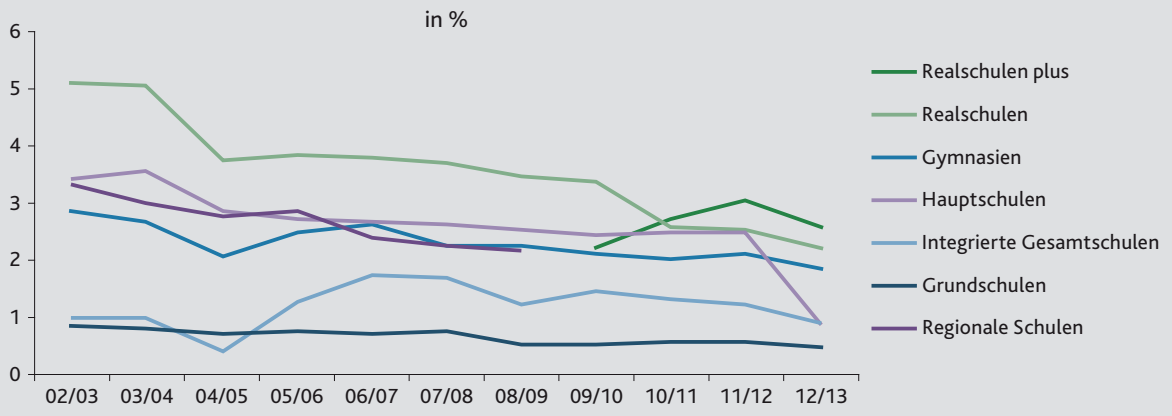
gibt es kaum Differenzen. Dabei kommt den im Sekundarbereich I seit dem Schuljahr 2008/09 bestehenden G8-Gymnasien (G8GTS) eine besondere Bedeutung zu, da die in dieser Schulart angebotene Verkürzung der Gymnasialschulzeit auf acht Jahre ab Klassenstufe sieben ausschließlich in Form einer verpflichtenden Ganztagsschule erfolgt. Im Sekundarbereich II, in dem Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren unterrichtet werden, hat das Ganztagsangebot mit einer Teilnahmequote von 4,2 Prozent eine geringere Bedeutung, zumal in der Oberstufe durch den üblichen Nachmittagsunterricht weniger Bedarf an Ganztagsangeboten besteht.

22 Prozent der Kinder im Grundschulbereich nehmen Ganztagsschulangebote wahr

Anteil der Nichtversetzten in allen Schularten rückläufig

Schon seit Längerem wird die Praxis des „Sitzenbleibens" in der Wissenschaft und der Bildungspolitik kritisch hinterfragt. Dies gilt sowohl mit Blick auf den mit dieser Maßnahme verbundenen pädagogischen Effekt als auch im Hinblick auf die Kosten. Führende Bildungsverantwortliche halten Nichtversetzungen daher lediglich in Ausnahme- und Einzelfällen für angebracht. Gezielte individuelle Fördermaßnahmen und die bereits im Schuljahr 1999/2000 in

G 5 Nichtversetztenquote[1] an ausgewählten Schularten in den Schuljahren 2002/03–2012/13



1 Anteil der Nichtversetzten an allen Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schulart.

Rheinland-Pfalz eingeführte Möglichkeit zur Nachprüfung für Nichtversetzte führten in den letzten Jahren insgesamt zu einem Rückgang der Nichtversetztenquoten auf zuletzt 1,7 Prozent im Schuljahr 2011/12. Im Schuljahr 2012/13 fiel die Quote weiter auf 1,5 Prozent.

Nichtversetzungen an Realschulen plus am häufigsten

Am häufigsten verfehlten Schülerinnen und Schüler der Realschule plus das Klassenziel. Am seltensten verblieben Grundschülerinnen und Grundschüler in derselben Klassenstufe.

Jungen werden häufiger nicht versetzt als Mädchen

Vergleichsweise häufig waren es Jungen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht in die nächste Klasse versetzt wurden. Die Nichtversetztenquoten lagen hier insbesondere in der Sekundarstufe II über dem Durchschnitt.

Sonderpädagogische Förderung auch an Regelschulen

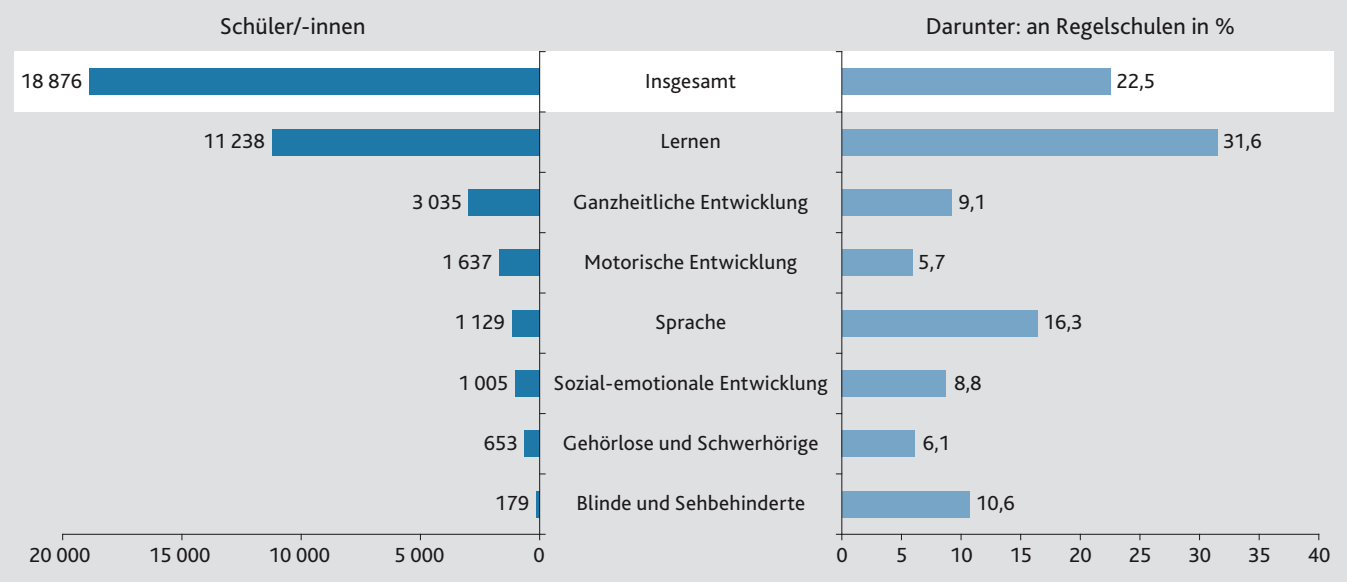
Bei gut vier Prozent aller Schülerinnen und Schüler des Schuljahres 2013/14 liegt ein durch die Schulbehörde festgestellter sonderpädagogischer Förderbedarf vor. Dieser wird festgestellt, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten soweit beeinträchtigt sind, dass sie sonderpädagogische Förderung benötigen, um in der Schule erfolgreich lernen und einen Schulabschluss erreichen zu können. Schülerinnen und Schüler mit körperlichen

T 7 Nichtversetzte im Schuljahr 2012/13 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulstufe	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Quote[1] in %	Anzahl	Quote[1] in %	Anzahl	Quote[1] in %	Anzahl	Quote[1] in %
Primarstufe	624	0,4	282	0,4	342	0,5	249	0,9
Sekundarstufe I	4 451	1,9	1 659	1,4	2 792	2,3	800	3,1
Sekundarstufe II[2]	1 109	2,3	481	1,8	628	2,9	145	4,6
Insgesamt	6 184	1,4	2 422	1,2	3 762	1,7	1 194	2,1

1 Anteil der Nichtversetzten in der betrachteten Schülergruppe an allen Schülerinnen und Schülern dieser Gruppe. – 2 Einschließlich Kollegs und Abendgymnasien.

G 6 Schüler/-innen sowie Regelschulanteil im Schuljahr 2013/14 nach Förderschwerpunkten



oder seelischen Beeinträchtigungen, die bezogen auf das schulische Lernen nicht in einen Bedarf an sonderpädagogischer Förderung münden, werden nicht erfasst.

Die weitaus meisten Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt es im Bereich Lernen (60 Prozent). Weitere 16 Prozent haben einen Förderbedarf im Bereich ganzheitliche Entwicklung und 8,7 Prozent im Bereich motorische Entwicklung.

Knapp acht von zehn Schülerinnen und Schülern mit festgestelltem Förderbedarf werden derzeit an einer Förderschule unterrichtet, 23 Prozent besuchen andere allgemeinbildende Schulen. Am häufigsten werden Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache an Regelschulen integriert, den geringsten Regelschulanteil haben Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung.

Insgesamt erfolgte in den vergangenen zehn Jahren eine stärkere Orientierung hin zu einem gemeinsamen Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern.[3] Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die integrativ unterrichtet werden, wurde in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.

Fast 14 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

Türkisch und Russisch sind häufigste nichtdeutsche Familiensprachen

Im aktuellen Schuljahr 2013/14 haben 14 Prozent der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen einen Migrationshintergrund in der Abgrenzung der Kultusministerkonferenz (58 254). Die meisten von ihnen sind deutsche Staatsbürger (22 864). Unter den ausländischen Schülerinnen und Schülern dominieren jene mit türkischem Pass (26 Prozent). Ebenfalls viele dieser Kinder und Jugendlichen haben eine italienische (7,3 Prozent) oder eine polnische (7,2 Prozent) Staatsangehörigkeit. Insgesamt 47 768 Schülerinnen und Schüler sprechen in der Familie vorwiegend nicht Deutsch. Das sind gut elf Prozent der ge-

3 Link, Bettina: Sonderpädagogische Förderung im Schuljahr 2010/11. In: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistische Monatshefte. Ausgabe 6/2011. S. 526-536.

T 8 Schulentlassene allgemeinbildender Schulen im Jahr 2013 nach Abschlussart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss[1]	2 346	5,3	852	3,9	1 494	6,6	438	8,7
Hauptschulabschluss	8 284	18,7	3 277	15,1	5 007	22,2	1 661	33,2
Qualifizierter Sekundarabschluss I	18 481	41,7	9 189	42,3	9 292	41,2	2 055	41,1
Fachhochschulreife (schulischer Teil)	775	1,8	401	1,8	374	1,7	81	1,6
Allgemeine Hochschulreife	14 386	32,5	8 005	36,8	6 381	28,3	771	15,4
Insgesamt	44 272	100	21 724	100	22 548	100	5 006	100

1 Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.

samten Schülerschaft. Die häufigste nichtdeutsche Familiensprache ist mit einem Anteil von 28 Prozent Türkisch, gefolgt von Russisch (21 Prozent).

Weniger Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss

Mehr als 32 Prozent verlassen die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife oder mit einem qualifizierten Sekundarabschluss I verlassen, ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Erreichten im Jahr 2003 lediglich gut 22 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger das Abitur, so waren es im Jahr 2013 mehr als 32 Prozent. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die einen qualifizierten Sekundarabschluss I erlangten, stieg im selben Zeitraum um 5,4 Prozentpunkte auf nun rund 42 Prozent. Auch hier macht sich der allgemeine Trend zu höheren Abschlüssen bemerkbar.

5,3 Prozent erreichen keinen Hauptschulabschluss

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist in den letzten zehn Jahren zurückgegangen. Er lag im Jahr 2013 bei 5,3 Prozent und damit 3,8 Prozentpunkte unter dem Wert von 2003.

Die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss kommt aus Förderschulen

Mit fast zwei Dritteln stammte die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen. Von den insgesamt 2 346 Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss hatten 37 Prozent ein Abschlusszeugnis der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen[4] und 17 Prozent einen im Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung erlangt.

Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund verließen die allgemeinbildenden Schulen relativ häufig ohne Hauptschulabschluss. Mit 8,7 Prozent ist der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich höher als bei allen Schülerinnen und Schülern.

Zahl der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen gesunken

Die meisten Jugendlichen im Sekundarbereich II belegen Bildungsgänge mit beruflicher Ausrichtung. Im laufenden Schuljahr absolvieren 123 859 Schülerinnen und Schüler eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule. Das waren 1,2 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Der Rückgang der Schülerzahlen ist teilweise demografisch bedingt. Zur allgemein sinken-

4 Besondere Form der Berufsreife.

T 9 Schüler/-innen an berufsbildenen Schulen im Schuljahr 2013/14 nach Schulform, Geschlecht und Migrationshintergrund

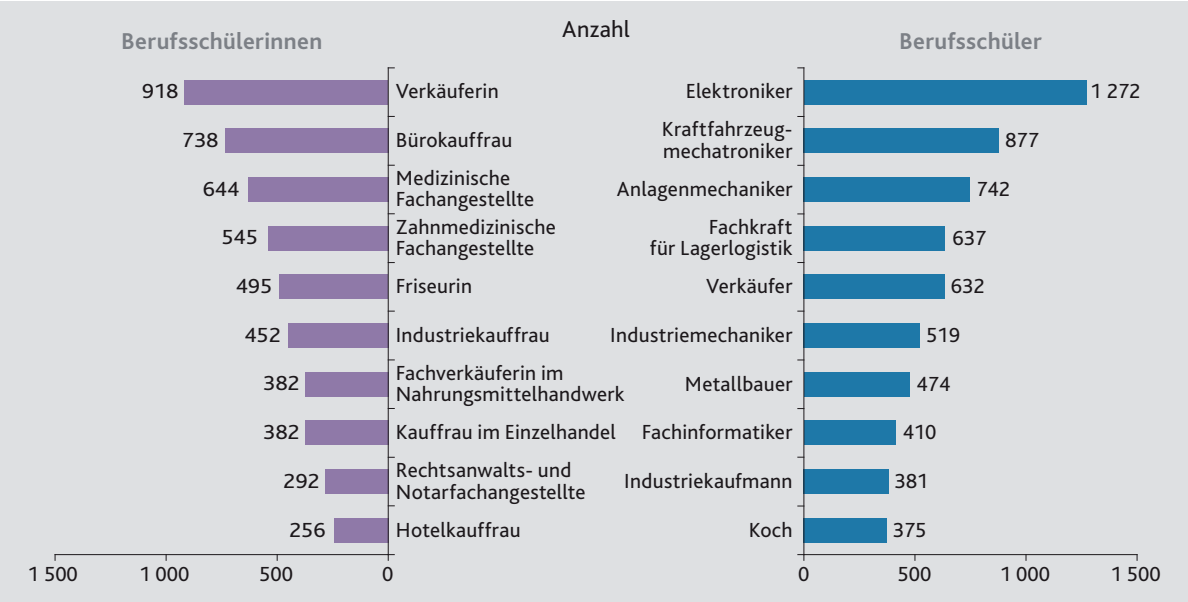
Abschlussart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berufsschulen ohne Berufsvorbereitungsjahr	72 415	-3,3	26 706	36,9	45 709	63,1	7 934	11,0
Berufsvorbereitungsjahr	2 235	1,7	825	36,9	1 410	63,1	485	21,7
Berufsfachschulen	20 431	-1,1	10 414	51,0	10 017	49,0	3 088	15,1
Fachoberschulen	1 563	45,0	766	49,0	797	51,0	94	6,0
Fachschulen	13 703	7,3	8 482	61,9	5 221	38,1	1 580	11,5
Berufsoberschulen	2 253	-5,1	897	39,8	1 356	60,2	276	12,3
Duale Berufsoberschulen	1 839	-10,3	725	39,4	1 114	60,6	208	11,3
Berufliche Gymnasien	9 420	1,6	4 441	47,1	4 979	52,9	1 025	10,9
Insgesamt	123 859	-1,2	53 256	43,0	70 603	57,0	14 690	11,9

den Zahl der Jugendlichen kommt aber auch ein geändertes Bildungsverhalten. Immer mehr junge Menschen wählen allgemeinbildende Schulen, die zum Abitur führen und entscheiden sich dann für ein Studium und nicht für die Ausbildung an einer berufsbildenden Schule.

Eine gegenläufige Entwicklung ergibt sich in den nächsten Jahren möglicherweise durch die neu eingerichteten Fachoberschulen. Bisher ist an 25 der insgesamt 201 Realschulen plus eine Fachoberschule angegliedert.

In den übrigen berufsbildenden Schulformen entwickelten sich die Schülerzahlen im Vergleich zum Schuljahr 2012/13 unterschiedlich. Im größten Bereich, der dualen Ausbildung, sank die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 3,3 Prozent auf 72 415.

G 7 Die zehn häufigsten Ausbildungsberufe von Berufsschüler/-innen im ersten Ausbildungsjahr im Schuljahr 2013/14 nach Geschlecht



Noch stärkere Rückgänge verzeichnen die Dualen Berufsoberschulen (–10 Prozent) sowie die Berufsoberschulen (–5,1 Prozent). Demgegenüber gab es an den Fachschulen deutliche Zuwächse (+7,3 Prozent). An den neuen Fachoberschulen werden mittlerweile 1 563 Schülerinnen und Schüler unterrichtet (+45 Prozent).

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund stellen an den berufsbildenden Schulen im laufenden Schuljahr einen Anteil von zwölf Prozent. Überdurchschnittlich stark vertreten sind sie im Berufsvorbereitungsjahr (22 Prozent). An den neuen Fachoberschulen beträgt ihr Anteil sechs Prozent und liegt damit deutlich niedriger als an den beruflichen Gymnasien (elf Prozent).

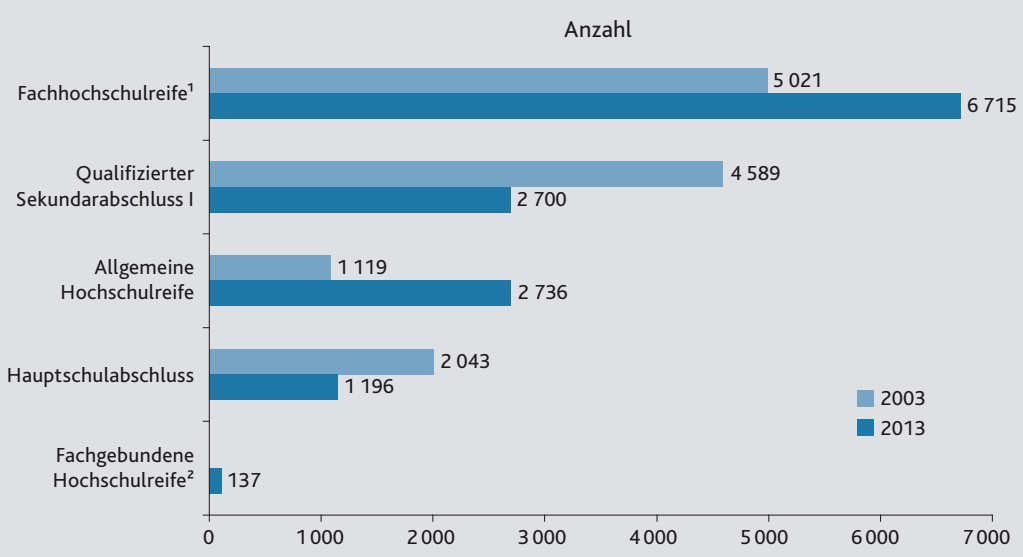
43 Prozent Frauenanteil an berufsbildenden Schulen

Frauen sind in den berufsbildenden Schulen traditionell unterrepräsentiert. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl beträgt in diesem Schuljahr 43 Prozent. Wie in den vorangegangenen Schuljahren gibt es auch im Schuljahr 2013/14 deutliche Unterschiede bei der Berufswahl junger Frauen und Männer. Während Berufsschülerinnen im Dualen System eher Ausbildungsberufe aus dem kaufmännischen Umfeld wählten, bevorzugten Berufsschüler vor allem Berufe aus dem technischen und handwerklichen Bereich.

Berufsbildende Schulen auch bei der Vermittlung allgemeiner Bildung wichtig

An berufsbildenden Schulen wird nicht ausschließlich berufliche Bildung vermittelt. Eine wichtige Zusatzfunktion liegt hier in der Vermittlung allgemeinbildender Abschlüsse. Vom Hauptschulabschluss über die mittlere Reife bis hin zur allgemeinen Hochschulreife können alle allgemeinbildenden Abschlüsse auch an berufsbildenden Schulen erlangt werden. Im Jahr 2013 verließen 47 387 Schülerinnen und Schüler die Einrichtungen der beruflichen Bildung, darunter 13 484 mit einem allgemeinbildenden Abschluss. Diesen erlangten sie teilweise sogar zusätzlich zu einem berufsbildenden Abschluss.

G 8 An berufsbildenden Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse 2003 und 2013



1 Mindestens schulischer Teil. – 2 Wird seit dem Schuljahr 2005/06 an der Berufsoberschule II angeboten.

T 10 Studienberechtigte und Studienberechtigtenquote 2003–2013 nach Geschlecht

Jahr	Studienberechtigte[1]			Studienberechtigtenquote[1, 2]		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%		
2003	16 912	9 162	7 750	38,0	42,0	34,1
2004	17 194	7 963	9 231	37,9	41,6	34,4
2005	16 861	7 876	8 985	36,4	39,6	33,3
2006	17 631	7 996	9 635	37,7	41,9	33,7
2007	19 855	10 727	9 128	41,3	45,3	37,6
2008	21 201	11 450	9 751	43,8	48,2	39,7
2009	21 881	11 795	10 086	45,3	49,9	40,9
2010	22 967	12 420	10 547	47,7	53,0	42,8
2011	23 488	12 796	10 692	49,8	55,4	44,3
2012	23 892	12 668	11 224	51,7	56,4	47,4
2013	20 876	11 129	9 747	46,3	50,9	42,0

Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen beruhen auf Rundungsdifferenzen.
1 Seit 2013 ohne schulischen Teil der Fachhochschulreife. – 2 Ab 2006 Berechnung nach dem Quotensummenverfahren.

Jede dritte Studienberechtigung an einer berufsbildenden Schule erlangt

Knapp ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen wurden im vergangenen Jahr an berufsbildenden Schulen erlangt (31 Prozent). Zusammen mit den Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen ergibt sich für das Jahr 2013 eine Studienberechtigtenquote von gut 46 Prozent.

Seit dem Schuljahr 2013/14 wird der schulische Teil der Fachhochschulreife, anders als in den Vorjahren, nicht mehr der Hochschulzugangsberechtigung zugerechnet sondern dem qualifiziertem Sekundarabschluss I. Durch diese methodische Änderung kommt es gegen den Trend der letzten Jahre zu einem Rückgang der Studienberechtigtenquote.

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat. Dazu wird die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Jahres, die die (vollständige) Fachhochschulreife, die fachgebundene oder die allgemeine Hochschulreife erlangt haben, auf die Bevölkerung im entsprechenden Alter bezogen. Die Berechnung erfolgt ab dem Berichtsjahr 2006 nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

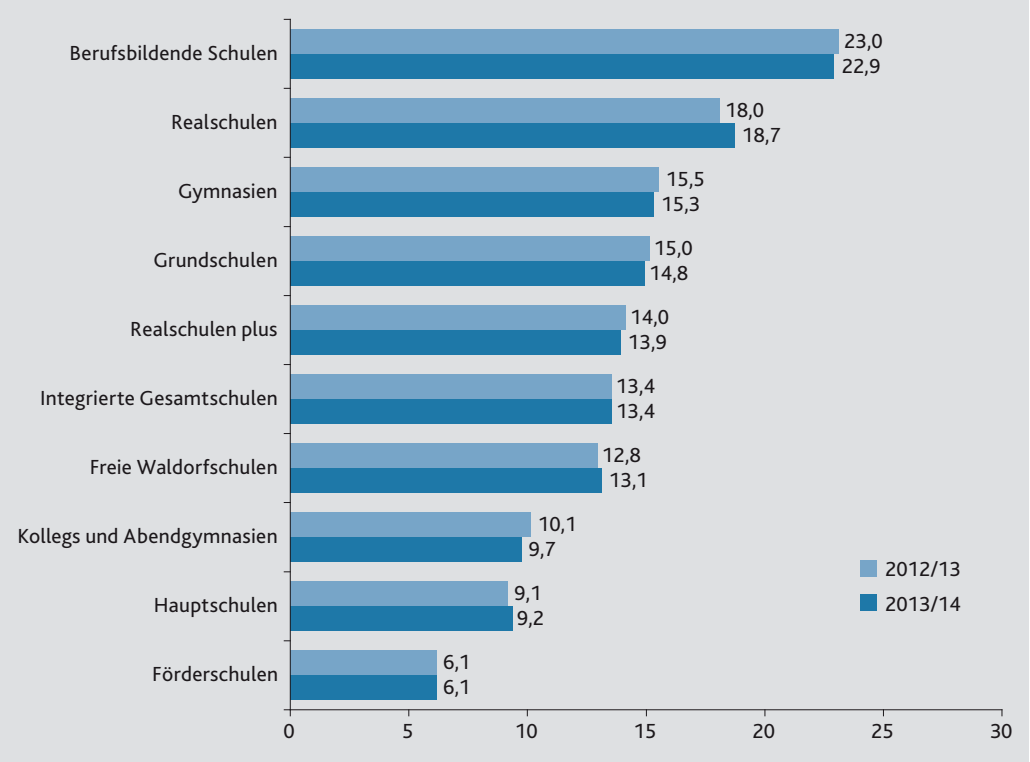
Jede zweite Lehrkraft an berufsbildenden Schulen 50 Jahre und älter

An Grundschulen lehren überwiegend Frauen

An den allgemeinbildenden Schulen unterrichten derzeit 35 006 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte, die Mehrheit von ihnen in Vollzeit (58 Prozent). Mehr als zwei Drittel des Lehrpersonals sind Frauen (70 Prozent). Insbesondere an Grundschulen sind deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt (89 Prozent). Ausgeglichener ist das Geschlechterverhältnis an Gymnasien (Frauenanteil: 56 Prozent). Derzeit sind 38 Prozent der hauptamtlich und hauptberuflich beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen 50 Jahre oder älter.

Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen ist die Mehrheit der 5 823 hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen männlich (54 Prozent). Auch sind an den berufsbildenden Schulen Vollzeitbeschäftigte mit einem Anteil von gut 67 Prozent deutlich häufiger

G 9 Schüler-Lehrer-Relation in den Schuljahren 2012/13 und 2013/14 nach ausgewählten Schularten



vertreten. Die Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer fällt dabei etwas ungünstiger aus als an den allgemeinbildenden Schulen. So liegt der Anteil der 50 Jahre oder älteren hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer bei 51 Prozent. Das heißt, in den nächsten zehn bis 15 Jahren wird voraussichtlich die Hälfte der derzeitigen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen in den Ruhestand gehen.

Betreuungsrelation an fast allen Schularten günstiger als im Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Relation von Schülerinnen und Schülern zu Lehrkräften an vielen Schularten verbessert. Wurden an allgemeinbildenden Schulen ein Jahr zuvor noch 14 Schülerinnen und Schüler von einer Lehrkraft („Vollzeitlehrereinheit") betreut, so sind es derzeit 13,9. An berufsbildenden Schulen fiel die Schüler-Lehrer-Relation im selben Zeitraum von 23 auf 22,9.

Schüler-Lehrer-Relation variiert zwischen den verschiedenen Schularten

Die Schüler-Lehrer-Relation wird wesentlich durch das unterschiedliche Aufgabenspektrum und die unterschiedlichen Grundvoraussetzungen an den einzelnen Schularten bestimmt. Daher ergeben sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Schularten. So werden beispielsweise an Förderschulen relativ wenige Kinder je Lehr-

Vollzeitlehrereinheit

Vollzeitlehrereinheiten werden errechnet, um die Unterrichtsversorgung der von Voll- und Teilzeitlehrkräften erteilten Unterrichtseinheiten normiert auf fiktive Vollzeitkräfte abbilden zu können. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen/hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nichthauptberuflichen Lehrkräfte in Vollzeitlehrerfälle umgerechnet und zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften addiert.

kraft betreut, während die Schüler-Lehrer-Relation an berufsbildenden Schulen, insbesondere aufgrund des hohen Anteils von Teilzeitbildungsgängen, traditionell sehr hoch liegt.

Fazit

Im aktuellen Schuljahr setzt sich der demografisch bedingte Schülerrückgang in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I fort. Auch die berufsbildenden Schulen verzeichnen zum wiederholten Mal rückläufige Schülerzahlen. Sowohl in den allgemeinbildenden als auch in den berufsbildenden Schulen zeigt sich ein anhaltender Bedarf zur besseren Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Diese durchlaufen das Schulsystem noch immer mit deutlich geringerem Erfolg als Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften leitet das Referat „Bildung, Verdienste, Preise“.

Bruttoinlandsprodukt 2013 um 0,2 Prozent gestiegen

Von Werner Kertels

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2013 nur schwach gewachsen. Preisbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt um 0,2 Prozent. Im Bundesdurchschnitt lag die Wachstumsrate bei 0,4 Prozent. Bereits 2012 hatte sich die Konjunktur in Rheinland-Pfalz wie auch in Deutschland deutlich abgeschwächt. Zum Wachstum im vergangenen Jahr haben hauptsächlich die Dienstleistungsbereiche beigetragen, aus dem Verarbeitenden Gewerbe kamen nur geringe Wachstumsimpulse und im Baugewerbe sank die Wirtschaftsleistung. In jeweiligen Preisen betrug der Wert der in Rheinland-Pfalz erbrachten wirtschaftlichen Leistung 121,6 Milliarden Euro, das waren 2,3 Prozent mehr als im Jahr 2012.

Nur geringes Wirtschaftswachstum

Bruttoinlandsprodukt wächst um 0,2 Prozent

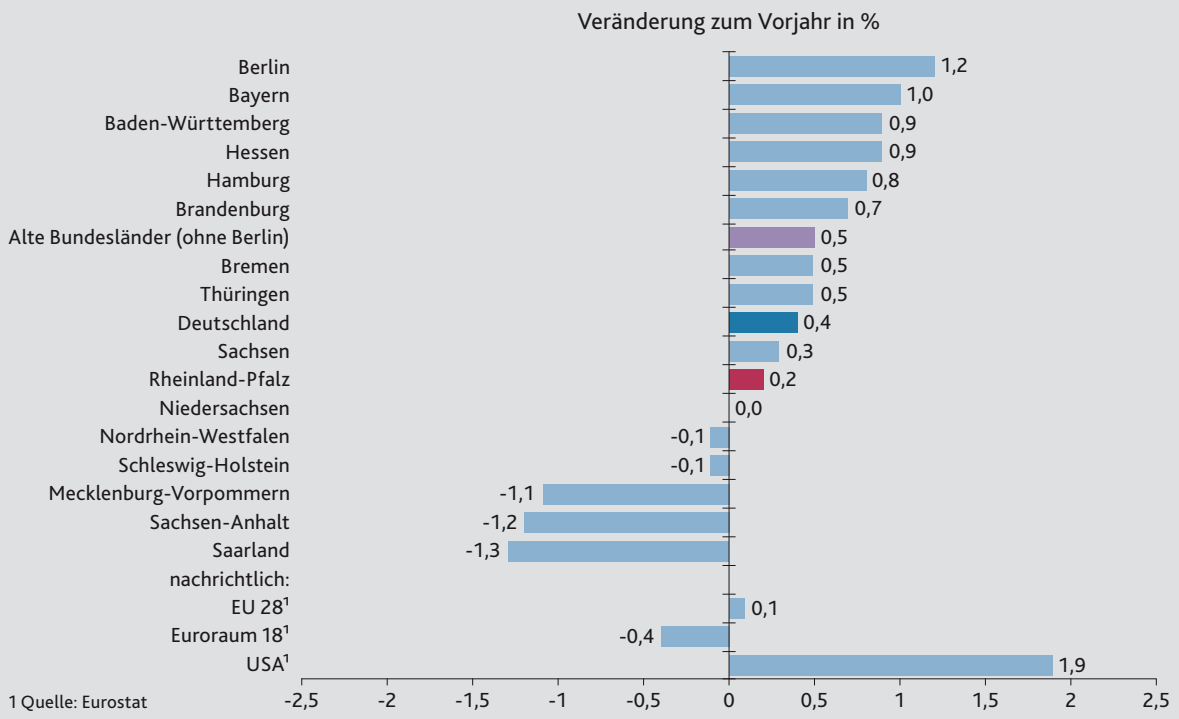
Das wirtschaftliche Wachstum hat im vergangenen Jahr weiter nachgelassen. Der Wert der in Rheinland-Pfalz erbrachten wirtschaftlichen Leistung lag preisbereinigt um 0,2 Prozent höher als 2012. Nach dieser ersten noch vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ war der Zuwachs damit etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt: In Deutschland nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,4 Prozent zu, in den alten Ländern ohne Berlin um 0,5 Prozent. In den neuen Ländern ohne Berlin stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung gemessen am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt.

Die bereits 2012 spürbare konjunkturelle Abkühlung – die Zuwachsrate belief sich nur noch auf +1 Prozent nach +3,2 Prozent im Jahr 2011 – setzte sich also fort. Allerdings verlief die Entwicklung im zweiten Halbjahr günstiger als im ersten Halbjahr 2013, als die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz preisbereinigt um 0,4 Prozent niedriger lag als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Nominales Bruttoinlandsprodukt betrug 121,6 Milliarden Euro

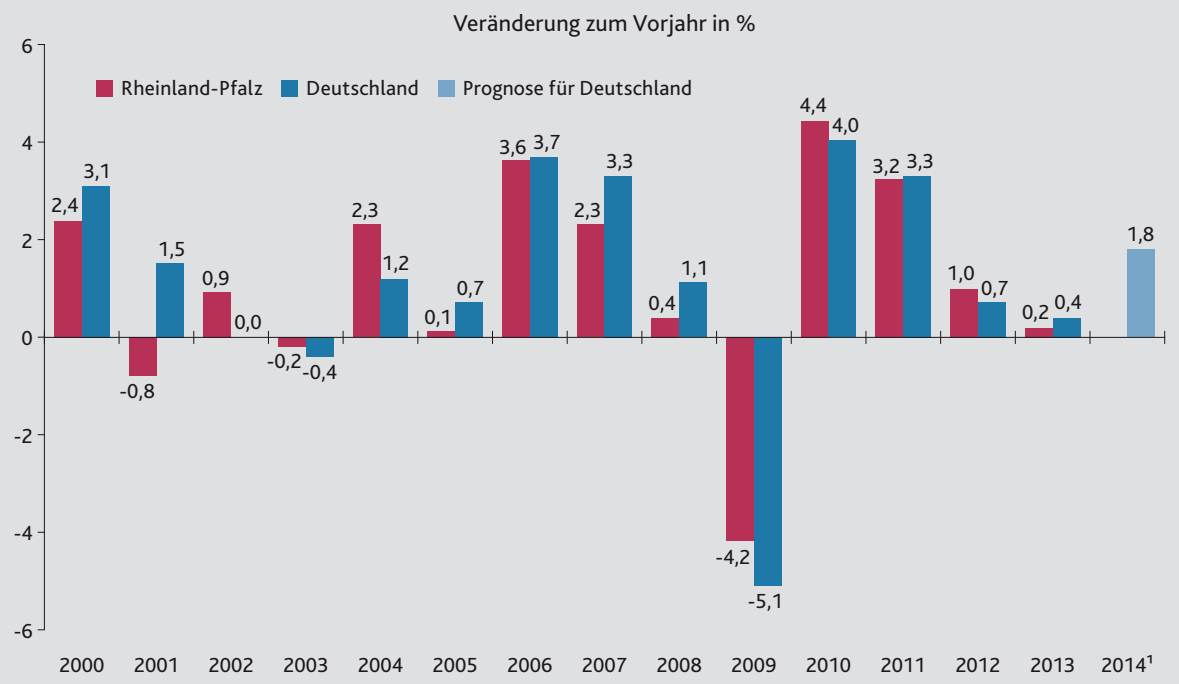
In jeweiligen Preisen stieg das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um 2,7 Milliarden Euro bzw. 2,3 Prozent (Deutschland: +2,7 Prozent) auf insgesamt 121,6 Milliarden Euro. Der Anteil des Landes am deutschen Bruttoinlandsprodukt betrug damit gut 4,4 Prozent.

G 1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2013 nach Ländern



1 Quelle: Eurostat

G 2 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2000–2014



1 Quelle „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose" der beauftragten Wirtschaftsforschungsinstitute – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2013.

T 1 Bruttoinlandsprodukt 2013 nach Ländern

Land	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt	
	Mrd. EUR	Veränderung zum Vorjahr in %	Index: 2005=100	Veränderung zum Vorjahr in %
Baden-Württemberg	407,2	3,0	115,4	0,9
Bayern	488,0	3,0	117,2	1,0
Berlin	109,2	3,8	118,8	1,2
Brandenburg	59,1	3,2	108,4	0,7
Bremen	28,6	2,7	106,5	0,5
Hamburg	97,7	3,0	108,5	0,8
Hessen	235,7	3,4	105,8	0,9
Mecklenburg-Vorpommern	37,1	1,1	107,5	-1,1
Niedersachsen	239,0	2,2	113,9	0,0
Nordrhein-Westfalen	599,8	2,2	109,4	-0,1
Rheinland-Pfalz	121,6	2,3	111,2	0,2
Saarland	32,1	0,8	101,8	-1,3
Sachsen	99,9	2,7	107,6	0,3
Sachsen-Anhalt	53,0	0,8	101,9	-1,2
Schleswig-Holstein	78,7	2,5	107,9	-0,1
Thüringen	51,0	2,6	108,7	0,5
Deutschland	2 737,6	2,7	111,6	0,4
Nachrichtlich:				
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	2 328,3	2,7	111,9	0,5
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	300,1	2,3	106,9	0,0

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2014.

Leichter Zuwachs im Verarbeitenden Gewerbe

Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe preisbereinigt um 0,3 Prozent gestiegen

Von der rheinland-pfälzischen Industrie kamen im vergangenen Jahr nur geringe Wachstumsimpulse. Mit einem Anteil von gut 26 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung hat das Verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz ein deutlich höheres Gewicht als in Deutschland insgesamt (22 Prozent). Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe stieg 2013 preisbereinigt nur um 0,3 Prozent, im Bundesdurchschnitt war der Zuwachs allerdings noch schwächer (+0,1 Prozent).

Wenig Impulse aus dem Ausland, Inlandsumsatz rückläufig

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte im Jahr 2013 Umsätze in der gleichen Höhe wie im Vorjahr (Deutschland: –0,6 Prozent), allerdings hat es in einigen für Rheinland-Pfalz bedeutsamen Branchen auch Preisrückgänge gegeben. Über den Export kamen nur wenig Impulse für die Steigerung der industriellen Produktion. Die Auslandsumsätze des Verarbeitenden Gewerbes nahmen um 0,4 Prozent zu (Deutschland: +1,2 Prozent); die Inlandsumsätze gingen sogar leicht um 0,5 Prozent zurück (Deutschland: –2,1 Prozent). Der Auslandsumsatz machte 54 Prozent des Gesamtumsatzes aus.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland") produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode, somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlandskonzept).

T 2 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2013 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	In jeweiligen Preisen			Preisbereinigt	
	Rheinland-Pfalz		Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland
	Mill. EUR	Veränderung zum Vorjahr in %			
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	121 579	2,3	2,7	0,2	0,4
Bruttowertschöpfung insgesamt	108 983	2,4	2,8	0,3	0,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 329	-5,0	-3,6	-1,5	-0,2
Produzierendes Gewerbe	38 206	1,1	1,8	-0,2	-0,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	32 347	1,1	1,4	0,5	0,0
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	28 544	0,1	0,2	0,3	0,1
Baugewerbe	5 859	0,6	4,0	-3,8	-0,4
Dienstleistungsbereiche	69 448	3,3	3,3	0,6	0,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	17 349	1,8	1,9	0,3	1,0
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	25 353	4,4	4,6	1,1	1,1
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	26 746	3,3	3,0	0,3	0,0

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2014.

Unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Branchen

Nur drei der zehn umsatzstärksten Industriebranchen erzielten 2013 mehr Umsatz als im Vorjahr. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen meldeten überdurchschnittliche Erlöszuwächse (+6,6 Prozent). Dazu trug vor allem das Auslandsgeschäft bei (+7,1 Prozent), aber auch die Inlandsumsätze übertrafen das Niveau des Vorjahres deutlich (+5,9 Prozent). Die Umsätze der Hersteller von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden lagen um vier Prozent höher als 2012. Die Maschinenbauer steigerten ihre Erlöse leicht um 0,6 Prozent. Bei den übrigen umsatzstarken Wirtschaftszweigen lagen die Umsätze teils deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. So verzeichneten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln ein Minus von gut zehn Prozent. Die Metallerzeugung und -bearbeitung setzte 4,7 Prozent weniger um, in der Herstellung von Metallerzeugnissen sanken die Umsätze um 4,4 Prozent. Die umsatzstärkste Branche im Land, die Chemische Industrie, hatte nur leichte Umsatzeinbußen um 0,1 Prozent zu verzeichnen.

Deutlicher Rückgang im Baugewerbe

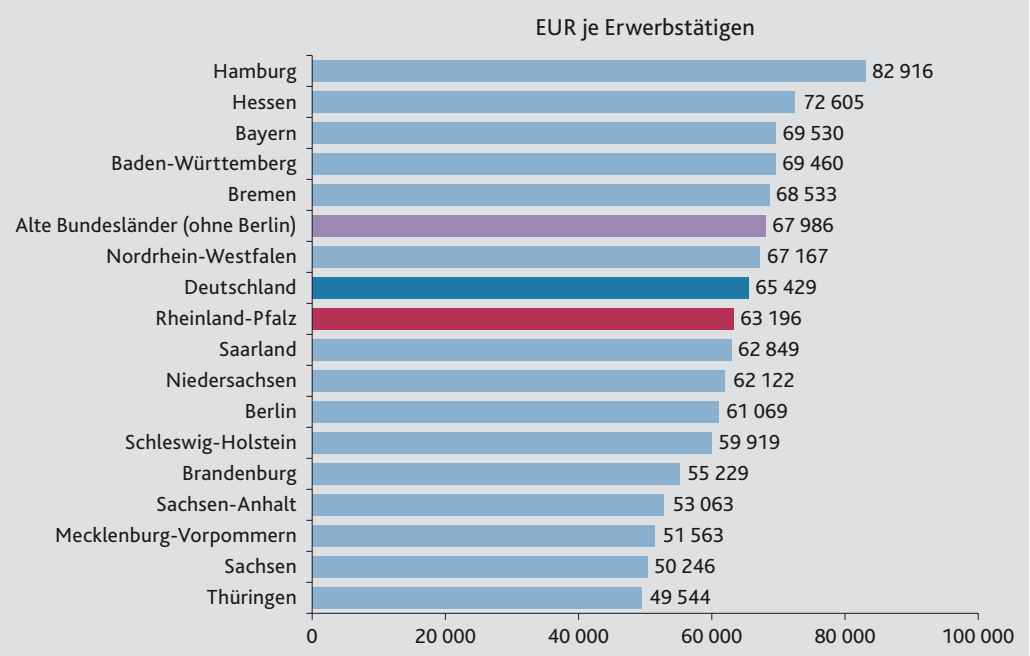
Deutlich ungünstiger als im Verarbeitenden Gewerbe verlief die Entwicklung im Baugewerbe (Anteil an der Wertschöpfung: 5,4 Prozent). Preisbereinigt sank die Wertschöpfung dieses Bereichs um 3,8 Prozent (Deutschland: –0,4 Prozent). Zurückzuführen ist diese ungünstige Entwicklung auf deutliche Umsatzeinbußen im Ausbaugewerbe.

Einschließlich der Energie- und Wasserversorgung sowie des in Rheinland-Pfalz relativ unbedeutenden Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ergab sich für das Produzierende Gewerbe insgesamt ein leichter Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,2 Prozent (Deutschland: –0,1 Prozent). Der sekundäre Sektor trug gut 35 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung bei.

Land- und Forstwirtschaft ebenfalls rückläufig

Unterdurchschnittlich entwickelte sich auch die Land- und Forstwirtschaft mit einem Minus von 1,5 Prozent (Deutschland: –0,2 Prozent). Der primäre Sektor macht zwar nur 1,2 Prozent der gesamten Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz aus, er trägt jedoch 6,9 Prozent zur sektoralen Wertschöpfung

G 3 Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2013 nach Ländern



Deutschlands bei. Einen höheren Anteil an Deutschland haben nur die Länder Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, und zwar aufgrund größerer landwirtschaftlicher Flächen. Hintergrund des hohen rheinland-pfälzischen Anteils ist eine im Vergleich höhere Flächenproduktivität, die vor allem durch den Weinbau getragen wird.

Wachstum kam überwiegend aus den Dienstleistungsbereichen

Dass die rheinland-pfälzische Wirtschaft noch leicht zulegen konnte, ist vor allem dem Dienstleistungsbereich zu verdanken. Insgesamt stieg die Bruttowertschöpfung der Dienstleister, die knapp 64 Prozent der gesamten Wertschöpfung erwirtschaften, preisbereinigt um 0,6 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent).

Dazu trug vor allem der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen" bei. Hier verbesserte sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung um 1,1 Prozent (Deutschland: ebenfalls +1,1 Prozent). Innerhalb dieses Bereichs waren es die Unternehmensdienstleister, die mit einem Plus von 4,1 Prozent einen überdurchschnittlichen Zuwachs zu verzeichnen hatten. Im gewichtigsten Teilbereich, dem Grundstücks- und Wohnungswesen, betrug der Anstieg 1,1 Prozent. Deutlich rückläufig war dagegen die preisbereinigte Wertschöpfung der Finanz- und Versicherungsdienstleister mit –6,3 Prozent.

„Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen": +1,1 Prozent

Im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation" verlief die Entwicklung mit einem Plus von 0,3 Prozent ungünstiger als im Bundesdurchschnitt (plus ein Prozent), zurückzuführen auf den Teilbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr". Hier sank die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr um 0,5 Prozent. Insbesondere

„Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation": +0,3 Prozent

der Einzelhandel entwickelte sich ungünstig, hier sank der Umsatz im vergangenen Jahr preisbereinigt um drei Prozent, während im Bundesdurchschnitt ein leichter Zuwachs um 0,2 Prozent zu verzeichnen war. „Information und Kommunikation" hatte dagegen ein Plus von 4,2 Prozent zu verzeichnen, der Bereich trägt jedoch nur drei Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung bei.

„Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit": +0,3 Prozent

Der Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit" hatte ebenfalls ein Plus von 0,3 Prozent zu verzeichnen (Deutschland: unverändert). Der größte der drei Teilbereiche des Dienstleistungssektors wird dominiert von den öffentlichen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit, deren Wertschöpfung um 0,2 Prozent zunahm. Der kleinere Unterbereich „Sonstige Dienstleister" verzeichnete mit +0,5 Prozent einen etwas stärkeren Zuwachs. Hierzu gehören beispielsweise künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten, Bibliotheken und Museen, Interessenvertretungen und kirchliche Vereinigungen, persönliche Dienstleistungen und häusliche Dienste.

Geringe Zunahme der Arbeitsproduktivität

Erwerbstätigenzahl kaum gestiegen

Auch die Erwerbstätigkeit hat in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr nur schwach zugenommen. Im Jahresdurchschnitt waren 1,924 Millionen Erwerbstätige mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz tätig, das war der bisher höchste registrierte Stand. Gegenüber 2012 stieg die Zahl jedoch nur geringfügig um 2 400 bzw. 0,1 Prozent. Der Beschäftigungszuwachs lag damit unter dem Bundesdurchschnitt von +0,6 Prozent.

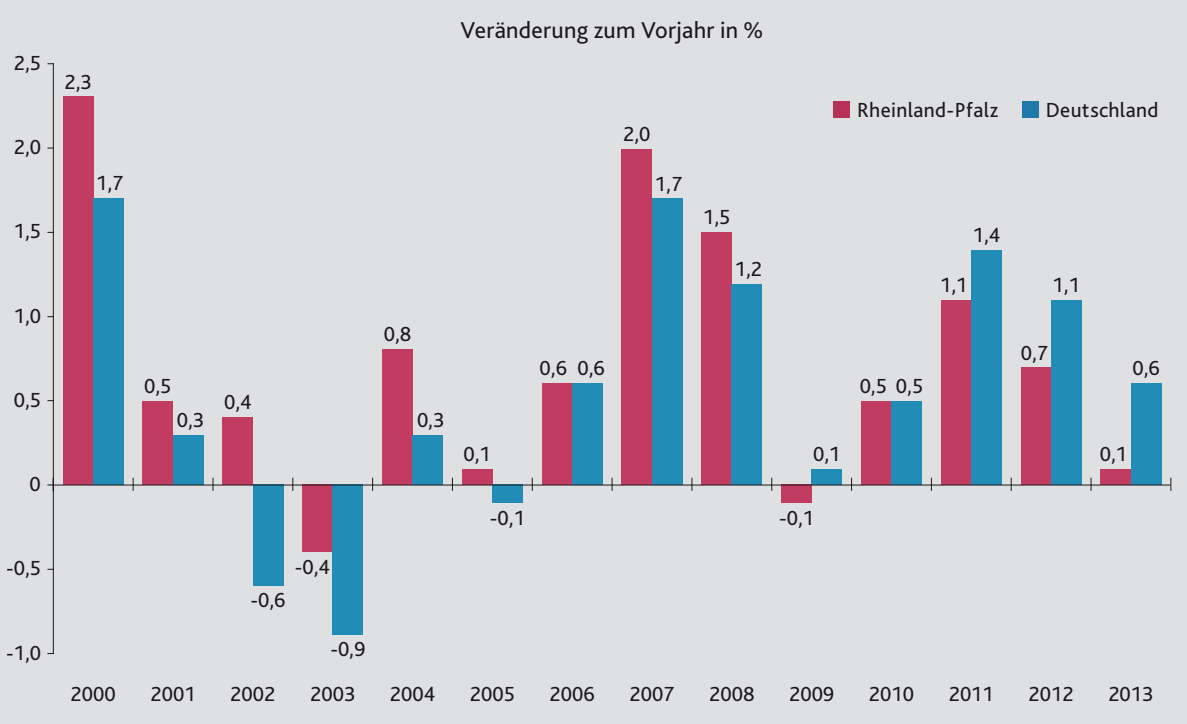
Beschäftigungsgewinne gab es erneut in den Dienstleistungsbereichen. Zusammengefasst waren hier 6 000 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor; das entspricht einem Plus von 0,4 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent). Zurückzuführen ist dieser Anstieg in erster Linie auf den Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen". Hier waren im Jahresdurchschnitt 4 200 Personen mehr beschäftigt als 2012 (+1,6 Prozent; Deutschland: ebenfalls +1,6 Prozent). Im Produzierenden Gewerbe

T 3 Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2013 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Rheinland-Pfalz		Deutschland
	1 000	Veränderung zum Vorjahr in %	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	42,4	-4,6	-4,6
Produzierendes Gewerbe	502,6	-0,3	0,4
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	379,4	-0,3	0,2
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	355,5	-0,3	0,3
Baugewerbe	123,2	-0,3	0,8
Dienstleistungsbereiche	1 378,8	0,4	0,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	478,5	0,5	0,2
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	265,8	1,6	1,6
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	634,6	-0,1	0,7
Insgesamt	1 923,8	0,1	0,6

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2014

G 4 Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2000–2013



ohne Baugewerbe ist die Zahl der Beschäftigten im Jahr 2013 um 1 200 bzw. 0,3 Prozent gesunken (Deutschland: +0,2 Prozent). Im Baugewerbe kam es zu einer Abnahme von knapp 400 Arbeitsplätzen (–0,3 Prozent; Deutschland: +0,8 Prozent).

Ein deutlicher Beschäftigungsabbau war in der Land- und Forstwirtschaft festzustellen. Die Zahl der Erwerbstätigen lag hier um rund 2 100 bzw. 4,6 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor (Deutschland: ebenfalls –4,6 Prozent).

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um ein solches System auch für die Länder zu erstellen, wurde 1954 der Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an.

Das Datenangebot des Arbeitskreises deckt weitgehend die Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung auf Länderebene ab. Darüber hinaus werden ausgewählte Aggregate (z. B. Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung) auf Kreisebene berechnet. Die Berechnungen erfolgen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

Detaillierte Informationen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" unter www.vgrdl.de.

Ein Erwerbstätiger erwirtschaftet durchschnittlich 63 196 Euro

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, blieb nahezu unverändert, weil Erwerbstätigkeit und Wirtschaftsleistung etwa im gleichen Ausmaß stiegen. Für Rheinland-Pfalz errechnet sich ein Anstieg um 0,1 Prozent (Deutschland: –0,1 Prozent).

In jeweiligen Preisen bewertet erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger im vergangenen Jahr im Durchschnitt 63 196 Euro (Deutschland: 65 429 Euro), das waren 1 323 Euro mehr als 2012 (Deutschland: +1 345 Euro).

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, leitet das Referat „Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt".

Die Entwicklung der Bevölkerung von der Volkszählung 1987 bis zum Zensus 2011

Ein Vergleich der Zählungsergebnisse

Von Sabine Ruhnke

Seit der Volkszählung 1987 ist die rheinland-pfälzische Bevölkerung um knapp zehn Prozent gewachsen. Dabei nahm die Zahl der Männer stärker zu als die Zahl der Frauen. Absolut und anteilig leben heute mehr Ausländerinnen und Ausländer in Rheinland-Pfalz als damals. Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind im Durchschnitt deutlich gealtert. Dies zeigt sich in dem Anstieg des Altenquotienten und in der starken Zunahme des Anteils der Seniorinnen und Senioren an der Gesamtbevölkerung. Des Weiteren ist zwischen 1987 und 2011 eine beträchtliche Zunahme der Zahl der Geschiedenen festzustellen. Der Vergleich der endgültigen Ergebnisse aus dem Zensus 2011 mit den Ergebnissen der Volkszählung 1987 macht diese strukturellen Veränderungen sichtbar.

Bevölkerungsentwicklung insgesamt

Bevölkerung landesweit um knapp 10 Prozent gestiegen

Am 9. Mai 2011 lebten in Rheinland-Pfalz 3 989 808 Menschen. Das waren rund 360 000 Personen mehr als am Stichtag der Volkszählung 1987 (+9,9 Prozent).

Die kreisfreien Städte des Landes verzeichneten in dem Zeitraum zwischen den beiden Volkszählungen nur ein unterdurchschnittliches Bevölkerungswachstum. Die Zahl ihrer Einwohner stieg um 54 785 Personen bzw. 5,7 Prozent. Am Zensusstichtag lebten in den kreisfreien Städten 1 013 538 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer und damit etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Landes. Nach wie vor ist die Landeshauptstadt Mainz die größte und Zweibrücken die kleinste kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz. Mainz konnte im Betrachtungszeitraum die Marke von 200 000 überschreiten und zählte am 9. Mai 2011 insgesamt 200 344 Einwohnerinnen und Einwohner. Zweibrücken hatte am Zensusstichtag nur 34 200 Einwohnerinnen und Einwohner.

Zahl der Großstädte steigt von drei auf vier

Den relativ höchsten Bevölkerungszuwachs von allen kreisfreien Städten erzielte Landau in der Pfalz (+7 304 Personen bzw. +20 Prozent). Die Universitätsstadt Trier ist ebenfalls deutlich gewachsen (+12 Prozent bzw. +11 553 Personen). Neben Mainz, Ludwigshafen am Rhein und Koblenz, die bereits bei der Volkszählung 1987 mehr als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner hatten, erlangte Trier dadurch den Großstadtstatus. Am 9. Mai 2011 zählte Trier 105 671 Einwohnerinnen und Einwohner. Der

größte Bevölkerungsrückgang ergab sich für Pirmasens mit einem Minus von 15 Prozent (–7 110 Personen).

Weder für kreisfreie Städte noch für Landkreise ergeben sich Änderungen hinsichtlich der jeweils kleinsten bzw. größten Gebietseinheit

Die Bevölkerungszahl der Landkreise ist im Vergleichszeitraum um elf Prozent auf insgesamt 2 976 270 Personen gestiegen. Das sind 304 200 Menschen mehr als am 25. Mai 1987. Der Kreis Vulkaneifel hat – trotz eines Zuwachses um rund 4 900 Menschen bzw. 8,6 Prozent – nach wie vor die wenigsten Einwohnerinnen und Einwohner. Der Kreis Mayen-Koblenz legte seit der Volkszählung 1987 um 22 025 Einwohnerinnen und Einwohner zu (+12 Prozent) und konnte damit die Position als bevölkerungsreichster Landkreis in Rheinland-Pfalz halten. Die Spannweite der relativen Bevölkerungsentwicklung reicht von einer Zunahme um 26 Prozent im Landkreis Alzey-Worms (+25 493 Personen) bis zu einem geringen Rückgang um 3,2 Prozent im Landkreis Birkenfeld (–2 706 Personen).

Geschlechterproportion

Fast drei Männer mehr auf je 100 Frauen

Obwohl die Zahl der Männer deutlich stärker zugenommen hat als die der Frauen, leben in Rheinland-Pfalz nach wie vor mehr Frauen als Männer. Am 9. Mai 2011 wurden 2 039 456 Frauen (+8,3 Prozent) und 1 950 352 Männer (+12 Prozent) gezählt. Durch die stärkere Zunahme der männlichen Bevölkerung hat sich die Geschlechterproportion um 2,8 auf 95,6 Männer je 100 Frauen erhöht und ist damit ausgewogener geworden. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung: Seit 1987 ist das Gewicht der Geburtsjahrgänge mit kriegsbedingten Frauenüberschüssen im Altersaufbau der Bevölkerung stetig gesunken.

In den kreisfreien Städten ist die Zahl der Männer zwischen 1987 und 2011 um 8,3 Prozent gestiegen. Damit liegt die Zuwachsrate um knapp fünf Prozentpunkte höher als bei den Frauen (+3,4 Prozent). Die Städte Landau in der Pfalz und Pirmasens weisen sowohl hinsichtlich der weiblichen (+17,5 bzw. –17 Prozent) als auch der männlichen Bevölkerung (+23,5 bzw. –13 Prozent) die höchsten prozentualen Veränderungen auf.

In kreisfreien Städten und Landkreisen Angleichung des Geschlechterverhältnisses

Am 9. Mai 2011 lebten in den kreisfreien Städten 524 181 Frauen und 489 358 Männer. Hieraus ergibt sich eine Geschlechterproportion von 93,4 Männern je 100 Frauen. Damit ist die Proportion gegenüber der Volkszählung 1987 zwar um 4,2 Punkte gestiegen, sie liegt aber immer noch unter dem Landesdurchschnitt. Die Veränderung der Geschlechterproportion fällt in den zwölf kreisfreien Städten des Landes sehr unterschiedlich aus. Die stärkste Verschiebung ergab sich für Zweibrücken. Dort kamen am Zensusstichtag fast acht Männer mehr auf 100 Frauen als 1987. In Frankenthal hingegen ist die Proportion zwischen Männern und Frauen nahezu unverändert geblieben. Den höchsten Männeranteil wies am 9. Mai 2011 Kaiserslautern auf; dort kamen 98,1 Männer auf 100 Frauen. Deutlich schwächer waren die Männer in Landau in der Pfalz vertreten, auf 100 Frauen kamen dort lediglich 89,3 Männer.

In den Landkreisen ist in dem Vierteljahrhundert seit der Zählung 1987 die Zahl der männlichen Bevölkerung um 13 Prozent auf 1 460 994 und die Zahl der weiblichen Bevölkerung um zehn Prozent auf 1 515 275 gestiegen. Auch dort hat sich das Geschlechterverhältnis angeglichen: Die Proportion ist um 2,3 auf 96,4 Männer je 100 Frauen gestiegen. In den 24 Landkreisen sind die Entwicklungen unterschiedlich ausgefallen: Im Kreis Bernkastel-Wittlich kamen

am Zensusstichtag 4,1 Männer mehr auf 100 Frauen als 1987. Im Rhein-Pfalz-Kreis ist die Verhältniszahl dagegen unverändert geblieben. Das ausgewogenste Verhältnis zwischen Männern und Frauen bestand am 9. Mai 2011 im Landkreis Cochem-Zell. Dort entfielen auf 100 Frauen 98,9 Männer. Die wenigsten Männer je 100 Frauen wurden im Landkreis Bad Kreuznach gezählt. Dort betrug die Geschlechterproportion nur 93,7 Männer je 100 Frauen.

Staatsangehörigkeitsstruktur

Bevölkerungswachstum entfällt zu einem Drittel auf Ausländerinnen und Ausländer

Der Zuwachs der rheinland-pfälzischen Bevölkerung um rund 360 000 Personen entfällt zu einem Drittel auf Ausländerinnen und Ausländer. Die ausländische Bevölkerung nahm seit 1987 um 78,5 Prozent zu (+119 586 Personen), die deutsche Bevölkerung vergrößerte sich lediglich um 6,9 Prozent (+239 399 Personen). Am 9. Mai 2011 wurden in Rheinland-Pfalz 272 006 Menschen gezählt, die keinen deutschen Pass besaßen. Der Ausländeranteil lag damit bei 6,8 Prozent und ist gegenüber dem Volkszählungsergebnis von 1987 um 2,6 Prozentpunkte gestiegen.

In den kreisfreien Städten wurden am Zensusstichtag 115 229 Ausländerinnen und Ausländer gezählt (Ausländeranteil: elf Prozent). Damit lebten an diesem Stichtag 42 Prozent der ausländischen Bevölkerung von Rheinland-Pfalz in den zwölf kreisfreien Städten. Im Vergleich zum 25. Mai 1987 hat die ausländische Bevölkerung dort prozentual deutlich stärker zugenommen als die deutsche Bevölkerung. Während 2011 in den kreisfreien Städten 45 696 bzw. 66 Prozent mehr Ausländerinnen und Ausländer lebten als 25 Jahre zuvor, vergrößerte sich die deutsche Bevölkerung lediglich um 9 090 Personen (+1 Prozent). Dadurch stieg der Ausländeranteil um 4,1 Prozentpunkte.

Die meisten Ausländerinnen und Ausländer lebten 2011 in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein (31 119 Personen), die damit den höchsten Ausländeranteil aller kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz aufwies (20 Prozent). Zudem verzeichnete Ludwigshafen die stärkste Zunahme des Ausländeranteils (+6,6 Prozentpunkte). Dagegen wurden für die Stadt Zweibrücken die wenigsten Ausländerinnen und Ausländer gezählt (1 636 Personen) und der geringste Ausländeranteil festgestellt (4,8 Prozent). Auch der Anstieg fiel dort mit +1,8 Prozentpunkten so niedrig aus wie in keiner anderen kreisfreien Stadt des Landes.

Ausländeranteil steigt in den kreisfreien Städten stärker als in den Landkreisen

In den Landkreisen wuchs die ausländische Bevölkerung mit +89 Prozent ebenfalls wesentlich stärker als die Bevölkerung mit deutschem Pass (+8,9 Prozent). Gegenüber dem 25. Mai 1987 nahm die Zahl der Deutschen um 230 309 auf 2 819 492 und die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer um 73 890 auf 156 777 zu. Der Ausländeranteil am 9. Mai 2011 lag bei 5,3 Prozent und damit um 2,2 Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 1987.

Den niedrigsten Ausländeranteil von allen 24 Landkreisen hatte am 9. Mai 2011 mit nur 2,2 Prozent der Kreis Südwestpfalz. Insgesamt lebten dort 2 208 Ausländerinnen und Ausländer. Demgegenüber verzeichnete der Kreis Germersheim zum Zensusstichtag mit 8,2 Prozent den höchsten Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung. Die Spannweite der Veränderungen des Ausländeranteils reicht von +0,5 Prozentpunkten im Landkreis Südwestpfalz bis +4,7 Prozentpunkten im Eifelkreis Bitburg-Prüm.

Altersstruktur

Deutliche Alterung der Bevölkerung

Am 9. Mai 2011 lebten in Rheinland-Pfalz 756 998 unter 20-Jährige, 2 420 702 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren und 812 108 Personen, die 65 Jahre und älter waren.

Die Altersstruktur der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hat sich in dem knappen Vierteljahrhundert zwischen den beiden Zählungen deutlich verändert. Die Zahl der unter 20-Jährigen ist um 36 404 Personen geschrumpft (–4,6 Prozent), was u. a. durch die Geburtenrückgänge in den vergangenen Jahrzehnten begründet ist. Die beiden anderen Altersgruppen weisen Zuwächse auf: Während sich die Gruppe der 20- bis unter 65 Jährigen vergleichsweise moderat um 147 434 Personen vergrößert hat (+6,5 Prozent), wuchs die Zahl der Seniorinnen und Senioren von 1987 bis 2011 um 44 Prozent (+247 955 Personen). Der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich dadurch um rund fünf Prozentpunkte auf 20 Prozent. Inzwischen leben mehr Seniorinnen und Senioren als unter 20-Jährige in Rheinland Pfalz.

Deutlich weniger Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

In den kreisfreien Städten nahm die Bevölkerung im Alter von unter 20 Jahren im Vergleichszeitraum mit einem Minus von 6,2 Prozent stärker ab als im Landesdurchschnitt (–4,6 Prozent). Mit 178 250 lebten dort am Zensusstichtag 11 750 junge Menschen weniger als im Jahr 1987. Lediglich die Städte Landau in der Pfalz und Speyer wiesen in dieser Altersgruppe leichte Zuwächse von vier Prozent (+293 Personen) bzw. 0,5 Prozent (+48 Personen) auf. Am stärksten schrumpfte die Zahl junger Menschen mit –24 Prozent in Pirmasens. Den geringsten Anteil unter 20-Jähriger an der Gesamtbevölkerung wies am 9. Mai 2011 mit 16 Prozent die Landeshauptstadt Mainz auf; dort lebten zu diesem Zeitpunkt 32 437 junge Menschen. Den höchsten Anteil an unter 20-Jährigen hatte Ludwigshafen am Rhein (20 Prozent bzw. 30 910 Personen).

Auch in den Landkreisen lebten am 9. Mai 2011 weniger Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene als zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987. Mit insgesamt 578 748 wurden dort 24 654 bzw. 4,1 Prozent weniger unter 20-Jährige gezählt. Die Spannweite der Veränderungen dieser Bevölkerungsgruppe reicht von einem Rückgang um 21,5 Prozent im Kreis Südwestpfalz bis zu einer Zunahme um 9,6 Prozent im Kreis Neuwied. Die hohen Verluste im Kreis Südwestpfalz hatten zur Folge, dass dort – im Vergleich der 24 Landkreise – am Zensusstichtag mit 18 Prozent der geringste Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung ermittelt wurde. Den mit 20 Prozent höchsten Anteil unter 20-Jähriger weist der Eifelkreis Bitburg-Prüm auf.

Zunahmen von Personen im Erwerbsalter

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren vergrößerte sich in den kreisfreien Städten im Vergleich zum Volkszählungsergebnis von 1987 um 21 415 Personen bzw. 3,5 Prozent auf insgesamt 631 838 Personen. Den höchsten Anteil von Menschen im Erwerbsalter hatte am Zensusstichtag die Landeshauptstadt Mainz. Dort entfielen zwei Drittel der Bevölkerung auf diese Altersgruppe (66 Prozent bzw. 132 398 Personen). In der kreisfreien Stadt Pirmasens waren die 20- bis unter 65-Jährigen mit 58 Prozent relativ am schwächsten vertreten. Die stärksten relativen Veränderungen dieser Altersgruppe seit 1987 ergaben sich für die Städte Landau in der Pfalz (+22 Prozent) und Pirmasens (–21 Prozent).

In den rheinland-pfälzischen Landkreisen ist die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen mit +7,6 Prozent stärker gestiegen als in den kreisfreien Städten. Nach den Ergebnissen des Zensus 2011 entfielen dort 126 019 Personen auf diese Altersgruppe. Lediglich in drei von 24 Landkreisen sank seit der Zählung von 1987 die Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren. Es handelt sich hierbei um die benachbarten Landkreise Birkenfeld (–8,3 Prozent), Kusel (–6,7 Prozent) und Südwestpfalz (–7 Prozent). Der größte Zuwachs ergab sich für den Landkreis Alzey-Worms (+25,3 Prozent), der mit 62 Prozent auch den größten Anteil dieser Bevölkerungsgruppe unter den Landkreisen aufwies.

Starker Zuwachs der Seniorinnen und Senioren

Gegenüber dem Volkszählungsstichtag im Mai 1987 nahm die Zahl der Seniorinnen und Senioren in den kreisfreien Städten um 28,5 Prozent zu. Am 9. Mai 2011 wurden dort insgesamt 203 451 Personen im Alter von 65 Jahren und mehr gezählt. Die stärksten Zunahmen ergeben sich für die kreisfreien Städte Frankenthal und Speyer; dort stieg die Zahl der Seniorinnen und Senioren um 59 bzw. 47 Prozent. Der geringste Zuwachs ergab sich für die Universitätsstadt Trier (+15 Prozent). Auch in Pirmasens fiel die Zunahme mit 16 Prozent deutlich unterdurchschnittlich aus. Dies liegt u. a. daran, dass dort bereits 1987 anteilig mehr Seniorinnen und Senioren lebten als in anderen kreisfreien Städten. Der schwache Zuwachs ist also auf einen statistischen Basiseffekt zurückzuführen. Auch am 9. Mai 2011 lag der Seniorenanteil in Pirmasens mit 25 Prozent deutlich höher als in allen anderen kreisfreien Städten und Landkreisen.

In den Landkreisen fiel die Zunahme der Zahl der Seniorinnen und Senioren wesentlich höher aus als in den kreisfreien Städten. In den Kreisen stieg im Vergleich der beiden Stichtage die Zahl der 65-Jährigen und Älteren um 50 Prozent. Insgesamt lebten am 9. Mai 2011 in den rheinland-pfälzischen Landkreisen 608 657 Seniorinnen und Senioren. Die mit Abstand höchsten Zuwächse dieser Bevölkerungsgruppe ergaben sich für den Landkreis Germersheim und den Rhein-Pfalz-Kreis mit +86 bzw. +85 Prozent. Den höchsten Seniorenanteil wies der Landkreis Ahrweiler mit 23 Prozent auf. Die anteilig wenigsten Seniorinnen und Senioren gab es mit 18 Prozent im Landkreis Alzey-Worms.

Landesweit neun Seniorinnen und Senioren mehr je 100 Menschen im Erwerbsalter

Durch die veränderten Besetzungszahlen in den Hauptaltersgruppen seit 1987 ergibt sich eine starke Alterung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz. Der Altenquotient, der das Verhältnis von Seniorinnen und Senioren zu den 20- bis unter 65-Jährigen wiedergibt, ist ein Indikator für diese demografische Alterung. Am 9. Mai 2011 entfielen landesweit 33,5 Seniorinnen und Senioren auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter. Dies sind annähernd neun Seniorinnen und Senioren mehr als im Mai 1987.

Den höchsten Altenquotienten aller kreisfreien Städte wies am Zensusstichtag Pirmasens auf. Dort entfielen 43,3 Seniorinnen und Senioren auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter; das sind knapp zehn mehr als im Landesdurchschnitt. Die Landeshauptstadt Mainz hat dagegen den niedrigsten Altenquotient (26,8). In den Landkreisen findet sich der höchste Altenquotient in Ahrweiler (39,2). In den Kreisen Alzey-Worms und Germersheim entfielen mit 28,4 bzw. 28,9 deutlich weniger Seniorinnen und Senioren auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter.

Familienstand – Ergebnisse zum 9. Mai 2011

Erstmals Angaben zu gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

In Rheinland-Pfalz wohnten am 9. Mai 2011 insgesamt 853 166 ledige Erwachsene, 1 903 903 waren verheiratet und 2 858 lebten in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Darüber hinaus wurden 294 957 Menschen gezählt, deren Ehe- bzw. Lebenspartner am 9. Mai bereits verstorben war (Verwitwete) sowie 268 628 Personen, deren Ehe bzw. Lebenspartnerschaft zu diesem Zeitpunkt aufgelöst war (Geschiedene).

Hoher Anteil lediger Erwachsener in Universitätsstädten

In den kreisfreien Städten gab es 272 242 ledige Erwachsene. Die Spannweite der Anteilswerte reicht von 23 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Frankenthal bis 42 Prozent in der Universitätsstadt Trier. Unter der volljährigen Bevölkerung der Landkreise gab es zum Zensusstichtag 580 924 ledige Personen. Den höchsten Ledigenanteil aller Landkreise wiesen die Erwachsenen im Eifelkreis Bitburg-Prüm auf. Dort hatten 26 Prozent der volljährigen Bevölkerung bis zum Zensusstichtag weder geheiratet noch eine eingetragene Lebenspartnerschaft begründet. Im Kreis Bad Dürkheim und dem Rhein-Pfalz-Kreis lebten relativ die wenigsten Ledigen im Alter von 18 Jahren und älter (jeweils 22 Prozent).

Info

Im Gegensatz zur Ergebnisdarstellung des Familienstands am 9. Mai 2011, für die nur die volljährige Bevölkerung herangezogen wird, sind Vergleiche zwischen den Ergebnissen der Volkszählung 1987 und dem Zensus 2011 derzeit nur für die Gesamtbevölkerung möglich.

Durch den Zensus 2011 gibt es erstmals auch flächendeckende Ergebnisse zu eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Zur besseren Lesbarkeit wird hier oft nur die Bezeichnung „Lebenspartnerschaften“ verwendet. Bei der Betrachtung der Familienstände „verwitwet“ und „geschieden“ werden die Lebenspartnerschaften wegen der geringen Fallzahlen nicht gesondert aufgeführt.

Mehr als die Hälfte der Volljährigen verheiratet

Der Anteil der Verheirateten bzw. Erwachsenen in Lebenspartnerschaft lag in den kreisfreien Städten mit 50,5 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Dort wurden am 9. Mai 2011 insgesamt 431 782 verheiratete Volljährige und weitere 1 039 Volljährige mit einer Lebenspartnerschaft gezählt. Den höchsten Anteil Eheleute bzw. Lebenspartner an der erwachsenen Bevölkerung wies Frankenthal auf (58 Prozent). Der niedrigste Anteilswert ergab sich mit 42 Prozent für die kreisfreie Stadt Trier. Die meisten Personen in eingetragenen Lebenspartnerschaften, wohnten zum Zensusstichtag in der Landeshauptstadt Mainz (279).

In den Landkreisen lag der Anteil verheirateter bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft verbundener Personen um 9,2 Prozentpunkte höher als in den kreisfreien Städten. Den höchsten Anteil Verheirateter bzw. „Verpartnerter“ hatte der Rhein-Pfalz-Kreis (62 Prozent). Der geringste Anteil an der volljährigen Bevölkerung ergab sich im Eifelkreis Bitburg-Prüm (57 Prozent). Im Vergleich der 24 Landkreise wurden die meisten Personen in gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaft im Landkreis Mainz-Bingen gezählt (170).

Mehr Verwitwete in den Landkreisen

In den kreisfreien Städten lebten 72 081 Witwen und Witwer bzw. Personen, deren Lebenspartnerinnen bzw. -partner am Zensusstichtag bereits verstorben waren. Der Bevölkerungsanteil dieser Personengruppe

lag damit bei 8,4 Prozent. Im Vergleich aller 36 Verwaltungsbezirke des Landes wies die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 11,5 Prozent den höchsten, die Landeshauptstadt Mainz mit 6,7 Prozent den geringsten Anteil an verwitweten Personen an der Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren auf. Dies dürfte mit der Altersstruktur der Bevölkerung in diesen beiden Städten zusammenhängen: In Pirmasens wurde der höchste Anteil und in Mainz der niedrigste Anteil älterer Menschen über 65 Jahren festgestellt. In den Landkreisen lag der Witwen- und Witweranteil mit neun Prozent etwas höher als in den kreisfreien Städten. Die anteilig meisten verwitweten Personen lebten am 9. Mai 2011 in den Landkreisen Birkenfeld und Kusel (jeweils zehn Prozent).

Geschiedene häufiger in den kreisfreien Städten

Von den im Zensus 2011 landesweit festgestellten 268 628 „geschiedenen" Eheleuten und Lebenspartnern lebten 79 079 in den kreisfreien Städten. Dort machten sie 9,2 Prozent der volljährigen Bevölkerung aus. Die Spannweite des Geschiedenenanteils reicht von 7,4 Prozent in der Landeshauptstadt Mainz bis zwölf Prozent in der kreisfreien Stadt Pirmasens. In den Landkreisen waren 7,7 Prozent der Volljährigen am Zensusstichtag geschieden. Dort fand sich der geringste Anteilswert im Landkreis Cochem-Zell (6,6 Prozent) und der höchste im Landkreis Ahrweiler (8,6 Prozent).

Familienstand – Vergleich der Zählungsergebnisse

Seit der Volkszählung 1987 haben sich in der rheinland-pfälzischen Bevölkerung starke Veränderungen hinsichtlich des Familienstands ergeben. Die Zahl der Geschiedenen hat sich landesweit um 150 510 erhöht und damit mehr als verdoppelt (+127 Prozent). Die Zahl der Ledigen nahm dagegen vergleichsweise moderat zu (+13 Prozent), und die Zahl der Verheirateten stieg lediglich um 3,7 Prozent. Die Zahl der Witwen und Witwer hat landesweit um rund zehn Prozent abgenommen.

Deutliche Stadt-Land-Unterschiede bei Entwicklung des Familienstands

Bei der Entwicklung des Familienstands zeigt sich ein deutlicher Stadt-Land-Unterschied. So fällt die prozentuale Zunahme der ledigen Bevölkerung in den kreisfreien Städten mit +19 Prozent um fast neun Prozentpunkte höher aus als in den Landkreisen (+10 Prozent). Die Spannweite der Veränderung in den kreisfreien Städten und Landkreisen, in denen die Zahl der Ledigen zugenommen hat, reicht von +1,1 Prozent im Landkreis Cochem-Zell bis +38 Prozent in der kreisfreien Stadt Trier. Weniger Ledige als 1987 lebten dagegen in der kreisfreien Stadt Pirmasens (–10 Prozent) sowie in den Landkreisen Birkenfeld (–3,6 Prozent), Kusel (–2,9 Prozent) und Südwestpfalz (–6,4 Prozent).

Mehr Verheiratete in den Landkreisen, weniger in den kreisfreien Städten

Bei den verheirateten Personen zeigt sich zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen eine gegenläufige Entwicklung. Während die Zahl der Verheirateten in den kreisfreien Städten seit 1987 um sechs Prozent sank, stieg sie in den Landkreisen um 6,9 Prozent an. Deutlich weniger Verheiratete als 1987 wurden am Zensusstichtag in der kreisfreien Stadt Pirmasens (–24 Prozent) sowie in den Universitätsstädten Kaiserslautern (–16 Prozent), Koblenz (–12 Prozent) und Trier (–10 Prozent) gezählt.

In den Landkreisen lebten zum Zensusstichtag 5,6 Prozent weniger Witwen und Witwer als 1987. In den kreisfreien Städten ist deren Zahl mit –21 Prozent deutlich stärker gesunken. Während 2011 in allen kreisfreien Städten und der überwiegenden Zahl der Landkreise weniger verwitwete Menschen gezählt wurden als 1987, ist deren

Zahl im Landkreis Germersheim besonders deutlich um 9,1 Prozent gestiegen (+688 Personen).

Zahl der Geschiedenen in einzelnen Landkreisen mehr als verdreifacht

Die Zahl der Geschiedenen hat in den Landkreisen (+168 Prozent) deutlich stärker zugenommen als in den kreisfreien Städten (+66,5 Prozent). In den kreisfreien Städten reicht die Spannweite der Zuwächse von +43 Prozent in der Landeshauptstadt Mainz bis +112 Prozent in der Universitätsstadt Landau in der Pfalz. In den Landkreisen ergibt sich eine noch größere Spannweite; sie reicht von +92 Prozent im Landkreis Birkenfeld bis +252,5 Prozent im Landkreis Vulkaneifel.

Fazit

Nach der abschließenden Aufbereitung der Ergebnisse aus dem Zensus 2011 liegen nun endgültige demografische Grunddaten für die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz zum Stichtag 9. Mai 2011 vor. Sie bilden – bis zum nächsten Zensus – die Basis für die laufende Fortschreibung der Bevölkerung. Auf der Grundlage dieser Basisdaten wurde die Bevölkerung im Wesentlichen um die seit dem 9. Mai 2011 stattgefundenen Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge sowie Staatsangehörigkeitswechsel bereits bis zum Jahresende 2012 fortgeschrieben. Die so aktualisierten Fortschreibungsergebnisse und die Differenzen, die sich zu den auf der Grundlage der Zählung von 1987 fortgeschriebenen Ergebnissen zum 31. Dezember 2012 ergeben, werden in einem weiteren Beitrag kommentiert.

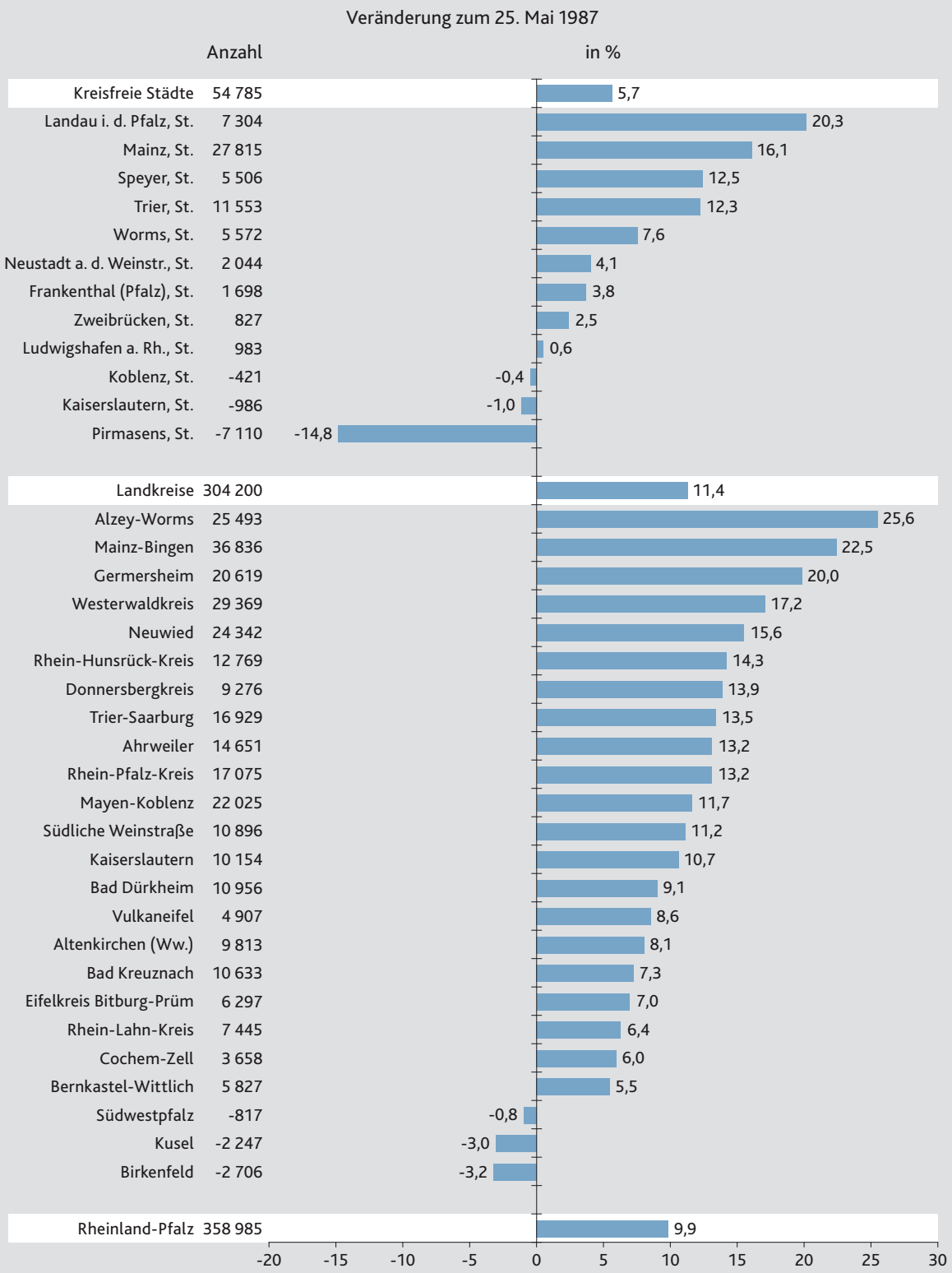
Sabine Ruhnke, Diplom-Geographin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat „Bevölkerung, Gebiet, Zensus“.

Info

Zum Zensus 2011 sind bereits folgende Aufsätze in den Statistischen Monatsheften Rheinland-Pfalz erschienen:

- 4/2014 Bevölkerungsfortschreibung und Zensus 2011
- 8/2013 Zensus 2011 – Die ersten Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung im Überblick
- 7/2013 Zensus 2011 – Die ersten Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Überblick
- 5/2013 Zensus 2011 – Veröffentlichung erster Ergebnisse am 31. Mai 2013
- 2/2013 Zensus 2011 – Teil 2: Erhebung und Aufbereitung demografischer Strukturdaten
- 1/2013 Zensus 2011 – Teil 1: Durchführung der Gebäude- und Wohnungszählung
- 4/2011 Zensus 2011 – Haushaltebefragung und Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen
- 3/2010 Der Zensus 2011 – Umfassende demografische und sozioökonomische Daten
- 2/2008 Zensus 2011 – Erhebungsablauf und Aufgaben der Kommunen bei der nächsten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung
- 12/2006 Volkszählungen im Ausland
- 1/2006 Stichwort: Volkszählung – Registergestützter Zensus

G 1 Bevölkerung am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken[1]



1 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011.

T 1 Bevölkerung am 9. Mai 2011 nach Geschlecht und Verwaltungsbezirken[1]

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung am 9. Mai 2011				Veränderung zum 25. Mai 1987 (Stichtag Volkszählung)						
	insgesamt[2]	weiblich	männlich	Männer je 100 Frauen	insgesamt		weiblich		männlich		Männer je 100 Frauen
	Anzahl					%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Frankenthal (Pfalz), St.	46 415	24 046	22 369	93,0	1 698	3,8	859	3,7	839	3,9	0,2
Kaiserslautern, St.	96 340	48 638	47 703	98,1	-986	-1,0	-2 184	-4,3	1 199	2,6	6,6
Koblenz, St.	107 825	56 173	51 652	92,0	-421	-0,4	-1 443	-2,5	1 022	2,0	4,1
Landau i. d. Pfalz, St.	43 361	22 908	20 453	89,3	7 304	20,3	3 416	17,5	3 888	23,5	4,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	157 584	80 309	77 275	96,2	983	0,6	-1 196	-1,5	2 179	2,9	4,1
Mainz, St.	200 344	104 094	96 250	92,5	27 815	16,1	12 803	14,0	15 012	18,5	3,5
Neustadt a. d. Weinstr., St.	52 164	27 077	25 087	92,7	2 044	4,1	396	1,5	1 648	7,0	4,8
Pirmasens, St.	40 887	21 296	19 591	92,0	-7 110	-14,8	-4 237	-16,6	-2 873	-12,8	4,0
Speyer, St.	49 540	25 798	23 742	92,0	5 506	12,5	2 296	9,8	3 210	15,6	4,7
Trier, St.	105 671	55 292	50 379	91,1	11 553	12,3	4 576	9,0	6 977	16,1	5,5
Worms, St.	79 207	41 117	38 090	92,6	5 572	7,6	2 362	6,1	3 210	9,2	2,6
Zweibrücken, St.	34 200	17 433	16 767	96,2	827	2,5	-281	-1,6	1 108	7,1	7,8
Ahrweiler	125 883	64 588	61 297	94,9	14 651	13,2	6 389	11,0	8 264	15,6	3,8
Altenkirchen (Ww.)	130 570	66 307	64 263	96,9	9 813	8,1	4 095	6,6	5 718	9,8	2,8
Alzey-Worms	125 112	63 166	61 947	98,1	25 493	25,6	12 073	23,6	13 421	27,7	3,1
Bad Dürkheim	131 085	67 301	63 784	94,8	10 956	9,1	5 125	8,2	5 831	10,1	1,6
Bad Kreuznach	155 599	80 337	75 262	93,7	10 633	7,3	4 276	5,6	6 357	9,2	3,1
Bernkastel-Wittlich	112 319	56 783	55 537	97,8	5 827	5,5	1 807	3,3	4 021	7,8	4,1
Birkenfeld	82 778	42 164	40 614	96,3	-2 706	-3,2	-2 001	-4,5	-705	-1,7	2,8
Cochem-Zell	64 188	32 264	31 923	98,9	3 658	6,0	1 386	4,5	2 271	7,7	2,9
Donnersbergkreis	76 032	38 569	37 461	97,1	9 276	13,9	4 346	12,7	4 928	15,1	2,1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	95 775	48 275	47 499	98,4	6 297	7,0	2 574	5,6	3 722	8,5	2,6
Germersheim	123 913	62 679	61 234	97,7	20 619	20,0	10 152	19,3	10 467	20,6	1,0
Kaiserslautern	105 283	53 823	51 460	95,6	10 154	10,7	5 015	10,3	5 139	11,1	0,7
Kusel	72 781	36 875	35 908	97,4	-2 247	-3,0	-1 367	-3,6	-878	-2,4	1,2
Mainz-Bingen	200 672	102 504	98 168	95,8	36 836	22,5	18 169	21,5	18 667	23,5	1,5
Mayen-Koblenz	210 307	107 353	102 955	95,9	22 025	11,7	10 303	10,6	11 723	12,8	1,9
Neuwied	180 674	92 456	88 216	95,4	24 342	15,6	10 922	13,4	13 418	17,9	3,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	102 323	51 934	50 388	97,0	12 769	14,3	5 928	12,9	6 840	15,7	2,4
Rhein-Lahn-Kreis	123 203	62 679	60 524	96,6	7 445	6,4	2 626	4,4	4 819	8,7	3,8
Rhein-Pfalz-Kreis	146 870	75 119	71 749	95,5	17 075	13,2	8 728	13,1	8 345	13,2	0,0
Südliche Weinstraße	108 244	55 203	53 041	96,1	10 896	11,2	4 851	9,6	6 045	12,9	2,7
Südwestpfalz	98 426	49 956	48 470	97,0	-817	-0,8	-742	-1,5	-75	-0,2	1,3
Trier-Saarburg	142 228	72 347	69 881	96,6	16 929	13,5	8 294	12,9	8 635	14,1	1,0
Vulkaneifel	61 947	31 297	30 650	97,9	4 907	8,6	2 252	7,8	2 655	9,5	1,5
Westerwaldkreis	200 058	101 296	98 763	97,5	29 369	17,2	13 659	15,6	15 711	18,9	2,7
Rheinland-Pfalz	3 989 808	2 039 456	1 950 352	95,6	358 985	9,9	156 227	8,3	202 758	11,6	2,8
kreisfreie Städte	1 013 538	524 181	489 358	93,4	54 785	5,7	17 367	3,4	37 419	8,3	4,2
Minimum	34 200	17 433	16 767	89,3	-7 110	-14,8	-4 237	-16,6	-2 873	-12,8	0,2
Maximum	200 344	104 094	96 250	98,1	27 815	20,3	12 803	17,5	15 012	23,5	7,8
Landkreise	2 976 270	1 515 275	1 460 994	96,4	304 200	11,4	138 860	10,1	165 339	12,8	2,3
Minimum	61 947	31 297	30 650	93,7	-2 706	-3,2	-2 001	-4,5	-878	-2,4	0,0
Maximum	210 307	107 353	102 955	98,9	36 836	25,6	18 169	23,6	18 667	27,7	4,1

1 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011. – 2 Die Einwohnerzahl (Bevölkerung insgesamt) wird im Gegensatz zu den anderen Ergebnissen keinem Geheimhaltungsverfahren unterzogen. Die Summen der Teilergebnisse können daher in Einzelfällen von der Einwohnerzahl abweichen.

T 2 Bevölkerung am 9. Mai 2011 nach Staatsangehörigkeit und Verwaltungsbezirken[1]

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung am 9. Mai 2011				Veränderung der ausländischen Bevölkerung zum 25. Mai 1987 (Stichtag Volkszählung)	
	insgesamt[2]	deutsch	ausländisch			
	Anzahl			Anteil an insgesamt in %	Anzahl	%
Frankenthal (Pfalz), St.	46 415	40 926	5 489	11,8	1 360	32,9
Kaiserslautern, St.	96 340	87 348	8 993	9,3	2 335	35,1
Koblenz, St.	107 825	98 617	9 208	8,5	4 473	94,5
Landau i. d. Pfalz, St.	43 361	40 581	2 780	6,4	1 506	118,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	157 584	126 465	31 119	19,7	10 546	51,3
Mainz, St.	200 344	171 280	29 064	14,5	11 783	68,2
Neustadt a. d. Weinstr., St.	52 164	49 012	3 152	6,0	1 211	62,4
Pirmasens, St.	40 887	38 710	2 177	5,3	731	50,6
Speyer, St.	49 540	44 289	5 251	10,6	1 983	60,7
Trier, St.	105 671	97 678	7 993	7,6	5 193	185,5
Worms, St.	79 207	70 840	8 367	10,6	3 932	88,7
Zweibrücken, St.	34 200	32 564	1 636	4,8	643	64,8
Ahrweiler	125 883	118 978	6 907	5,5	2 512	57,2
Altenkirchen (Ww.)	130 570	124 248	6 322	4,8	1 938	44,2
Alzey-Worms	125 112	118 389	6 724	5,4	4 003	147,1
Bad Dürkheim	131 085	124 203	6 882	5,3	2 853	70,8
Bad Kreuznach	155 599	145 479	10 120	6,5	4 473	79,2
Bernkastel-Wittlich	112 319	106 991	5 329	4,7	3 418	178,9
Birkenfeld	82 778	79 738	3 040	3,7	1 395	84,8
Cochem-Zell	64 188	61 799	2 388	3,7	1 689	241,6
Donnersbergkreis	76 032	72 201	3 829	5,0	1 434	59,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	95 775	89 701	6 073	6,3	4 576	305,7
Germersheim	123 913	113 793	10 120	8,2	3 901	62,7
Kaiserslautern	105 283	99 859	5 424	5,2	2 612	92,9
Kusel	72 781	70 451	2 332	3,2	1 096	88,7
Mainz-Bingen	200 672	188 703	11 969	6,0	5 515	85,5
Mayen-Koblenz	210 307	200 906	9 402	4,5	3 654	63,6
Neuwied	180 674	169 178	11 494	6,4	5 404	88,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	102 323	97 865	4 457	4,4	2 259	102,8
Rhein-Lahn-Kreis	123 203	117 292	5 911	4,8	2 702	84,2
Rhein-Pfalz-Kreis	146 870	137 103	9 765	6,6	4 413	82,5
Südliche Weinstraße	108 244	104 061	4 183	3,9	1 825	77,4
Südwestpfalz	98 426	96 218	2 208	2,2	517	30,6
Trier-Saarburg	142 228	134 129	8 099	5,7	5 913	270,5
Vulkaneifel	61 947	59 651	2 296	3,7	1 460	174,6
Westerwaldkreis	200 058	188 556	11 503	5,7	4 328	60,3
Rheinland-Pfalz	3 989 808	3 717 802	272 006	6,8	119 586	78,5
kreisfreie Städte	1 013 538	898 310	115 229	11,4	45 696	65,7
Minimum	34 200	32 564	1 636	4,8	643	32,9
Maximum	200 344	171 280	31 119	19,7	11 783	185,5
Landkreise	2 976 270	2 819 492	156 777	5,3	73 890	89,1
Minimum	61 947	59 651	2 208	2,2	517	30,6
Maximum	210 307	200 906	11 969	8,2	5 913	305,7

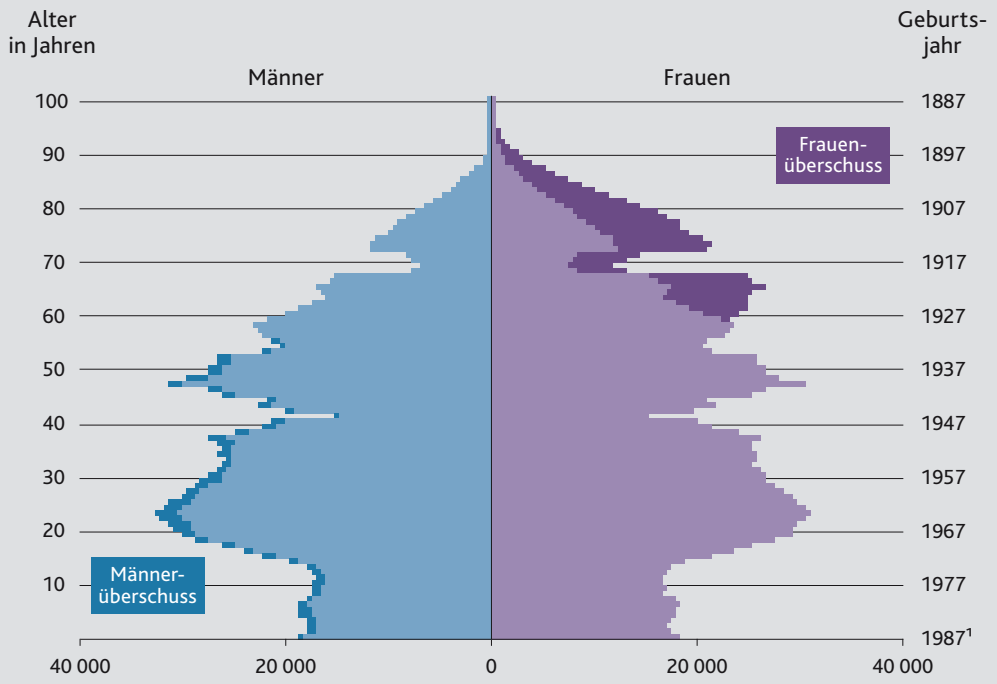
1 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011. – 2 Die Einwohnerzahl (Bevölkerung insgesamt) wird im Gegensatz zu den anderen Ergebnissen keinem Geheimhaltungsverfahren unterzogen. Die Summen der Teilergebnisse können daher in Einzelfällen von der Einwohnerzahl abweichen.

T 3 Bevölkerung am 9. Mai 2011 nach Alter und Verwaltungsbezirken[1]

Verwaltungsbezirk	unter 20 Jahre	20 – 65 Jahre	65 Jahre und älter	Veränderung zum 25. Mai 1987 (Stichtag Volkszählung)					
				unter 20 Jahre		20 – 65 Jahre		65 Jahre und älter	
	Anzahl			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Frankenthal (Pfalz), St.	8 608	27 309	10 498	-835	-8,8	-1 366	-4,8	3 899	59,1
Kaiserslautern, St.	16 249	60 797	19 295	-2 442	-13,1	-1 610	-2,6	3 067	18,9
Koblenz, St.	18 181	66 109	23 535	-2 851	-13,6	-1 946	-2,9	4 376	22,8
Landau i. d. Pfalz, St.	7 648	27 418	8 295	293	4,0	5 002	22,3	2 009	32,0
Ludwigshafen a. Rh., St.	30 910	95 276	31 398	-396	-1,3	-5 594	-5,5	6 973	28,5
Mainz, St.	32 437	132 398	35 509	-525	-1,6	18 283	16,0	10 057	39,5
Neustadt a. d. Weinstr., St.	9 364	30 784	12 016	-673	-6,7	53	0,2	2 664	28,5
Pirmasens, St.	6 987	23 664	10 236	-2 212	-24,0	-6 332	-21,1	1 434	16,3
Speyer, St.	9 339	29 904	10 297	48	0,5	2 174	7,8	3 284	46,8
Trier, St.	17 092	69 468	19 111	-1 440	-7,8	10 468	17,7	2 525	15,2
Worms, St.	15 386	48 138	15 683	-39	-0,3	2 322	5,1	3 289	26,5
Zweibrücken, St.	6 049	20 573	7 578	-678	-10,1	-39	-0,2	1 544	25,6
Ahrweiler	23 417	73 626	28 842	-178	-0,8	5 585	8,2	9 246	47,2
Altenkirchen (Ww.)	26 308	77 273	26 989	-1 459	-5,3	3 192	4,3	8 080	42,7
Alzey-Worms	25 448	77 650	22 015	2 161	9,3	15 699	25,3	7 634	53,1
Bad Dürkheim	24 309	77 988	28 788	-1 709	-6,6	2 400	3,2	10 265	55,4
Bad Kreuznach	29 717	93 010	32 872	-2 458	-7,6	4 435	5,0	8 656	35,7
Bernkastel-Wittlich	21 447	67 382	23 491	-3 674	-14,6	2 971	4,6	6 531	38,5
Birkenfeld	14 938	49 208	18 632	-2 967	-16,6	-4 472	-8,3	4 733	34,1
Cochem-Zell	12 132	37 605	14 450	-1 713	-12,4	711	1,9	4 659	47,6
Donnersbergkreis	15 376	46 071	14 583	-97	-0,6	4 815	11,7	4 556	45,4
Eifelkreis Bitburg-Prüm	19 560	57 307	18 907	-2 105	-9,7	3 450	6,4	4 951	35,5
Germersheim	25 011	76 726	22 176	-115	-0,5	10 453	15,8	10 281	86,4
Kaiserslautern	20 969	63 312	21 002	266	1,3	3 075	5,1	6 813	48,0
Kusel	13 339	43 758	15 686	-3 204	-19,4	-3 153	-6,7	4 112	35,5
Mainz-Bingen	40 029	123 734	36 909	2 313	6,1	19 997	19,3	14 526	64,9
Mayen-Koblenz	40 533	127 219	42 556	-903	-2,2	8 685	7,3	14 244	50,3
Neuwied	36 305	106 436	37 931	3 178	9,6	9 053	9,3	12 109	46,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	20 064	61 364	20 894	-788	-3,8	7 426	13,8	6 130	41,5
Rhein-Lahn-Kreis	23 021	73 566	26 616	-1 383	-5,7	2 347	3,3	6 481	32,2
Rhein-Pfalz-Kreis	27 436	88 202	31 230	-679	-2,4	3 399	4,0	14 353	85,0
Südliche Weinstraße	20 595	65 181	22 468	-1 558	-7,0	4 524	7,5	7 930	54,5
Südwestpfalz	17 480	58 697	22 249	-4 778	-21,5	-4 444	-7,0	8 405	60,7
Trier-Saarburg	28 462	86 733	27 033	-2 112	-6,9	8 668	11,1	10 373	62,3
Vulkaneifel	12 189	35 971	13 787	-1 117	-8,4	1 468	4,3	4 556	49,4
Westerwaldkreis	40 663	120 845	38 551	425	1,1	15 735	15,0	13 210	52,1
Rheinland-Pfalz	756 998	2 420 702	812 108	-36 404	-4,6	147 434	6,5	247 955	44,0
kreisfreie Städte	178 250	631 838	203 451	-11 750	-6,2	21 415	3,5	45 121	28,5
Minimum	6 049	20 573	7 578	-2 851	-24,0	-6 332	-21,1	1 434	15,2
Maximum	32 437	132 398	35 509	293	4,0	18 283	22,3	10 057	59,1
Landkreise	578 748	1 788 864	608 657	-24 654	-4,1	126 019	7,6	202 834	50,0
Minimum	12 132	35 971	13 787	-4 778	-21,5	-4 472	-8,3	4 112	32,2
Maximum	40 663	127 219	42 556	3 178	9,6	19 997	25,3	14 526	86,4

1 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011.

G 2 Aufbau der Bevölkerung am 25. Mai 1987 nach Alter und Geschlecht

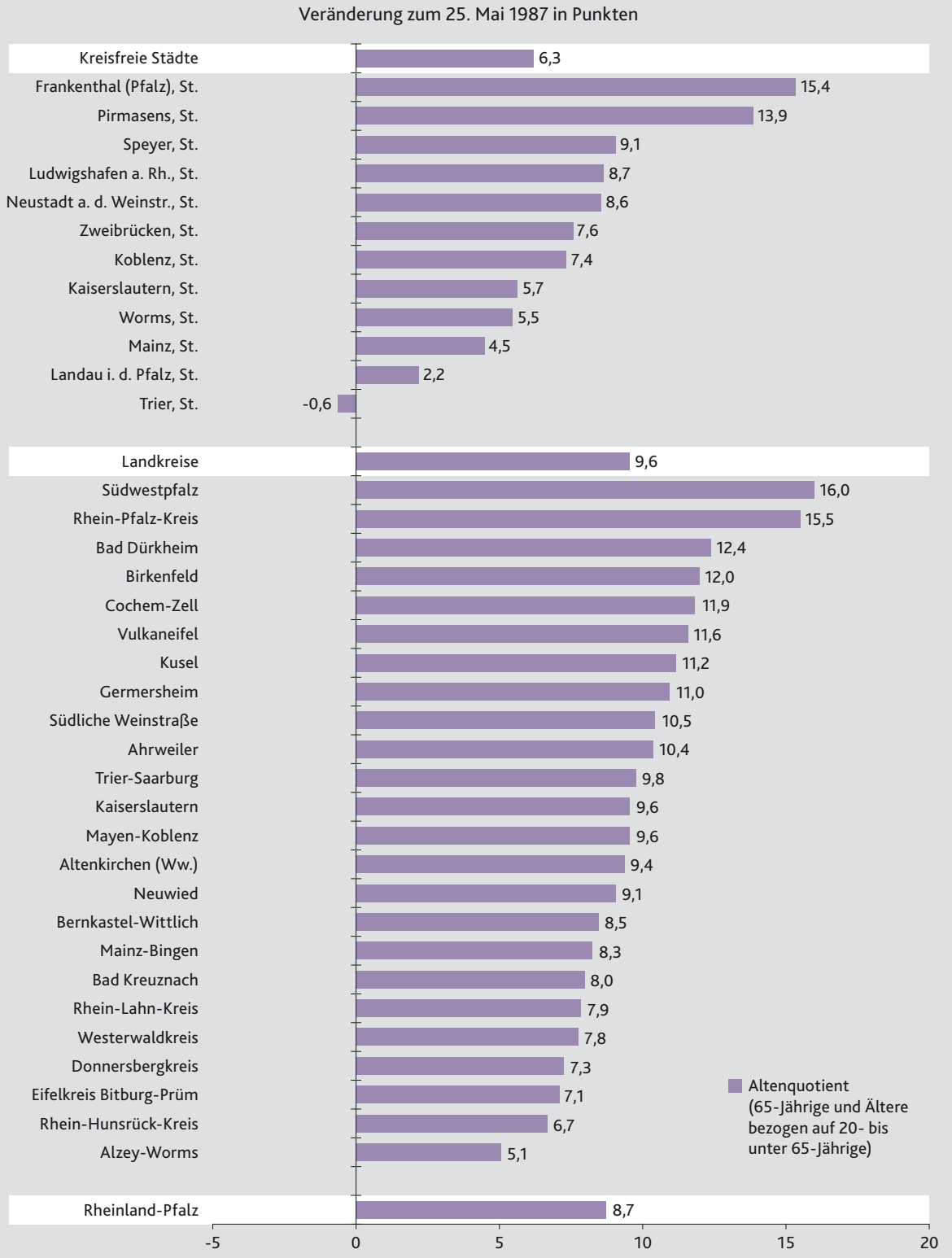


1 Geburten bis einschließlich 25. Mai 1987

G 3 Aufbau der Bevölkerung am 9. Mai 201 1 nach Alter und Geschlecht

1 Geburten bis einschließlich 9. Mai 2011

G 4 Altenquotient am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken[1]



1 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011.

T 4 Bevölkerung am 9. Mai 2011 nach Familienstand[1] und Verwaltungsbezirken[2]

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung ab 18 Jahren							
	ledig		verheiratet bzw. Lebenspartnerschaft[3]		verwitwet bzw. Lebenspartner/-in verstorben[3]		geschieden bzw. Lebenspartnerschaft aufgelöst[3]	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Frankenthal (Pfalz), St.	9 099	23,4	22 662	58,4	3 623	9,3	3 393	8,7
Kaiserslautern, St.	27 900	33,9	38 581	46,9	7 376	9,0	8 397	10,2
Koblenz, St.	28 287	30,8	45 717	49,8	8 167	8,9	9 529	10,4
Landau i. d. Pfalz, St.	12 081	32,9	18 076	49,3	2 875	7,8	3 652	10,0
Ludwigshafen a. Rh., St.	34 174	26,3	72 113	55,4	11 360	8,7	12 438	9,6
Mainz, St.	67 176	39,1	80 278	46,7	11 553	6,7	12 668	7,4
Neustadt a. d. Weinstr., St.	11 412	25,9	24 284	55,2	4 096	9,3	4 167	9,5
Pirmasens, St.	8 796	25,3	17 764	51,0	3 988	11,5	4 235	12,2
Speyer, St.	11 091	26,9	22 368	54,3	3 650	8,9	4 111	10,0
Trier, St.	38 285	42,1	37 833	41,6	6 881	7,6	7 638	8,4
Worms, St.	16 409	25,0	37 571	57,3	5 674	8,7	5 910	9,0
Zweibrücken, St.	7 532	26,1	15 574	53,9	2 838	9,8	2 941	10,2
Ahrweiler	24 257	23,0	62 180	59,0	9 878	9,4	9 047	8,6
Altenkirchen (Ww.)	24 609	22,9	64 378	59,8	10 355	9,6	8 271	7,7
Alzey-Worms	23 378	22,8	63 119	61,5	8 415	8,2	7 720	7,5
Bad Dürkheim	23 807	21,7	67 411	61,4	10 083	9,2	8 417	7,7
Bad Kreuznach	30 832	23,8	75 796	58,5	12 140	9,4	10 665	8,2
Bernkastel-Wittlich	23 145	24,7	54 713	58,5	8 593	9,2	7 017	7,5
Birkenfeld	16 168	23,2	40 944	58,8	7 259	10,4	5 245	7,5
Cochem-Zell	12 924	24,1	31 894	59,5	5 216	9,7	3 509	6,6
Donnersbergkreis	14 433	23,1	37 263	59,6	5 844	9,3	4 929	7,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	20 745	26,3	45 126	57,3	7 401	9,4	5 440	6,9
Germersheim	24 947	24,5	61 049	59,9	8 240	8,1	7 650	7,5
Kaiserslautern	20 267	23,3	51 993	59,8	8 161	9,4	6 488	7,5
Kusel	13 914	22,8	36 735	60,1	6 350	10,4	4 110	6,7
Mainz-Bingen	40 303	24,4	98 858	59,9	12 580	7,6	13 238	8,0
Mayen-Koblenz	42 344	24,2	102 334	58,6	15 273	8,7	14 687	8,4
Neuwied	33 959	22,8	88 739	59,6	13 715	9,2	12 322	8,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	20 236	23,9	50 948	60,1	7 655	9,0	5 974	7,0
Rhein-Lahn-Kreis	24 640	23,9	60 069	58,3	9 744	9,5	8 547	8,3
Rhein-Pfalz-Kreis	26 595	21,7	76 484	62,3	10 686	8,7	8 895	7,2
Südliche Weinstraße	21 350	23,7	53 863	59,7	7 999	8,9	6 920	7,7
Südwestpfalz	18 778	22,5	50 707	60,9	7 992	9,6	5 775	6,9
Trier-Saarburg	29 277	25,0	69 393	59,3	9 852	8,4	8 481	7,2
Vulkaneifel	12 143	23,6	30 650	59,7	4 978	9,7	3 574	7,0
Westerwaldkreis	37 873	23,0	99 294	60,4	14 467	8,8	12 628	7,7
Rheinland-Pfalz	853 166	25,7	1 906 761	57,3	294 957	8,9	268 628	8,1
kreisfreie Städte	272 242	31,8	432 821	50,5	72 081	8,4	79 079	9,2
Minimum	7 532	23,4	15 574	41,6	2 838	6,7	2 941	7,4
Maximum	67 176	42,1	80 278	58,4	11 553	11,5	12 668	12,2
Landkreise	580 924	23,5	1 473 940	59,7	222 876	9,0	189 549	7,7
Minimum	12 143	21,7	30 650	57,3	4 978	7,6	3 509	6,6
Maximum	42 344	26,3	102 334	62,3	15 273	10,4	14 687	8,6

1 Ohne Personen, für die keine Angabe zum Familienstand vorliegen. – 2 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011. – 3 Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz.

noch: T 4

Bevölkerung am 9. Mai 2011 nach Familienstand[1] und Verwaltungsbezirken[2]

Verwaltungsbezirk	Veränderung der Bevölkerung insgesamt zum 25. Mai 1987 (Stichtag Volkszählung)							
	ledig		verheiratet bzw. Lebenspartnerschaft[3]		verwitwet bzw. Lebenspartner/-in verstorben[3]		geschieden bzw. Lebenspartnerschaft aufgelöst[3]	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Frankenthal (Pfalz), St.	899	5,7	-443	-1,9	-325	-8,2	1 533	82,4
Kaiserslautern, St.	5 647	15,5	-7 360	-16,0	-2 158	-22,6	2 876	52,1
Koblenz, St.	4 149	10,3	-6 147	-11,9	-2 174	-21,0	3 703	63,6
Landau i. d. Pfalz, St.	4 856	35,0	1 389	8,3	-884	-23,5	1 931	112,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	5 006	8,8	-5 447	-7,0	-3 392	-23,0	4 736	61,5
Mainz, St.	25 935	37,1	620	0,8	-2 584	-18,3	3 789	42,7
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 559	8,6	-690	-2,8	-1 122	-21,5	2 267	119,3
Pirmasens, St.	-1 698	-10,2	-5 478	-23,6	-1 489	-27,2	1 537	57,0
Speyer, St.	2 924	17,7	1 136	5,4	-355	-8,9	1 801	78,0
Trier, St.	14 649	38,1	-4 385	-10,4	-2 182	-24,1	3 222	73,0
Worms, St.	3 602	13,6	777	2,1	-1 634	-22,4	2 802	90,2
Zweibrücken, St.	1 516	13,4	-1 463	-8,6	-634	-18,3	1 390	89,6
Ahrweiler	4 185	10,3	5 430	9,6	-516	-5,0	5 511	155,9
Altenkirchen (Ww.)	3 539	8,1	1 466	2,3	-628	-5,7	5 363	184,4
Alzey-Worms	9 129	24,9	11 204	21,6	-110	-1,3	5 220	208,8
Bad Dürkheim	2 859	6,8	4 255	6,7	-1 088	-9,7	4 879	137,9
Bad Kreuznach	2 946	5,5	3 345	4,6	-1 778	-12,8	6 054	131,3
Bernkastel-Wittlich	733	1,8	1 580	3,0	-1 369	-13,7	4 811	218,1
Birkenfeld	-1 091	-3,6	-3 026	-6,9	-1 157	-13,7	2 518	92,3
Cochem-Zell	256	1,1	1 222	4,0	-340	-6,1	2 492	245,0
Donnersbergkreis	3 313	13,4	3 151	9,2	-319	-5,2	3 093	168,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 323	3,6	1 408	3,2	-347	-4,5	3 870	246,5
Germersheim	7 059	17,7	7 903	14,9	688	9,1	4 935	181,8
Kaiserslautern	4 704	13,9	2 018	4,0	-563	-6,5	3 935	154,1
Kusel	-756	-2,9	-3 176	-8,0	-893	-12,3	2 544	162,5
Mainz-Bingen	14 385	23,3	14 561	17,3	-615	-4,7	8 502	179,5
Mayen-Koblenz	8 983	13,0	5 232	5,4	-1 020	-6,3	8 748	147,3
Neuwied	10 737	19,5	7 356	9,0	-713	-4,9	6 843	124,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 898	11,5	5 225	11,4	-333	-4,2	3 972	198,4
Rhein-Lahn-Kreis	3 332	8,0	876	1,5	-1 822	-15,8	5 005	141,3
Rhein-Pfalz-Kreis	6 150	13,8	4 856	6,8	508	5,0	5 460	159,0
Südliche Weinstraße	2 774	7,6	4 197	8,5	-596	-6,9	4 488	184,5
Südwestpfalz	-2 333	-6,4	-1 743	-3,3	-370	-4,4	3 594	164,8
Trier-Saarburg	4 610	9,3	6 177	9,8	39	0,4	6 024	245,2
Vulkaneifel	743	3,4	1 476	5,1	113	2,3	2 560	252,5
Westerwaldkreis	10 525	16,7	10 349	11,6	-70	-0,5	8 502	206,1
Rheinland-Pfalz	171 047	12,7	67 851	3,7	-32 232	-9,9	150 510	127,4
kreisfreie Städte	69 044	19,2	-27 491	-6,0	-18 933	-20,8	31 587	66,5
Minimum	-1 698	-10,2	-7 360	-23,6	-3 392	-27,2	1 390	42,7
Maximum	25 935	38,1	1 389	8,3	-325	-8,2	4 736	119,3
Landkreise	102 003	10,3	95 342	6,9	-13 299	-5,6	118 923	168,4
Minimum	-2 333	-6,4	-3 176	-8,0	-1 822	-15,8	2 492	92,3
Maximum	14 385	24,9	14 561	21,6	688	9,1	8 748	252,5

1 Ohne Personen, für die keine Angabe zum Familienstand vorliegen. – 2 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011. – 3 Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz.

Bevölkerungsfortschreibung und Zensus 2011

Von Gerd Reh

Der Vergleich einer aktualisierten Fortschreibung der Bevölkerung zum 31. Dezember 2012 auf Basis des Zensus 2011 mit der Fortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987 zeigt, dass die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz etwas kleiner, etwas weiblicher und im Durchschnitt etwas jünger ist als bislang ausgewiesen. Zudem wohnen hierzulande deutlich weniger Ausländerinnen und Ausländer als erwartet. In diesem Beitrag werden die strukturellen Veränderungen aufgezeigt, die sich durch die demografische Bestandsaufnahme am 9. Mai 2011 für die Fortschreibung der Bevölkerung ergeben.

Aktualisierte Ausgangsbasis für die laufende Bevölkerungsfortschreibung

Zensus 2011 liefert aktualisierte Datenbasis für Bevölkerungsfortschreibung

Auf der Basis von Volkszählungen werden in mehrjährigen Abständen kleinräumig sowohl die Gesamtzahl der Bevölkerung ermittelt als auch wesentliche demografische Strukturdaten erhoben. Diese Daten bilden die Grundlage für die laufende Bevölkerungsfortschreibung, bei der für die Jahre zwischen zwei Zählungen regelmäßig die durch einen Zensus erhobenen Ausgangsbestände im Wesentlichen mit den Meldungen der Standesämter (Geburten und Sterbefälle) und der Einwohnermeldeämter (Wanderungen) fortgeschrieben werden. Mit dem Zensusergebnis vom 9. Mai 2011 haben die statistischen Ämter des Bundes und der Länder rund ein Vierteljahrhundert nach der Zählung 1987 wieder eine zuverlässige Basis für die laufende Fortschreibung der Bevölkerung erhalten.

Um die Korrektureffekte des Zensus 2011 aufzuzeigen, werden in diesem Beitrag die zum 31. Dezember 2012 fortgeschriebenen Ergebnisse auf der Grundlage der Volkszählung 1987 mit den Fortschreibungsergebnissen auf Basis des Zensus 2011 verglichen. Dieser Vergleich ermöglicht es, neben den zensusbedingten Korrekturen des Bevölkerungsbestands auch die Verschiebungen im Aufbau der Bevölkerung hinsichtlich Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit zu analysieren. Obwohl die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der letzten Zählung in der Differenzierung nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit derzeit noch vorläufigen Charakter haben, erlauben sie dennoch fundierte Aussagen zu festgestellten Strukturverschiebungen. Im Rahmen der noch ausstehenden endgültigen Fortschreibung der Basiszahlen aus dem Zensus, die dann auch den Familienstand umfassen wird, werden nämlich nur noch geringfügige Abweichungen zu den bereits vorliegenden Ergebnissen erwartet. Diese werden voraussichtlich Anfang 2015 vorliegen.

Aktualisierte Bevölkerungsfortschreibung ermöglicht Analyse von Strukturverschiebungen

Korrektur der Gesamtbevölkerung

Nur sehr geringe Korrektur der Gesamtbevölkerungszahl

Aufbauend auf den Ergebnissen des Zensus 2011 und unter Berücksichtigung der Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge sowie der Staatsangehörigkeitswechsel seit dem Zählungsstichtag, wohnten am Jahresende 2012 in Rheinland-Pfalz 3 990 278 Menschen. Dies sind 8 424 weniger, als sich bei Fortschreibung der Bevölkerung auf der Grundlage der Zählung von 1987 ergeben haben (–0,2 Prozent). Im Vergleich der Bundesländer weist Rheinland-Pfalz damit die geringste prozentuale Abweichung zwischen Zensus und Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987 aus.

Gesamtbevölkerungszahl sinkt in den kreisfreien Städten, steigt in den Landkreisen

In den kreisfreien Städten des Landes verringert sich die Bevölkerungszahl um 11 026 Personen (–1,1 Prozent). Die Spannweite der relativen Veränderungen reicht von –4,1 Prozent in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein, bis +1,6 Prozent in der kreisfreien Stadt Pirmasens. In den Landkreisen ergibt sich am Jahresende 2012 eine um 2 602 Menschen höhere Einwohnerzahl (+0,1 Prozent). Die Spannweite der relativen Veränderungen reicht von –1,1 Prozent im Landkreis Bad Dürkheim sowie im Rhein-Pfalz-Kreis bis +2,1 Prozent im Eifelkreis Bitburg-Prüm.

Korrektur der Geschlechterproportion

Landesweit ein Mann weniger je 100 Frauen

Auf 100 Frauen entfallen nach Fortschreibung der Ergebnisse des Zensus 2011 zum 31. Dezember 2012 in Rheinland-Pfalz 96 Männer. Dies ist ein Mann weniger, als mit der Fortschreibung auf Basis der Zählung von 1987 ermittelt wurde. Die Zahl der Männer sinkt im Vergleich der beiden Fortschreibungsergebnisse landesweit um 14 954 Personen (–0,8 Prozent). Die Zahl der Frauen steigt hingegen um 6 530 (+0,3 Prozent).

Die auf der Landesebene zu beobachtende Verschiebung der Geschlechterproportion hin zu einer weiblicheren Bevölkerung sind in den kreisfreien Städten deutlich ausgeprägter als in den Landkreisen. In den kreisfreien Städten verringert sich die Zahl der Männer zum 31. Dezember 2012 infolge des Zensus um 9 846 (–1,9 Prozent). Deutlich geringer fällt die Differenz zwischen den beiden Fortschreibungsergebnissen bei den Frauen aus; deren Zahl sinkt um 1 180 (–0,2 Prozent). Daraus ergibt sich eine Geschlechterproportion von nur noch 93,8 Männern zu 100 Frauen. Nach der „alten" Fortschreibung lag die Proportion bei 95,5. Besonders stark hat sich diese Verhältniszahl in der kreisfreien Stadt Kaiserslautern verschoben. Dort kommen durch die zensusbedingte Korrektur 4,6 Männer weniger auf 100 Frauen. In der kreisfreien Stadt Trier hat sich die Geschlechterproportion durch eine deutlich stärkere Zunahme der männlichen (+479 Personen) gegenüber der weiblichen Bevölkerung (+174 Personen) in die entgegengesetzte Richtung verschoben. Die Geschlechterproportion erhöht sich dadurch in Trier um 0,6 auf 92,1 Männer je 100 Frauen.

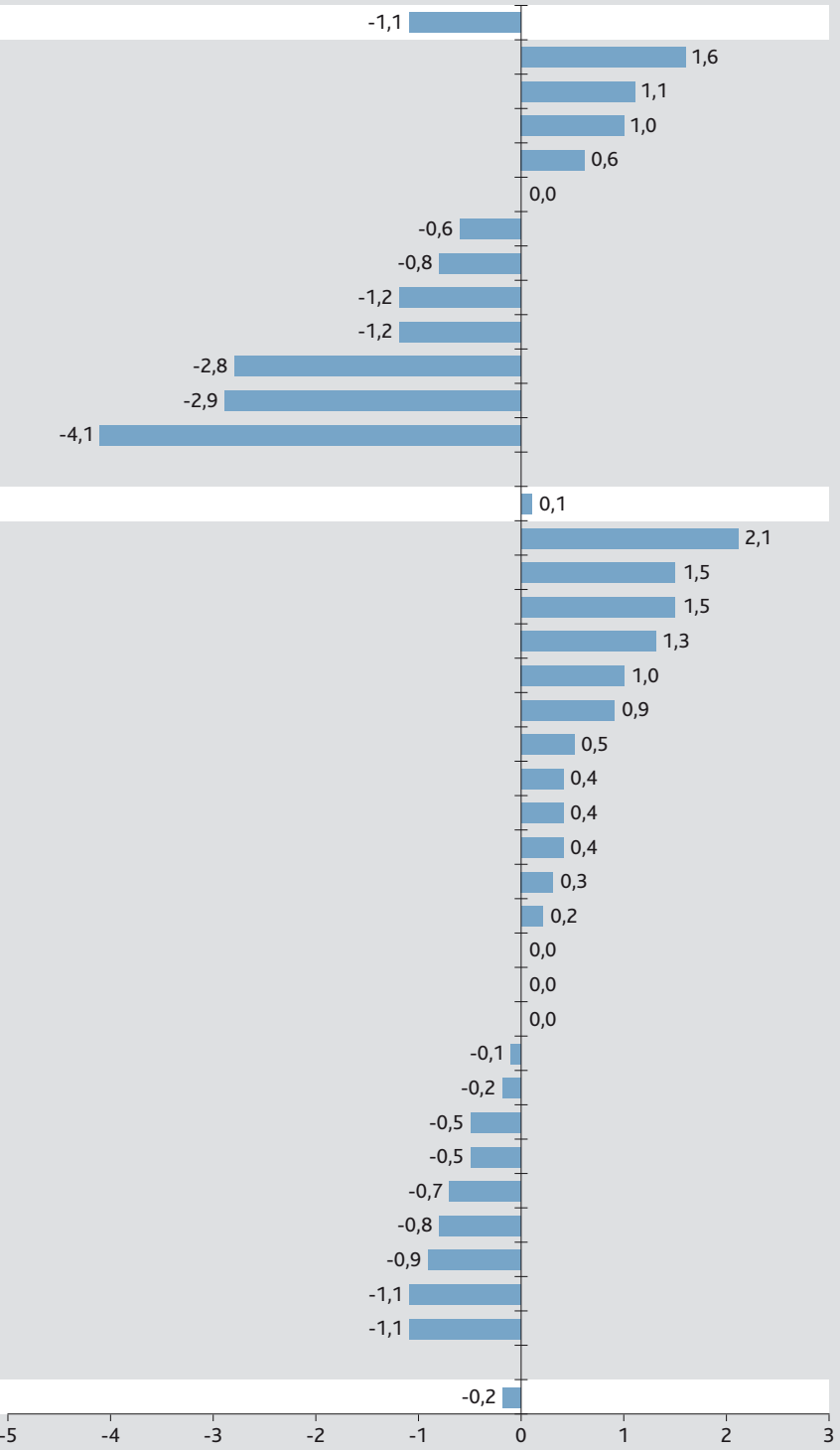
In den kreisfreien Städten deutlich stärkere Verschiebungen in der Geschlechterproportion

Auch in den Landkreisen leben weniger Männer als bisher angenommen (31. Dezember 2012: –5 108 bzw. –0,3 Prozent). Die Zahl der Frauen steigt infolge der Befunde des Zensus um 7 710 (+0,5 Prozent). Folglich verringert sich die Geschlechterproportion um 0,8 auf 96,7 Männer je 100 Frauen. Die stärkste Verschiebung ergibt sich für den Landkreis Bad-Kreuznach. Dort gibt es durch die Korrektur zwei Männer weniger auf 100 Frauen. Im Landkreis Cochem-Zell hat sich durch den Zensus 2011 die Geschlechterproportion erhöht. In diesem Kreis, dem der Zensus statistisch einen Bevölkerungszuwachs beschert hat, nahm die Zahl der Männer stärker zu als die der Frauen. Deshalb steigt die Geschlechterproportion um 0,2 auf 99 Männer je 100 Frauen.

G 1 Bevölkerung am 31. Dezember 2012 nach Verwaltungsbezirken[1]

Veränderung zur Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987

	Anzahl	in %
Kreisfreie Städte	-11 026	-1,1
Pirmasens, St.	649	1,6
Koblenz, St.	1 228	1,1
Zweibrücken, St.	346	1,0
Trier, St.	653	0,6
Mainz, St.	43	0,0
Speyer, St.	-320	-0,6
Frankenthal (Pfalz), St.	-395	-0,8
Landau i. d. Pfalz, St.	-510	-1,2
Neustadt a. d. Weinstr., St.	-624	-1,2
Kaiserslautern, St.	-2 813	-2,8
Worms, St.	-2 416	-2,9
Ludwigshafen a. Rh., St.	-6 867	-4,1
Landkreise	2 602	0,1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 969	2,1
Vulkaneifel	897	1,5
Cochem-Zell	966	1,5
Bernkastel-Wittlich	1 389	1,3
Westerwaldkreis	2 011	1,0
Kusel	616	0,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	496	0,5
Trier-Saarburg	639	0,4
Donnersbergkreis	337	0,4
Alzey-Worms	536	0,4
Kaiserslautern	319	0,3
Mayen-Koblenz	514	0,2
Rhein-Lahn-Kreis	5	0,0
Neuwied	-14	0,0
Bad Kreuznach	65	0,0
Südwestpfalz	-80	-0,1
Birkenfeld	-132	-0,2
Südliche Weinstraße	-561	-0,5
Germersheim	-676	-0,5
Altenkirchen (Ww.)	-856	-0,7
Mainz-Bingen	-1 542	-0,8
Ahrweiler	-1 186	-0,9
Rhein-Pfalz-Kreis	-1 645	-1,1
Bad Dürkheim	-1 465	-1,1
Rheinland-Pfalz	-8 424	-0,2



1 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011.

T 1 Bevölkerung am 31. Dezember 2012 nach Geschlecht[1] und Verwaltungsbezirken[2]

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung gemäß Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011				Veränderungen zur Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987						
	insgesamt	weiblich	männlich	Männer je 100 Frauen	insgesamt		weiblich		männlich		Männer je 100 Frauen
	Anzahl					%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Frankenthal (Pfalz), St.	47 035	24 353	22 682	93,1	-395	-0,8	202	0,8	-597	-2,6	-3,3
Kaiserslautern, St.	97 112	48 790	48 322	99,0	-2 813	-2,8	-278	-0,6	-2 535	-5,0	-4,6
Koblenz, St.	109 779	57 156	52 623	92,1	1 228	1,1	873	1,6	355	0,7	-0,8
Landau i. d. Pfalz, St.	43 641	23 105	20 536	88,9	-510	-1,2	-201	-0,9	-309	-1,5	-0,6
Ludwigshafen a. Rh., St.	160 179	81 264	78 915	97,1	-6 867	-4,1	-2 095	-2,5	-4 772	-5,7	-3,3
Mainz, St.	202 756	105 103	97 653	92,9	43	0,0	314	0,3	-271	-0,3	-0,5
Neustadt a. d. Weinstr., St.	52 268	27 082	25 186	93,0	-624	-1,2	-384	-1,4	-240	-0,9	0,4
Pirmasens, St.	40 267	20 993	19 274	91,8	649	1,6	675	3,3	-26	-0,1	-3,2
Speyer, St.	49 764	25 885	23 879	92,3	-320	-0,6	-65	-0,3	-255	-1,1	-0,8
Trier, St.	106 544	55 472	51 072	92,1	653	0,6	174	0,3	479	0,9	0,6
Worms, St.	79 727	41 228	38 499	93,4	-2 416	-2,9	-637	-1,5	-1 779	-4,4	-2,8
Zweibrücken, St.	34 064	17 415	16 649	95,6	346	1,0	242	1,4	104	0,6	-0,7
Ahrweiler	125 837	64 515	61 322	95,1	-1 186	-0,9	-276	-0,4	-910	-1,5	-1,0
Altenkirchen (Ww.)	129 166	65 558	63 608	97,0	-856	-0,7	-55	-0,1	-801	-1,2	-1,1
Alzey-Worms	125 173	63 083	62 090	98,4	536	0,4	379	0,6	157	0,3	-0,3
Bad Dürkheim	130 927	67 084	63 843	95,2	-1 465	-1,1	-251	-0,4	-1 214	-1,9	-1,4
Bad Kreuznach	155 306	79 971	75 335	94,2	65	0,0	898	1,1	-833	-1,1	-2,1
Bernkastel-Wittlich	111 916	56 527	55 389	98,0	1 389	1,3	769	1,4	620	1,1	-0,2
Birkenfeld	81 135	41 249	39 886	96,7	-132	-0,2	97	0,2	-229	-0,6	-0,8
Cochem-Zell	63 475	31 891	31 584	99,0	966	1,5	459	1,5	507	1,6	0,2
Donnersbergkreis	75 508	38 295	37 213	97,2	337	0,4	355	0,9	-18	-0,0	-1,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	95 946	48 159	47 787	99,2	1 969	2,1	1 241	2,6	728	1,5	-1,1
Germersheim	124 889	62 956	61 933	98,4	-676	-0,5	-209	-0,3	-467	-0,7	-0,4
Kaiserslautern	104 443	53 334	51 109	95,8	319	0,3	381	0,7	-62	-0,1	-0,8
Kusel	71 766	36 303	35 463	97,7	616	0,9	537	1,5	79	0,2	-1,2
Mainz-Bingen	202 222	103 098	99 124	96,1	-1 542	-0,8	-502	-0,5	-1 040	-1,0	-0,5
Mayen-Koblenz	210 035	107 167	102 868	96,0	514	0,2	568	0,5	-54	-0,1	-0,6
Neuwied	179 812	91 850	87 962	95,8	-14	-0,0	268	0,3	-282	-0,3	-0,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	101 002	51 190	49 812	97,3	496	0,5	340	0,7	156	0,3	-0,3
Rhein-Lahn-Kreis	121 838	61 906	59 932	96,8	5	0,0	250	0,4	-245	-0,4	-0,8
Rhein-Pfalz-Kreis	148 079	75 663	72 416	95,7	-1 645	-1,1	-526	-0,7	-1 119	-1,5	-0,8
Südliche Weinstraße	108 752	55 287	53 465	96,7	-561	-0,5	150	0,3	-711	-1,3	-1,6
Südwestpfalz	97 180	49 282	47 898	97,2	-80	-0,1	281	0,6	-361	-0,7	-1,3
Trier-Saarburg	142 810	72 603	70 207	96,7	639	0,4	644	0,9	-5	-0,0	-0,9
Vulkaneifel	61 073	30 857	30 216	97,9	897	1,5	533	1,8	364	1,2	-0,5
Westerwaldkreis	198 852	100 484	98 368	97,9	2 011	1,0	1 379	1,4	632	0,6	-0,7
Rheinland-Pfalz	3 990 278	2 036 158	1 954 120	96,0	-8 424	-0,2	6 530	0,3	-14 954	-0,8	-1,0
kreisfreie Städte	1 023 136	527 846	495 290	93,8	-11 026	-1,1	-1 180	-0,2	-9 846	-1,9	-1,7
Minimum	34 064	17 415	16 649	88,9	-6 867	-4,1	-2 095	-2,5	-4 772	-5,7	-4,6
Maximum	202 756	105 103	97 653	99,0	1 228	1,6	873	3,3	479	0,9	0,6
Landkreise	2 967 142	1 508 312	1 458 830	96,7	2 602	0,1	7 710	0,5	-5 108	-0,3	-0,8
Minimum	61 073	30 857	30 216	94,2	-1 645	-1,1	-526	-0,7	-1 214	-1,9	-2,1
Maximum	210 035	107 167	102 868	99,2	2 011	2,1	1 379	2,6	728	1,6	0,2

1 Vorläufige Ergebnisse. – 2 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011.

Korrektur der Staatsangehörigkeitsstruktur

Landesweit deutlich weniger ausländische und mehr deutsche Bürgerinnen und Bürger

Deutliche Strukturverschiebungen haben sich durch den Zensus 2011 auch hinsichtlich der Staatsangehörigkeit ergeben. Nach Fortschreibung der Ergebnisse des Zensus 2011 bis zum 31. Dezember 2012 errechnet sich für Rheinland-Pfalz ein Ausländeranteil von 7,3 Prozent. Dieser Anteilswert liegt um 0,9 Prozentpunkte unter dem Wert, der sich aus der Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987 ergibt. Im Zensus 2011 wurde festgestellt, dass hierzulande weniger Ausländerinnen und Ausländer und stattdessen mehr Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit leben. Die geringere Ausländerzahl liegt u. a. darin begründet, dass viele gegebenenfalls gemeinsam mit ihren Familien aus Deutschland weggezogen sind, ohne sich bei den Meldebehörden abgemeldet zu haben. Weiterhin ist nicht auszuschließen, dass im Zeitraum seit der letzten Zählung Staatsangehörigkeitswechsel unvollständig in der Bevölkerungsfortschreibung erfasst wurden. Die zum 31. Dezember 2012 fortgeschriebene Zahl der Ausländerinnen und Ausländer liegt auf Basis des Zensus 2011 um 36 092 Personen bzw. um elf Prozent niedriger als auf der Basis der Volkszählung von 1987. Die Zahl der Deutschen ist dagegen um 27 668 Personen bzw. 0,8 Prozent höher.

In den kreisfreien Städten deutlich stärkere Verschiebungen in der Staatsangehörigkeitsstruktur

Die Verschiebung in der Staatsangehörigkeitsstruktur fällt in den kreisfreien Städten vergleichsweise stärker aus als im Landesdurchschnitt. Beim Vergleich der beiden Fortschreibungsergebnisse zum 31. Dezember 2012 zeigt sich, dass die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in den kreisfreien Städten um 15 752 bzw. 11,5 Prozent niedriger ist. Die Differenz der beiden Fortschreibungsergebnisse für die Bevölkerung mit deutschem Pass ist mit +4 726 bzw. +0,5 Prozent deutlich geringer. Folglich sinkt durch die Berücksichtigung der aktualisierten Fortschreibungsbasis zum 31. Dezember 2012 der Ausländeranteil in den kreisfreien Städten um 1,4 Prozentpunkte auf rund zwölf Prozent. Eine besonders starke Korrektur ergibt sich für die kreisfreie Stadt Pirmasens. Dort sinkt der Anteil ausländischer Personen an der Gesamtbevölkerung um 4,6 Prozentpunkte auf einen Wert von 5,6 Prozent. In Neustadt an der Weinstraße erhöht sich der Anteil dagegen um 0,2 Prozentpunkte und liegt zum Jahresende 2012 bei 6,5 Prozent.

Auch in den Landkreisen leben nach Berücksichtigung der Ergebnisse des Zensus 2011 in der Fortschreibung zum 31. Dezember 2012 deutlich weniger Ausländerinnen und Ausländer als nach der Fortschreibung auf Grundlage der Zählung von 1987 zu erwarten waren (–20 340 Personen bzw. –11 Prozent). Die Zahl der Deutschen ist demgegenüber um 22 942 bzw. 0,8 Prozent höher. Deshalb sinkt der Ausländeranteil in den Landkreisen um 0,7 Prozentpunkte auf einen Wert von 5,7 Prozent. Die stärkste Veränderung des Ausländeranteils ergibt sich im Landkreis Bad Kreuznach. Dort muss der Anteilswert um 1,6 Prozentpunkte auf 6,9 Prozent nach unten korrigiert werden. Die geringste Korrektur infolge des Zensus 2011 weisen der Landkreis Cochem-Zell und der Rhein-Hunsrück-Kreis auf. In diesen beiden Landkreisen liegen die zum 31. Dezember 2012 ermittelten Anteile der ausländischen Personen an der Gesamtbevölkerung mit 4,2 bzw. 4,4 Prozent lediglich um jeweils 0,1 Prozentpunkte unterhalb der Vergleichswerte aus der Fortschreibung auf der Basis der Zählung von 1987.

Besonders starke Korrektureffekte bei ausländischen Männern

Der durch den Zensus 2011 ermittelte Korrekturbedarf in der Staatsangehörigkeitsstruktur fällt vergleichsweise stark bei Ausländern männlichen Geschlechts aus.

T 2 Bevölkerung am 31. Dezember 2012 nach Staatsangehörigkeit[1] und Verwaltungsbezirken[2]

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung gemäß Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011				Veränderung der ausländischen Bevölkerung bzw. des Ausländeranteils zur Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987	
	insgesamt	deutsch	ausländisch			
	Anzahl			Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Prozentpunkte
Frankenthal (Pfalz), St.	47 035	41 107	5 928	12,6	-553	-1,1
Kaiserslautern, St.	97 112	87 371	9 741	10,0	-1 526	-1,2
Koblenz, St.	109 779	100 336	9 443	8,6	-199	-0,3
Landau i. d. Pfalz, St.	43 641	40 796	2 845	6,5	-322	-0,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	160 179	127 138	33 041	20,6	-4 548	-1,9
Mainz, St.	202 756	172 916	29 840	14,7	-4 019	-2,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	52 268	48 856	3 412	6,5	78	0,2
Pirmasens, St.	40 267	38 019	2 248	5,6	-1 798	-4,6
Speyer, St.	49 764	44 308	5 456	11,0	-152	-0,2
Trier, St.	106 544	97 946	8 598	8,1	-649	-0,7
Worms, St.	79 727	70 667	9 060	11,4	-1 998	-2,1
Zweibrücken, St.	34 064	32 234	1 830	5,4	-66	-0,3
Ahrweiler	125 837	118 376	7 461	5,9	-1 726	-1,3
Altenkirchen (Ww.)	129 166	122 641	6 525	5,1	-491	-0,3
Alzey-Worms	125 173	117 947	7 226	5,8	-665	-0,6
Bad Dürkheim	130 927	123 249	7 678	5,9	-1 414	-1,0
Bad Kreuznach	155 306	144 579	10 727	6,9	-2 417	-1,6
Bernkastel-Wittlich	111 916	105 925	5 991	5,4	-1 002	-1,0
Birkenfeld	81 135	77 979	3 156	3,9	-931	-1,1
Cochem-Zell	63 475	60 808	2 667	4,2	-15	-0,1
Donnersbergkreis	75 508	71 490	4 018	5,3	-223	-0,3
Eifelkreis Bitburg-Prüm	95 946	88 905	7 041	7,3	-361	-0,5
Germersheim	124 889	113 768	11 121	8,9	-682	-0,5
Kaiserslautern	104 443	98 844	5 599	5,4	-1 041	-1,0
Kusel	71 766	69 306	2 460	3,4	-191	-0,3
Mainz-Bingen	202 222	189 059	13 163	6,5	-1 804	-0,8
Mayen-Koblenz	210 035	200 122	9 913	4,7	-345	-0,2
Neuwied	179 812	168 128	11 684	6,5	-474	-0,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	101 002	96 606	4 396	4,4	-62	-0,1
Rhein-Lahn-Kreis	121 838	115 778	6 060	5,0	-186	-0,2
Rhein-Pfalz-Kreis	148 079	137 411	10 668	7,2	-1 638	-1,0
Südliche Weinstraße	108 752	103 894	4 858	4,5	-797	-0,7
Südwestpfalz	97 180	94 843	2 337	2,4	-900	-0,9
Trier-Saarburg	142 810	133 638	9 172	6,4	-1 467	-1,1
Vulkaneifel	61 073	58 571	2 502	4,1	-317	-0,6
Westerwaldkreis	198 852	186 995	11 857	6,0	-1 191	-0,7
Rheinland-Pfalz	3 990 278	3 700 556	289 722	7,3	-36 092	-0,9
kreisfreie Städte	1 023 136	901 694	121 442	11,9	-15 752	-1,4
Minimum	34 064	32 234	1 830	5,4	-4 548	-4,6
Maximum	202 756	172 916	33 041	20,6	78	0,2
Landkreise	2 967 142	2 798 862	168 280	5,7	-20 340	-0,7
Minimum	61 073	58 571	2 337	2,4	-2 417	-1,6
Maximum	210 035	200 122	13 163	8,9	-15	-0,1

1 Vorläufige Ergebnisse. – 2 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011.

Deren Zahl verringert sich nach Aktualisierung der Fortschreibungsbasis in Rheinland-Pfalz um 26 307 Personen (–15 Prozent). Die Zahl der Ausländerinnen zum 31. Dezember 2012 sinkt demgegenüber vergleichsweise moderat um 9 785 Personen (–6,3 Prozent). Deshalb liegen die geschlechtsspezifischen Ausländeranteile bei den Männern mit 7,4 Prozent um 1,3 Prozentpunkte und bei den Frauen mit 7,1 Prozent um 0,5 Prozentpunkte unter den Anteilswerten, die sich bei Fortschreibung der Bevölkerung auf der Grundlage der Zählung von 1987 ergeben haben.

In den kreisfreien Städten deutlich stärkere Verschiebungen in den geschlechtsspezifischen Staatsangehörigkeitsstrukturen

In den kreisfreien Städten fällt die Differenz bei den geschlechtsspezifischen Ausländeranteilen mit –1,9 Prozentpunkten bei den Männern und –0,9 Prozentpunkten bei den Frauen deutlich stärker aus als in den Landkreisen (–1 bzw. –0,4 Prozentpunkte). Für die kreisfreien Städte ergibt sich bei der Fortschreibung der Ergebnisse des Zensus 2011 zum 31. Dezember 2012 für die männliche Bevölkerung ein Ausländeranteil von zwölf Prozent und für die weibliche Bevölkerung ein Ausländerinnenanteil von 11,5 Prozent. In den Landkreisen liegt der geschlechtsspezifische Ausländeranteil bei den Männern bei 5,7 Prozent und bei den Frauen bei 5,6 Prozent.

Eine besonders starke Korrektur des geschlechtsspezifischen Ausländeranteils ergibt sich für die kreisfreie Stadt Pirmasens. Dort musste infolge des Zensus die Zahl der ausländischen Männer um 967 und die der ausländischen Frauen um 831 nach unten korrigiert werden. Dadurch verringert sich bei den Männern der Ausländeranteil um fünf Prozentpunkte auf 5,7 Prozent. Bei den Frauen sinkt der Ausländerinnenanteil um 4,3 Prozentpunkte auf 5,5 Prozent.

Von allen Landkreisen fallen die Korrekturen der geschlechtsspezifischen Ausländeranteile im Landkreis Bad Kreuznach am höchsten aus. Dort lebten am 31. Dezember 2012 nach den Korrekturen infolge des Zensus 1 588 Ausländer und 829 Ausländerinnen weniger als bislang angenommen. Die geschlechtsspezifischen Ausländeranteile sinken dementsprechend um zwei bzw. um 1,1 Prozentpunkte auf jeweils 6,9 Prozent der männlichen bzw. weiblichen Gesamtbevölkerung.

Korrektur der Altersstruktur

Ein Vergleich der Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum Stichtag 31. Dezember 2012, die zum einen auf der Grundlage der Volkszählung 1987 und zum anderen auf Basis des Zensus 2011 erstellt wurden, zeigt, dass es auch Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung gibt. Hinsichtlich der drei Hauptaltersgruppen (unter 20-Jährige, 20- bis unter 65-Jährige sowie 65-Jährige und Ältere) ergibt sich folgendes Bild:

Zahl der Seniorinnen und Senioren im Land deutlich geringer als erwartet; Durchschnittsalter sinkt leicht

Bei zensusbedingt leicht geringerer Gesamtbevölkerungszahl zum 31. Dezember 2012 (–8 424 Personen bzw. –0,2 Prozent) sinkt die Zahl der unter 20-Jährigen in Rheinland-Pfalz unterproportional um 504 Personen (–0,1 Prozent). Die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen steigt geringfügig um 688 Personen (+0,03 Prozent). Die stärkste Veränderung ergibt sich bei den 65-Jährigen und Älteren. Deren Zahl ist infolge der Bestandskorrektur durch den Zensus 2011 um 8 608 Personen zurückgegangen (–1 Prozent). Folglich lebten in Rheinland-Pfalz Ende 2012 insgesamt 738 134 Menschen, die unter 20 Jahre alt sind, 2 435 118 Menschen im Alter von 20- bis unter 65 Jahren sowie 817 026 Menschen, die 65 Jahre und älter sind. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung verringert sich gegenüber der Fortschreibung auf Basis der Zählung von 1987 nur wenig um 0,1 Jahre auf 44,2 Jahre.

T 3 Bevölkerung am 31. Dezember 2012 nach Alter[1] und Verwaltungsbezirken[2]

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung gemäß Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011			Veränderung zur Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987					
	unter 20 Jahre	20 – 65 Jahre	65 Jahre und älter	unter 20 Jahre		20 – 65 Jahre		65 Jahre und älter	
	Anzahl			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Frankenthal (Pfalz), St.	8 635	27 873	10 527	181	2,1	-349	-1,2	-227	-2,1
Kaiserslautern, St.	16 160	61 659	19 293	-150	-0,9	-2 364	-3,7	-299	-1,5
Koblenz, St.	18 058	67 985	23 736	-12	-0,1	1 165	1,7	75	0,3
Landau i. d. Pfalz, St.	7 540	27 771	8 330	-196	-2,5	-328	-1,2	14	0,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	30 881	97 882	31 416	-246	-0,8	-5 085	-4,9	-1 536	-4,7
Mainz, St.	32 680	134 075	36 001	-669	-2,0	255	0,2	457	1,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	9 131	31 089	12 048	-224	-2,4	-170	-0,5	-230	-1,9
Pirmasens, St.	6 721	23 442	10 104	58	0,9	337	1,5	254	2,6
Speyer, St.	9 293	30 061	10 410	24	0,3	-582	-1,9	238	2,3
Trier, St.	17 026	70 578	18 940	29	0,2	442	0,6	182	1,0
Worms, St.	15 322	48 756	15 649	94	0,6	-2 362	-4,6	-148	-0,9
Zweibrücken, St.	5 961	20 586	7 517	-68	-1,1	362	1,8	52	0,7
Ahrweiler	22 738	73 986	29 113	-130	-0,6	-559	-0,7	-497	-1,7
Altenkirchen (Ww.)	25 108	77 226	26 832	86	0,3	-380	-0,5	-562	-2,1
Alzey-Worms	24 816	77 912	22 445	113	0,5	668	0,9	-245	-1,1
Bad Dürkheim	23 578	78 206	29 143	-218	-0,9	-846	-1,1	-401	-1,4
Bad Kreuznach	28 942	93 220	33 144	53	0,2	75	0,1	-63	-0,2
Bernkastel-Wittlich	20 764	67 532	23 620	-68	-0,3	1 573	2,4	-116	-0,5
Birkenfeld	14 220	48 413	18 502	-215	-1,5	313	0,7	-230	-1,2
Cochem-Zell	11 596	37 471	14 408	40	0,3	1 035	2,8	-109	-0,8
Donnersbergkreis	14 832	46 109	14 567	131	0,9	330	0,7	-124	-0,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	18 961	58 171	18 814	502	2,7	1 453	2,6	14	0,1
Germersheim	24 397	77 989	22 503	-115	-0,5	-253	-0,3	-308	-1,4
Kaiserslautern	20 232	63 278	20 933	131	0,7	396	0,6	-208	-1,0
Kusel	12 767	43 467	15 532	17	0,1	768	1,8	-169	-1,1
Mainz-Bingen	39 637	124 628	37 957	-286	-0,7	-551	-0,4	-705	-1,8
Mayen-Koblenz	39 340	127 713	42 982	-1	-0,0	837	0,7	-322	-0,7
Neuwied	35 128	106 503	38 181	-31	-0,1	596	0,6	-579	-1,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	19 128	60 899	20 975	111	0,6	676	1,1	-291	-1,4
Rhein-Lahn-Kreis	22 028	72 953	26 857	17	0,1	465	0,6	-477	-1,7
Rhein-Pfalz-Kreis	27 055	89 314	31 710	-109	-0,4	-1 054	-1,2	-482	-1,5
Südliche Weinstraße	20 108	65 816	22 828	161	0,8	-178	-0,3	-544	-2,3
Südwestpfalz	16 634	58 398	22 148	86	0,5	166	0,3	-332	-1,5
Trier-Saarburg	27 834	87 846	27 130	207	0,7	613	0,7	-181	-0,7
Vulkaneifel	11 539	35 710	13 824	71	0,6	925	2,7	-99	-0,7
Westerwaldkreis	39 344	120 601	38 907	122	0,3	2 299	1,9	-410	-1,0
Rheinland-Pfalz	738 134	2 435 118	817 026	-504	-0,1	688	0,0	-8 608	-1,0
kreisfreie Städte	177 408	641 757	203 971	-1 179	-0,7	-8 679	-1,3	-1 168	-0,6
Minimum	5 961	20 586	7 517	-669	-2,5	-5 085	-4,9	-1 536	-4,7
Maximum	32 680	134 075	36 001	181	2,1	1 165	1,8	457	2,6
Landkreise	560 726	1 793 361	613 055	675	0,1	9 367	0,5	-7 440	-1,2
Minimum	11 539	35 710	13 824	-286	-1,5	-1 054	-1,2	-705	-2,3
Maximum	39 637	127 713	42 982	502	2,7	2 299	2,8	14	0,1

1 Vorläufige Ergebnisse. – 2 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011.

Jugendquotient der landesweiten Gesamtbevölkerung unverändert, Altenquotient sinkt leicht

Der Jugendquotient, in dem die Zahl der unter 20-Jährigen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren bezogen wird und der damit das Verhältnis der häufig noch nicht Erwerbstätigen zu den erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Menschen aufzeigt, hat sich durch die zensusbedingten Korrekturen nicht verändert. Auf 100 erwerbsfähige Menschen entfallen landesweit 30,3 in der Regel noch nicht erwerbstätige Personen.

Demgegenüber sinkt der Altenquotient, in dem die 65-Jährigen und Älteren, in der Regel nicht mehr erwerbstätigen Menschen, auf die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen bezogen wird, um 0,4 auf einen Wert von 33,6. Demnach entfallen nach den zensusbedingten altersstrukturellen Korrekturen vier Seniorinnen und Senioren weniger auf 1 000 Erwerbsfähige als nach der Fortschreibung auf Basis der Volkszählung von 1987.

Kreisfreie Städte: Anteil der Seniorinnen und Senioren sinkt vergleichsweise moderat

In den kreisfreien Städten sinkt die Zahl der unter 20-Jährigen zum 31. Dezember 2012 auf 177 408 Personen. Im Vergleich zum Landeswert ist dies ein überproportionaler Rückgang um 0,7 Prozent (–1 179 Personen). Besonders starke Korrekturen bei den unter 20-Jährigen ergeben sich für die Universitätsstadt Landau (–2,5 Prozent) und Neustadt an der Weinstraße (–2,4 Prozent). In Frankenthal erhöht sich dagegen der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung um 2,1 Prozent.

Die Gruppe der 20- bis unter 65-Jährigen sinkt in den kreisfreien Städten zum 31. Dezember 2012 um 1,3 Prozent (–8 679 Personen). Besonders deutliche zensusbedingte Bestandskorrekturen ergeben sich hier für die kreisfreien Städte Ludwigshafen am Rhein und Worms, wo die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen um –4,9 bzw. –4,6 Prozent (–5 085 bzw. –2 362 Personen) von der Fortschreibung auf Basis der Volkszählung von 1987 abweicht.

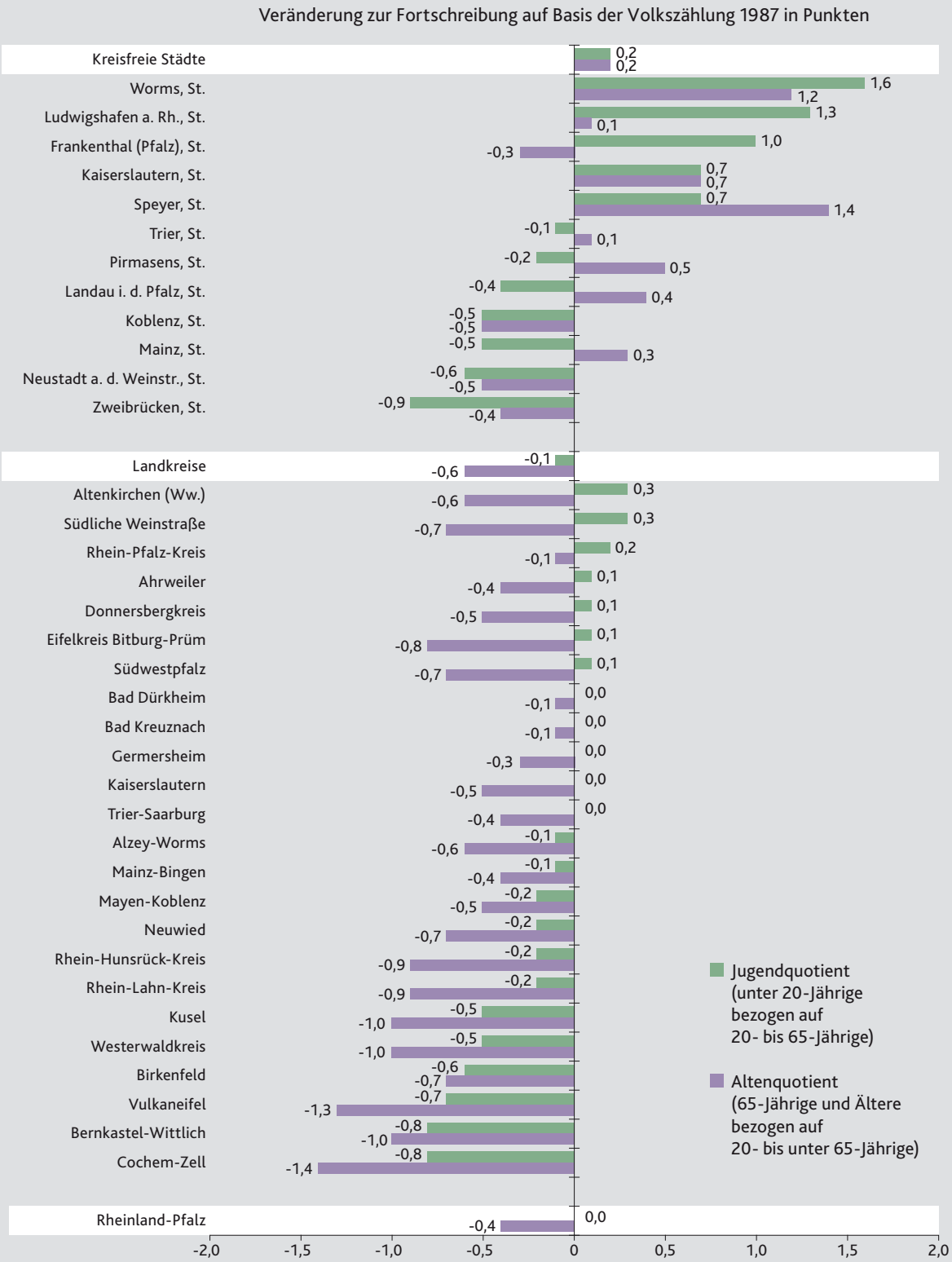
Während bei den unter 20-Jährigen und den 20- bis unter 65-Jährigen die relativen Korrekturen in den kreisfreien Städten stärker als im Landesdurchschnitt ausfallen, ist dort die Abweichung für die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren vergleichsweise moderat. Der Seniorenanteil wird um lediglich 0,6 Prozent nach unten korrigiert (Landeswert: –1 Prozent). Ein überproportionaler Rückgang der Zahl der Seniorinnen und Senioren ergibt sich für die Stadt Ludwigshafen am Rhein (–4,7 Prozent bzw. –1 536 Personen).

Infolge der im Vergleich zu den beiden übrigen Altersgruppen überproportionalen Verringerung der Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen liegen in den kreisfreien Städten sowohl der Jugend- als auch der Altenquotient mit Werten von 27,6 bzw. 31,8 um jeweils 0,2 über den Werten, die sich zum 31. Dezember 2012 bei der Fortschreibung der Bevölkerung auf der Grundlage der Volkszählung von 1987 ergeben haben.

Landkreise: Anteil der Seniorinnen und Senioren sinkt deutlicher als im Landesdurchschnitt

In den Landkreisen nimmt sowohl die Zahl der unter 20-Jährigen als auch die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen zu (+0,1 bzw. +0,5 Prozent). Dort lebten am 31. Dezember 2012 mit 560 762 Personen 675 junge Menschen und mit 1 793 361 Personen 9 367 potenzielle Erwerbstätige mehr, als bei Fortschreibung der Volkszählungsergebnisse von 1987 ermittelt. Besonders starke Zuwächse der Zahl der unter 20-Jährigen ergeben sich im Eifelkreis Bitburg-Prüm (+2,7 Prozent), bei den 20- bis unter 65-Jährigen in den Landkreisen Cochem-Zell (+2,8 Prozent) und Vulkaneifel (+2,7 Prozent), im Eifelkreis Bitburg-Prüm (+2,6 Prozent) sowie im Landkreis Bernkastel-Wittlich (+2,4 Prozent).

G 2 Jugend- und Altenquotient[1] am 31. Dezember 2012 nach Verwaltungsbezirken[2]



1 Vorläufige Ergebnisse. – 2 Verwaltungsgliederung zum 9. Mai 2011.

Während bei den unter 20-Jährigen und den 20- bis unter 65-Jährigen die relativen Korrekturen in den Landkreisen in entgegengesetzter Richtung zu denen in den kreisfreien Städten ausfallen, ergibt sich für die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren eine gleichgerichtete Strukturverschiebung. Die fortgeschriebene Zahl der Seniorinnen und Senioren nimmt in den Landkreisen zensusbedingt um 1,2 Prozent ab und liegt am 31. Dezember 2012 bei 613 055 Personen. Überproportionale Rückgänge der Zahl der 65-Jährigen und Älteren ergeben sich mit –2,3 Prozent für den Landkreis Südliche Weinstraße (–544 Personen), –2,1 Prozent für den Landkreis Altenkirchen (–562 Personen) und –1,8 Prozent für den Landkreis Mainz-Bingen (–705 Personen).

Infolge dieser Verschiebungen liegen in den Landkreisen nach den Ergebnissen der Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011 sowohl der Jugend- als auch der Altenquotient zum 31. Dezember 2012 mit Werten von 31,3 bzw. 34,2 um 0,1 bzw. 0,6 unter den Werten, die sich bei der Fortschreibung auf der Grundlage der Volkszählung von 1987 ergeben haben.

Korrektur der geschlechtsspezifischen Altersstruktur

Deutliche Verschiebungen in der geschlechtsspezifischen Besetzung der Altersgruppen

Die Verschiebungen in der Altersstruktur zum 31. Dezember 2012 differieren deutlich nach dem Geschlecht. Die zensusbedingte Verringerung der Zahl der unter 20-Jährigen in Rheinland-Pfalz um 504 Personen (–0,1 Prozent) ist überwiegend auf eine sinkende Zahl an Mädchen und jungen Frauen zurückzuführen (–425 bzw. –0,1 Prozent). Zwar hat die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen kaum zugenommen (+688 Personen bzw. +0,03 Prozent). Dennoch ist dies mit einer deutlichen Verschiebung der Geschlechtsstruktur in dieser Altersgruppe verbunden, weil nach der Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011 die Zahl der Frauen in dieser Altersgruppe um 8 677 Personen (+0,7 Prozent) höher und die der Männer um 7 989 Personen (–0,7 Prozent) geringer ist als bei der Fortschreibung auf Grundlage der Volkszählung von 1987. Gleich gerichtete, aber in der Intensität unterschiedliche geschlechtsspezifische Korrekturen ergeben sich in der Altersklasse der Seniorinnen und Senioren. Während die Zahl der 65-jährigen und älteren Männer um 6 886 Personen zurückgeht (–1,9 Prozent), sinkt die Zahl der Frauen vergleichsweise moderat um 1 722 Personen (–0,4 Prozent).

Infolge der geschlechtsspezifischen Altersstruktureffekte liegt nach den Ergebnissen der Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011 das Durchschnittsalter der Frauen unverändert bei 45,5 Jahren, der Jugendquotient der weiblichen Bevölkerung sinkt um 0,2 auf 29,5 und der Altenquotient um 0,4 auf einen Wert von 38,2.

Die rheinland-pfälzischen Männer sind am 31. Dezember 2012 im Durchschnitt 42,9 Jahre alt und damit 0,1 Jahr jünger, als nach der Fortschreibung auf Grundlage der Zählung von 1987. Der Jugendquotient in der männlichen Bevölkerung steigt um 0,2 auf 31,1 und der Altenquotient sinkt – wie bei den Frauen – um 0,4 auf 28,9.

Korrektur der Altersstruktur nach Staatsangehörigkeit

Deutliche Korrekturen auch in der Besetzung der Altersgruppen nach Staatsangehörigkeit

Deutsche und ausländische Staatangehörige tragen zu den Altersstrukturverschiebungen in unterschiedlichem Ausmaß bei. Der zensusbedingte Rückgang der Zahl der unter 20-Jährigen in Rheinland-Pfalz um 504 Personen (–0,1 Prozent) ist Ergebnis einer um –10 092 Personen rückläufigen Zahl an Ausländerinnen und Ausländern in

dieser Bevölkerungsgruppe (–20 Prozent), bei gleichzeitiger Zunahme der Personen mit deutschem Pass um 9 588 Personen (+1,4 Prozent). In der Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen ergeben sich – trotz eines landesweit kaum merklichen Anstiegs – ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen Deutschen sowie Ausländerinnen und Ausländern. In dieser Altersgruppe sinkt die Zahl der ausländischen Erwachsenen infolge des Zensus um 22 313 Personen (–9,1 Prozent), wohingegen die Zahl der deutschen Erwachsenen um 23 001 Personen steigt (+1,1 Prozent). Gleich gerichtete, aber in der Intensität unterschiedliche Abweichungen zwischen den beiden Fortschreibungsergebnissen ergeben sich auch in der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren. Während die Zahl der ausländischen Seniorinnen und Senioren gegenüber der Fortschreibung auf Grundlage der Zählung von 1987 zum 31. Dezember 2012 um 3 687 Personen niedriger liegt (–12 Prozent), sinkt die Zahl der Seniorinnen und Senioren mit deutschem Pass relativ moderat um 4 921 Personen (–0,6 Prozent).

Auswirkungen der Strukturverschiebungen

Ob und in welchem Umfang die durch den Zensus 2011 erfolgten Korrekturen im demografischen Aufbau der statistisch erfassten Bevölkerung die bisher getroffenen Aussagen zur künftigen demografischen Entwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen beeinflussen werden, bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten. Sobald die Fortschreibungsergebnisse zum Stichtag 31. Dezember 2013 vorliegen – das ist voraussichtlich im dritten Quartal 2014 der Fall – wird das Statistische Landesamt eine neue regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung erstellen. Diese wird weitere Erkenntnisse liefern und Basis für Folgeberechnungen sein (z. B. Vorausberechnung der Schülerinnen und Schüler, Pflegebedarfsvorausberechnung).

Gerd Reh, Diplom-Volkswirt, leitet das Referat „Bevölkerung, Gebiet, Zensus“.

Info

Zum Zensus 2011 sind bereits folgende Aufsätze in den Statistischen Monatsheften Rheinland-Pfalz erschienen:

- 4/2014 Die Entwicklung der Bevölkerung von der Volkszählung 1987 bis zum Zensus 2011
- 8/2013 Zensus 2011 – Die ersten Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung im Überblick
- 7/2013 Zensus 2011 – Die ersten Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Überblick
- 5/2013 Zensus 2011 – Veröffentlichung erster Ergebnisse am 31. Mai 2013
- 2/2013 Zensus 2011 – Teil 2: Erhebung und Aufbereitung demografischer Strukturdaten
- 1/2013 Zensus 2011 – Teil 1: Durchführung der Gebäude- und Wohnungszählung
- 4/2011 Zensus 2011 – Haushaltebefragung und Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen
- 3/2010 Der Zensus 2011 – Umfassende demografische und sozioökonomische Daten
- 2/2008 Zensus 2011 – Erhebungsablauf und Aufgaben der Kommunen bei der nächsten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung
- 12/2006 Volkszählungen im Ausland
- 1/2006 Stichwort: Volkszählung – Registergestützter Zensus

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Stimmung in den Unternehmen trübt sich im März ein

Geschäftsklima-index sinkt

Nach vier Anstiegen in Folge hat der Geschäftsklimaindex des ifo Instituts im März nachgegeben. Der Indexwert sank von 111,3 auf 110,7 Punkte. Hierfür war eine deutliche Eintrübung der Erwartungen über den weiteren Geschäftsverlauf verantwortlich. Der Erwartungsindex verringerte sich um 1,9 Punkte. Ursache für den Rückgang dürfte zum einen die Krimkrise und zum anderen die weiterhin schwache Konjunktur in den Schwellenländern sein. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage verbesserte sich. Der Lageindex stieg um 0,8 Punkte. Im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und im Großhandel war die Stimmung schlechter als im Vormonat. Im Einzelhandel hat sich das Klima leicht verbessert.

ZEW-Index gibt nach

Auch die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten, die monatlich vom ZEW Mannheim befragt werden, haben sich im März verschlechtert. Der ZEW-Indexwert gab auf 46,6 Punkte nach. Trotz dieses deutlichen Rückgangs um gut neun Punkte liegt der Indikator immer noch über dem langfristigen Mittelwert von 24,6 Punkten.

Stimmung der Verbraucher unverändert

Die Stimmung der Konsumenten in Deutschland zeigt im März keine eindeutige Tendenz. Die Einkommenserwartung der Verbraucher haben sich verschlechtert. Konjunkturerwartung und die Anschaffungsneigung legten dagegen zu. Der Prognosewert des GfK-Konsumklimaindex für April 2014 bleibt bei 8,5 Punkten.

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion und Auftragseingänge gestiegen

Für das Verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz signalisieren die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik für den Berichtsmonat Januar 2014 eine steigende Produktion. Alle drei Industriehauptgruppen verzeichneten einen höheren Output. Die Auftragslage war im Verarbeitenden Gewerbe ebenfalls günstiger als zuletzt. Sowohl die Nachfrage aus dem Inland als auch die Auslandsnachfrage übertrafen das Vormonatsergebnis.

Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes: +2,5 Prozent

Im Januar stieg der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex für die Industrie im Vergleich zum Vormonat um 2,5 Prozent. Im Vorjahresvergleich fiel der Güterausstoß ebenfalls höher aus (+4,7 Prozent). Der bereinigte Produktionsindex zeigte zuletzt einen leicht steigenden Trend für die Outputentwicklung.

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie: +2,1 Prozent

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie die mit großem Abstand wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes 2013: 56 Prozent). Im Januar 2014 erhöhte sich der bereinigte Output in diesem Bereich gegenüber dem Vormonat um 2,1 Prozent. Im Vergleich zum Januar 2013 stieg die Produktion sogar um 6,2 Prozent.

Produktion in der Investitionsgüterindustrie: +2,1 Prozent

Die Investitionsgüterindustrie (Umsatzanteil: 26 Prozent) verzeichnete im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt sowohl im Vormonats- als auch im Vorjahresvergleich eine um 2,1 Prozent verbesserte Produktion.

Produktion in der Konsumgüterindustrie: +4 Prozent

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil: 18 Prozent) stieg der bereinigte Produktionsindex im Januar gegenüber dem Vormonatsergebnis um vier Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Güterausstoß um 3,4 Prozent.

Die Chemische Industrie, die größte Branche des Verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-

Produktion in der chemischen Industrie: +1,7 Prozent

Pfalz (Umsatzanteil: 33 Prozent), stellt überwiegend Vorleistungsgüter her. Ihre Produktion wurde im Januar preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,7 Prozent gesteigert. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich sogar eine Verbesserung um zehn Prozent.

Produktion im Fahrzeugbau: +1,7 Prozent

Der größte Investitionsgüterproduzent im Land ist der Fahrzeugbau (Umsatzanteil: 14 Prozent). Er verzeichnete im Januar preis-, kalender- und saisonbereinigt einen Produktionsanstieg (+1,7 Prozent). Dagegen verringerte sich der Güterausstoß im Vorjahresvergleich (–1,2 Prozent).

Produktion im Maschinenbau: +2 Prozent

Im Maschinenbau (Umsatzanteil: neun Prozent), der ebenfalls Investitionsgüter herstellt, wurde die Produktion im Januar gegenüber dem Vormonat angekurbelt (+2 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Output um 3,6 Prozent ausgeweitet werden.

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe: +7,5 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im Januar 2014 erhöhten sich die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt im Vergleich zum Dezember 2013 um 7,5 Prozent. Dieser Anstieg ist insbesondere auf die anziehende Auslandsnachfrage zurückzuführen (+10 Prozent). Aber auch die Inlandsnachfrage blieb über dem Vormonatsergebnis (+4,1 Prozent). Im Vorjahresvergleich gab es ebenfalls mehr Aufträge (+7,6 Prozent). Auch hier wurde im Auslandsgeschäft ein deutlicher Anstieg der Bestellungen registriert (+11 Prozent). Die heimische Nachfrage verbesserte sich gegenüber Januar 2013 um drei Prozent.

Steigende Auftragszahlen in allen Industriehauptgruppen

Im Januar 2014 zog die preis-, kalender- und saisonbereinigte Nachfrage gegenüber dem Vormonat in allen Industriehauptgruppen deutlich an. Den stärksten Zuwachs verzeichneten die Hersteller von Konsumgütern (+8,3 Prozent). Bei den Vorleistungsgüter- sowie den Investitionsgüterproduzenten ergab sich ein Auftragsplus von 7,3 bzw. 6,6 Prozent. Auch gegenüber dem Vorjahr registrierten alle drei Industriehauptgruppen steigende Auftragszahlen. Bei den Vorleistungsgüterproduzenten übertraf das Ordervolumen den Vorjahreswert um 9,7 Prozent. Die Konsumgüter- sowie die Investitionsgüterhersteller verbuchten ebenfalls mehr Bestellungen als vor Jahresfrist (+6,7 bzw. +5,6 Prozent).

Auftragseingänge in der Chemischen Industrie: +7,5 Prozent

Die Chemische Industrie registrierte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine deutliche Verbesserung ihrer Auftragslage (+7,5 Prozent). Sowohl die Inlandsbestellungen (+6,1 Prozent), als auch die Nachfrage aus dem Ausland (+8,2 Prozent) blieben klar über dem Ergebnis vom Dezember. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten die Hersteller chemischer Produkte einen Auftragsanstieg um 8,7 Prozent.

Auftragseingänge im Fahrzeugbau: +0,9 Prozent

Im Fahrzeugbau erhöhten sich die Auftragseingänge im Dezember preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat nur leicht um 0,9 Prozent. Während die Nachfrage aus dem Inland um 8,1 Prozent nachgab zog das Auslandsgeschäft um 7,8 Prozent an. Im Vergleich zum Januar 2013 verzeichnete der Fahrzeugbau einen deutlichen Auftragsrückgang (–11 Prozent).

Auftragseingänge im Maschinenbau: +11 Prozent

Für den Maschinenbau errechnete sich im Berichtsmonat ein bereinigtes Auftragsplus von elf Prozent. Die Inlandsbestellungen erhöhten sich um sechs Prozent. Im Auslandsgeschäft gab es einen kräftigen Anstieg um 14 Prozent. Im Vorjahresvergleich zogen die Auftragseingänge sprunghaft an (+26 Prozent).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe weiter gestiegen

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: +7,2 Prozent

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Januar 2014 gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt um 7,2 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich ein kräftiges Auftragsplus von 21 Prozent.

Im Hochbau (Anteil an den Auftragseingängen des Bauhauptgewerbes 2013: 48 Prozent)

Auftragseingänge im Hochbau: +11 Prozent

war im Januar gegenüber dem Vormonat ein Anstieg um elf Prozent zu verzeichnen. Vor allem im gewerblichen Hochbau (+22 Prozent) erhielten die Unternehmen erheblich mehr Aufträge als im Dezember 2013. Im öffentlichen Hochbau belief sich der Zuwachs auf 9,1 Prozent. Der Wohnungsbau schloss leicht verbessert (+1,1 Prozent). Im Vergleich zum Januar 2013 sind die bereinigten Auftragseingänge im Hochbau kräftig gestiegen (+22 Prozent). Besonders stark erhöhten sich die Bestellungen im gewerblichen Hochbau (+79 Prozent). Im öffentlichen Hochbau war ein leichter Anstieg zu verzeichnen (+0,6 Prozent). Dagegen verbuchte der Wohnungsbau einen Rückgang um elf Prozent.

Auftragseingänge im Tiefbau: +3,7 Prozent

Im Tiefbau (Anteil an den Auftragseingängen: 52 Prozent) waren im Januar im Vormonatsvergleich ebenfalls Auftragssteigerungen zu verzeichnen (+3,7 Prozent). Vor allem der gewerbliche Tiefbau meldete ein kräftiges Auftragsplus (+42 Prozent). Dagegen registrierten der öffentlichen Tiefbau sowie der Straßenbau weniger Aufträge als zuletzt (–4,4 bzw. –2,1 Prozent). Gegenüber Januar 2013 erhöhten sich die Bestellungen im Tiefbau bereinigt um 19 Prozent. Starke Zuwächse gab es vor allem im öffentlichen sowie im gewerblichen Tiefbau (+32 bzw. +26 Prozent). Aber auch der Straßenbau konnte sein Vorjahresergebnis deutlich verbessern (+11 Prozent).

Umsatzsteigerungen nur im Kfz-Handel

Umsatz im Einzelhandel: –1,9 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) wies im Dezember 2013 einen Rückgang um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Damit werden im Einzelhandel bereits seit August 2012 sinkende Umsatzzahlen registriert.

Umsatz im Kfz-Handel: +5,3 Prozent

Der Kraftfahrzeughandel verzeichnete im Dezember 2013 ein Umsatzplus von 5,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Bereits von August bis November waren die berei-

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunkturentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung" oder „Entspannung" der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im Verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

nigten Umsätze im Kraftfahrzeughandel in einem Bereich von +0,3 bis +3,5 Prozent gestiegen. Davor hatte es seit Dezember 2011 rückläufige Umsatzzahlen gegeben.

Umsatz im Großhandel: –2,2 Prozent

Im Großhandel sind die geglätteten preisbereinigten Umsätze im Dezember gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,2 Prozent gesunken. Seit Mai 2013 schwanken die Änderungsraten in einem engen Korridor zwischen –2,5 und +2,6 Prozent.

Umsatz im Gastgewerbe: –9,2 Prozent

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Dezember 2013 gegenüber dem Vorjahreswert um 9,2 Prozent. Die Umsätze sind in diesem Wirtschaftsbereich seit Januar 2012 rückläufig.

Jahresteuerungsrate im März bei 1,1 Prozent

Anstieg des Verbraucherpreisindex deutlich unter der Zwei-Prozent-Marke

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im März 2014 um 1,1 Prozent über dem Vorjahresniveau. Damit hat sich die Teuerung nach Januar und Februar (+1,3 bzw. +1,2 Prozent) weiter leicht abgeschwächt. Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb in Rheinland-Pfalz seit Januar 2013 unter der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke.

Bei den Energiepreisen (–0,8 Prozent) zeigten sich auch im März 2014 zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Während die Strompreise im Vorjahresvergleich mit +4,9 Prozent weiter anzogen, waren Kraftstoffe (–2,5 Prozent) und Heizöl (–8 Prozent) deutlich günstiger als im Vorjahr. Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von 1,3 Prozent auf.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+4,3 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Gesundheitspflege“ (+2 Prozent), „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+1,7 Prozent) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+1,6 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Verkehr“ (–0,1 Prozent), „Bildungswesen“ (–0,2 Prozent) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (–1,4 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosenzahl im März gesunken

Zahl der Arbeitslosen niedriger als im Vormonat

Die Arbeitslosigkeit ist in Rheinland-Pfalz weiter zurückgegangen. Im März waren 122 300 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem Vormonat ist die Arbeitslosenzahl um 3 100 Personen gesunken (–2,5 Prozent). Im Vergleich zum März 2013 hat sich ihre Zahl um etwa 700 Personen erhöht (+0,5 Prozent).

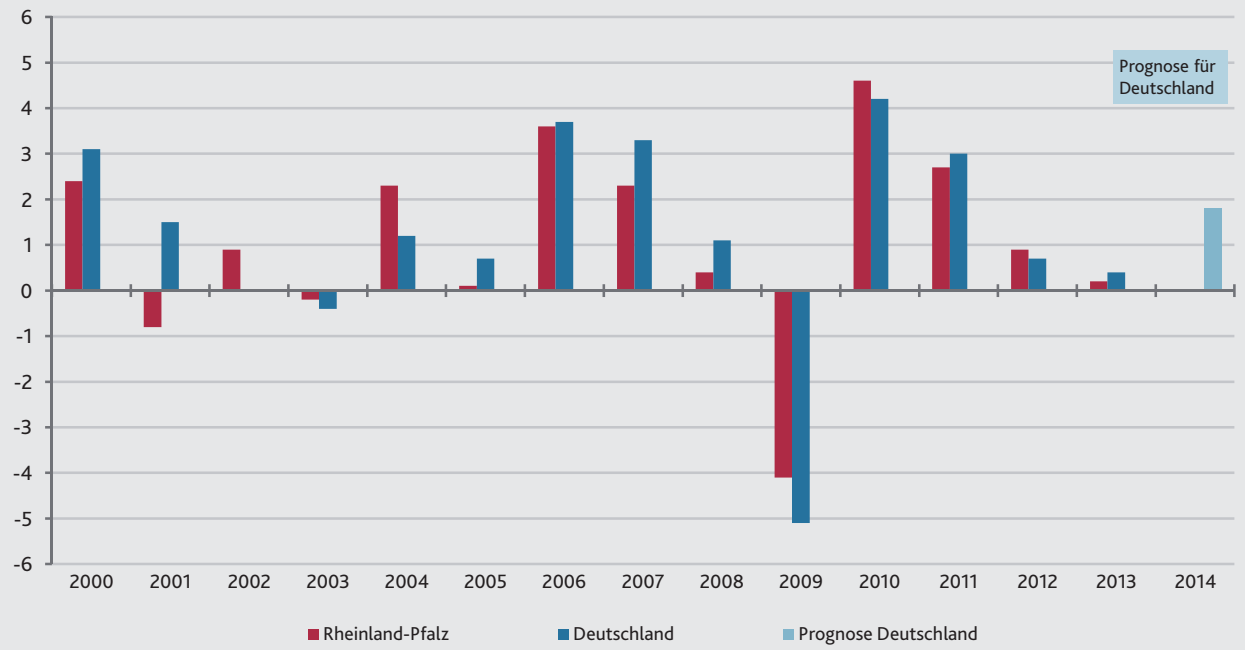
Arbeitslosenquote sinkt auf 5,7 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen ist im März 2014 auf 5,7 Prozent gesunken. Im Vormonat lag die Quote bei 5,9 Prozent; im März 2013 hatte sie 5,8 Prozent betragen.

Nach Einschätzung der Chefin der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit, Heidrun Schulz, setzt sich damit der Trend, der sich schon im Februar andeutete fort: „In diesem Frühjahr sind die positiven Impulse deutlicher wahrnehmbar als im vergangenen Jahr. Dabei profitieren Männer saisonbedingt stärker als Frauen und Jüngere mehr als die anderen Altersgruppen. Die stabile Beschäftigungslage und die solide Stellensituation sind Anzeichen dafür, dass sich die Entspannung am Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten fortsetzen könnte.“

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“. Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist als Referent im Referat „Analysen“ tätig.

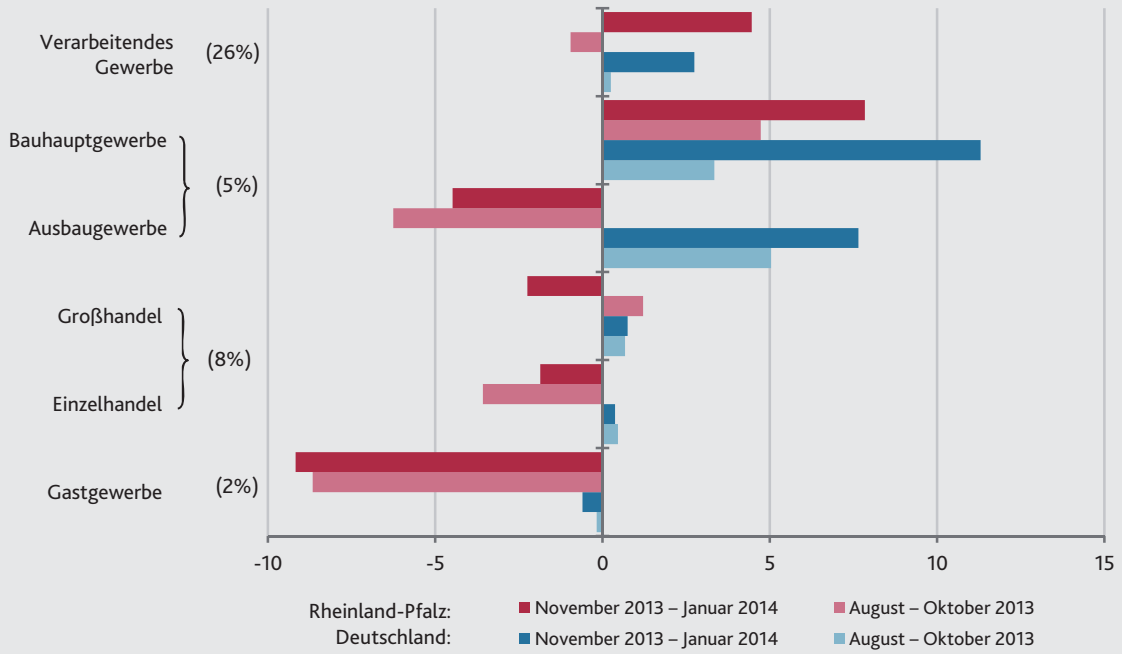
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2014; nächster Fortschreibungstermin: September 2014. Quelle Prognosewert 2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2013.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

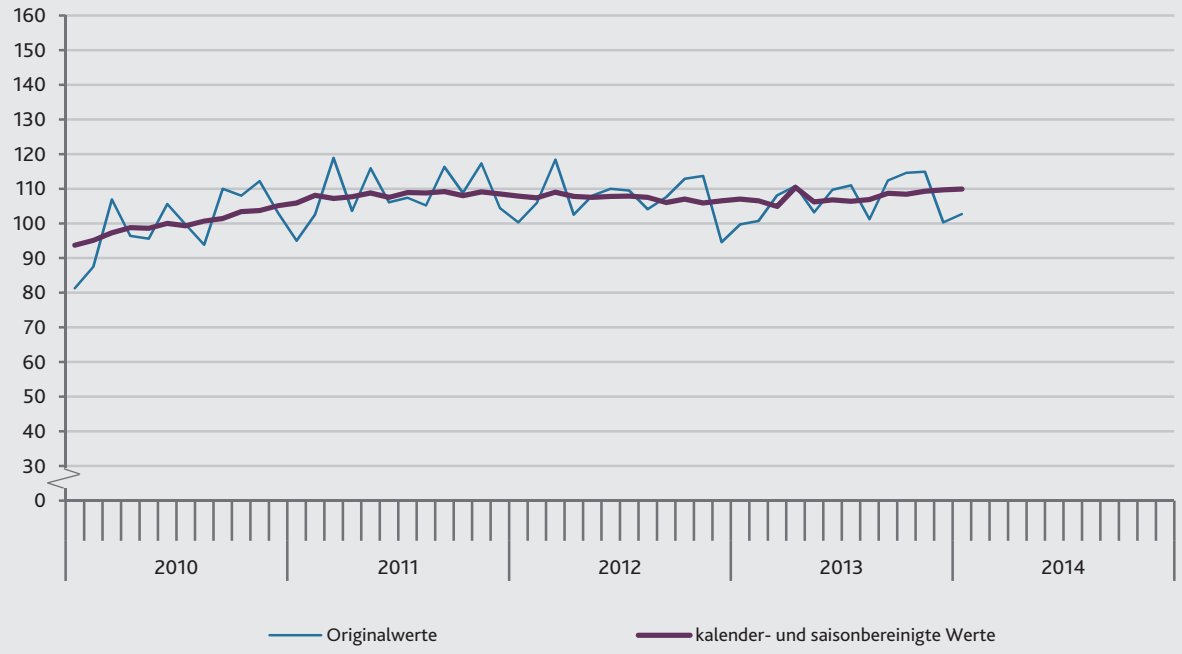
Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
3-Monats-Durchschnitte[2,3] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2013. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

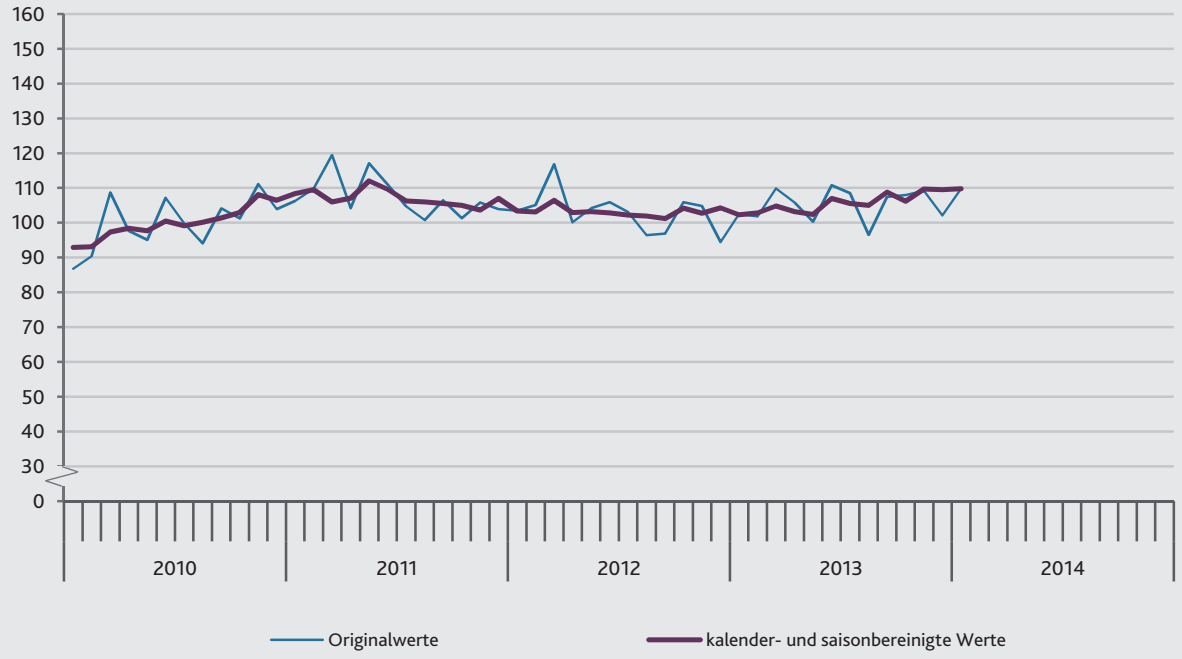
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

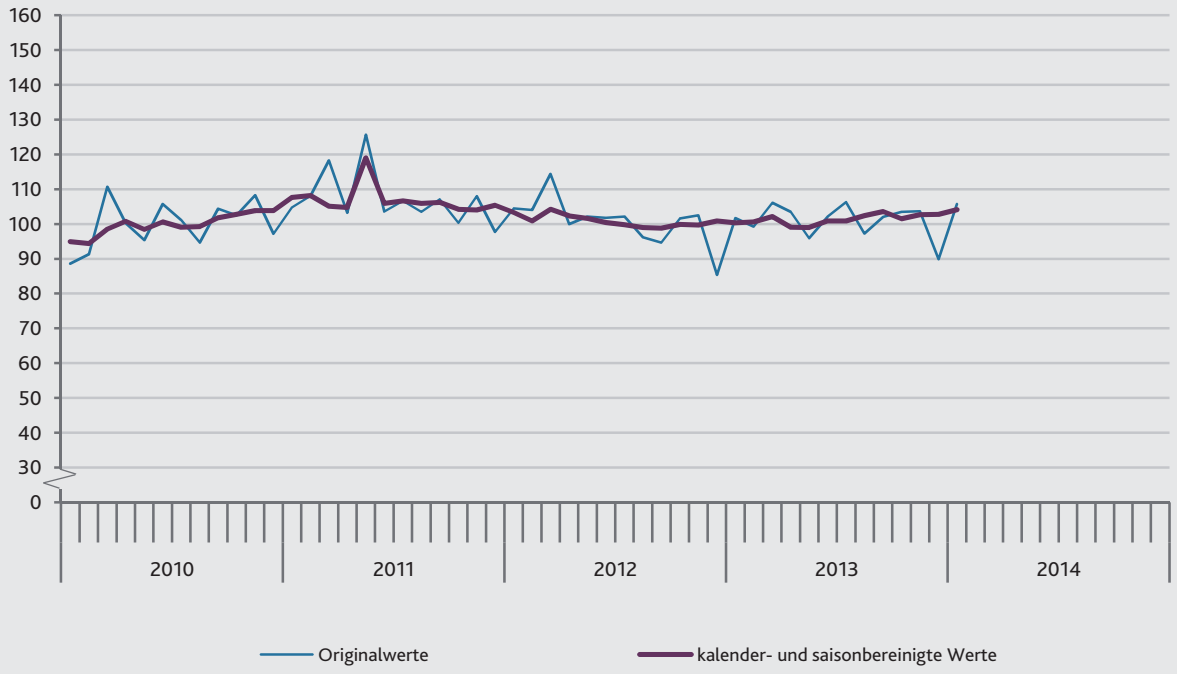
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

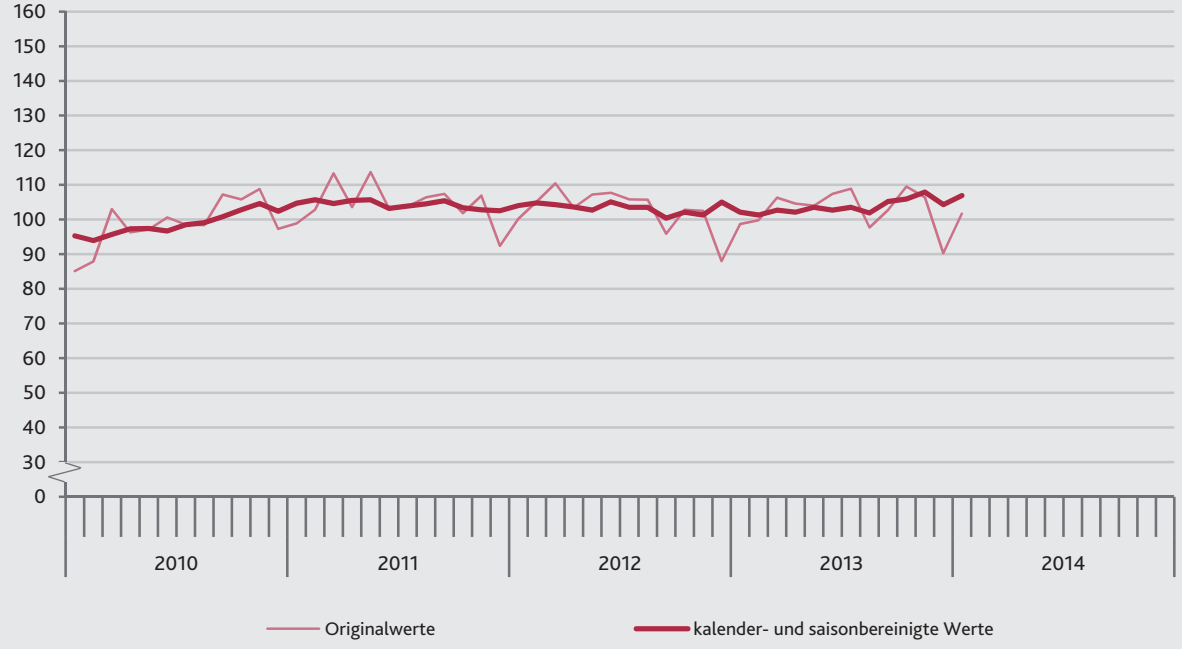
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

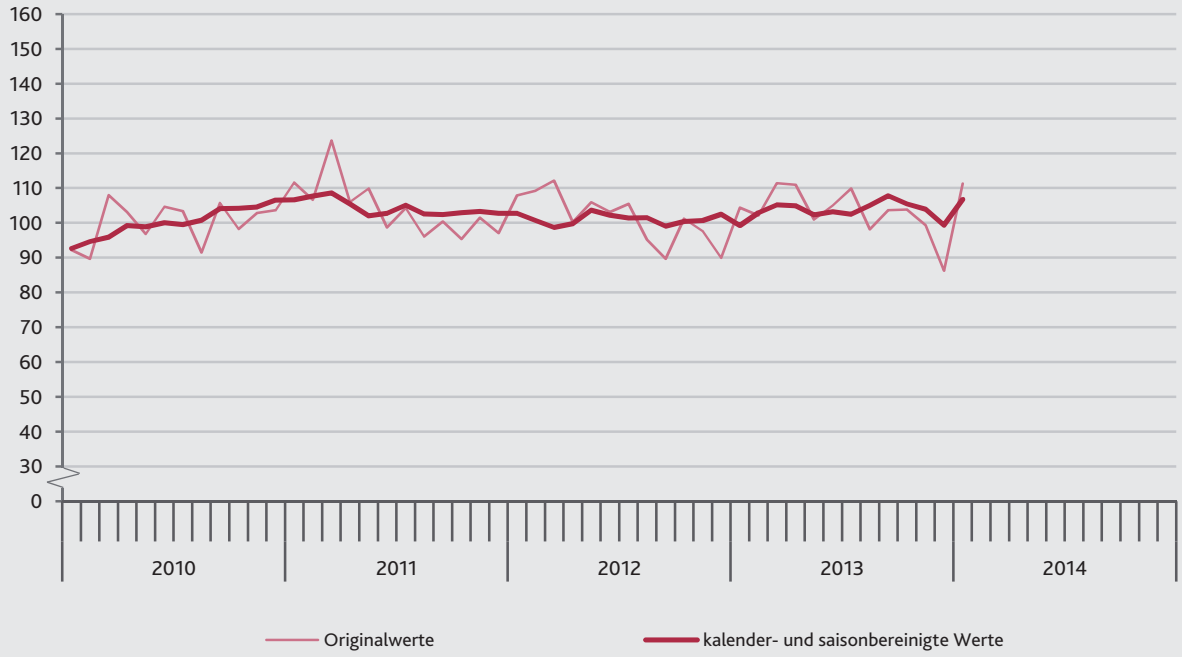
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

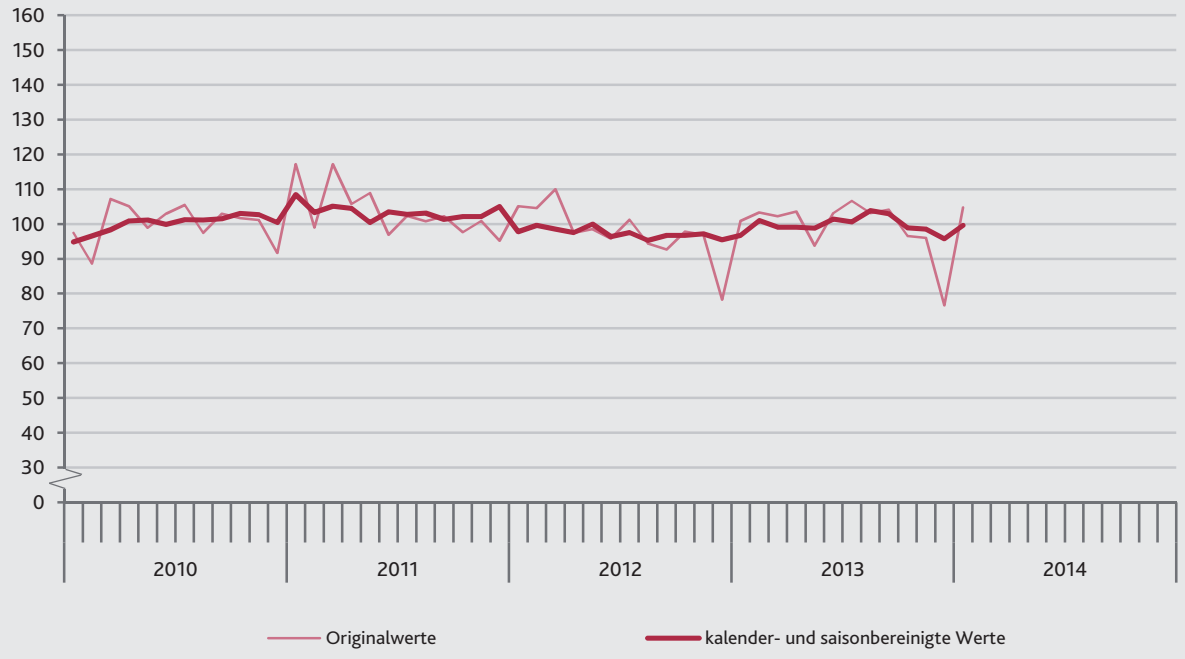
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

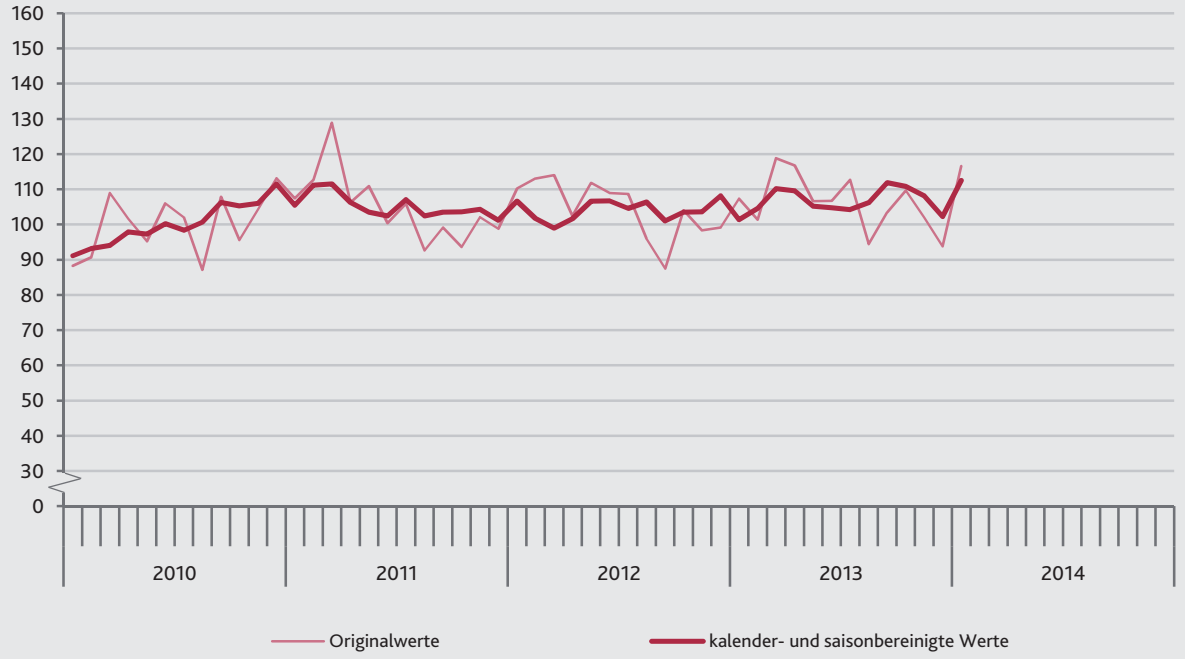
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

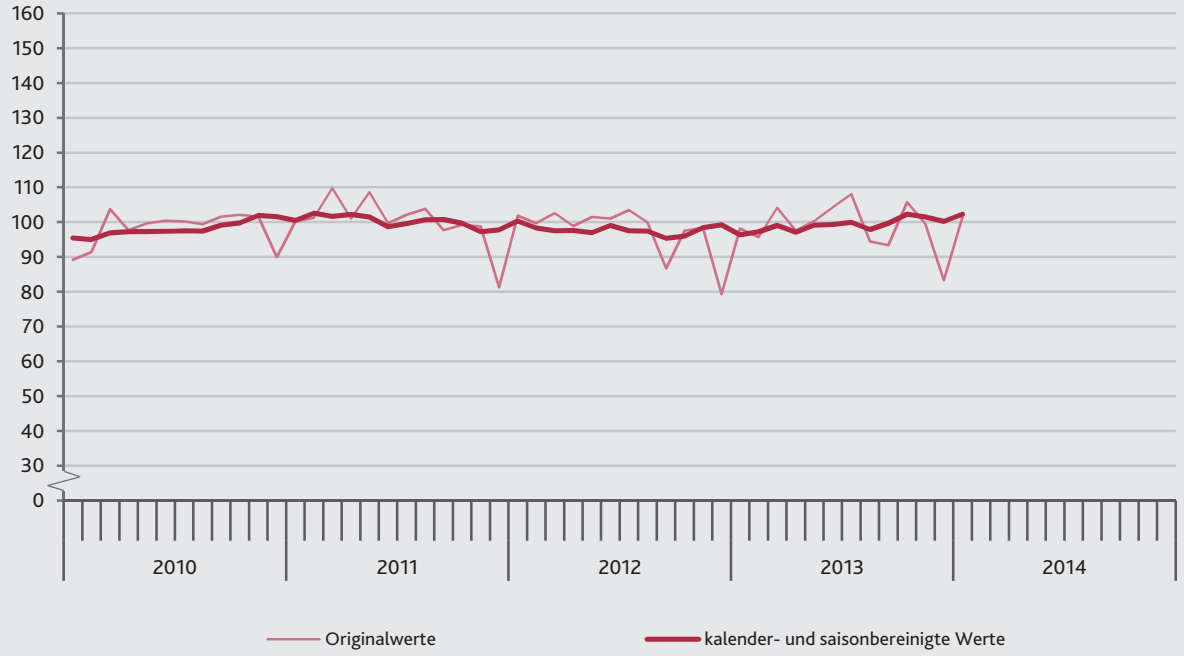
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

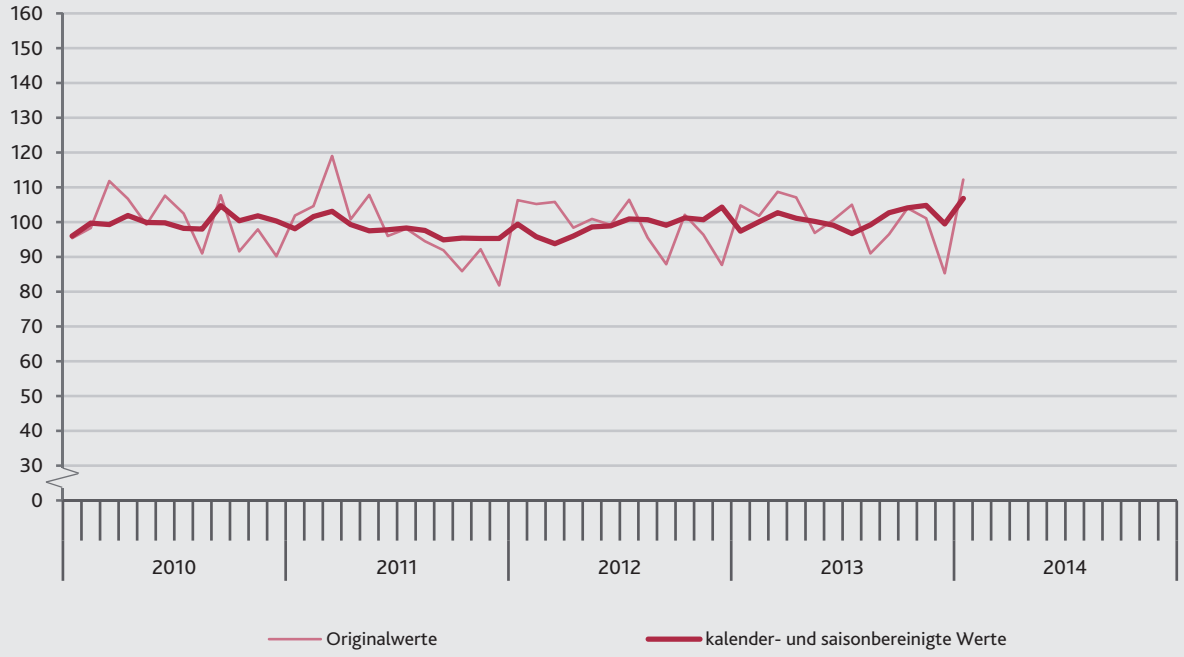
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

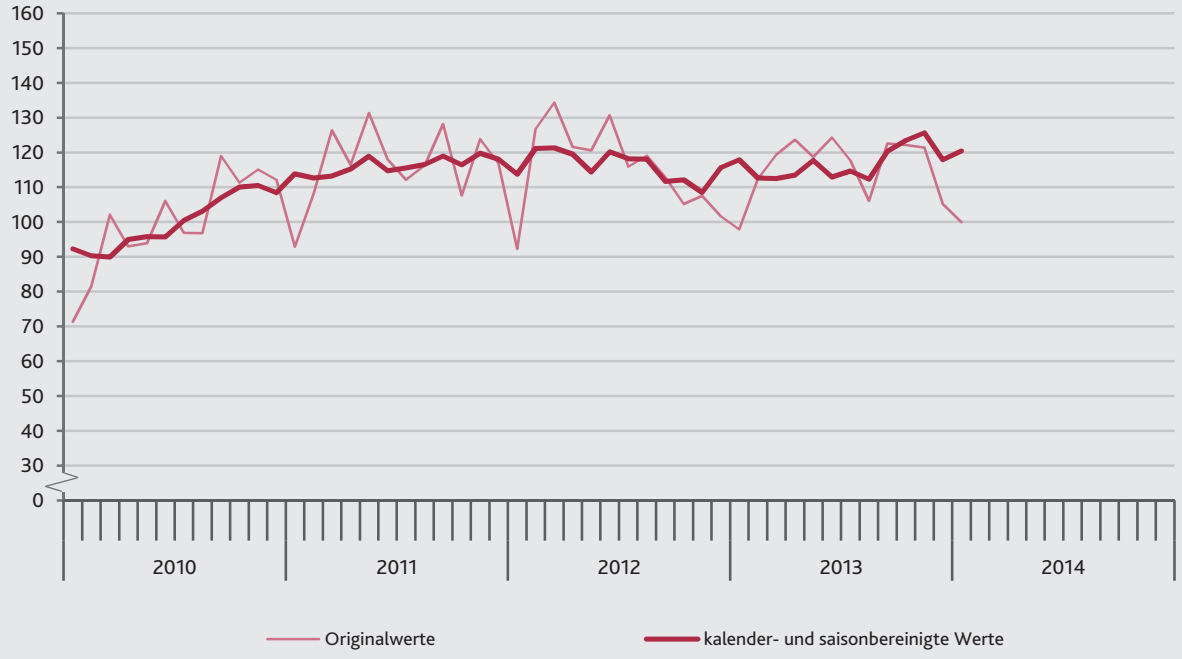
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

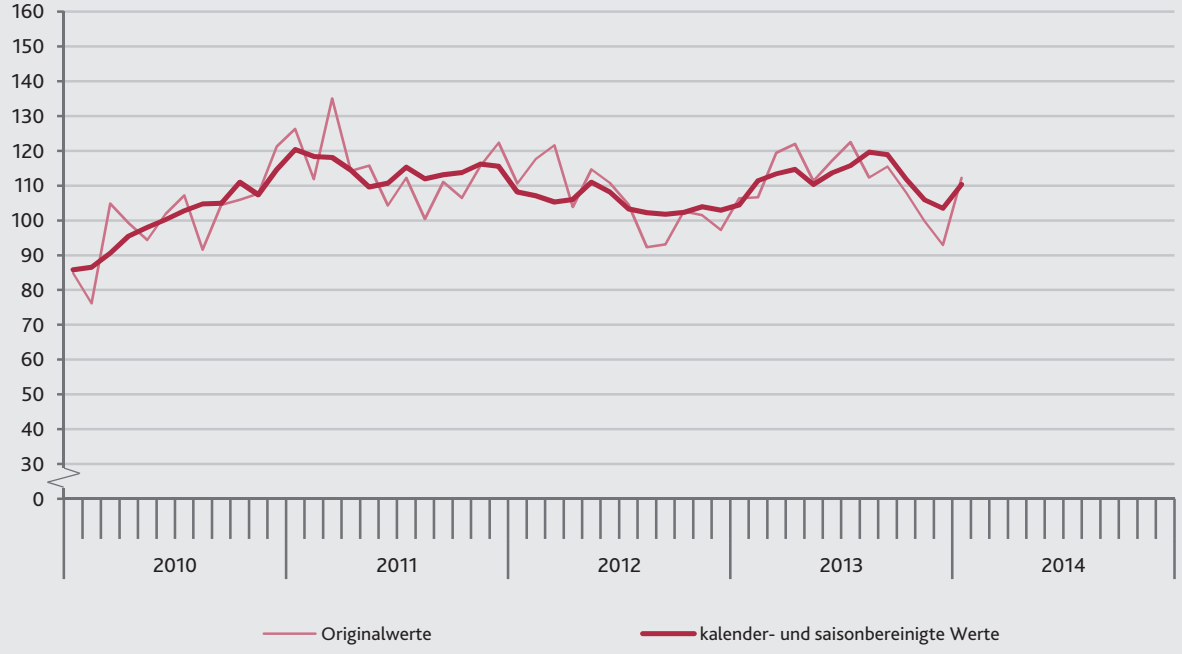
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

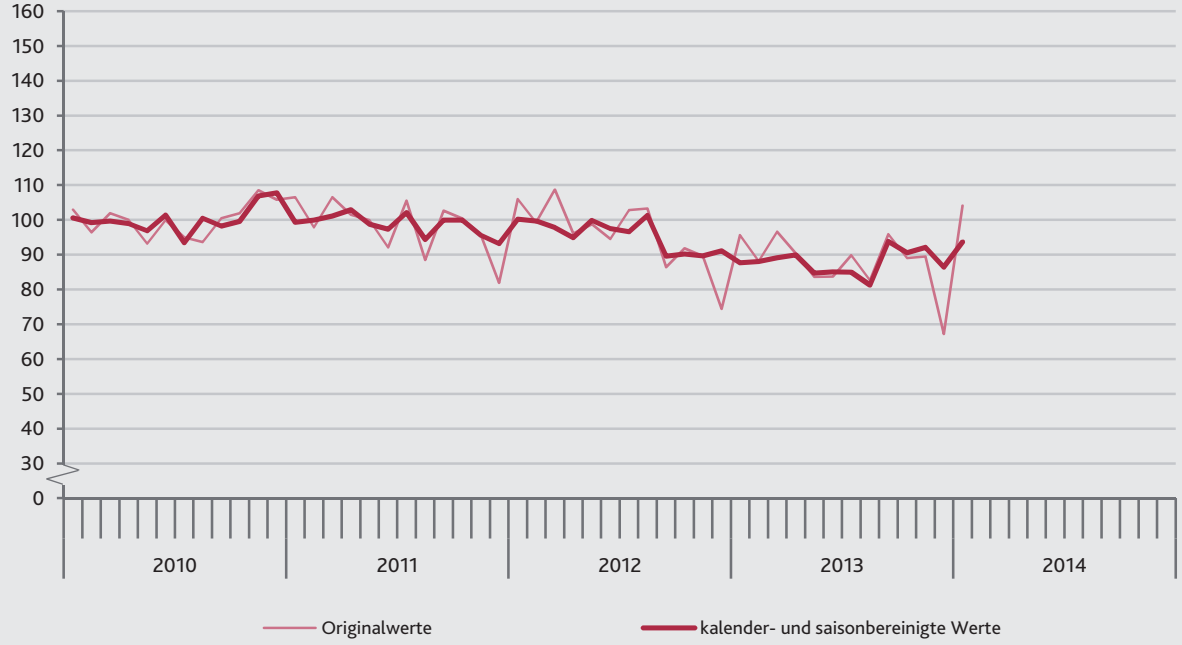
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

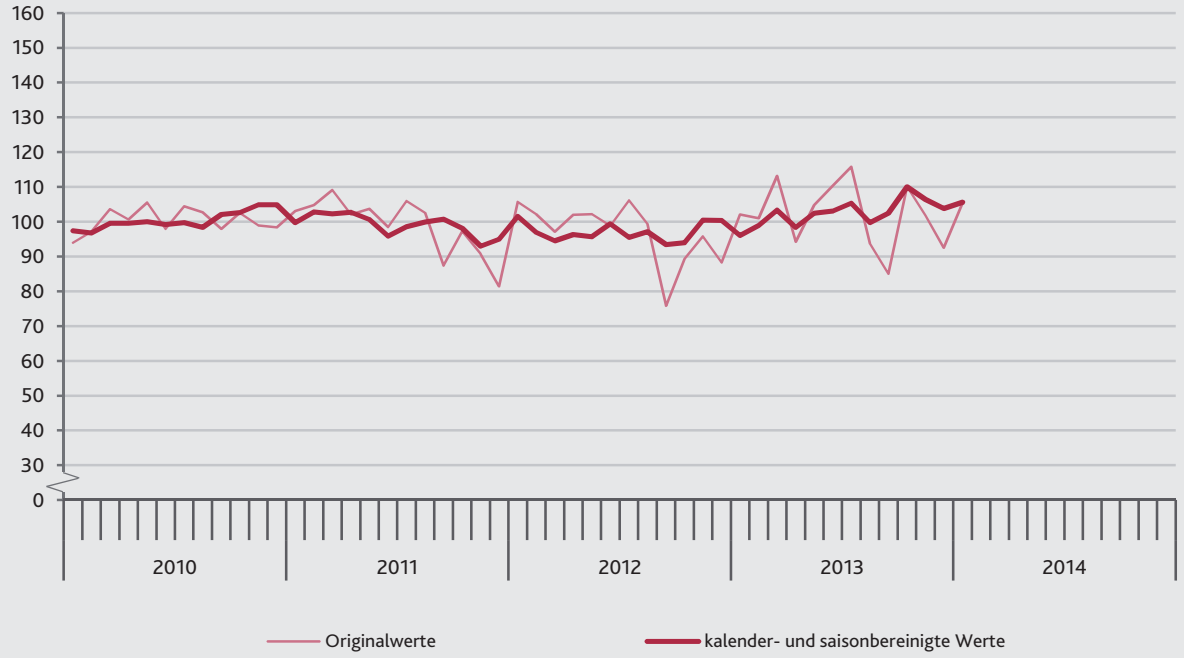
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

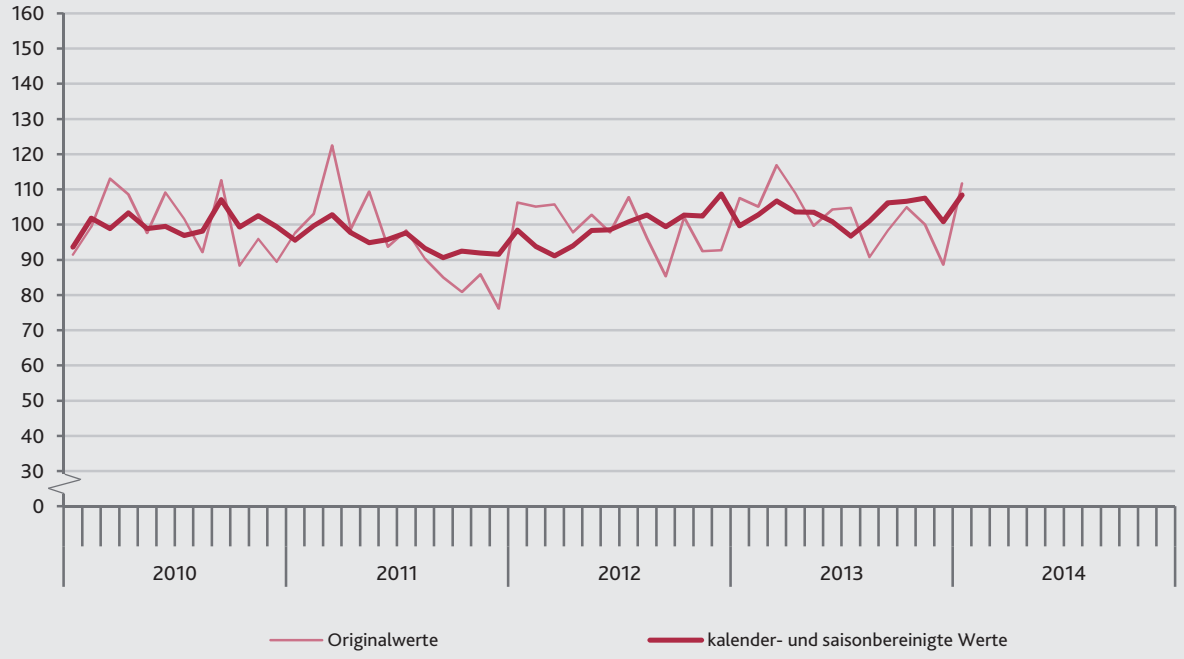
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

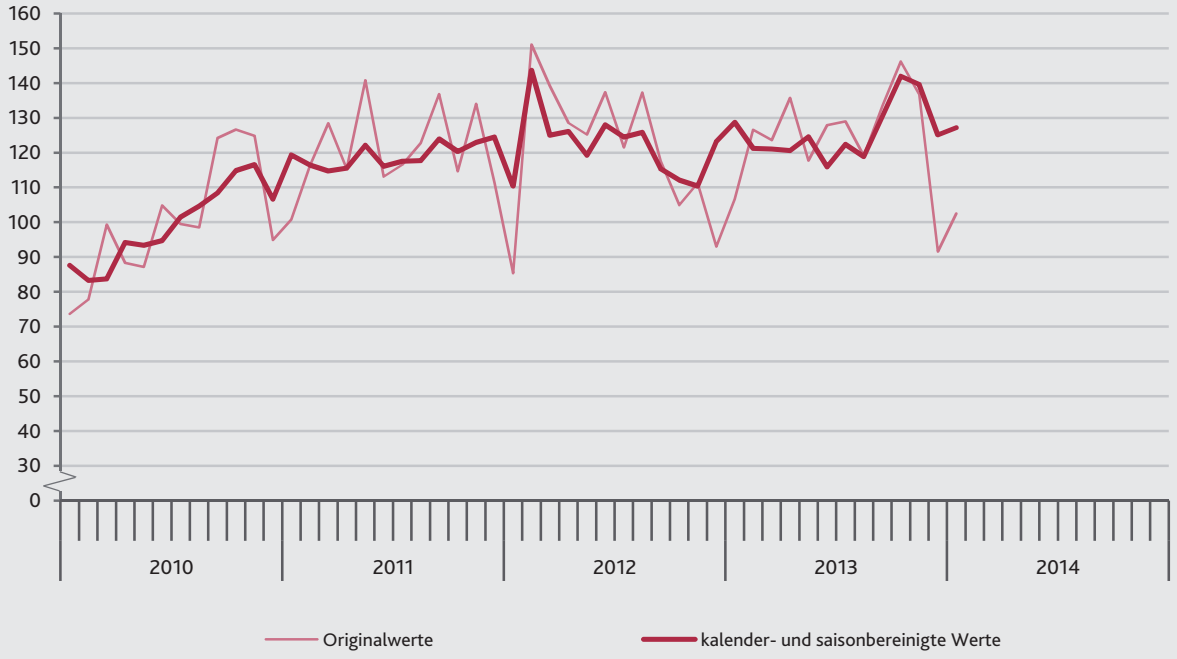
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

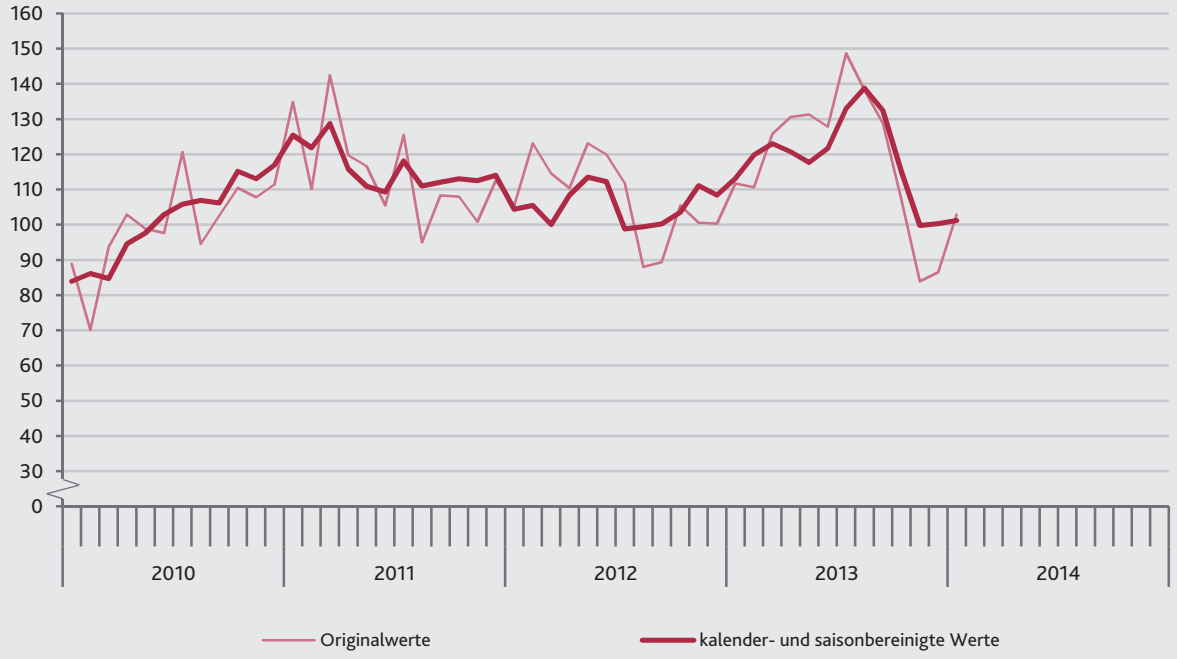
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

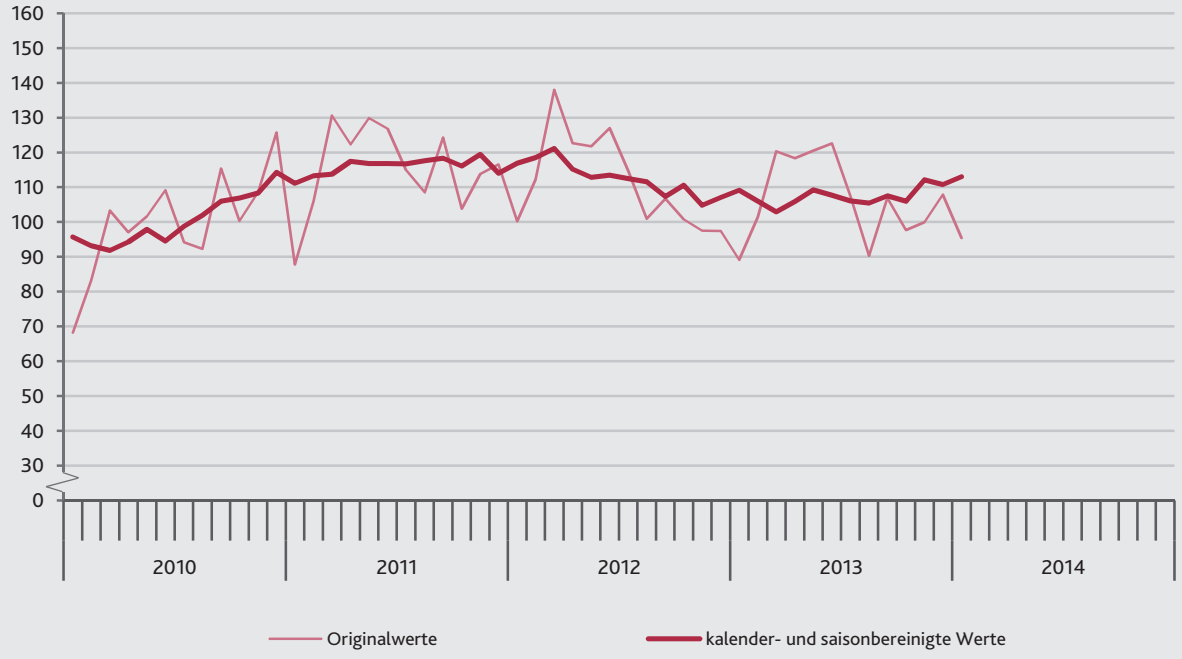
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

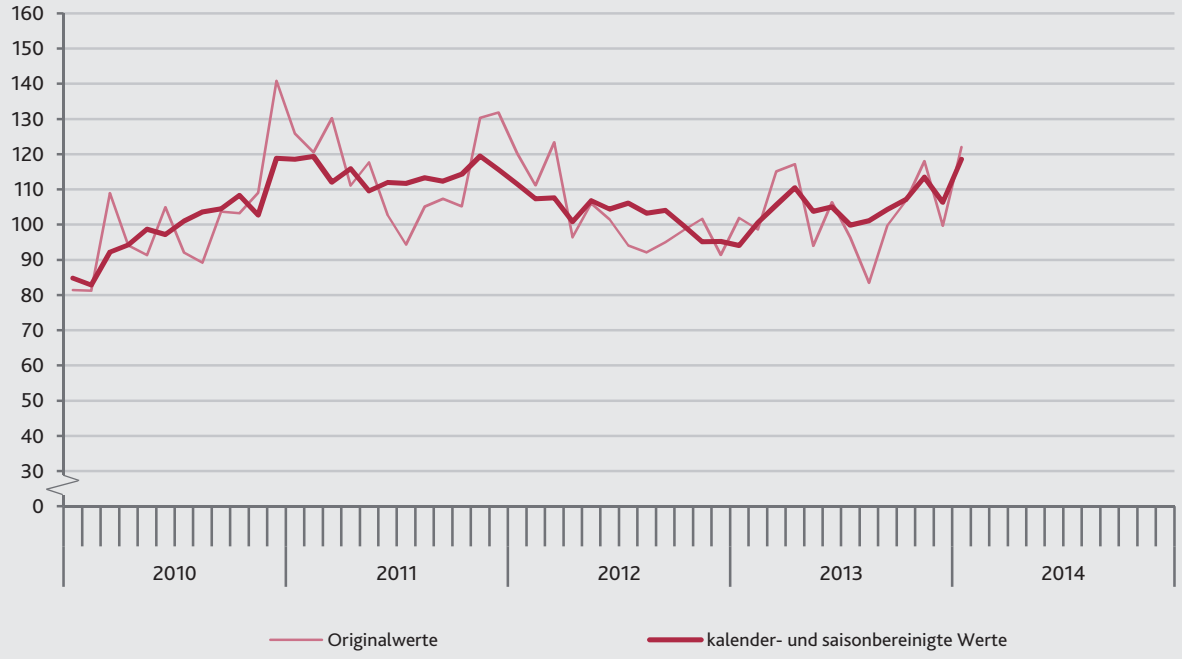
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

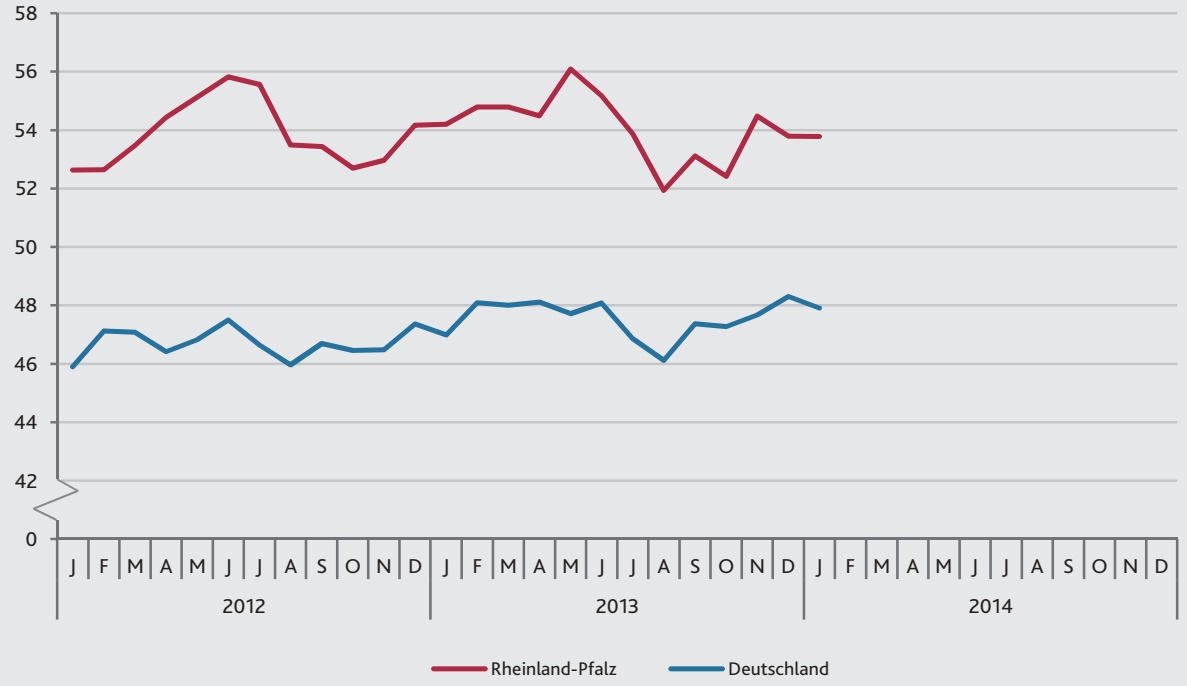
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

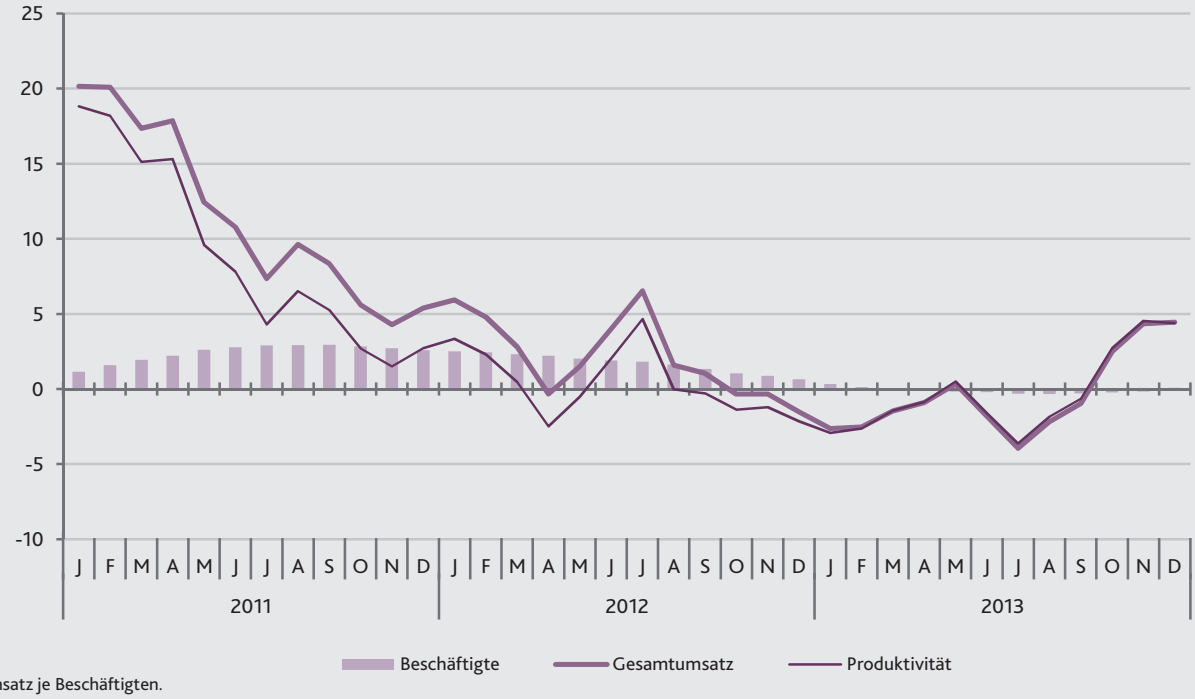
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

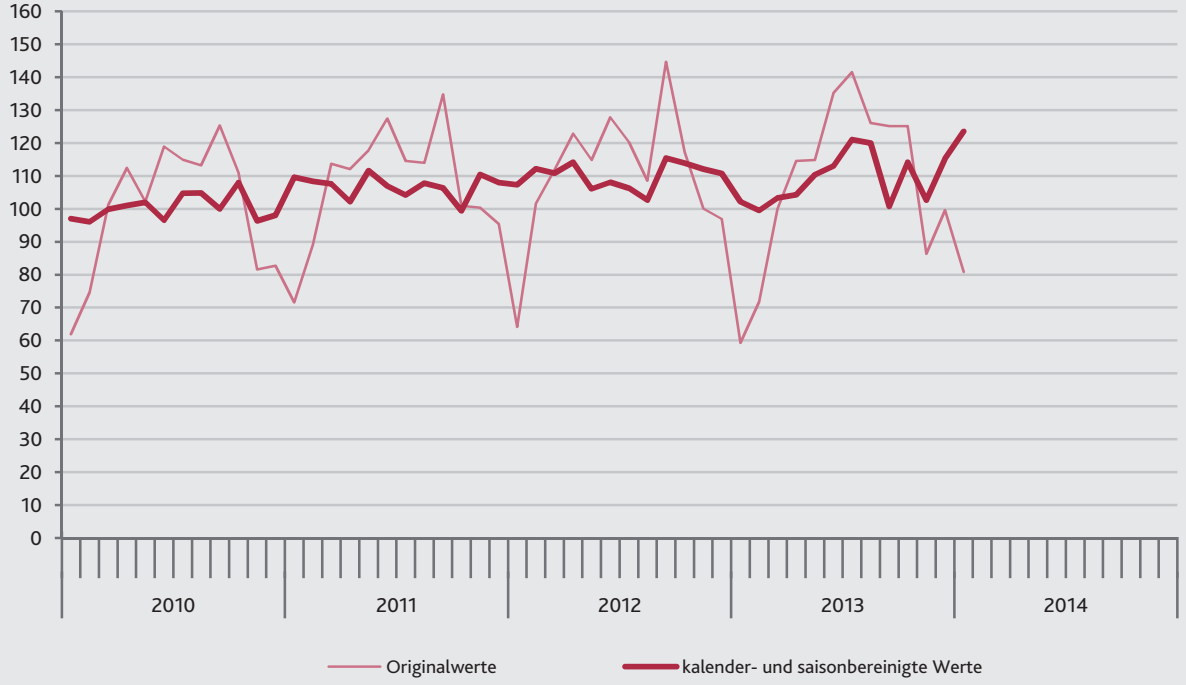
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Umsatz je Beschäftigten.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

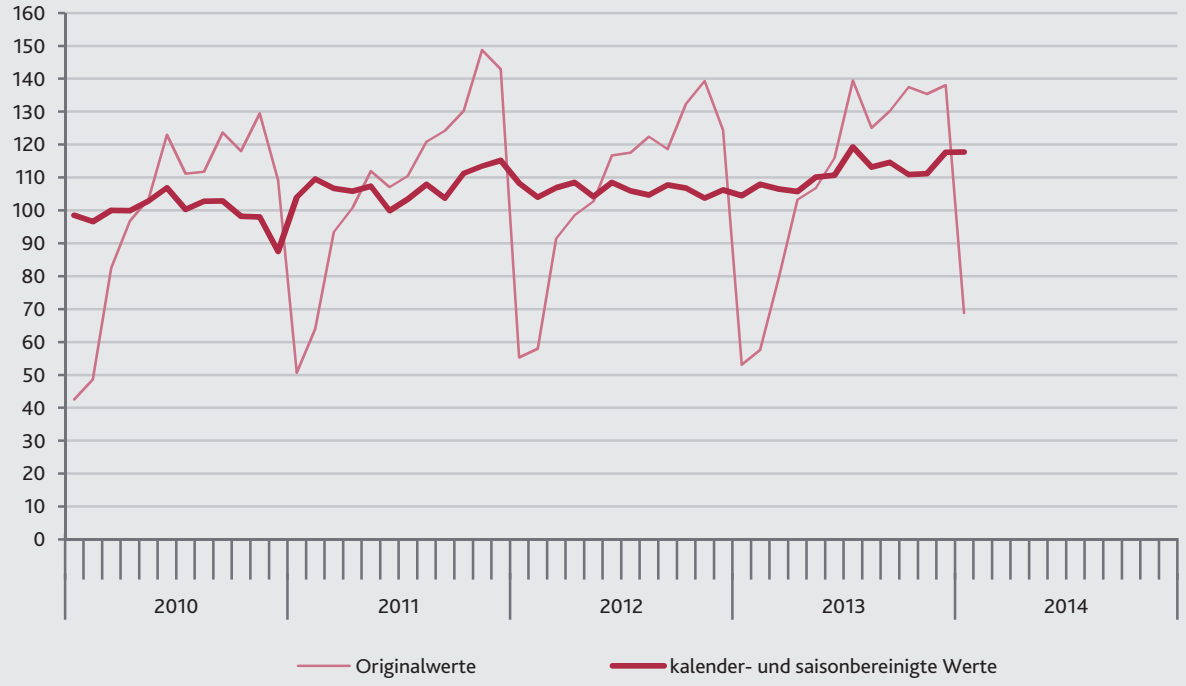
Auftragseingang (nominal)[1] im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

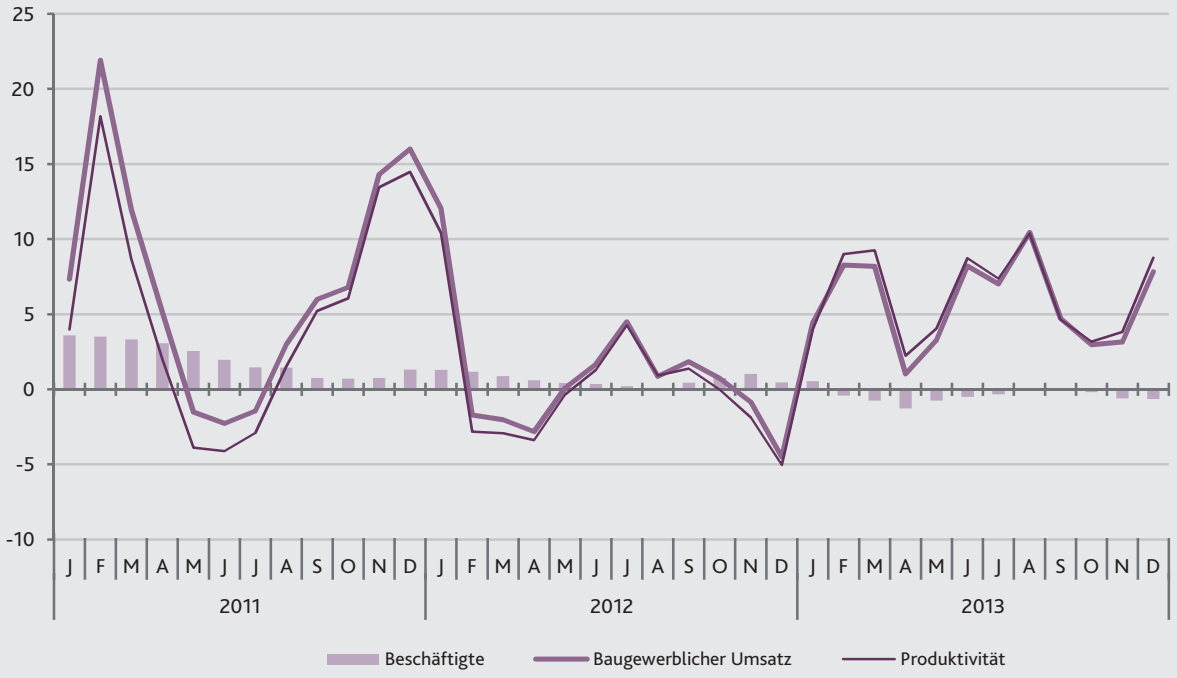
Baugewerblicher Umsatz (nominal)[1] im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

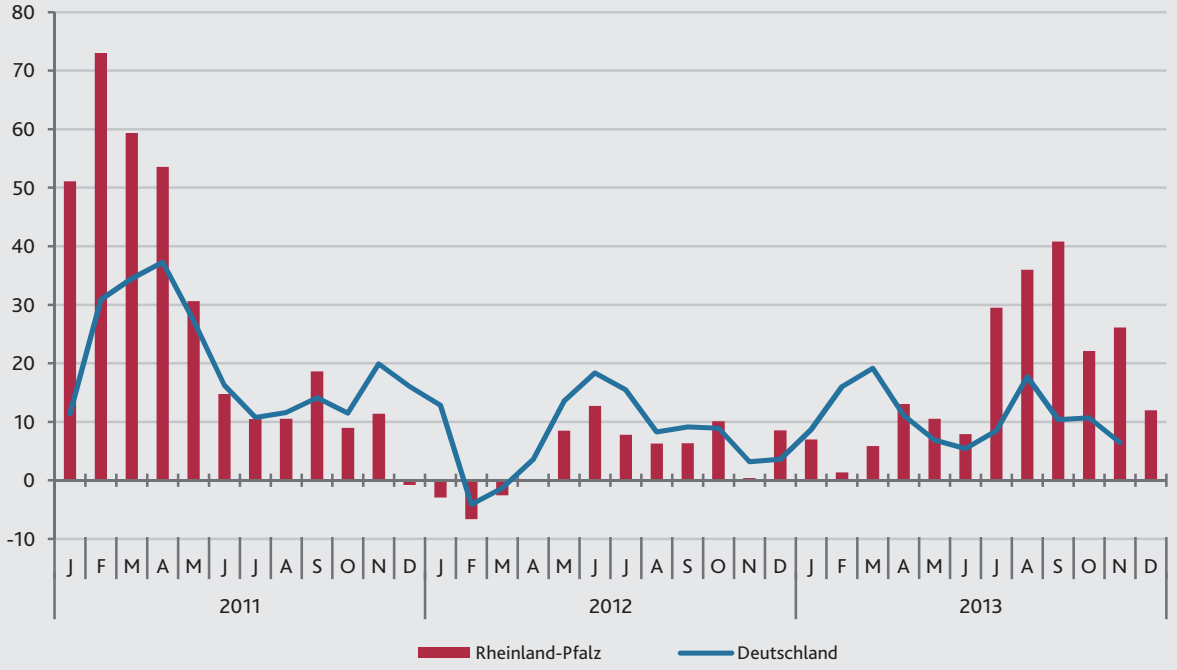
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im Bauhauptgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

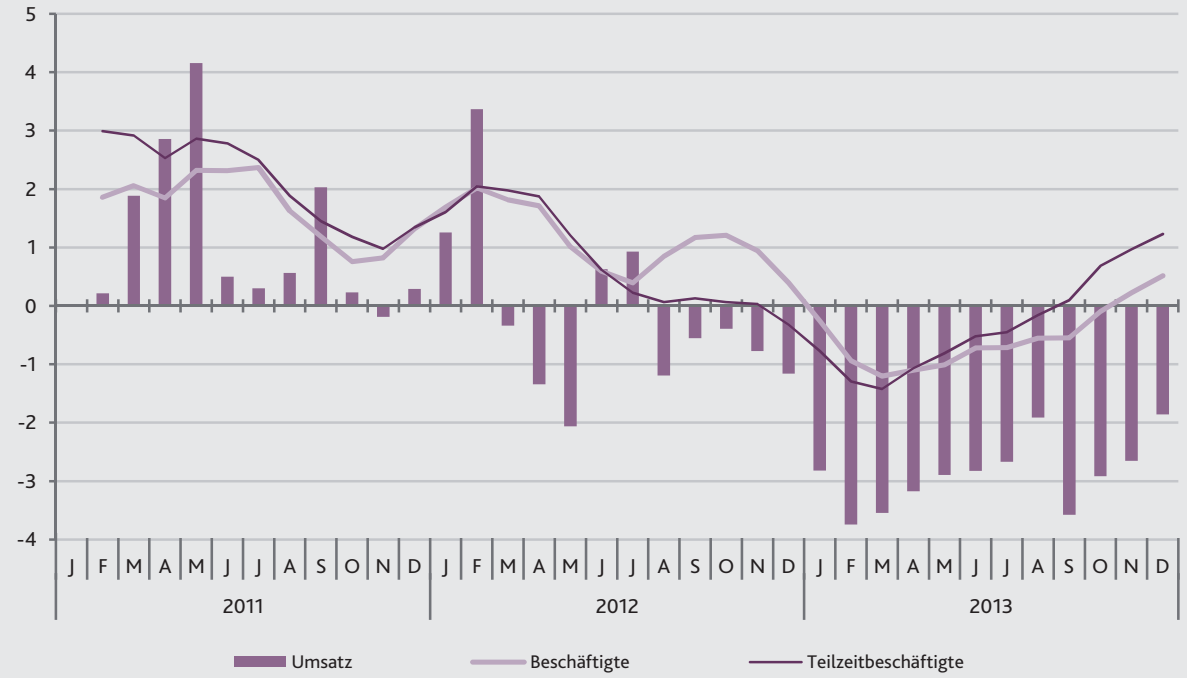
Baugenehmigungen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

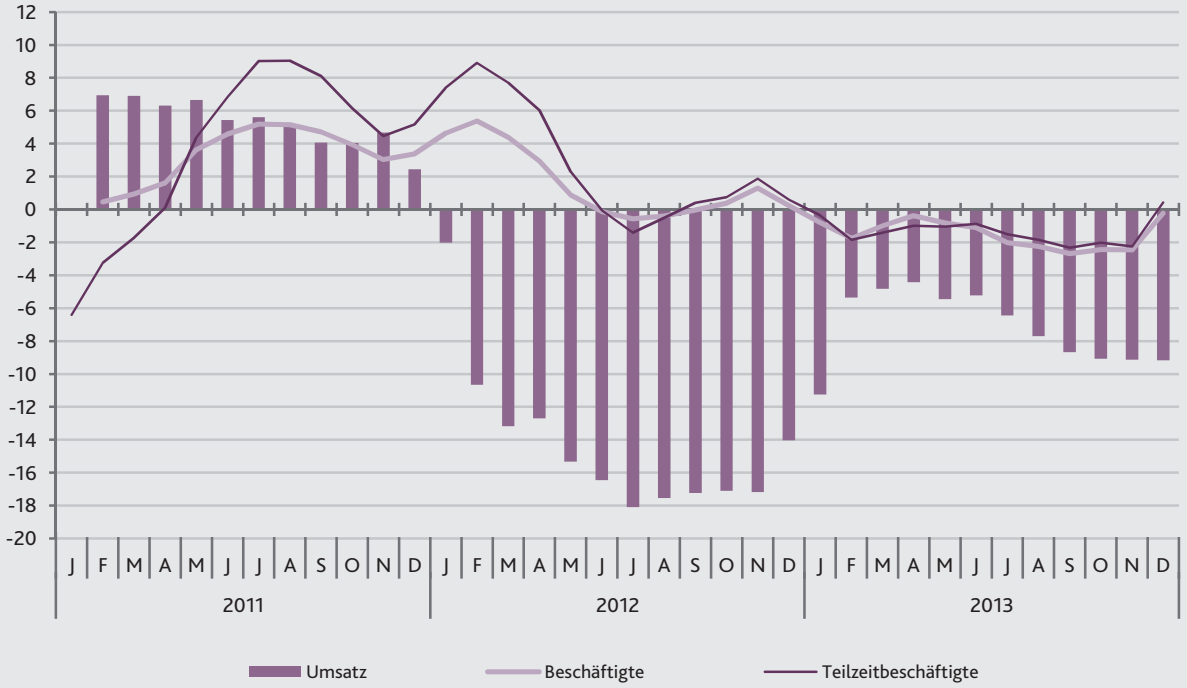
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1 2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

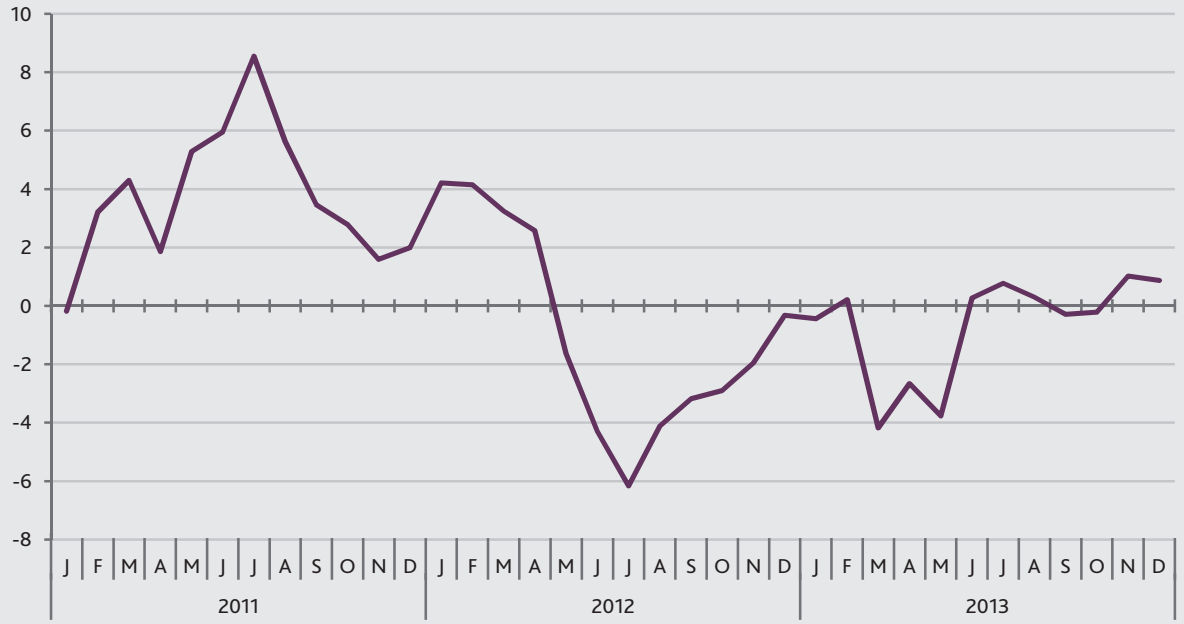


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

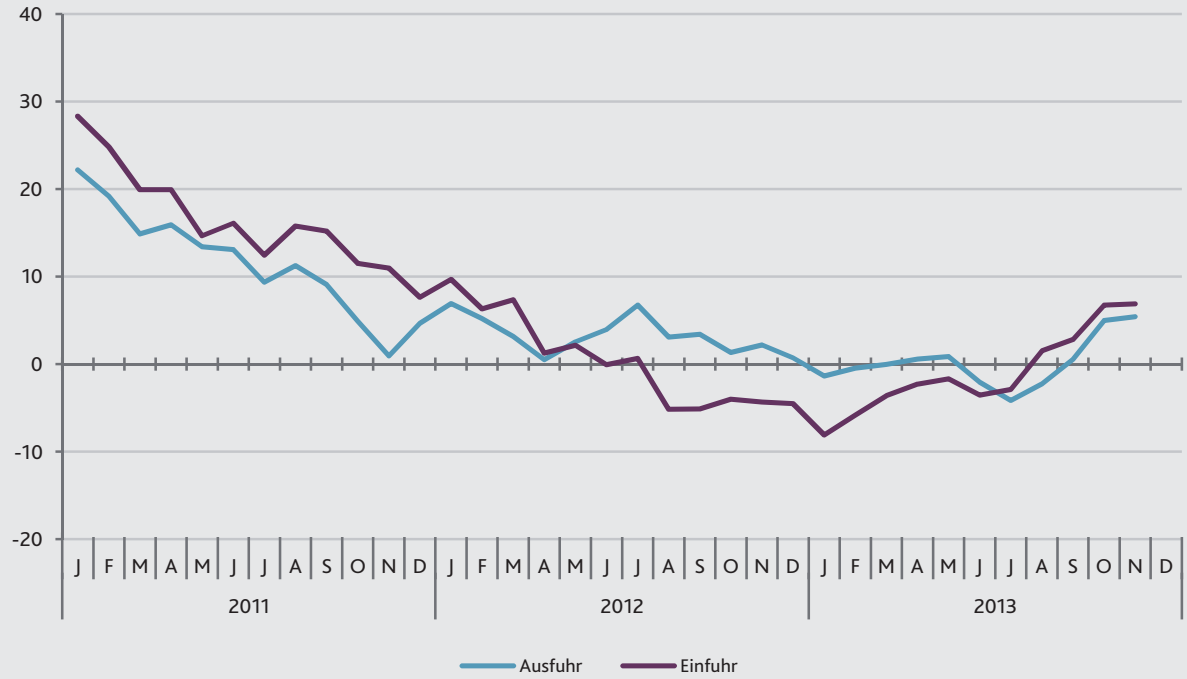


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel[1] in Rheinland-Pfalz

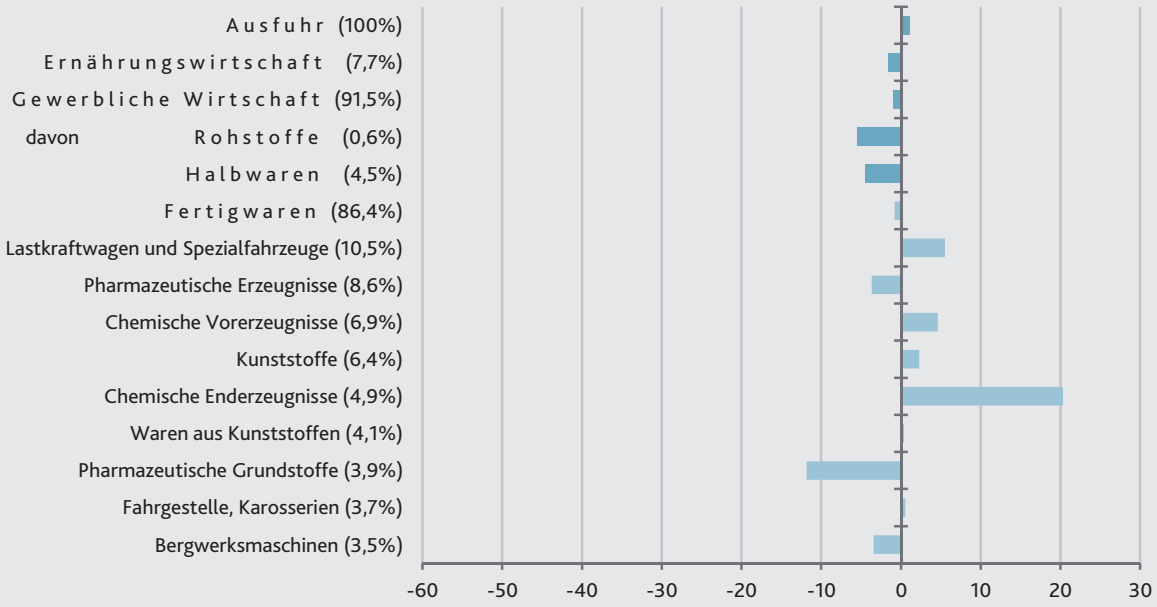
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.
2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

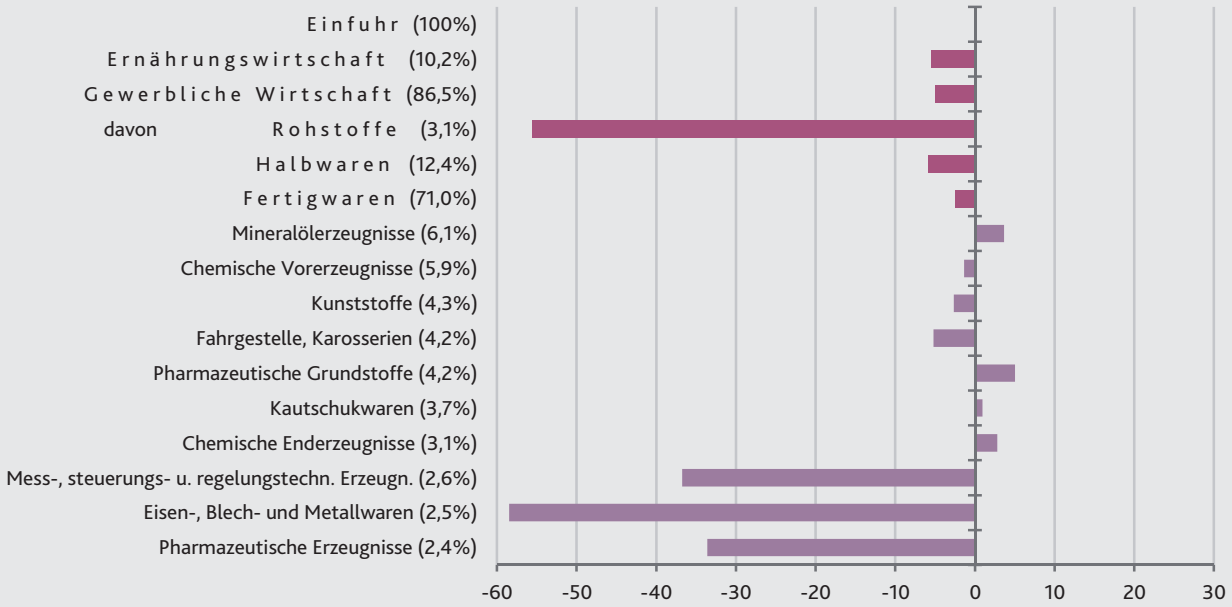
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2013 - Dezember 2013 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

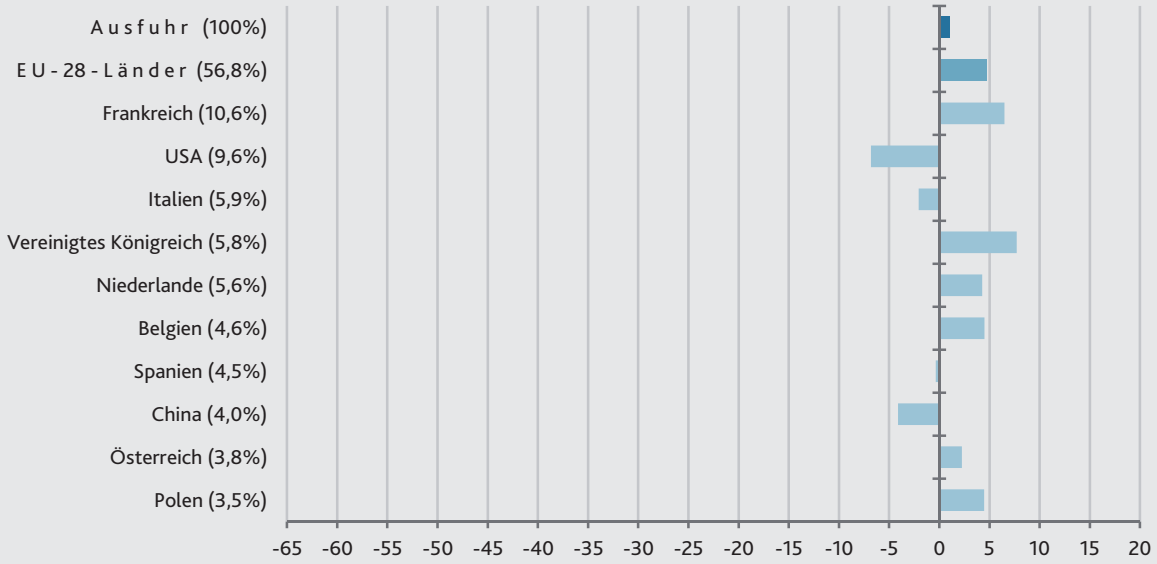
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2013 - Dezember 2013 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

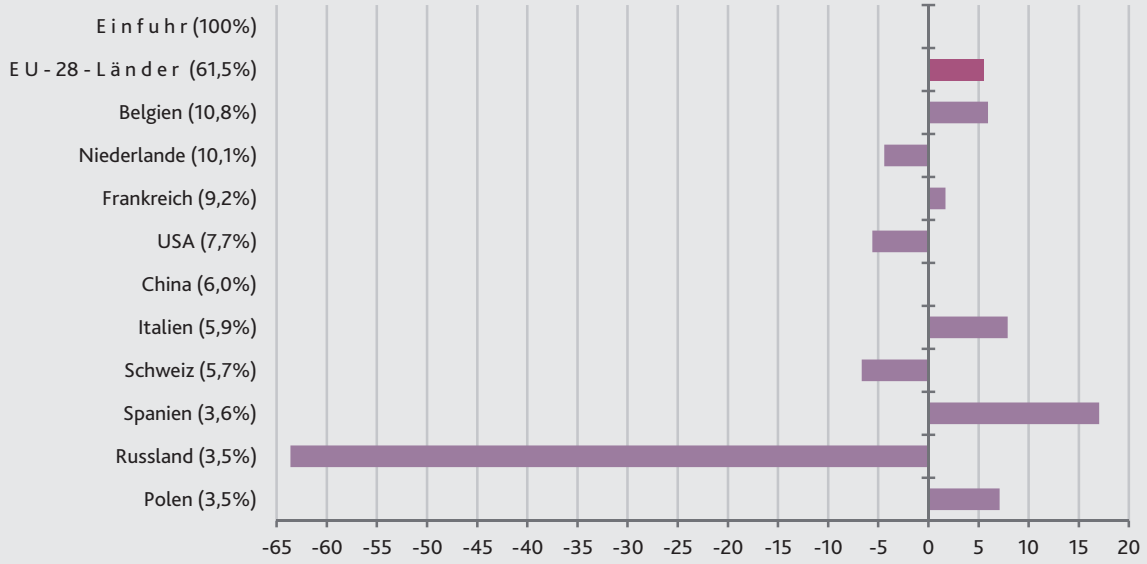
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2013 - Dezember 2013 nach Bestimmungsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

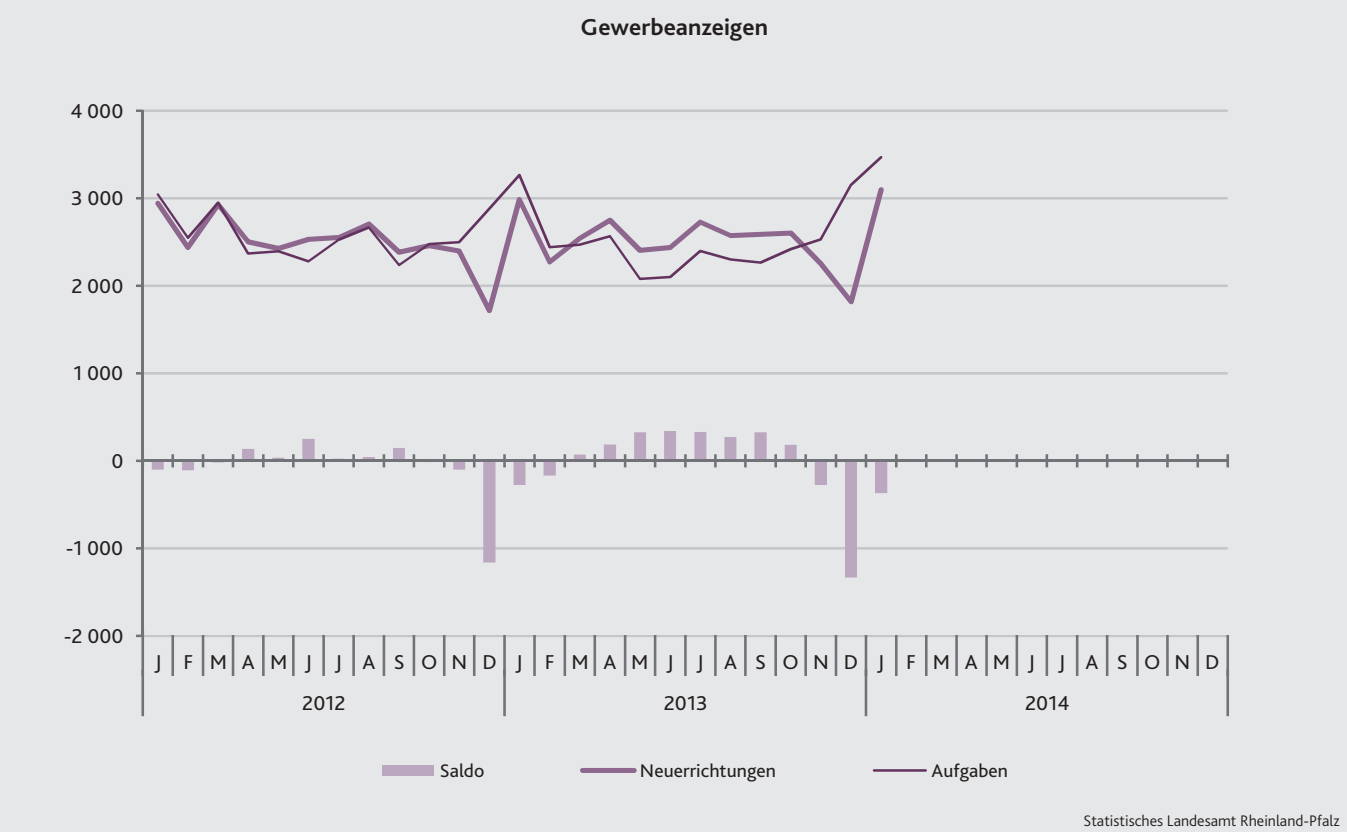
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2013 - Dezember 2013 nach Herkunftsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



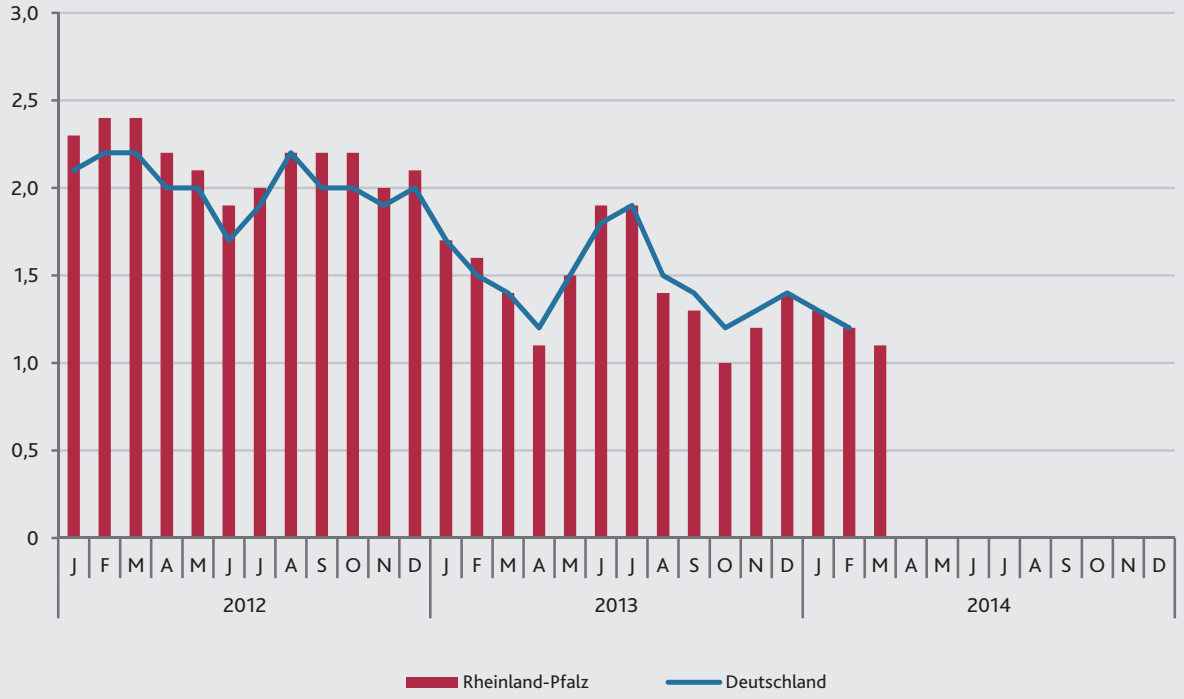
1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz


Gewerbeanzeigen
4 000
3 000
2 000
1 000
0
-1 000
-2 000
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2012
2013
2014
Saldo
Neuerrichtungen
Aufgaben
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

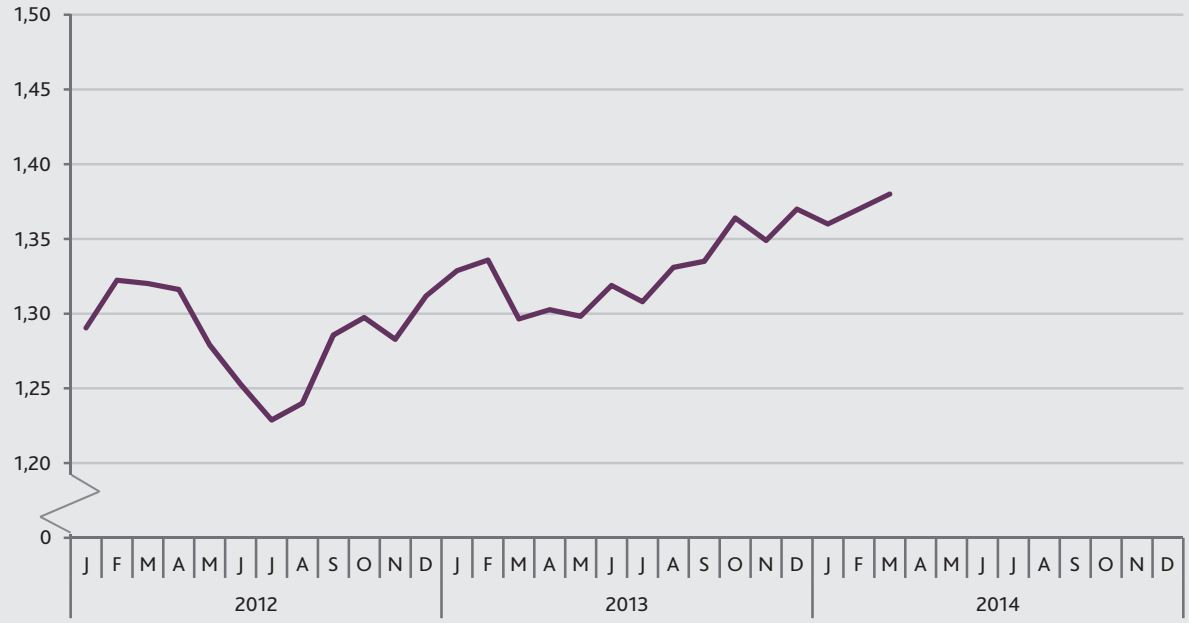
Unternehmensinsolvenzen
130
120
110
100
90
80
70
60
0
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2012
2013
2014
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

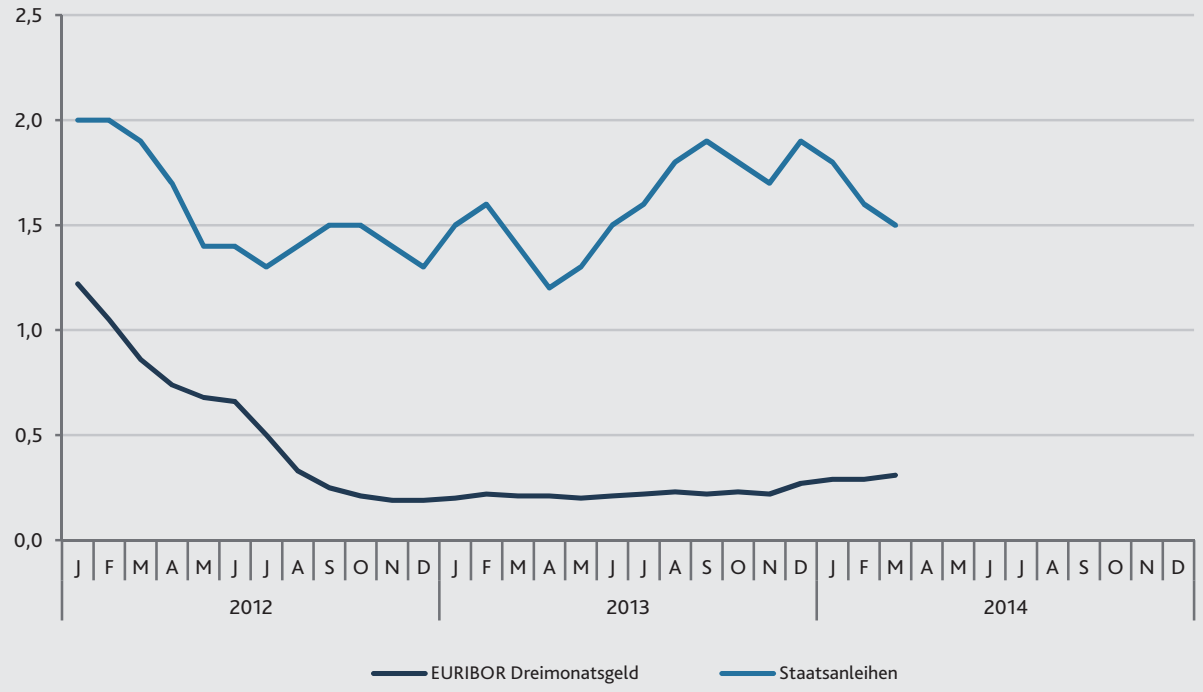
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

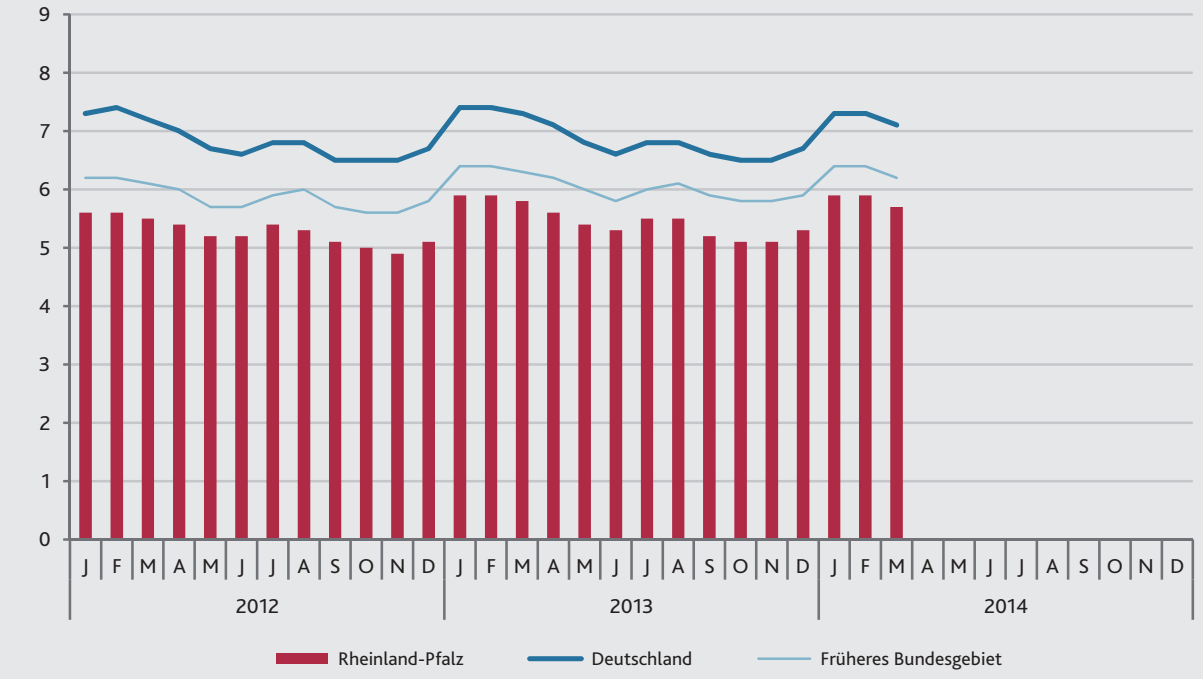
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

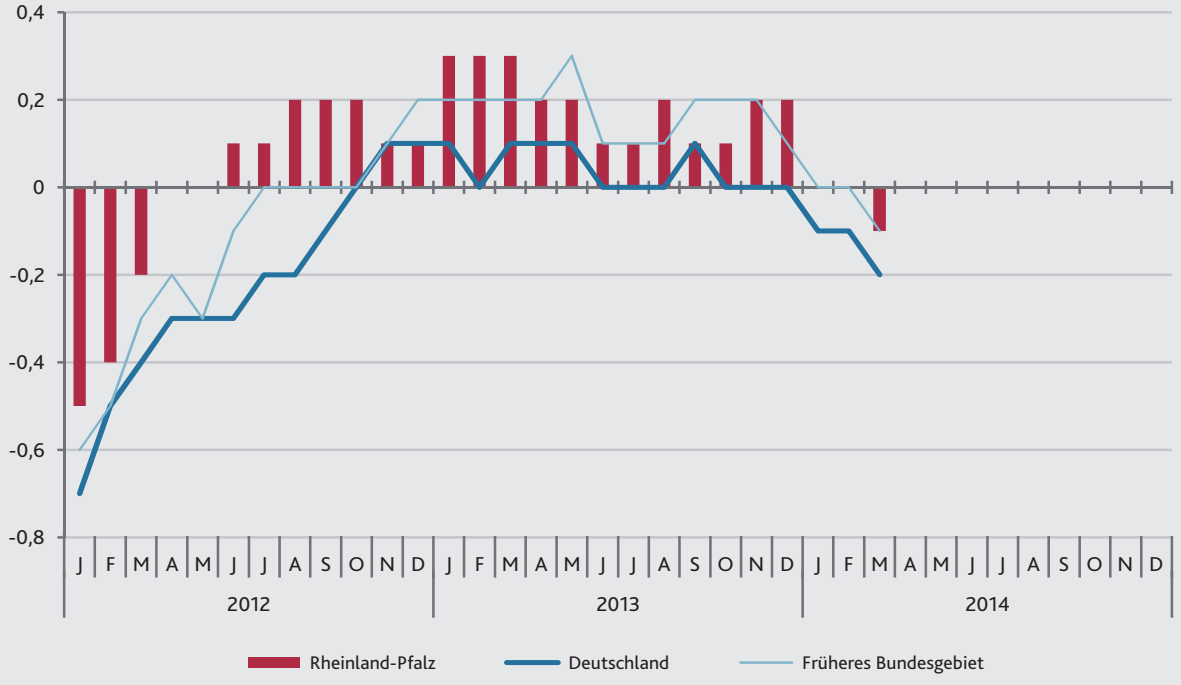
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

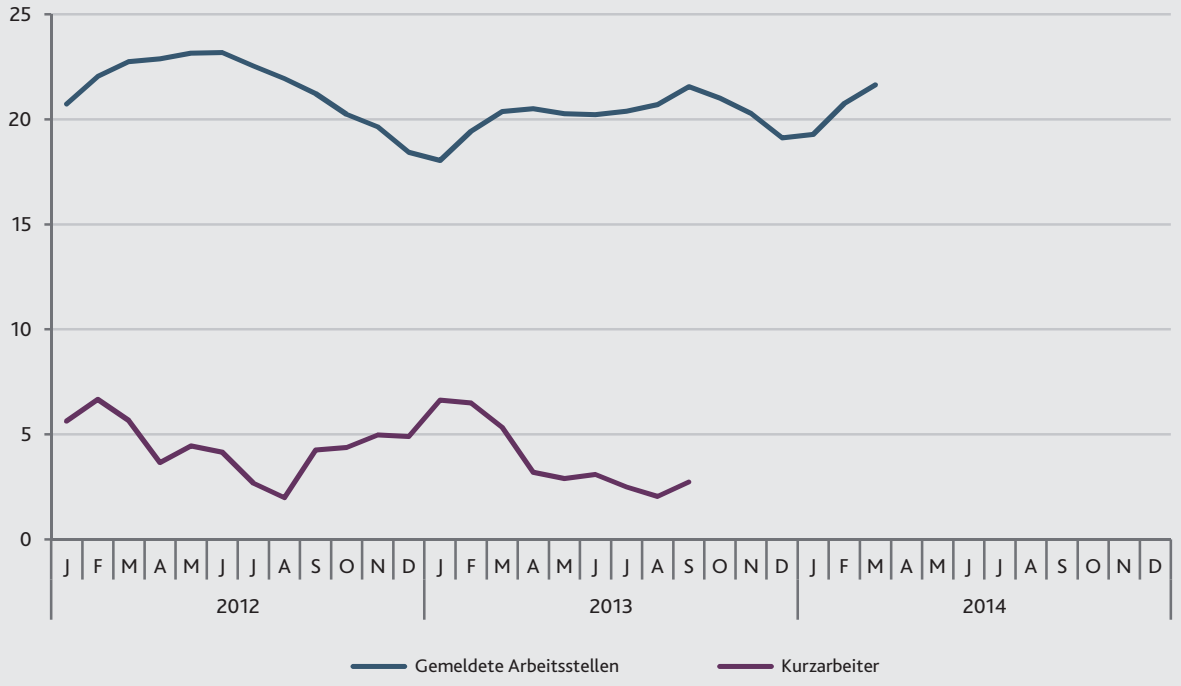
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

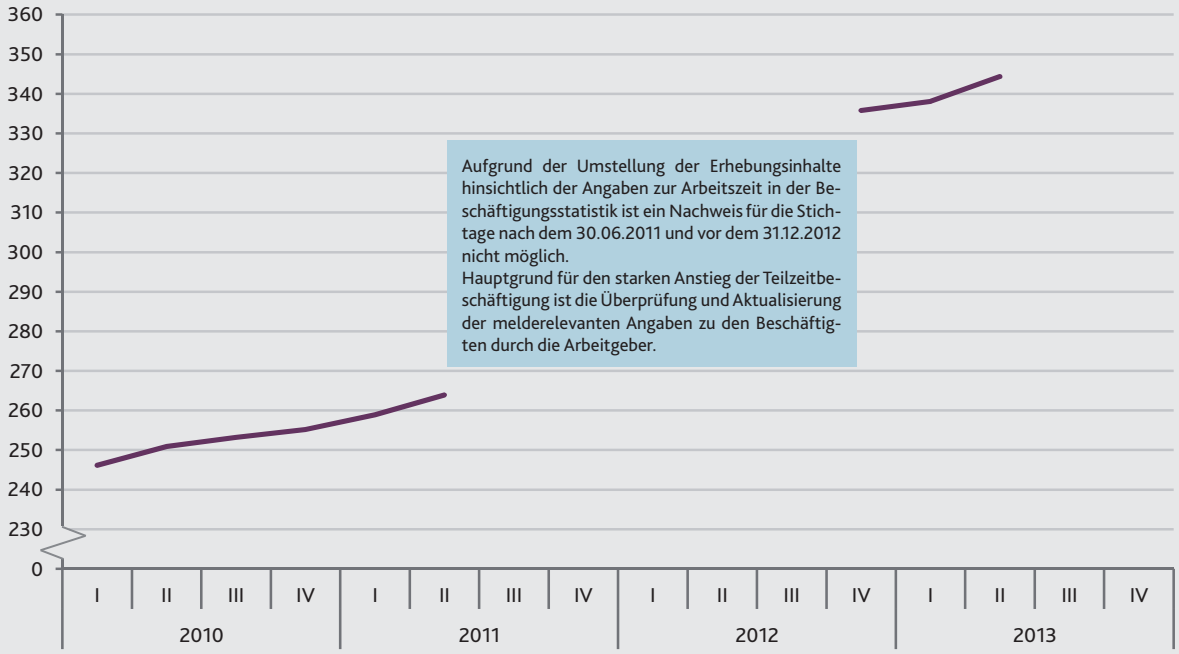
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

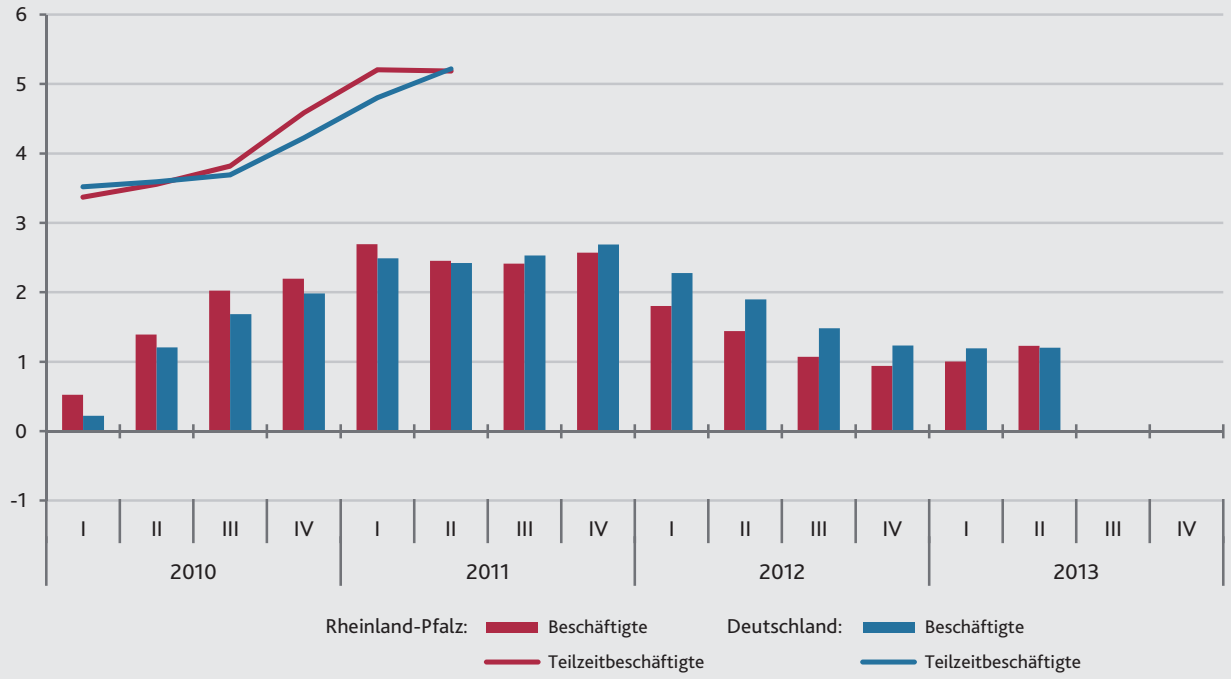
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

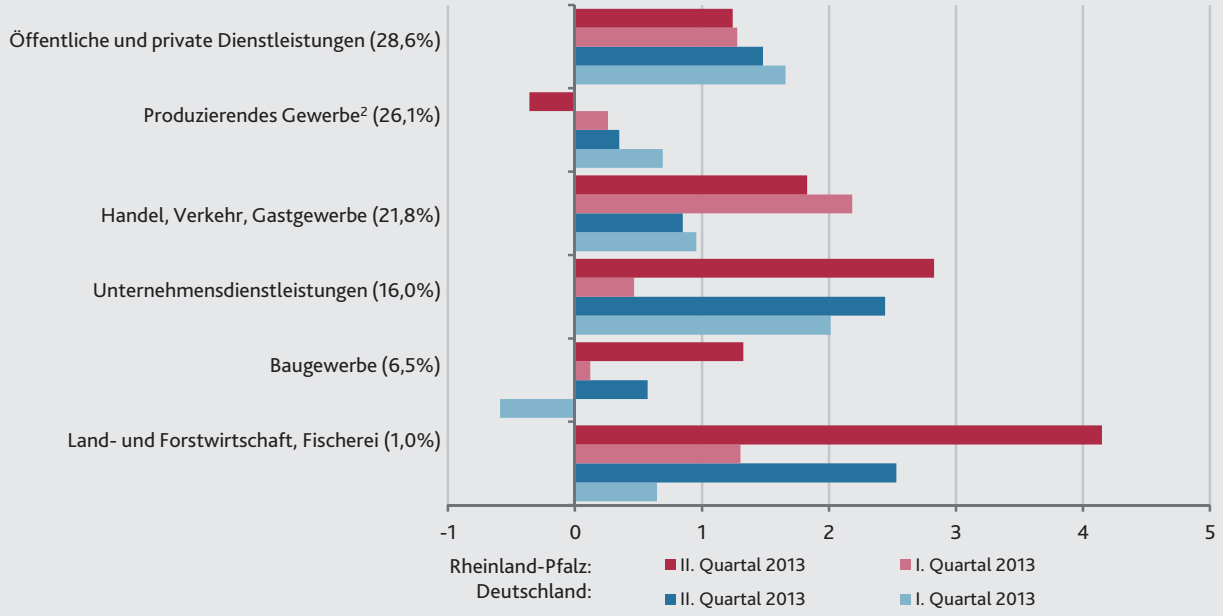
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

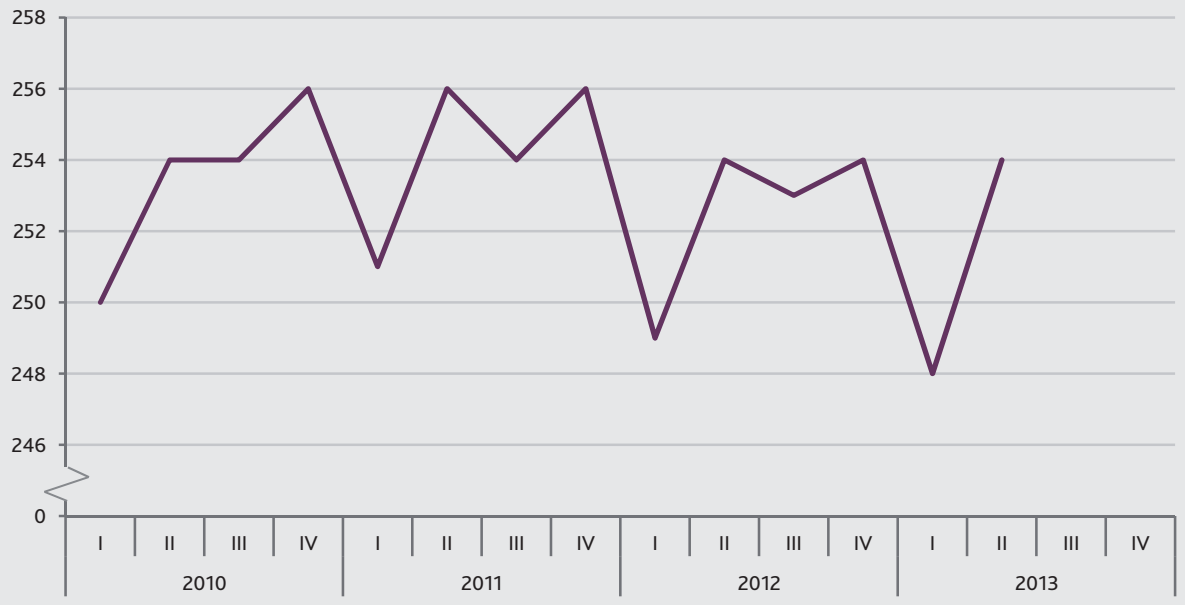
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2013. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

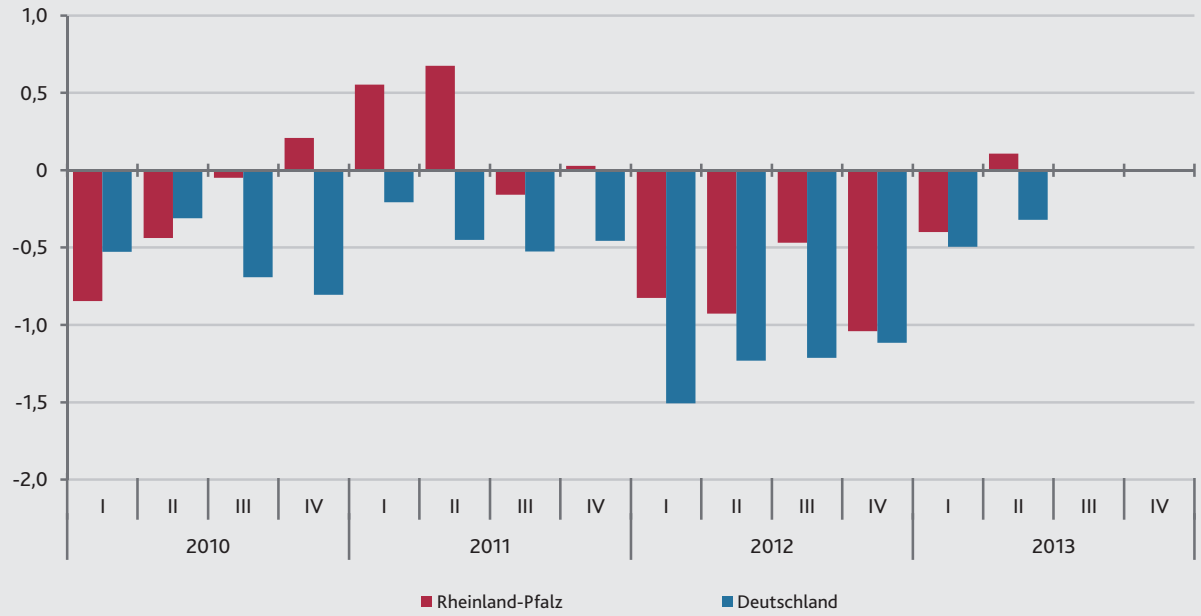
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte[1] am Arbeitsort
in 1 000



1 Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

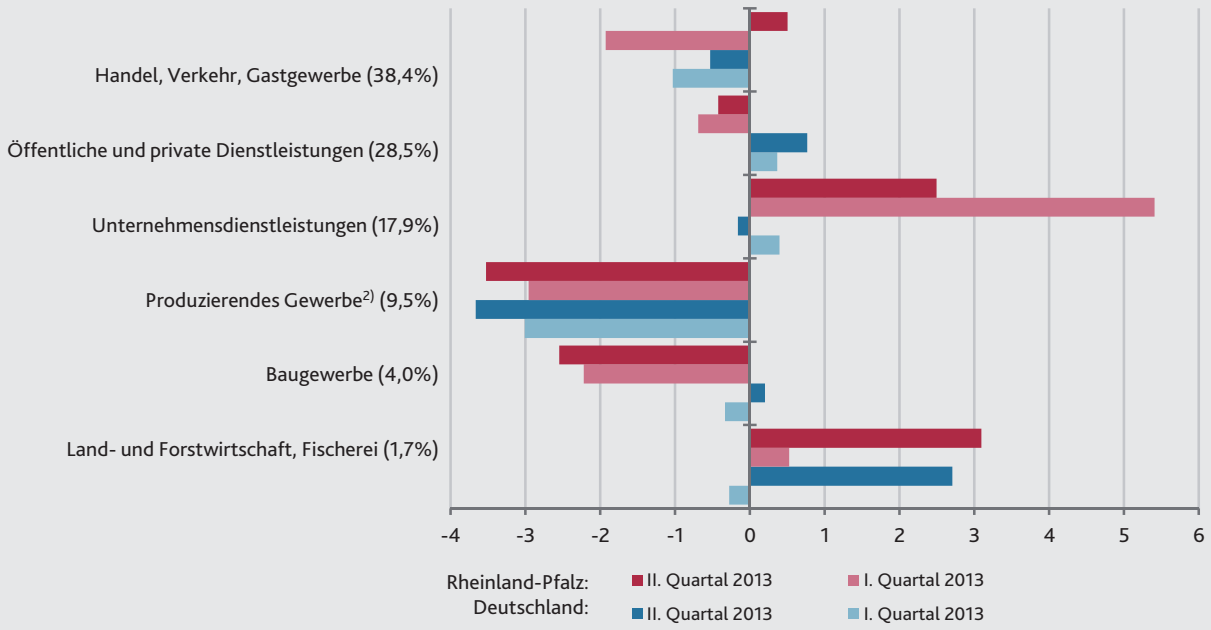
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2013. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. März 2014.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeförderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit

einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 990 [1,2]	3 990 [1,2]	3 991	3 992	3 992	3 991	3 993	3 995	3 995
darunter Ausländer[3]	1 000	277 [1,2]	288 [1,2]	286	288	288	297	300	303	304

Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]

* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 684	1 687	2 000	1 499	1 002	2 862	2 027	1 503	975
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	2 590	2 597	2 555	2 949	2 585	2 901	2 932	2 825	2 516
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,8	7,8	7,8	8,7	7,9	8,6	8,9	8,3	7,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	3 637	3 700	3 186	3 857	3 633	3 359	3 339	3 507	3 469
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	11,1	9,7	11,4	11,1	9,9	10,2	10,3	10,6
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	9	11	12	12	11	12	6	7	7
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	4,2	4,7	4,1	4,3	4,1	2,0	2,5	2,8
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 047	-1 103	- 631	- 908	-1 048	- 458	- 407	- 682	- 953
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,1	- 3,3	- 1,9	- 2,7	- 3,2	- 1,4	- 1,2	- 2,0	- 2,9

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 807	9 262	9 951	13 003	8 673	12 433	12 867	13 324	9 220
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 307	3 739	4 520	5 073	3 427	5 518	6 107	5 410	4 072
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 153	8 197	9 140	10 609	8 014	10 129	10 195	11 018	8 116
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 325	2 430	2 382	2 691	2 484	2 922	3 048	2 972	2 755
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	654	1 065	811	2 394	659	2 304	2 672	2 306	1 104
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	12 938	13 154	12 555	15 537	12 891	16 002	14 711	16 008	12 831

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10]

	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[11]	1 000	1 218	1 248	1 263	1 259	1 266	1 291	1 275	1 272	1 281
* Frauen	1 000	558	571	584	580	580	593	591	590	592

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 11 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2]	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	78	84	82	86	91	93	88	92	98
* Teilzeitbeschäftigte[3]	1 000	251	264	...	...	...	...	336	338	344
* darunter Frauen	1 000	214	224	...	...	...	...	282	284	287
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	11	12	9	11	12	12	10	11	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	402	411	414	415	417	425	416	415	417
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	265	270	274	272	274	281	280	278	279
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	187	195	197	198	199	203	199	198	205
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	353	359	369	365	363	370	370	370	367

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2012	2013					2014		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Arbeitslose	Anzahl	111 079	116 353	123 593	124 278	121 661	112 778	125 232	125 452	122 322
* Frauen	Anzahl	52 306	54 039	55 151	54 959	54 725	52 549	56 371	56 266	55 726
Männer	Anzahl	58 774	62 314	68 442	69 319	66 936	60 229	68 861	69 186	66 596
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	42 428	46 247	52 571	53 382	50 297	43 694	52 291	52 389	49 081
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	68 651	70 106	71 022	70 896	71 364	69 084	72 941	73 063	73 241
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,3	5,5	5,9	5,9	5,8	5,3	5,9	5,9	5,7
* Frauen	%	5,3	5,4	5,6	5,6	5,5	5,3	5,6	5,6	5,6
* Männer	%	5,2	5,5	6,1	6,2	6,0	5,3	6,1	6,1	5,9
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	5,1	5,1	5,4	5,2	4,4	5,0	5,3	5,1
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,0	3,2	2,9	3,0	3,0	2,8	2,9	3,0	2,9
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,7	5,8	6,4	6,3	6,2	5,7	6,2	6,2	6,1
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,2	6,4	7,0	6,9	6,8	6,2	6,8	6,7	6,6
* Ausländer/-innen	%	12,0	12,2	13,5	13,7	13,4	12,1	13,5	13,6	13,4
Deutsche	%	4,8	4,9	5,3	5,3	5,2	4,7	5,3	5,3	5,1
* Kurzarbeiter/-innen[9]	Anzahl	4 447	...	6 627	6 500	5 333	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[10]	Anzahl	21 513	20 154	18 032	19 433	20 374	19 117	19 280	20 753	21 635

Soziales Leistungsbezug nach SGB II[11]	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	225 426	218 183	213 532	213 660	216 555	217 298	216 424	217 290	...
* darunter Frauen	Anzahl	115 815	122 591	110 452	110 454	111 869	112 473	111 967	112 368	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	160 240	154 825	151 117	151 263	153 480	153 523	152 898	153 520	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	65 186	63 359	62 415	62 397	63 075	63 775	63 526	63 770	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	62 785	60 950	60 088	60 058	60 723	61 374	61 111	61 362	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Die Ergebnisse ab dem 31.12.2012 sind wegen Umstellungen im Erhebungsverfahren und damit einhergehender Aktualisierungen mit denen der früheren Stichtage nur bedingt vergleichbar. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. - 11 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	552	528	454	410	553	580	476	406	478
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	518	493	425	372	521	515	425	367	426
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	3	1	1	...	4	1	1
Unternehmen	Anzahl	66	48	39	85	80	117	37	78	62
private Haushalte	Anzahl	484	478	412	324	472	463	435	327	415
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	848	867	754	714	880	1 224	1 016	670	943
* Umbauter Raum	1 000 m^3	595	590	504	481	594	714	562	442	596
* Wohnfläche	1 000 m^2	112	110	95	91	114	135	108	85	115
Wohnräume	Anzahl	4 524	4 399	3 763	3 604	4 597	5 459	4 159	3 450	4 352
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	156	162	140	129	167	201	163	124	177

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	135	124	135	90	124	149	125	105	97
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	12	13	8	10	19	11	9	10
Unternehmen	Anzahl	116	102	104	65	98	120	101	77	68
private Haushalte	Anzahl	6	11	18	17	16	10	13	19	19
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	35	14	1	11	9	12	8	39	7
* Umbauter Raum	1 000 m^3	977	882	471	960	549	708	566	802	605
* Nutzfläche	1 000 m^2	127	117	72	118	82	107	96	102	78
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	88	90	52	93	61	96	77	97	74

Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 008	979	870	790	1 034	1 445	1 195	916	1 029
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 236	5 006	4 316	3 944	6 165	6 543	4 869	4 231	4 692

Landwirtschaft

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 060	10 983	11 683	10 249	11 757	11 430	11 369	10 272	11 647
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 322	2 010	2 515	1 810	1 897	2 460	2 342	1 885	2 147
darunter										
* Kälber[2]	t	12	9	13	19	6	7	10	17	6
* Jungrinder	t	15	9	24	10	7	11	21	33	20
* Schweine	t	8 683	8 924	9 113	8 390	9 831	8 873	8 966	8 332	9 460
* Eiererzeugung[3]	1 000	13 472	14 494	13 503	14 951	15 383	13 657	13 045	10 126	11 694

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[4]

* Betriebe	Anzahl	996	1 004	1 007	1 007	979	984	984	984	966
* Beschäftigte[5]	Anzahl	244 658	248 907	250 210	249 174	247 171	250 088	249 730	248 880	248 506
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 436	31 600	32 661	28 052	32 750	33 017	32 495	28 191	32 745
* Entgelte	Mill. EUR	928	974	1 280	937	896	934	1 311	970	944
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 918	7 047	7 197	6 106	6 661	7 472	7 318	6 633	6 902
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[6]	Mill. EUR	3 888	3 981	4 097	3 093	3 972	4 183	4 036	3 407	4 148
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 778	1 769	1 753	1 760	1 409	1 982	1 970	1 975	1 501
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	105	98	105	83	88	95	91	72	76
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 148	1 199	1 241	1 169	1 192	1 212	1 222	1 179	1 176
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 208	2 340	2 390	1 912	2 384	2 421	2 409	2 134	2 517
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	912	901	927	892	673	1 142	1 108	1 057	730
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 658	3 798	3 812	3 307	3 610	3 916	3 987	3 568	3 712
Exportquote[7]	%	52,9	53,9	53,0	54,2	54,2	52,4	54,5	53,8	53,8
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	104,3	101,4	97,6	89,9	104,4	103,8	99,3	86,2	111,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	97,9	99,3	96,4	87,7	104,8	104,0	101,1	85,3	112,2
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	114,6	105,9	101,5	97,3	106,4	108,0	99,8	92,9	112,2

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]										
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	108,3	98,7	87,6	72,6	116,5	56,2	61,7	36,6	106,2
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	96,8	95,6	89,9	74,7	92,5	93,8	93,6	71,7	103,7
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	95,1	99,3	92,5	92,7	107,5	104,9	100,0	88,6	111,7
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	114,9	107,7	100,6	100,3	111,7	107,0	83,9	86,5	102,9
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	168	172	170	170	173	172	171	171	174
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 495	9 669	9 788	9 729	9 714	9 718	9 735	9 729	9 707
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 193	1 208	1 272	1 055	1 284	1 239	1 218	1 029	1 258
* Entgelte[3]	Mill. EUR	37	39	55	39	37	47	56	37	37
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	419	448	493	466	531	511	507	514	483
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	406	433	477	450	514	496	489	496	466
Baugewerbe[6]										
Bauhauptgewerbe[7]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 263	38 505	38 797	38 267	37 404	38 764	38 473	37 965	37 282
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 933	3 816	4 358	2 741	2 291	4 349	4 112	3 093	3 101
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 565	1 610	1 860	1 273	1 064	1 714	1 660	1 306	1 369
* gewerblicher Bau[8]	1 000 h	934	906	983	684	606	1 061	982	781	790
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 434	1 300	1 515	784	621	1 574	1 470	1 006	942
darunter Straßenbau	1 000 h	717	626	738	323	234	811	740	494	390
* Entgelte	Mill. EUR	90	90	110	87	74	99	112	94	87

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe[1]

Bauhauptgewerbe[2]

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	383	382	484	435	203	480	472	486	252
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	124	138	156	136	85	162	158	166	97
* gewerblicher Bau[3]	Mill. EUR	104	102	130	148	57	127	128	137	67
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	155	142	198	151	61	191	186	184	88
darunter Straßenbau	Mill. EUR	77	69	104	66	21	105	98	86	33

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[4]

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Betriebe[5]	Anzahl	353	395	395	395	395	416	415	415	414
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[5]	Anzahl	13 485	14 919	14 948	15 138	14 886	15 297	15 479	15 737	15 511
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 448	4 814	4 758	4 930	4 798	4 628	4 988	5 170	5 004
* Entgelte	Mill. EUR	99	111	110	112	118	114	117	118	126
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	375	446	459	453	530	327	390	425	507

Handel[6]

Großhandel[p, 7]

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Beschäftigte	2010=100	102,5	103,0	103,8	102,9	104,1	105,4	105,3	104,9	104,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	104,3	107,8	108,8	109,2	111,8	111,4	110,9	111,7	113,0
* Umsatz nominal[8]	2010=100	108,5	102,7	107,8	99,4	90,0	113,1	101,5	96,5	91,4
* Umsatz real[9]	2010=100	103,5	95,8	100,4	92,4	83,5	105,7	94,9	89,9	85,3

Einzelhandel[p, 9]

* Beschäftigte	2010=100	101,6	102,9	103,4	103,4	102,1	103,2	104,1	103,7	102,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	102,2	103,0	103,2	103,4	102,2	103,4	104,9	104,2	103,5
* Umsatz nominal[8]	2010=100	102,6	104,3	106,5	116,3	95,2	107,1	105,9	114,5	95,2
* Umsatz real[8]	2010=100	101,2	100,9	102,3	112,3	92,0	101,8	100,8	109,3	90,8

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Beschäftigte	2010=100	102,2	104,0	105,5	105,0	103,6	104,8	104,6	104,8	103,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,2	110,2	114,0	113,7	112,9	114,8	115,0	117,2	115,6
* Umsatz nominal[3]	2010=100	106,3	97,4	97,0	79,1	77,5	112,9	100,5	81,0	84,7
* Umsatz real[3]	2010=100	104,6	94,8	93,9	77,0	75,6	109,5	97,7	79,1	82,7

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2010=100	103,1	104,9	102,7	102,7	95,1	104,3	100,8	100,0	99,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,8	106,8	103,1	105,4	96,1	105,7	101,7	102,5	101,7
* Umsatz nominal[3]	2010=100	107,3	92,4	83,2	90,3	67,2	94,3	77,8	81,6	64,4
* Umsatz real[3]	2010=100	105,7	89,3	79,9	86,9	64,3	88,5	73,0	76,6	60,3

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	684	669	510	411	322	836	531	416	342
* darunter von Auslandsgästen	1 000	159	157	97	93	58	163	94	89	57
* Gästeübernachtungen	1 000	1 794	1 758	1 208	1 082	862	2 183	1 238	1 062	870
* darunter von Auslandsgästen	1 000	448	443	239	241	143	433	227	230	138

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 931	1 858	1 942	1 710	1 786	1 977	1 860	1 792	1 709
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 318	1 248	1 289	1 094	1 018	1 383	1 232	1 142	1 051
* Getötete Personen	Anzahl	16	17	14	17	11	15	10	15	18
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	9	9	12	5	4	5	6	10
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	4	2	2	1	4	2	3	-
Radfahrer	Anzahl	1	2	2	-	1	3	1	2	2
Fußgänger	Anzahl	2	2	-	1	2	4	2	3	5
* Verletzte Personen	Anzahl	1 709	1 620	1 712	1 441	1 310	1 765	1 633	1 488	1 350

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
schwer verletzte Personen	Anzahl	320	302	304	255	226	329	302	267	206
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	136	126	159	137	134	157	157	121
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	75	72	80	23	10	94	63	30	17
Radfahrer	Anzahl	50	48	42	25	20	63	36	36	20
Fußgänger	Anzahl	34	32	34	37	43	27	34	34	40

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 789	12 263	11 346	9 204	9 321	12 418	11 221	10 079	9 691
darunter										
Krafträder	Anzahl	608	593	173	86	194	309	139	99	182
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	10 699	10 321	9 862	8 011	8 024	10 714	9 738	8 502	8 354
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 003	943	970	785	834	1 023	999	910	826
Zugmaschinen	Anzahl	403	334	235	247	226	302	271	438	254

Personenbeförderung

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	54 787	52 780	54 910	45 803	54 393	53 786	55 824	48 007	55 733
Personenkilometer[3]	Mill.	537	454	455	391	442	437	522	444	512

Binnenschifffahrt

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Güterempfang	1 000 t	1 064	1 058	1 161	1 149	958	1 130	1 251	1 143	910
* Güterversand	1 000 t	778	815	907	906	703	769	955	855	717

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 737	3 858	4 021	3 717	3 107	3 898	4 282	3 872	3 275
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	292	296	341	279	274	302	308	287	262
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 411	3 529	3 642	3 404	2 804	3 521	3 895	3 487	2 901

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Rohstoffe	Mill. EUR	24	23	25	18	20	19	29	22	17
* Halbwaren	Mill. EUR	168	175	208	180	133	173	154	141	128
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 220	3 332	3 409	3 207	2 651	3 329	3 712	3 324	2 756
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	921	954	965	886	692	901	1 008	881	710
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 298	2 378	2 444	2 320	1 959	2 428	2 704	2 443	2 046
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 612	2 584	2 756	2 578	2 002	2 767	2 954	2 677	2 205
* darunter in EU-Länder[3]	Mill. EUR	2 235	2 197	2 367	2 167	1 711	2 385	2 556	2 313	1 911
Belgien	Mill. EUR	184	179	192	161	133	188	213	182	164
Luxemburg	Mill. EUR	58	57	62	51	48	65	61	54	44
Dänemark	Mill. EUR	36	38	42	36	25	33	39	36	29
Finnland	Mill. EUR	29	31	29	27	30	32	32	28	34
Frankreich	Mill. EUR	428	407	404	372	336	447	458	423	364
Griechenland	Mill. EUR	29	35	45	45	20	48	43	33	22
Großbritannien	Mill. EUR	217	223	268	238	190	288	284	264	181
Irland	Mill. EUR	9	10	9	11	8	15	12	12	10
Italien	Mill. EUR	251	226	235	206	156	231	244	229	170
Niederlande	Mill. EUR	221	218	240	218	192	216	242	208	197
Österreich	Mill. EUR	150	146	169	145	111	147	166	150	134
Schweden	Mill. EUR	66	65	66	65	47	62	70	67	54
Spanien	Mill. EUR	183	173	187	167	124	176	195	173	153
Portugal	Mill. EUR	22	21	19	30	16	35	44	39	24
* Afrika	Mill. EUR	90	94	107	91	90	96	104	104	90
* Amerika	Mill. EUR	457	559	523	445	450	465	642	530	390
darunter nach USA	Mill. EUR	278	369	340	261	295	279	443	355	234
* Asien	Mill. EUR	538	572	582	560	506	538	549	531	563
darunter nach China	Mill. EUR	149	154	138	161	145	135	141	162	154
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	40	49	52	44	58	31	32	29	27

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 625	2 616	2 718	2 549	2 218	2 630	2 876	2 685	2 439
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	243	267	291	270	260	257	241	242	242
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 282	2 263	2 320	2 175	1 875	2 201	2 441	2 245	1 989
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	126	82	45	37	44	48	47	38	31
* Halbwaren	Mill. EUR	314	324	289	384	303	263	328	298	287
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 842	1 857	1 986	1 755	1 528	1 889	2 066	1 910	1 671

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	520	532	607	549	433	545	531	519	460
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 322	1 325	1 379	1 205	1 095	1 344	1 534	1 391	1 210
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 893	1 904	2 022	1 902	1 631	1 911	2 154	2 010	1 815
* darunter aus EU-Ländern[3]	Mill. EUR	1 595	1 612	1 735	1 628	1 417	1 679	1 938	1 783	1 582
Belgien	Mill. EUR	275	284	294	291	258	305	355	302	269
Luxemburg	Mill. EUR	44	42	43	39	40	47	52	48	41
Dänemark	Mill. EUR	14	17	18	19	15	20	21	19	14
Finnland	Mill. EUR	12	11	11	10	7	7	8	7	5
Frankreich	Mill. EUR	253	241	264	239	205	250	301	249	233
Griechenland	Mill. EUR	8	7	8	8	7	6	18	6	11
Großbritannien	Mill. EUR	82	86	91	88	72	87	121	131	117
Irland	Mill. EUR	11	11	9	10	10	49	30	33	13
Italien	Mill. EUR	157	154	170	145	136	158	181	168	147
Niederlande	Mill. EUR	262	264	301	308	261	223	274	254	256
Österreich	Mill. EUR	86	89	99	81	77	78	93	90	92
Schweden	Mill. EUR	26	35	48	36	28	45	45	44	41
Spanien	Mill. EUR	96	95	88	106	84	103	127	133	92
Portugal	Mill. EUR	16	16	15	16	12	13	20	18	15
* Afrika	Mill. EUR	52	49	52	60	28	66	75	68	53
* Amerika	Mill. EUR	267	286	286	268	258	233	229	248	283
darunter aus USA	Mill. EUR	184	201	225	213	173	165	173	167	145
* Asien	Mill. EUR	409	371	352	312	296	415	413	353	284
darunter aus China	Mill. EUR	168	158	151	136	128	162	151	149	136
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	6	7	5	5	5	6	4

Gewerbeanzeigen[4]

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 272	3 039	2 916	2 208	3 748	3 115	2 706	2 299	3 866
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	553	517	509	428	597	504	419	379	582
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 168	1 971	1 871	1 272	2 376	2 061	1 813	1 433	2 505
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 230	3 086	2 939	3 401	3 971	2 893	2 948	3 624	4 189
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	459	470	411	497	598	426	428	535	640
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 238	2 089	2 061	2 371	2 642	1 954	2 073	2 609	2 813

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Insgesamt	Anzahl	611	578	581	448	613	541	537	498	501
davon										
* Unternehmen	Anzahl	102	91	78	63	102	88	64	80	66
* Verbraucher	Anzahl	387	377	387	295	398	322	323	325	310
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	91	94	75	89	118	119	79	104
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	20	19	22	15	24	13	31	14	21
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	93	144	615	101	69	85	62	58	84

Handwerk[2]

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	99,3	99,5	99,0	101,7	99,1	97,5	97,9	100,0	98,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	104,2	101,2	103,2	104,5	113,8	81,0	100,8	105,1	112,2

Preise

	Einheit	2012	2013				2014		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	104,3	105,8	104,7	105,4	105,7	106,7	106,1	106,7	106,9
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	102,1	103,4	102,8	102,8	102,9	104,1	104,3	104,4	104,5

Verdienste[7]

	Einheit	2012	2013	2012			2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 677	3 790	3 356	3 371	3 397	3 417	3 455	3 458	3 495
* Frauen	EUR	3 147	3 268	2 903	2 918	2 940	3 006	3 026	3 023	3 044
* Männer	EUR	3 891	4 003	3 538	3 551	3 584	3 585	3 631	3 635	3 681
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	6 509	6 925	5 769	5 786	5 831	5 986	6 113	6 125	6 166
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 209	4 352	3 869	3 893	3 927	3 956	4 005	4 023	4 058
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 165	3 183	2 893	2 917	2 927	2 878	2 919	2 929	2 963
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 653	2 641	2 455	2 481	2 493	2 400	2 444	2 462	2 496
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 026	2 047	1 915	1 928	1 958	1 911	1 935	1 951	1 975

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2012	2013	2012			2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 939	4 078	3 515	3 523	3 555	3 525	3 623	3 636	3 681
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 748	3 899	3 335	3 404	3 402	3 338	3 497	3 626	3 584
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 077	4 245	3 607	3 600	3 634	3 670	3 734	3 734	3 792
* Energieversorgung	EUR	4 963	4 955	4 330	4 312	4 418	4 239	4 380	4 374	4 433
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 138	3 207	2 900	2 959	2 954	2 956	3 003	2 988	2 989
* Baugewerbe	EUR	3 207	3 156	3 025	3 113	3 086	2 684	2 985	3 095	3 086
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 503	3 596	3 250	3 268	3 292	3 343	3 343	3 338	3 371
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 425	3 535	3 121	3 131	3 136	3 206	3 166	3 162	3 214
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 994	2 978	2 758	2 769	2 786	2 822	2 711	2 747	2 775
* Gastgewerbe	EUR	(1 955)	(2 026)	1 897	1 893	1 909	1 949	1 948	1 955	2 003
* Information und Kommunikation	EUR	4 742	4 870	4 290	4 313	4 341	4 342	4 465	4 452	4 553
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	(4 771)	4 907	(4 049)	(4 086)	(4 087)	4 121	4 104	4 152	4 222
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 762	3 739	3 495	(3 562)	(3 575)	3 345	3 411	3 366	3 301
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 263	(4 670)	3 802	3 776	3 778	4 134	4 053	4 033	4 088
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	(2 064)	/	1 974	2 010	2 082	2 048	2 087	2 114	2 113
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 385	3 450	3 232	3 280	3 288	3 333	3 354	3 361	3 368
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 030	4 105	3 935	3 950	3 953	4 009	4 040	4 032	4 033
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 563	3 678	3 332	3 372	3 378	3 403	3 465	3 461	3 491
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 401	4 257	3 264	3 290	3 269	3 997	4 072	3 897	3 926
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 037	3 059	2 874	2 879	2 890	2 872	2 886	2 899	2 905

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	117 322	118 975	119 731	118 696	119 564	118 904	118 137	125 085	124 568
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 311	12 024	12 169	11 771	12 042	12 085	11 935	12 668	12 008

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	14 643	15 080	15 413	14 983	14 601	14 273	13 753	14 474	13 508
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 369	91 871	92 149	91 942	92 921	92 546	92 449	97 943	99 052
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 341	110 263	110 912	110 406	110 893	110 469	110 111	116 437	116 350
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 143	99 772	100 226	99 954	100 152	99 940	99 761	104 866	105 312
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 198	10 492	10 686	10 452	10 741	10 529	10 350	11 571	11 038
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 981	8 712	8 819	8 290	8 671	8 435	8 026	8 648	8 218
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	111 359	113 249	111 769	113 388	116 085	112 938	112 603	111 883	114 631
Sichteinlagen	Mill. EUR	43 847	46 913	45 313	47 540	50 320	50 117	50 925	51 526	53 576
Termineinlagen	Mill. EUR	30 198	29 481	29 377	29 346	29 382	27 314	26 702	25 866	26 426
Sparbriefe	Mill. EUR	7 672	7 744	7 870	7 596	7 548	6 985	6 710	6 445	6 414
Spareinlagen	Mill. EUR	29 642	29 112	29 209	28 906	28 835	28 522	28 266	28 046	28 215
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	108 983	110 671	109 216	110 892	113 330	110 206	109 800	109 433	112 081
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	106 437	107 602	106 499	108 148	108 998	107 236	107 139	106 814	108 780
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 546	3 069	2 717	2 744	4 332	2 970	2 661	2 619	3 301
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 376	2 578	2 553	2 496	2 755	2 732	2 803	2 450	2 550

Steuern

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 398	3 533	4 170	2 831	3 727	3 610	4 241	2 846	3 750
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 002	1 088	1 734	841	1 040	978	1 767	779	1 125
Lohnsteuer	Mill. EUR	699	728	889	610	1 019	957	938	641	1 045
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	136	147	-	-	472	402	-	-	477
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	130	161	530	22	16	- 22	533	30	8
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	73	78	51	35	19	31	51	47	18

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	30	34	12	71	49	43	11	64	51
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	-	-	33	29	-	-	41
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	69	87	251	103	- 62	- 30	234	- 2	2
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 7	- 1	-	-	- 27	- 5	-	-	- 10
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 397	2 444	2 436	1 991	2 687	2 632	2 475	2 067	2 624
Umsatzsteuer	Mill. EUR	441	462	488	396	572	569	541	424	708
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 956	1 982	1 948	1 595	2 114	2 063	1 933	1 643	1 917
Zölle	Mill. EUR	205	193	171	148	208	195	172	156	213
Bundessteuern	Mill. EUR	109	111	183	106	78	92	171	113	86
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	27	28	65	13	18	34	48	21	14
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	29	52	31	31	31	55	40
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	45	90	41	29	27	92	37	32
Landessteuern	Mill. EUR	43	55	57	62	56	68	98	70	60
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	7	14	15	14	11	19	54	15	14
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	20	25	27	31	29	34	27	37	29
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	11	11	14	13	12	13	15	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	1	1	2	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	2	3	2	2	2	3	2

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	541	601	711	582	590	576	641	632	561
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	4	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	116	122	122	142	111	116	125	144	115
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	412	462	572	420	462	443	497	465	426
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	9	12	13	14	12	13	15	17	17

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	824	889	1 016	849	1 149	632	962	935	1 107
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	334	377	501	314	321	432	421	373	290
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	320	336	337	339	621	65	362	352	614
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	40	38	39	33	79	2	35	42	68

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	738	809	1 076	706	782	803	1 241	692	908
Landessteuern	Mill. EUR	43	55	57	62	56	68	98	70	60
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	370	411	639	365	379	358	655	334	421
Lohnsteuer	Mill. EUR	236	249	264	260	374	350	285	273	387
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	55	68	225	9	7	- 10	227	13	4
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	31	36	19	13	8	14	22	22	6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	15	5	31	22	19	5	28	23
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	35	43	125	52	- 31	- 15	117	- 1	1
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	304	320	320	279	339	370	427	290	424
Umsatzsteuer	Mill. EUR	211	225	211	194	280	278	325	213	355
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	92	95	109	86	60	92	102	77	69
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	16	- 0	2	2	16	- 0	1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	5	- 0	1	1	5	- 0	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	12	32	- 0	4	4	32	- 1	2
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	3	7	- 0	1	1	7	- 0	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 808	1 871	2 225	1 503	1 904	1 866	2 233	1 511	1 901
Bundessteuern	Mill. EUR	109	111	183	106	78	92	171	113	86
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	436	475	759	368	439	416	772	335	480
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 257	1 279	1 267	1 029	1 385	1 356	1 275	1 064	1 335
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	16	- 0	2	2	16	- 0	1

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im März 2014

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge 2012
Kennziffer: A1023 201200

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2013
Kennziffer: C1023 201300

Weinmosternte 2013
Kennziffer: C2053 201300

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung 2013
Kennziffer: C3053 201344

Weinbestände am 31. Juli 2013
Kennziffer: C4023 201300

Weinerzeugung 2013
Kennziffer: C4043 201300

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 2013
Kennziffer: C4053 201300

Agrarstrukturerhebung – Landwirtschaftszählung 2010 – Ergebnisse für Betriebe mit gartenbaulichen Kulturen
Kennziffer: C4713 201001

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen 2013
Kennziffer: D1013 201300

Gewerbeanzeigen im Dezember 2013
Kennziffer: D1023 201312

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Januar 2014 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201401

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Januar 2014
Kennziffer: E1033 201401

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2013 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1043 201300

Bauhauptgewerbe 2013 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2013 201300

Bauhauptgewerbe im Dezember 2013 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201312

Ausbaugewerbe 2013
Kennziffer: E3013 201300

Ausbaugewerbe im 4. Vierteljahr 2013
Kennziffer: E3023 201344

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Dezember 2013
Kennziffer: E4023 201312

Das Handwerk 2011
Kennziffer: E5033 201100

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 2013
Kennziffer: E5013 201300

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 4. Vierteljahr 2013
Kennziffer: E5023 201344

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Januar 2014
Kennziffer: F2033 201401

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe 2013
Kennziffer: G1013 201300

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im Dezember 2013
Kennziffer: G1023 201312

Gäste und Übernachtungen im Tourismus 2013
Kennziffer: G4013 201300

Aus- und Einfuhr im Dezember 2013
Kennziffer: G3023 201312

Aus- und Einfuhr 2013 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: G3033 201300

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Dezember 2013
Kennziffer: H1023 201312

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Realsteuervergleich 2012
Kennziffer: L2073 201200

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Februar 2014
Kennziffer: M1013 201402

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Dezember 2013
Kennziffer: Z1013 201312

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe März 2014
Kennziffer: Z2201 201403

Faltblatt: Frauen in Rheinland-Pfalz 2014

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätigenrechnung – Erwerbstätige in
den Ländern der Bundesrepublik Deutschland
1991 bis 2013 –
Berechnungsstand: Februar 2014
Kennziffer: A6215 201300

Erwerbstätigenrechnung – Erwerbstätige in
den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis
4. Vierteljahr 2013 – Berechnungsstand: Februar 2014
Kennziffer: A6235 201344

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013 –
Berechnungsstand: August 2013/Februar 2014
Kennziffer: P1215 201300

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013 –
Berechnungsstand: August 2013/Februar 2014
Kennziffer: P1225 201300

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Ingeburg Henninger
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.